

Protokoll der 38. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ am Montag, dem 6. Oktober 1997; Beginn: 9.30 Uhr; Bonn, Bundeshaus; Vorsitz: Abg. Siegfried Vergin

Öffentliche Anhörung zu dem Thema

Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereinigungsprozeß

Inhalt

Eröffnung

Siegfried Vergin 121

Vortrag

Die internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit und ihre Auswirkungen auf die Handlungsspielräume beider deutschen Staaten in der Vereinigungsphase

Gregor Schöllgen 124

Diskussion 133

Kurzvorträge

Sowjetische Deutschlandpolitik

Fred Oldenburg 146

Amerikanische Deutschlandpolitik

Wolfgang-Uwe Friedrich 151

Deutschlandpolitik westeuropäischer Staaten

Curt Gasteyger 156

Deutschlandpolitik ostmitteleuropäischer Staaten

Dieter Bingen 163

Podium

Janusz Reiter 170

John C. Kornblum 177

Diskussion 181

Vorträge

Die Bundesrepublik Deutschland im Vereinigungsprozeß

Rudolf Seiters 206

Die Deutsche Demokratische Republik im Vereinigungsprozeß	
Markus Meckel	216
Podium	
Gerd Poppe	227
Ulrich Irmer	232
Diskussion	234
Anlagen	
1 – Fred Oldenburg: Sowjetische Deutschlandpolitik (Schriftliche Vorlage)	245
2 – Dieter Bingen: Die Politik Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten im deutschen Vereinigungsprozeß (Schriftliche Vorlage)	261
3 – Markus Meckel: Die DDR im Vereinigungsprozeß (Schriftliche Vorlage)	288

Vorsitzender Siegfried Vergin: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie an diesem Montagmorgen zur öffentlichen Anhörung unserer Enquete-Kommission herzlich willkommen. Besonders dankbar begrüße ich diejenigen unter Ihnen, die sich bereit gefunden haben, uns im Laufe des Tages ihre Erkenntnisse vorzutragen und sich dazu von der Kommission befragen zu lassen.

Das Thema der heutigen Anhörung läßt niemanden von uns unberührt. „Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereinigungsprozeß“. So das Thema. Hinter dieser distanziert-rationalen Formulierung verbirgt sich das auf ein knappes Jahr zusammengedrückte dramatische Geschehen der Vereinigung Deutschlands nach 40 Jahren Teilung und Trennung – eine „unerhörte Begebenheit“ in der Tat, die nicht wenigen – und das sind nicht die Dümmeren unter uns – noch immer als ein wahres Wunder vorkommt. Aber so unverhofft und sich dem Glücke verdankend dieses Wunder auch erscheinen mag – es hatte Ursachen, es bedurfte der Förderung, und es mußten Widerstände überwunden werden; mit einem Wort: Das Wunder kam wie alles nicht von selbst. Dem Geflecht von Ursachen und Aktionen wollen wir heute nachspüren.

Wir alle waren damals atemlose Zeitzeugen. Auch dem diplomatischen Laien blieb nicht verborgen, daß die internationale Ermöglichung der deutschen Einheit, allgemein als Zwei-plus-Vier-Prozeß bekannt, ein diplomatisches Meisterstück war, das den Beteiligten ein außerordentliches Maß an Zielbewußtheit, Energie, Geschicklichkeit und Geistesgegenwart abverlangte. Namen werden im Laufe des Tages noch genannt werden – ich möchte hier nur als

Laie meine Bewunderung für die Diplomatie als Handwerk zum Ausdruck bringen und finde, daß dieser Aspekt nicht ungewürdigt bleiben soll.

Doch bevor die internationale Diplomatie beginnen konnte, mußten neue, grundstürzende Tatsachen gesetzt werden. Diese Tatsachen schufen die Menschen in der DDR.

Der damalige französische Staatspräsident François Mitterrand hat später, im Herbst 1995, im Rückblick auf die Ereignisse von 1989/90 gesagt: „Die Frage war, ob die Wiedervereinigung unausweichlich war und ob man sie hätte verhindern können. Sicherlich wäre für uns Franzosen ein Deutschland von 60 Millionen ungefährlicher gewesen als eine Nation mit 80 Millionen. Es wäre uns lieber gewesen, Deutschland geteilt zu halten. Aber niemand konnte das durchsetzen. Nicht die Supermächte. Nicht das ostdeutsche Militär. Es war kein Putsch. Es gab keine Unruhen. Die Mauer fiel einfach. Es war eine Volksrevolution, in der gewöhnliche Menschen der ganzen Welt ihre Meinung aufzwingen.“

Um bei der Reihenfolge zu bleiben: Am Anfang stand die demokratische Revolution. Sie fand ihren Ausdruck in dem – wenn man das sagen darf – gewitzten demokratischen Urschrei: Wir sind das Volk. „Gewitzt“ deshalb, weil die Betonung auf dem „Wir“ lag und soviel besagte wie: *Wir* sind das Volk und nicht ihr. Das traf die Herrschenden ins Mark, denn sie hatten immer behauptet, sie seien eins mit dem Volk, sie handelten für und durch das Volk. *Wir* sind das Volk sagte: Wir nehmen unsere Sache selbst in die Hand, ihr habt uns im Namen des Volkes nichts mehr zu sagen, auf uns könnt ihr euch nicht berufen.

Das Volk reklamierte seine Souveränität, und die bis dahin allmächtige Staatspartei mußte von ihrem Podest heruntersteigen, ihren Monopolanspruch auf die Macht, besser gesagt: ihre Usurpation der Macht, aufgeben, sie mußte freie, gleiche und geheime Wahlen zulassen.

Das Volk in der DDR hat die SED-Diktatur abgeschüttelt. Das war die entscheidende Voraussetzung für die nationale Selbstbestimmung, die der demokratischen folgte und die sich in dem Satz: „Wir sind *ein* Volk“ niederschlug. Am 18. März 1990 erhielten die Parteien die Mehrheit, die für eine Vereinigung mit der Bundesrepublik eintraten. Die Wahlbeteiligung betrug 93,39 Prozent. Eine Zahl, auf die Demokraten lange warten werden.

Die demokratische Legitimation der deutschen Einigung können nur Nichtdemokraten bezweifeln, darunter solche, die sich weiterhin unfehlbar und berechtigt wähnen, die Menschen notfalls zu ihrem Glück zu zwingen, oder auch solche, die dem Volk eine vernünftige Entscheidung in eigener Sache einfach nicht zutrauen.

Natürlich kam die demokratische Revolution in der DDR nicht von ungefähr. Ihr gingen längerfristig und kurzfristig internationale und interne Entwicklungen voraus – bei den letzteren denke ich etwa an Gorbatschow oder an die

Ausreisebewegung vom Sommer 1989. Sie erklären, warum die Revolution erst jetzt und nicht etwa schon früher eintrat, aber es bleibt doch dabei: Die Volksrevolution, wie Mitterrand sie nannte, stieß das Tor zum Vereinigungsprozeß auf.

Eine weitere unerläßliche Bedingung für dessen Gelingen will ich hier anfügen. Unsere Vorgängerkommission schrieb dazu in ihrem Bericht 1994 folgendes: „Ohne ein gesamtdeutsches Nationalbewußtsein wäre 1990 nicht binnen weniger Monate die Vereinigung zustande gekommen. Die Nation ergriff die Gelegenheit auf beiden Seiten der Grenze, und jede Seite tat das Ihrige: die 'Kundgebungsdemokratie' in der DDR vom Herbst und Winter 1989/90 machte dem SED-Regime ein Ende, sorgte für eine aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Regierung und ein Programm der Vereinigung durch Beitritt zur Bundesrepublik; Bundesregierung und Bundestag trugen den Druck und das Ergebnis dieser 'Revolution von unten' an die internationalen Verhandlungstische, wo sie zusammen mit der ersten demokratischen Regierung der DDR die Zustimmung der Völkergemeinschaft zur Vereinigung Deutschlands erreichten. Über Jahrzehnte der Trennung war offenbar ein elementares Gefühl und Bewußtsein der gegenseitigen Zugehörigkeit erhalten geblieben, das unmittelbar in Vertrauen auf der einen und Verantwortungsübernahme auf der anderen Seite mündete. Eine Art Feindbild, das die Einstellung zu den Menschen im anderen Teil Deutschlands geprägt hätte, konnte sich nie entwickeln. Die große Mehrheit der Westdeutschen hat 1990 die Einheit gewollt und das Handeln von Bundestag und Bundesregierung mit Zustimmung begleitet.“

So wahr und richtig das ist – es stimmt aber auch, daß die Deutschen beiderseits der Grenze vom Zusammenbruch der DDR und der anschließenden Vereinigung überrascht wurden. Ich betone: beiderseits der Grenze.

Unsere Vorgängerkommission hat sich auch diesen Kopf schon zerbrochen und ist zu dem Ergebnis gelangt: „Der Grund für die in West- und Ostdeutschland gleichermaßen verbreitete Prognoseschwäche dürfte hauptsächlich darin zu suchen sein, daß nach über vierzig Jahren Sowjetherrschaft sich kaum jemand mehr vorstellen konnte, die UdSSR werde ihre im Zweiten Weltkrieg errungene Vormachtstellung bis an die Elbe ohne Zwang von außen aufgeben; auch ist die dramatische Veränderung der sowjetischen Staatsraison durch Gorbatschow zunächst kaum begriffen worden. Generell wurde die Stabilität des östlichen Systems überschätzt, von den meisten, die in ihm lebten, ebenso wie von der Außenwelt. Dabei mag ein gerüttelt Maß an Einschüchterung mit im Spiele gewesen sein, die das 'realsozialistische' Machtsystem nach innen wie nach außen, bei Freund und Feind, zu verbreiten verstand. Ein weiterer wichtiger Faktor, der ihm half, seine Schwäche zu verbergen, war seine hochentwickelte Fähigkeit zur Geheimhaltung.“

Ich will nicht behaupten, dies sei der Weisheit letzter Schluß, aber der Hinweis auf die Einschüchterung scheint mir doch bedenkenswert. Wer gibt schon gerne zu, daß er sich hat einschüchtern lassen, also ein Hasenfuß war und sich dadurch in seinem Wahrnehmungsvermögen hat trüben lassen. Und doch, scheint

mir, sollten wir diese Einsicht, gerade weil sie so banal ist und uns alle eben nicht mit Ruhm bekleckert, nicht verdrängen.

Ich habe nun schon zweimal Passagen aus dem Abschlußbericht unserer Vorgängerkommission zitiert. Sie hat sich ausgiebig mit der Deutschlandpolitik, hauptsächlich der Bundesregierungen zwischen 1949 und 1989, befaßt. Für das heutige Thema ist das Fazit nicht unerheblich, das sie im Hinblick auf den Einigungsprozess zog: „Im Einigungsprozess wirkten auf staats- und völkerrechtlicher Ebene zwei Grundscheidungen aus vier Jahrzehnten Deutschlandpolitik zusammen: die mit den Westmächten auf der Basis des Deutschlandvertrages gemeinsame Verpflichtung auf das Ziel der 'Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit' und die nach dem Grundlagenvertrag verankerte deutsche Zweistaatlichkeit. Das ersparte einerseits Deutschland Friedensvertragsverhandlungen und sicherte ihm die Unterstützung der Westmächte für die Ausübung seines Rechts auf innere und äußere Selbstbestimmung; andererseits erlaubte es der Sowjetunion eine würdewahrende Verabschiedung der DDR und gewährte den Deutschen in der DDR bei Ausübung ihres Rechts auf nationale Selbstbestimmung in Verbindung mit Artikel 23 Grundgesetz über den Einigungsvertrag Schutz vor westdeutscher Majorisierung.“

Lange Sätze und schwierige Gedanken. Doch der Sinn ist einfach: Konrad Adenauer und Willy Brandt haben je auf ihre Weise die wesentlichen Beiträge zur Deutschlandpolitik der alten Bundesrepublik geleistet. Auf ihnen konnte der Einigungsprozess aufbauen, nachdem das Volk in der DDR sich seine Souveränität erobert hatte. Die Vereinigung vollzog sich in Frieden und Freiheit und mit dem Einverständnis unserer Nachbarn. Soviel Verdienste sich einzelne dabei auch erworben haben, Glück war auch dabei.

Meine Damen und Herren, ich darf jetzt dem ersten Referenten des heutigen Tages das Wort erteilen. Herr Professor Dr. Gregor Schöllgen vom Historischen Institut der Universität Erlangen spricht zu dem Thema: Die Internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit und ihre Auswirkungen auf die Handlungsspielräume beider deutschen Staaten in der Vereinigungsphase. Die anschließende Diskussion wird das sachverständige Mitglied unserer Kommission, der inzwischen eingetroffene Herr Professor Dr. Manfred Wilke, moderieren. Zunächst bitte ich Sie, Herr Professor Schöllgen, um Ihren Beitrag.

Prof. Dr. Gregor Schöllgen: Vielen Dank Herr Vorsitzender. Meine Damen und Herren, ich danke für die ehrenvolle Einladung, diese neue Runde der Enquete-Kommission eröffnen zu dürfen und beginne in Abwandlung einer bekannten deutschen Spruchweisheit mit der Erkenntnis, daß Mythen lange Beine haben. Einige überleben sogar tiefgreifende Zäsuren wie den weltpolitischen Umbruch der ausgehenden 80er und beginnenden 90er Jahre: Hartnäckig hält sich das Gerücht, die deutsche Einheit sei zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Fall der Mauer ein Thema der internationalen Politik gewesen. Das war sie nicht.

Bis 1989 gab es in Sachen deutsche Einheit keinen Handlungsspielraum, weil es für eine Wiedervereinigung Deutschlands keine internationalen Rahmenbedingungen gab. Solche existierten lediglich für die Teilung; sie bestanden im stillschweigenden Einvernehmen der Sieger des Zweiten Weltkrieges, die deutsche Frage nicht zu lösen, sie vielmehr auf dem seit 1945/49 gegebenen Niveau einzufrieren und also die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht nur nicht anzustreben, sondern gerade zu verhindern. Unter diesen Umständen hatten die beiden deutschen Staaten bis 1989 keine Wahl, als den Status quo hinzunehmen und sich in ihm einzurichten. Den Kollaps der Rahmenbedingungen erkannt und den sich unerwartet öffnenden Handlungsspielraum genutzt zu haben, ist die bleibende Leistung der deutschen Politik in den Jahren 1989/90.

Ich möchte Ihnen diese These in drei Schritten plausibel machen, indem ich zunächst die internationalen Rahmenbedingungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges kurz erläutere, dann, zweitens, vor diesem Hintergrund den deutschen Handlungsspielraum ausleuchte, um schließlich, drittens, die Gunst der Stunde in den Jahren 1989/90 in Augenschein zu nehmen.

I. Die internationalen Rahmenbedingungen

Der Schlüssel zum Verständnis der internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Einheit ist im Zweiten Weltkrieg, genauer gesagt: im deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 zu suchen. Dieser und vor allem das, was ihm folgte – die deutsche Kriegführung sowie der rassenideologische Vernichtungskrieg, insbesondere gegen das europäische Judentum –, brachten zustande, was bis dahin als undenkbar zu gelten hatte: ein gemeinsames Vorgehen der Sowjetunion, Großbritanniens und seit dem Dezember auch der Vereinigten Staaten von Amerika gegen das Deutsche Reich.

Die Bezeichnung dieser unnatürlichen Allianz, in die 1945 auch Frankreich förmlich aufgenommen wurde, als „Anti-Hitler-Koalition“ hat ihren Grund: Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Hitler-Deutschland bildete so etwas wie den kleinsten, wenn nicht den einzigen gemeinsamen Nenner, auf den sich ihre Mitglieder verständigen konnten. Alles andere war heftig umstritten; und schon an der Frage, wie man einem deutschen Wiederaufstieg begegnen wolle, schieden sich die Geister. Also wurde die deutsche Frage nicht beantwortet, sondern auf Eis gelegt. Solange der Friedensvertrag ausstand, sicherte dieser Kompromiß denen, die ihn trugen, ein Mitspracherecht in der deutschen und damit in der wichtigsten europäischen Frage. Immerhin sollte dieser alliierte Kompromiß fast ein halbes Jahrhundert lang halten und nicht unmaßgeblich zur Stabilität der internationalen Ordnung während des Kalten Krieges beitragen.

In erster Linie war diese Ordnung eine sowjetische. Ihr Kern, die Westverschiebung Polens und die Zweiteilung des verbliebenen Deutschland, war die Reaktion auf das, was sich zwischen 1941 und 1945 auf sowjetischem Boden

abgespielt hatte und die Vorstellungskraft auch heute noch vor erhebliche Probleme stellt. Eine Modifikation der Nachkriegsordnung, etwa im Sinne einer Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten bis zur Oder-Neiße-Linie, wäre für den Kreml nur unter der Bedingung vorstellbar gewesen, daß sie mindestens die gleichen Sicherheiten bot wie das zwei- bzw. dreigeteilte Deutschland. So waren Stalins Initiativen vom März und April 1952 zu verstehen. Mit der festen wirtschaftlichen, politischen und schließlich auch militärischen Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft konnte die deutsche Einheit selbst unter den von Stalin formulierten Bedingungen kein Thema mehr sein.

Allerdings gab es in dieser Angelegenheit seit den ausgehenden 40er Jahren innerhalb der Anti-Hitler-Koalition faktisch keinen Dissens mehr. Zwar schienen die Westmächte während der 50er Jahre, etwa auf den drei Genfer Außenminister- bzw. Gipfeltreffen, die Wiederherstellung der deutschen Einheit aktiv betreiben zu wollen; zwar trugen sie dieses Ziel rhetorisch bis zum Ende der alten Ordnung mit: man denke nur an die Aufforderung Präsident Reagans an Generalsekretär Gorbatschow, das Brandenburger Tor zu „öffnen“; doch hatte der britische Staatsminister und spätere Außenminister John Selwyn Lloyd schon im Juni 1953 bilanziert, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands unter den Bedingungen des geteilten Europa „gefährvoll für alle“ wäre. Deshalb, so Lloyd 1953 weiter, fühlten alle, „die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir im Grunde unseres Herzens, daß ein geteiltes Deutschland zur Zeit die sicherere Lösung ist“.

Die Motive für diese Lagebeurteilung auf westlicher Seite waren unterschiedlicher Natur. Daß man in Frankreich wenig Neigung verspürte, einer Wiedervereinigung jenes Landes zuzustimmen, von dem man zwischen 1870 und 1945 drei Mal mit Krieg überzogen worden war, läßt sich ebenso nachvollziehen wie die Abneigung, die Rolle als Besatzungs- bzw. Kontrollmacht in Deutschland aufzugeben, damit natürlich ein wesentliches Fundament der französischen Großmachtpolitik aufzukündigen.

Ausschlaggebend für die westliche Haltung in der deutschen Frage waren indessen nicht die britischen oder französischen Interessen, sondern diejenigen der Vereinigten Staaten von Amerika. Zwei Tendenzen der Weltpolitik haben in den 50er und frühen 60er Jahren, und das gilt eigentlich bis 1989, dafür gesorgt, daß das Thema deutsche Einheit auch förmlich von der Tagesordnung abgesetzt wurde und abgesetzt werden mußte. Da waren einmal die dramatischen Entwicklungen in der außereuropäischen Welt, ich nenne sie nur mit Stichworten – in Korea, in der Straße von Taiwan, in Vietnam oder auch in Kuba; sie bildeten nicht erst mit dem Amtsantritt John F. Kennedys die „neuen Horizonte“ amerikanischer Außenpolitik.

Und dann, wesentlich folgereicher, gab es die nukleare Bedrohung, die spätestens seit dem 4. Oktober 1957 alles andere in den Schatten stellte: Hatten die Sowjets mit den Tests der ersten Atombombe im August 1949 und der ersten Wasserstoffbombe vier Jahre darauf noch auf den amerikanischen Vorsprung

reagiert, so konnten sie mit der erfolgreichen Beförderung des „Sputnik“ in eine Erdumlaufbahn vorübergehend die Führung übernehmen. Wer aber in der Lage war, einen Flugkörper in die Stratosphäre zu schicken, der besaß grundsätzlich auch die Fähigkeit zu einem interkontinentalen nuklearen Schlag, und das hieß: die Unangreifbarkeit des amerikanischen Kontinents gab es nicht mehr.

Angesichts dieser neuen Herausforderungen, angesichts aber auch der erneuten Zuspitzung der Berlinfrage seit dem Herbst 1958, einigten sich Washington und Moskau stillschweigend darauf, mit der deutschen Frage die eigentliche Ursache des Kalten Krieges auf dem spätestens 1955 erreichten Niveau einzufrieren und damit als akuten Spannungs- und Gefahrenherd weitgehend auszuschalten. Das war insoweit unproblematisch, als man sich hier auf dem Terrain ohnehin schon vollendeter Tatsachen bewegte.

Seit dem 13. August 1961 signalisierte die Berlin und Deutschland teilende Mauer auch dem, der es nicht wahrhaben wollte, daß die „Anti-Hitler-Koalition“ 20 Jahre nach ihrer Gründung dieses Provisorium nicht anzutasten, vielmehr die deutsche Frage endgültig zu marginalisieren gedachte. Wenn die Vier in den folgenden drei Jahrzehnten in dieser Angelegenheit noch einmal zusammenkamen, dann, wie im Falle des 1971 unterzeichneten sogenannten Viermächte-Abkommens, mit dem erklärten Ziel, den Status quo in neuer Form einmal mehr zu bekräftigen.

II. Der deutsche Handlungsspielraum

Angesichts dieser Rahmenbedingungen blieb den Deutschen keine Alternative, als sich auf den Boden der weltpolitischen Realität zu stellen und die Teilung als auf absehbare Zeit nicht überwindbares Grundelement der internationalen Ordnung hinzunehmen. Für die DDR war das insoweit keine Entscheidung von politischer Tragweite, als es keine Alternative gab: Von der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie im Görlitzer Vertrag des Juli 1950 bis zur Übernahme der sowjetischen Zweistaatentheorie fünf Jahre darauf hatte sie den Vorgaben der östlichen Vormacht zu folgen.

Für die Bundesrepublik war im Spannungsverhältnis zwischen dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung und dem dynamischen Trend hin zur internationalen Entspannung ein begrenzter Handlungsspielraum nur dann vorstellbar, wenn sie den unter Volldampf stehenden Détente-Express nicht nur nicht verpaßte, sondern auf ihn aufsprang. Das erkannt und die entsprechenden politischen Konsequenzen gezogen zu haben, ist das bleibende Verdienst Willy Brandts – Herr Vorsitzender, Sie haben bereits darauf hingewiesen.

Die Verträge mit Moskau, Warschau und Prag aus den Jahren 1970 bzw. 1973, vor allem aber der am 21. Dezember 1972 unterzeichnete deutsch-deutsche Grundlagenvertrag verfolgten drei sich ergänzende Ziele: Einmal wollte die Bundesregierung ihren Beitrag zur Entspannungspolitik leisten; das gilt selbst-

verständlich vice versa auch für die DDR. Tatsächlich haben die Anerkennung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa – einschließlich der deutsch-deutschen – und die Bekräftigung des Gewaltverzichts, die in allen Verträgen schriftlich fixiert worden sind, deutscherseits den Weg für die „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) freigemacht; zum zweiten war die Ost- und Deutschlandpolitik von dem Willen bestimmt, das Leben im geteilten Deutschland erträglicher zu machen; und schließlich wurde sie von der Hoffnung getragen, mit der Anerkennung des Status quo in Deutschland womöglich die Voraussetzung für seine friedliche Überwindung zu schaffen. Ob die Ereignisse der Jahre 1989/90 als Bestätigung dieser Auffassung interpretiert werden können oder nicht, sei hier dahingestellt.

Sich auf den Boden der weltpolitischen Realitäten zu stellen, die deutsche Teilung auf vorläufig nicht absehbare Zeit festzuschreiben und damit den Wünschen, Erwartungen und Forderungen der westlichen Verbündeten entgegenzukommen, hatte freilich seinen Grund. Insbesondere die USA waren und blieben für die Bundesrepublik der Garant ihrer Sicherheit, wie die zweite Hälfte der 70er Jahre eindrucksvoll demonstrierte: Die Vorgänge in Persien, Afghanistan, am Horn von Afrika oder in Südostasien, vor allem aber die sowjetische Hochrüstung im nuklearen Mittelstreckenbereich bewirkten einen Klimasturz in der internationalen Politik, der direkt oder indirekt auch die deutschen Sicherheitsinteressen tangieren mußte.

Daher hatte Bonn auch jetzt keine Alternative, als den Vorgaben der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik selbst dann noch zu folgen, als deren Umsetzung zu einem Rückschritt in den deutsch-deutschen Beziehungen führte. Das zeigt sich besonders deutlich in den Fragen der Rüstung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung in den ausgehenden 70er und 80er Jahren. Vordergründig ging es um die landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen kürzerer und größerer Reichweite sowie um die Kurzstreckenraketen vom Typ „Lance“. Die westlichen Verbündeten verbanden damit jedoch immer auch die Frage, wie fest sich die Bundesrepublik in der Atlantischen Allianz verankert wußte, oder umgekehrt: ob sie möglicherweise dazu tendierte, ihr historisch besonderes Verhältnis zur Sowjetunion – und damit zur DDR – zu Lasten ihrer westlichen Bindungen weiterzuentwickeln.

Der sogenannte NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979, der maßgeblich von Bundeskanzler Helmut Schmidt angeregt worden war und unter seinem Nachfolger vier Jahre später umgesetzt wurde, zielte auf einen Ausgleich der krassen westlichen Unterlegenheit auf dem Gebiet der eurostrategischen Nuklearwaffen. Die Verhandlungen der Jahre 1987 bis 1989 waren hingegen bereits Ausdruck der sich nicht zuletzt infolge jenes Beschlusses grundlegend wandelnden weltpolitischen Lage, und auch die stellte gerade die Bundesrepublik vor eine schwierige Situation: Tat sie sich im Sommer 1987 noch schwer, dem Abbau der deutschen „Pershing I A“ zuzustimmen und damit ihrerseits den Weg zum amerikanisch-sowjetischen INF-Vertrag freizumachen, so versuchte sie anderthalb Jahre später, im Winter 1988/89, geradezu

umgekehrt, die von Washington, London oder auch Den Haag geforderte Modernisierung der Kurzstreckenraketen vom Typ „Lance“ zu verhindern, um den neuen Kurs in der Sowjetunion nicht zu gefährden.

So sehr diese Vorgänge, auf den ersten Blick, einen gewissen Handlungsspielraum der deutschen Politik anzuzeigen scheinen, so sehr belegen sie bei genauem Hinsehen das Gegenteil: Angesichts der hohen, einseitigen sicherheitspolitischen Abhängigkeit der Bundesrepublik von ihren westlichen Verbündeten konnte es keine Alternative zur bedingungslosen Unterordnung der deutschen unter die westlichen Interessen geben. Für die DDR galt unter den Rahmenbedingungen des Kalten Krieges Vergleichbares, allerdings unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen: Seit Gründung der DDR unterlag ihre Außenpolitik jenem Handlungszwang, der seit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei, also seit dem Sommer 1968, als „Breschnew-Doktrin“ firmierte und erst 21 Jahre später, im Sommer 1989, förmlich außer Kraft gesetzt wurde.

Daß sich die Lage der beiden deutschen Staaten in dieser Hinsicht ändern und sich ihnen ein Handlungsspielraum in der deutschen Frage eröffnen könnte, war nur unter der Voraussetzung denkbar, daß die internationalen Rahmenbedingungen ihrerseits einer grundlegenden Änderung unterworfen worden wären. Eine solche Änderung der internationalen Rahmenbedingungen war bis in den Herbst 1989 nicht vorstellbar, weil sie nicht weniger implizierte als den Zusammenbruch der Ordnung des Kalten Krieges; und diese Ordnung, die in der Deutschland teilenden Mauer ihren symbolträchtigen Ausdruck fand, war ja nichts anders als die zu starrer Realität verdichtete Konsequenz Stalins und seiner Nachfolger aus der Katastrophe des Jahres 1941.

Der Auflösung dieser alten, also ihrer Ordnung hätten die führenden Männer der Sowjetunion nur unter der Voraussetzung zustimmen können, daß entweder die historische Erinnerung an den „Großen Vaterländischen Krieg“ verblaßt wäre; das aber mußte schon deshalb ausgeschlossen werden, weil diese Erinnerung konstitutiv für den Bestand der Sowjetunion gewesen ist. Oder aber, und das galt bis 1989 vollends als undenkbar, die Entwicklung entglitt ihrer Kontrolle. Die Revolution der Weltpolitik, die niemand vorhergesehen und vorhergesagt hat, bewirkte eben jenen Zusammenbruch der sowjetischen Kontrolle, besiegelte das Ende der alten Ordnung und eröffnete mit diesem fundamentalen Wandel der internationalen Rahmenbedingungen erstmals seit 40 Jahren der deutschen Politik einen unerwarteten Handlungsspielraum.

III. Die Gunst der Stunde

Daß sich jene Entwicklung aufs engste mit dem Namen Michail Gorbatschow verbindet, der seit März 1985 das Amt des Generalsekretärs der KPdSU innehatte, steht außer Frage. Fest steht allerdings auch, daß Gorbatschow ursprünglich nicht die Überwindung des kommunistischen Systems und der Partei im Auge hatte, sondern das gerade Gegenteil: ihre Reformierung, Stabi-

lisierung und damit Transformierung in eine erneuerte, nach innen und außen – und übrigens mit dem Westen – konkurrenzfähige, effiziente Organisation. Bekanntlich gewann dieser Prozeß alsbald eine unkontrollierte Eigendynamik, und die Reise, auf die Gorbatschow sich, sein Land und den gesamten von diesem kontrollierten Machtbereich geschickt hatte, endete gewissermaßen am falschen Ziel, in der Auflösung der Sowjetunion und damit zugleich in der Atomisierung ihres Imperiums. Am Ende stand der Kollaps jener Weltordnung, die eigentlich eine Pax Sovietica war: der Ordnung des Kalten Krieges. Das war die eigentliche Revolution der Weltpolitik, die den beiden deutschen Staaten einen bis dahin nicht gekannten Manövrierspielraum eröffnete.

Das galt in besonderem Maße für die Bundesrepublik. Die Regierung der DDR war mit Blick auf den schließlich eingeschlagenen Weg zur deutschen Einheit insoweit nur eingeschränkt handlungsfähig, als die Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit die Richtung vorgab. Das galt für die großen Demonstrationen des Herbstes und Winters 1989/90; es galt für die Massenwanderungen Westen vor und nach dem Fall der Mauer; und es galt, wir haben es schon gehört, für das Ergebnis und die Folgen der Volkskammerwahl vom 18. März 1990.

Dieser Weg zur deutschen Einheit war nach dem 9. November 1989 in wichtigen Etappen ein Alleingang Bundeskanzler Helmut Kohls. Daß er am Ende erfolgreich war, wird heute im In- wie im Ausland durchweg als bedeutende politische Leistung gewertet, auch deshalb, weil anfänglich keineswegs absehbar sein konnte, ob und wann dieser Weg überhaupt zum Erfolg führen werde. Einmal ging der Bundeskanzler, als er am 28. November 1989 in der Haushaltsdebatte dieses Hauses sein mit niemandem abgesprochenes „Zehn-Punkte-Programm“ vorstellte, noch selbst davon aus, daß die Vollendung des europäischen Binnenmarktes eher kommen werde als die Vereinigung; nicht zufällig sprach er vorerst nur von „konföderativen Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“. Dann aber war keineswegs absehbar, wie die näheren und fernerer Nachbarn, und insbesondere die vier alliierten Sieger des Zweiten Weltkrieges, auf diesen Vorstoß reagieren würden. Mit Bedacht wies der Bundeskanzler deshalb in seinem Programm darauf hin, daß die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen auch in Zukunft „in den gesamteuropäischen Prozeß“ eingebettet bleiben würde.

Insoweit war die Bundesrepublik auch in dieser für die Zukunft der deutschen Frage entscheidenden Situation nur eingeschränkt handlungsfähig. Abgesehen von den völkerrechtlichen Vorbehalten der Alliierten bezüglich Berlins und Deutschlands als Ganzem, unterlag sie jenen Beschränkungen, die sich aus ihrer Zugehörigkeit zu den internationalen Organisationen ergaben. Zugleich verschaffte diese Mitgliedschaft in Organisationen wie den Vereinten Nationen, der schon erwähnten KSZE, vor allem aber der NATO und der EG, der deutschen Politik jenen notwendigen Vertrauensvorschuß, der unabdingbar war, um aus der Initiative der „Zehn Punkte“ kurzfristig eine politische Strategie zu entwickeln und mit ihr jenes politische Ziel zu erreichen, das am Ende

des Jahres 1989 endgültig als „deutsche Einheit“ firmierte. Ob damit das Konzept Konrad Adenauers aufging, der mit der festen europäischen Integration der Bundesrepublik immer auch die Hoffnung verbunden hatte, daß auf diese Weise dereinst die Teilung Europas und damit Deutschlands überwunden werden könne, sei hier ebenfalls dahingestellt.

Fest steht, daß Kanzler Kohl wie alle seine Vorgänger im Amt um die herausragende Bedeutung Europas namentlich für das französische Sicherheitsinteresse wußte. Mit der Zustimmung zur vorzeitigen Einberufung einer Regierungskonferenz zur „Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion“ und der Initiative für eine zweite Konferenz zur „Europäischen Politischen Union“ wurde im Dezember 1989 und April 1990 der deutsche Handlungsspielraum genutzt, um die nicht unerheblichen französischen Bedenken zu beseitigen.

Im Falle Großbritanniens und der USA stand hingegen die NATO-Mitgliedschaft im Vordergrund. So wie die Dinge lagen, kam der amerikanischen Politik in dieser hochsensiblen Situation einmal mehr die ausschlaggebende Bedeutung zu. Nicht nur ließen, wie bekannt, Präsident George Bush und Außenminister James Baker niemals einen Zweifel daran, daß sie die Vereinigung Deutschlands befürworteten und unterstützten; vielmehr bestanden sie auch auf der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland, was wiederum in London erkennbar beruhigte. Indem sich die deutsche Politik nach anfänglichem Zögern, was meistens übersehen wird, die amerikanische Position zueigen machte, nutzte sie auch hier ihren Handlungsspielraum.

Schließlich die Sowjetunion. Allen Beteiligten war bewußt, daß der Schlüssel zur deutschen Einheit nach wie vor in Moskau lag. So gesehen hatte sich an den internationalen Rahmenbedingungen seit einem halben Jahrhundert wenig geändert. Hier ist nicht zu entscheiden, ob Gorbatschow, der ähnlich wie Bundeskanzler Kohl zeitweilig im Alleingang operierte, noch über realisierbare Alternativen verfügte, als er in den beiden Begegnungen mit dem Kanzler vom Februar und Juli 1990 seine Vorbehalte gegen eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten und schließlich sogar gegen die NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland aufgab und damit die traditionelle sowjetische Haltung in dieser Frage liquidierte.

Gewiß wird niemand Gorbatschows großes historisches Verdienst verkennen und übersehen wollen, daß die sowjetischen Panzer, anders als am 17. Juni 1953, in den kritischen Tagen des Oktobers und Novembers 1989 in den Kasernen blieben. Doch ist auch festzuhalten, daß die Sowjetunion spätestens im Winter 1989/90 nicht mehr in der Lage war, die Entwicklungen in Deutschland mit politischen Mitteln aufzuhalten oder gar zu steuern. Ich nehme an, daß Herr Oldenburg später auf dieses Thema eingehen wird. Das zitierte Wahlergebnis in der DDR vom 18. März und vor allem das Inkrafttreten der Währungsunion zum 1. Juli 1990 schränkten den Spielraum der sowjetischen Diplomatie weiter merklich ein.

Vor allem aber nutzte die deutsche Politik ihre Möglichkeiten, um Gorbatschow die Zustimmung zu erleichtern. Einmal drängte sie im Juli 1990, vor dem zweiten Treffen des Kanzlers mit dem Generalsekretär, sowohl auf dem Gipfeltreffen der Atlantischen Allianz in London als auch auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston die Verbündeten zu unmißverständlichen Signalen an die Adresse Moskaus; im einen Fall bestanden diese in der Erklärung, „niemals und unter keinen Umständen als erste Gewalt anwenden“ zu wollen, das ist ein Zitat aus der Londoner Erklärung des NATO-Gipfels; im anderen in der Zusage großzügiger wirtschaftlicher Unterstützung.

Dann aber sicherte die Bundesrepublik der wirtschaftlich am Boden liegenden Sowjetunion einseitig entsprechende Unterstützung zu, beginnend mit der Zusage einer Lebensmittelhilfe in Höhe von 220 Millionen D-Mark, über die Erstattung nicht mehr durchgeführter Sowjetexporte in die DDR oder die Bürgschaft für einen Fünf-Milliarden-Kredit bis hin zur Finanzierung des sowjetischen Truppenabzugs vom Territorium der ehemaligen DDR, für den Bonn über vier Jahre mehr als 12 Milliarden D-Mark zur Verfügung stellte.

Schließlich wurde am 9. November 1990, dem Jahrestag der Maueröffnung, am Rhein jener „Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit“ unterzeichnet, dessen Artikel 3, Absatz 3 die bemerkenswerte Formulierung enthält, die ich, wenn Sie erlauben, zitieren möchte – es bleibt erstaunlich, daß eine Bundesregierung einen solchen Vertrag, der sehr stark an andere deutsch-russische und deutsch-sowjetische Verträge seit dem 19. Jahrhundert erinnert, mit dieser Formulierung abgeschlossen hat: „Sollte eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden, so wird die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten und alle Maßnahmen ergreifen, um den Konflikt beizulegen.“

Die Zeit erlaubt es nicht, darauf einzugehen, wie dieser Vertrag in der Tradition des zuletzt von Bismarck abgeschlossenen deutsch-russischen Rückversicherungsvertrags von 1887 steht. Ich will nur folgendes bemerken: Daß sich die Sowjetunion während der Dämmerstunden des Kalten Krieges vom vereinigten und wieder souveränen Deutschland ausdrücklich zusichern ließ, im Falle eines künftigen Konflikts nicht auf der Seite des Gegners zu stehen, spricht für sich.

So kam in der Vereinigungsphase auf sowjetischer Seite, aber keineswegs nur dort, noch einmal jene tiefsitzende Angst vor Deutschland zum Vorschein, welche die 1941 gegründete „Anti-Hitler-Koalition“ fast ein halbes Jahrhundert lang zusammengehalten und zu dem Kompromiß gebracht hatte, die deutsche Frage nicht endgültig zu lösen, sondern ohne Friedensvertrag im Zustand der Teilung einzufrieren. Daß sich ohne den Ausfall eines ihrer Mitglieder an diesem Zustand auf absehbare Zeit etwas geändert hätte, muß als höchst unwahrscheinlich gelten. Mithin ist zu bilanzieren:

Erstens: Daß sich im Winter 1989/90 gänzlich unerwartet ein Handlungsspielraum in der deutschen Frage auftat, war das unmittelbare Resultat des Zusam-

menbruchs der Sowjetunion und ihres Imperiums, also einer revolutionären Umwälzung der internationalen Rahmenbedingungen, und nicht, wie es der Mythos sagt, in erster Linie das Ergebnis deutschen Wollens: So wichtig die „friedliche Revolution“ in der DDR als Signal für die Weltöffentlichkeit gewesen ist, so wenig hätten die Montagsdemonstrationen gegen die Armeen einer intakten Sowjetunion ausrichten können.

Zweitens: Im richtigen Augenblick erkannt zu haben, daß sich die Rahmenbedingungen der deutschen Einheit änderten, daß es deshalb, erstmals seit Ende des Zweiten Weltkrieges, so etwas wie einen deutschen Handlungsspielraum gab und daß dieser ebenso zügig wie umsichtig genutzt werden mußte, war die herausragende Leistung der deutschen Politik zwischen dem 9. November 1989 und dem 15. März 1991, dem Tag des Inkrafttretens des „Zwei-plus-Vier“-Vertrages.

Drittens und letztens: Ohne die feste Einbindung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere in die westlichen Gemeinschaften, an deren Notwendigkeit es seit den Tagen Konrad Adenauers keinen Zweifel gab, und ohne die Bereitschaft, den Status quo im geteilten Deutschland als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges förmlich anzuerkennen, die mit dem Namen Willy Brandts verbunden bleibt, hätte sich wohl auch während des Zusammenbruchs der alten Weltordnung kaum ein Handlungsspielraum für die deutsche Politik eröffnet. So gesehen hatte die deutsche Außenpolitik der Jahre 1949 bis 1989 die Voraussetzung geschaffen, das Provisorium des Kalten Krieges in einen Akteur der neuen Weltordnung zu überführen. Ob die Deutschen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert bereit sind, die damit verbundene Verantwortung zu übernehmen, wird sich zeigen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Schöllgen, seien Sie auch von mir herzlich bedankt dafür, daß Sie angesichts unseres gedrängten Programms exakt in den Ihnen zugebilligten 30 Minuten geblieben sind. Ich werde jetzt eine erste Rederunde zulassen und Ihnen dann auch die Möglichkeit geben, auf die Fragen zu antworten, und dann werden die 45 Minuten auch vorbei sein, die wir zur Diskussion haben. Ich möchte in der Reihenfolge zunächst aufrufen Herrn Jacobsen, Herrn Hiller und Herrn Poppe, danach Herrn Hilsberg und Herrn Gutzeit sowie Bernd Faulenbach und Herrn Maser. Ich bitte, wegen der Zeit sich zu beschränken auf ein bis maximal zwei Fragen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Lieber Herr Schöllgen, zunächst herzlichen Dank für Ihren vorzüglichen Überblick über die internationalen Rahmenbedingungen seit 1949. Wie von dem Herrn Vorsitzenden schon angedeutet, können wir darüber im einzelnen nicht diskutieren. Ich habe eigentlich nur zwei Punkte, wobei der erste wahrscheinlich unstrittig ist. Ich glaube, daß man bei den internationalen Rahmenbedingungen ohne den Aspekt „Wettkampf der Systeme“ manches nicht versteht. Aber „Wettkampf der Systeme“ im Schatten der Atomwaffen, hier also die große internationale Rivalität um

die Gestaltung einer besseren Ordnung. Das wäre vielleicht hinzuzufügen, und ich wäre dankbar, wenn Sie sich dazu noch kurz äußern würden. Differenzierter sehe ich ein anderes Problem, darüber sollte man, wenn möglich, noch kurz diskutieren, das heißt ich hätte gerne Ihre Antwort.

So sehr man auch zunächst dazu neigen mag, zuzugestehen, daß der eigentliche Handlungsspielraum für die deutsch-deutschen Staaten 1989 möglich wurde vor der Konstellation, die Sie geschildert haben, sehe ich es insofern differenzierter, als de facto seit 1969/70-1975, Stichwort „Entspannungspolitik“, gerade die Bundesrepublik Deutschland in diesem Verfahren einer indirekten Auseinandersetzung (Stichwort „Korb drei von Helsinki“) ein vorzügliches Instrument sah, zu einem evolutionären Prozeß in Osteuropa beizutragen, das heißt, im Rahmen des Status quo evolutionäre Veränderungen über die Entspannungspolitik zu realisieren. Würden Sie dem zustimmen? Von daher gesehen ist natürlich doch schon ein gewisser Ansatz eines ausgeweiteten deutschen Handlungsspielraums erkennbar. Die letzte Bemerkung, Sie werden verstehen, wenn ich sage, das ist die großartige Leistung von Willy Brandt, aber ich möchte meinen, auch von Walter Scheel. Danke.

(Lachen)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich denke mir, dieses Lachen hat den Kommentar ersetzt. Herr Hiller, Sie haben das Wort.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Ich möchte da anschließen. Sie haben gesagt, ein Handlungsspielraum tat sich nicht auf. Was die Frage der Einheit anbetrifft, kann ich dem zustimmen. Allerdings war es aus meiner Sicht so, und ich war ja im innerdeutschen Ausschuß und erinnere mich lebhaft vieler Debatten zum 17. Juni, daß, wenn auch Handlungsspielraum offensichtlich nicht vorhanden war, es doch darum ging, zu bestimmten historischen Situationen Handlungsspielraum auch nicht zu zerstören, einen Handlungsspielraum, der in der Zukunft vielleicht entstehen könnte. Und da schließe ich an das an, was Professor Jacobsen gesagt hat: Die Entspannungspolitik, der KSZE-Prozeß und viele kleine Maßnahmen, die damit verbunden waren, haben letztlich dazu geführt, daß der Wunsch nach Einheit in Westdeutschland, aber auch in der DDR auch in den Zeiten erhalten blieb, als offensichtlich kein Handlungsspielraum vorhanden war. Ich erinnere nur an die Äußerung von Andreotti, und man kann eine weitere Liste machen. Das hat nicht dazu geführt, daß das Ziel der deutschen Einheit, obwohl man damals nicht wußte, wie es verwirklicht werden könnte, aufgeben wurde. Ich glaube, daß Sie zu diesem Aspekt noch etwa sagen sollten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke, Herr Hiller, ich möchte jetzt die nächsten drei in der ersten Runde noch einmal kurz ansagen. Das sind Herr Poppe, Herr Maser und Herr Elm. Herr Poppe!

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Schöllgen, ich gebe Ihnen ja recht, wenn Sie sagen, der Schlüssel zu dem erweiterten Handlungsspielraum für die deutsche Politik ist der Zusammenbruch des sowjetischen Imperi-

ums. Nun ist da zum Teil ja auch ein bißchen nachgeholfen worden. Und deshalb sind es nicht alleine die Demonstranten von Leipzig, sondern in ganz entscheidendem Ausmaß die Ereignisse in Polen, später Ungarn, der Tschechoslowakei, die dieses Imperium über die desolatte wirtschaftliche Lage hinaus mit zum Einsturz brachten. Insofern würde ich nicht allein den Demonstranten von Leipzig den entscheidenden Anstoß zuschreiben, denn im gesamten Ostblock war es der nicht mehr aufzuhaltende Wunsch nach einer demokratischen Entwicklung, der in erheblichem Maße die Entwicklung in der Sowjetunion beeinflußt hat. Polen war faktisch kein zuverlässiger Partner des Warschauer Paktes mehr. Mit der Stabilisierung der Solidarność über das Kriegerrecht hinweg bis in die späten 80er Jahre hatte sich dort eine grundsätzlich neue Lage ergeben, und ich denke, daß man das mit berücksichtigen muß. Dann waren es natürlich auch nicht die Montagsdemonstrationen von Leipzig, aus denen sich der neue Handlungsspielraum ergab, sondern das war ganz einfach der Fall der Mauer. Die Forderungen davor bezogen sich nicht auf die deutsche Einheit, sondern auf Demokratie und Menschenrechte. Erst mit dem Fall der Mauer ergaben sich in ganz entscheidendem Maße eine neue Konstellation und damit auch neue Möglichkeiten für die deutschen Akteure. Ich will nicht bloß immer die Liste Adenauer-Kohl-Brandt-Scheel hören, wir können sie noch erweitern, und von der anderen Seite wenig bis nichts. Was ich nicht erkennen kann, ist die besondere Bedeutung des Wahlergebnisses vom März 1990 für die Einheit. Sicherlich war es für die Fortsetzung der Politik Kohls wichtig, aber nicht für den zu diesem Zeitpunkt bereits bei allen demokratischen Parteien vorhandenen Wunsch nach Einheit. Der war in sämtlichen Wahlprogrammen zur Volkskammerwahl enthalten, wenn auch jeweils unterschiedlich relativiert, z. B. in Bezug auf die europäische Einigung, eine gesamteuropäische Friedensordnung usw. Diese Ziele sind ebenso auch von den Regierungen auf beiden Seiten immer wieder in den Vordergrund gestellt worden, das heißt, die deutsche Einheit sollte ja nicht Selbstzweck sein, sondern sie sollte einen ersten Schritt darstellen zu einer gesamteuropäischen Einheit und auch Impulsgeber für diese sein. Hier sehe ich zu diesem Zeitpunkt – März 1990 – nicht mehr den entscheidenden Unterschied zwischen den verschiedenen Demokraten. Letzter Punkt: die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands. Hier haben Sie gesagt, die deutsche Politik machte sich nach anfänglichem Zögern die amerikanische Position zu eigen. Das ist ganz sicherlich richtig für die bundesdeutsche Politik. Wenn ich aber mal die Äußerungen von de Maizière oder auch die von den verschiedenen Volkskammerfraktionen dazu nehme, so gibt es fast bis zum Abschluß der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen doch immer eine Favorisierung des KSZE-Prozesses und die Forderung nach Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt, also eine große Skepsis zum damaligen Zeitpunkt gegenüber der NATO-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands. Beziehungsweise es wurden für die NATO-Mitgliedschaft ganz bestimmte Rahmenbedingungen gefordert, wobei immer die NATO-Doktrin genannt wurde. Ich würde das ein bißchen relativieren wollen, was Sie deutsche Politik nennen. Es hat deutliche Unterschiede gegeben zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Po-

sitionen. Aber wir werden heute nachmittag sicherlich darüber noch ausführlich reden können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke Gerd Poppe. Peter Maser!

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich kann eigentlich nur einen Aspekt noch unterstreichen. Den hat Kollege Poppe bereits angesprochen. Das ist das Problem, das in dem gesamten Programm der Anhörung ja eigentlich zu wenig benannt wird, nämlich die Frage nach Opposition und Widerstand auch als internationaler Rahmenbedingung. Hier noch einmal die Rückfrage nach dem Gesamtbild. Muß man da nicht über das Wechselspiel sprechen, das sich ergibt aus der Entspannungspolitik und den sich daraus ergebenden Möglichkeiten in den osteuropäischen Ländern, unterschiedlichste Formen von Opposition und Widerstand zu organisieren? Hineinkommen müßte dann natürlich die wirtschaftliche Misere, aber dann kommt ja eine andere Reihenfolge zustande. Dann würde man zunächst mal sagen müssen: wirtschaftliche Misere und Vernetzung dann auch des osteuropäischen Widerstandes in seinen unterschiedlichsten Formen. Die Entspannungspolitik ist dazu immer noch präsent. Dann der Versuch Gorbatschows, den Sie ja hier eindrücklich geschildert haben, auf diese Situation zu reagieren mit der Politik von Perestrojika und Glasnost. Aber, wie Sie hier so schön formuliert haben: Die Reise von Gorbatschow endete zumindest im Sinne der kommunistischen Machthaber am falschen Ziel! Bei einer solchen Betrachtungsweise wären Opposition und Widerstand ganz gleich in welchem Lande des Ostblocks eben keine Randerscheinungen, die sich gleichsam auf den fahrenden Zug mit drauf geschwungen hätten, sondern sie wären zumindest eine der ganz wesentlichen internationalen Rahmenbedingungen, die entscheidend dazu beigetragen haben, daß es zum Sturz der Systeme kam. Und zweitens: Daß dieser Sturz der Systeme alles in allem friedlich abgelaufen ist, er nicht zur großen Katastrophe, zu Bürgerkrieg und ähnlichem geführt hat, das hängt doch wohl damit zusammen, daß in den unterschiedlichsten Kreisen und Gruppierungen von Opposition und Widerstand Strategien überlegt und zum Teil sogar auch schon ausprobiert worden waren, wie man mit den Mächtigen umgehen muß, ohne den ganz großen Knall zu provozieren, den ja keiner angesichts der internationalen Gesamtsituation haben wollte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke schön. Als letzter in dieser ersten Runde Herr Elm.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich möchte an die kursorischen Bemerkungen zum außenpolitischen Handlungsspielraum der beiden deutschen Staaten, speziell der Bundesrepublik seit den 50er Jahren anknüpfen. Ich möchte es auch inhaltlich über den Bezug zur deutschen Frage ausweiten. Den Bezug zu unserem Anliegen, zum speziellen Thema, sehe ich darin, daß die Konfrontation beider deutschen Staaten sich auch auf Europa und das weltpolitische Gebiet bezog, daß es um die Frage geht, welche außenpolitischen Traditionen die Bundesrepublik in die Einigung einbrachte, wie diese Traditionen heute bewertet werden und wie und welche dieser Traditionen in der heutigen und ab-

sehbarer Außenpolitik fortwirken. Ich setze also die Beschränktheit der DDR in ihren Handlungsspielräumen mit den Traditionen der kommunistischen Weltbewegung, den realen Kräfteverhältnissen, den objektiven und subjektiven Gegebenheiten voraus und erwähne sie nur noch einmal als Kontrast zur Situation der Bundesrepublik. Hatte nicht die Bundesrepublik, vor allem fortschreitend im Laufe der Jahre, ein absolut und relativ größeres Eigengewicht innerhalb der westlichen Bündnisse? Wie, Herr Professor Schöllgen, bewerten Sie die Ausschöpfung des Eigengewichtes, dieses Spielraumes, durch die Bundesrepublik? War das tatsächlich nur die Beschränkung, die bei der deutschen Frage recht eindeutig ist? Aber gibt es nicht auf anderen außenpolitischen Politikfeldern Hinweise darauf, daß die Bundesrepublik diese Spielräume, gemessen an ihrem menschenrechtlichen Anspruch, ausgeschöpft hat, oder vielleicht manchmal die Bündnistreue über andere Wertauffassungen, Leitbilder gesetzt hat? Ich erinnere an das Verhältnis zu den Kolonialkriegen der westlichen Verbündeten in der Nachkriegsperiode, an den Vietnamkrieg. Ich erinnere an die Politik gegenüber den Staaten und dem Konflikt im südlichen Afrika, aber auch an das Verhältnis zu lateinamerikanischen Diktaturen, zu Chile und anderen, die man da nennen könnte. Also kurz und gut, die Bewertung im Kontext dann aber wiederum der deutschen Auseinandersetzung vor dem Hintergrund der internationalen Politik. Ist es zutreffend, würden Sie bestätigen, daß da Spielräume nicht ausgeschöpft wurden oder daß man subjektiv sich im Einklang mit anderen Kräften, den USA vor allem, befand? Ja, ist das eine in den 90er Jahren nicht auch relevante Frage nach der heutigen Bewertung mancher Tradition?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke Herr Elm. Zu einer ersten Antwort Herr Schöllgen?

Prof. Dr. Gregor Schöllgen: Ich danke für das Zutrauen oder daß Sie es für möglich halten, daß ich Ihnen ein halbes Jahrhundert höchst komplizierter Weltpolitik jetzt noch einmal zugespitzt erkläre. Ich will mein Bestes tun. Erstens, Herr Jacobsen, Wettkampf der Systeme. Hat das eine Rolle gespielt? Ja, das hat eine Rolle gespielt, aber nur für ein System, nämlich für das sowjetische. Das amerikanische brauchte sich nicht zu behaupten. Es hatte sich rasch herausgestellt, daß auf dem entscheidenden Gebiet, nämlich dem nuklearen, der Vorsprung gesichert war. Die Sowjetunion hingegen hatte aufgrund ihres eigenen Anspruchs, der übrigens durch die USA 1972 schriftlich garantiert worden ist, immer den Impetus, als gleichrangige Weltmacht auftreten zu müssen. Es ist also kein Zufall gewesen, daß am Rande von SALT I die Amerikaner im Grunde auf dem Papier der Sowjetunion genau die Gleichrangigkeit bestätigt haben. Das gilt auch noch für Gorbatschow. Was der nämlich wollte, war die Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen. Insoweit hat also der Wettkampf der Systeme für die sowjetische Politik aus dem Gefühl der Unterlegenheit heraus eine enorme Rolle gespielt; für die westliche Seite hingegen nicht.

Zweitens, das evolutionäre Element der KSZE. Was die Menschenrechte, die Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und den Staaten in Ost- und Ostmittel-

europas angeht, tendiert man dazu, diese ex post überzubewerten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, hat das für die internationale Politik nach meiner Einschätzung allenfalls eine untergeordnete Rolle gespielt. Für die Völker, über die wir jetzt sprechen, allerdings eine herausragende, übrigens auch was die Identitätsstiftung angeht, die heute wichtig ist. Wenn man sich heute in diesen Staaten fragt, woher kommen wir, dann kann man immer sagen, ja, wir haben immerhin, die Möglichkeiten der KSZE beispielsweise nutzend, einen eigenen Willen dokumentiert, auch wenn es zunächst der Wille von Minderheiten gewesen ist. Für die internationale Politik ausschlaggebend ist das erst im Sommer 1987 geworden. Herr Poppe, Sie haben beispielsweise Polen genannt; zu erwähnen wären auch die baltischen Staaten, wo im Sommer 1987 im Vorfeld des unrühmlichen Jubiläums der Unterzeichnung des sogenannten Hitler-Stalin-Paktes die Menschen auf die Straße gegangen sind und Moskau aufgefordert haben, endlich den geheimen Zusatz zu diesem Pakt anzuerkennen. Das war die Revolution. Polen hat eine eigene Geschichte, wir werden ja heute dazu etwas hören. Bitte erwarten Sie nicht von mir – ich würde es gerne tun, aber die Zeit läßt es nicht zu –, die polnische Entwicklung seit 1981, man könnte auch sagen: seit 1956, zu kommentieren.

Handlungsspielräume in der Zukunft? Hat man sich die Handlungsspielräume in der Zukunft offen halten wollen – Herr Hiller, ich glaube, Sie haben die Frage gestellt –, auch wenn man den Status quo als solchen anerkannt hatte? Was die politischen Akteure angeht, ganz gewiß ja; sie waren davon überzeugt, daß durch die Festschreibung des Status quo ein Minimum an Handlungsspielraum in der deutschen Frage für die Zukunft gesichert werden könne. Allerdings sind es genau diese Akteure gewesen, und ich erwähne mit Bedacht noch einmal Willy Brandt, die dann nicht zufällig Mitte der 80er Jahre von der „Lebenslüge“ gesprochen haben, weil sie erkennen mußten, daß sich die internationalen Rahmenbedingungen so verfestigt hatten, daß es eben keinen Handlungsspielraum mehr gab. Die berühmte Formulierung Willy Brandts, die nicht von ihm stammt, sondern von Egon Bahr, der sie Brandt ins Redemanuskript geschrieben hat, ist uns allen in Erinnerung. Man kann das hier noch einmal erwähnen, weil bekanntermaßen Willy Brandt auch derjenige gewesen ist, der im November 1989 sofort erkannt hat, was das bedeutet, und es öffentlich ausgesprochen hat.

Im Grunde haben Sie, Herr Poppe, noch einmal die Frage nach den Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion gestellt, als Sie auf andere Faktoren wie beispielsweise die Entwicklung in Polen hingewiesen haben. Allein diese Frage ausreichend zu beantworten, läßt die Zeit nicht zu. Ich möchte aber doch auf zwei Aspekte hinweisen, abgesehen von den schon genannten. Es ist bekannt, daß man auf Dauer Völker nicht mit Zwang unterdrücken kann. Das ist eine Erfahrung, die bis auf China heute alle Kolonialreiche der Erde gemacht haben. Ob China das durchhält, wissen wir nicht. Allerdings ist die chinesische Kolonisierungspolitik seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts eben andere Wege gegangen als alle anderen Kolonialreiche. Das Ergebnis in der Sowjetunion kennen wir. Aber damit allein erklärt sich das nicht. Es kommen andere

Dinge hinzu, wie beispielsweise, was keine russische Regierung seit dem 19. Jahrhundert gemacht hat, der Gang nach Afrika, die Überdehnung der Kräfte: Äthiopien und Angola. Es kommt hinzu Afghanistan, es kommt hinzu die SS-20-Rüstung und ein ganz wichtiges, vielleicht das wichtigste Moment überhaupt – nämlich Tschernobyl –, wobei nicht die Explosion entscheidend gewesen ist, sondern die Erkenntnis der sowjetischen Führung, daß man offenbar nicht, wie man bislang geglaubt hatte, Dinge von solchem Ausmaß geheimhalten könne. Die Erkenntnis, daß nicht mehr grundsätzlich alles unter dem Deckel zu halten war, ist wohl für die weitere Entwicklung in der Sowjetunion von herausragender Bedeutung gewesen.

Pershing, Lance, NATO-Mitgliedschaft. Da muß man zwei Dinge unterscheiden. Zum einen die Diskussion hier in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzungen mit den USA um Pershing 1 A und Lance waren ausschließlich bundesrepublikanische Angelegenheiten, damit hatte die Führung der DDR unter den damaligen Bedingungen natürlich nichts zu tun. Das war eine NATO-Frage. Die Frage hingegen, ob es nach dem Fall der Mauer, nach dem November 1989 in den Verhandlungen der Bundesregierung mit den vier alliierten Siegern des Zweiten Weltkrieges eine Alternative gegeben hat zur NATO-Zugehörigkeit des vereinigten Deutschland, die Frage ist eindeutig mit nein zu beantworten. Es gab keine Alternative, und zwar deswegen nicht, weil die amerikanische Regierung bedingungslos darauf bestanden hat. Es ist ja bekannt, daß zunächst auch der Bundeskanzler eine andere Alternative favorisiert, sich aber sehr schnell von Bush hat überzeugen lassen; und es ist auch bekannt, daß der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher wesentlich länger als Bundeskanzler Kohl noch versucht hat, eine NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland zu verhindern, weil er glaubte, daß die Sowjetunion dies nicht akzeptieren werde. Vielleicht kennt Herr Oldenburg die Auffassung der sowjetischen Politik in den 50er und 60er Jahren, das Schlimmste, was man sich vorstellen könne, sei ein bündnislos durch die Weltpolitik irrendes vereinigtes Deutschland. Insoweit ist also nicht auszuschließen, daß die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland der sowjetischen Führung auch unter Gorbatschow immer noch lieber war als ein bindungsloses Deutschland.

Die letzte Frage: Hätte die Bundesrepublik ihr Eigengewicht stärker einbringen können? Das ist ein Thema für eine längere Ausführung, also hier nur ganz beschränkt und natürlich mit Vorbehalt zu beantworten. Ich würde sagen nein. Nehmen Sie beispielsweise das Gebiet der Weltwirtschaft. Ich darf an das berühmte sogenannte Wintertheater von 1973/74 im amerikanisch-europäischen Dialog erinnern. Wenn die Europäer, maßgeblich initiiert von der deutschen Politik, in der Weltwirtschaft aktiv geworden sind, dann hat das nur funktioniert, wenn dies nicht auf Kosten erkennbar amerikanischer Interessen ging. Wie man sich das vorzustellen hat, sieht man in diesen Tagen. Und das muß man ganz entschieden vor allem für den Bereich betonen, der sich auf die Sicherheit bezog. Ein Beispiel, weil Sie es erwähnt haben: Hätte die Bundesrepublik gegenüber der amerikanischen Vietnamstrategie eine andere Haltung

einnehmen können? Die Antwort ist eindeutig nein. Man muß sich vorstellen, daß ja, in der Regel ohne Konsultationen der Bundesrepublik, auch die amerikanischen Basen in Deutschland genutzt worden sind, um etwa den Vietnamnachschub zu sichern, und als dann Bundeskanzler Brandt vorsichtig darauf hingewiesen hat, daß das vielleicht ein Problem sei, was die öffentliche Meinung in Deutschland angehe, war die Reaktion, daß beispielsweise im amerikanischen Senat öffentlich diskutiert worden ist, ob man nicht 20.000 Soldaten aus der Bundesrepublik abziehen könne oder abziehen müsse. Und dieses Argument, daß amerikanische Soldaten in einem beträchtlichen oder nicht beträchtlichen Umfang aus der Bundesrepublik abgezogen werden könnten, ist für jede Bundesregierung von Adenauer bis Kohl das Alarmzeichen schlechthin gewesen, weil eben die Präsenz der amerikanischen Truppen in Europa die Garantie dafür gewesen ist, daß die Amerikaner ihren Nuklearschirm auch auf Europa ausgedehnt hielten und sich nicht auf den amerikanischen Kontinent zurückzogen. Und unter dieser Perspektive hatte keine Bundesregierung bis 1989 einen nennenswerten Handlungsspielraum.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke schön. Ich rufe unsere letzte Runde auf mit Herrn Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Eine Anmerkung und zwei Fragen. Die Anmerkung bezieht sich auf Ihre erste These. Sie sagen ja im ersten Satz, bis 1989 gab es für die beiden deutschen Staaten in Sachen Einheit keinen Handlungsspielraum, weil es für die Einheit keine internationalen Rahmenbedingungen gab. Ich störe mich daran insofern, als mein Eindruck von der SED nicht der war, daß sie jemals versucht hätte, einen Spielraum, den sie nicht hatte, in Richtung Einheit durchzusetzen, vielmehr hat sie die Teilung ideologisch begründet. Für sie rangierte sozusagen das gesellschaftliche System vor jeder Form von Einheit. Das ist gerade 1989 von Honecker noch einmal sehr deutlich gemacht worden, und für meine Begriffe war das auch einer der Gründe dafür, daß die SED mögliche Veränderungen im europäischen Kontext letztlich überhaupt nicht wahrgenommen hat. Jetzt meine beiden Fragen, Sie sind darauf ein Stück schon eingegangen, ich will es noch mal vertiefen. Haben Sie den Eindruck, daß der demokratische und friedliche Charakter des Volksaufstandes in der DDR in irgendeiner Weise Einfluß gehabt hat auf das Verhältnis der westeuropäischen Staaten, also insbesondere Frankreichs und Englands, zu dem Deutschland, das sich da vereinigen würde? Hat es etwas befördert? Einfach nur mal diese Frage. Und die andere Frage: Ab wann war denn das Dilemma, in dem sich die sowjetische Politik befunden hat Mitte der 80er Jahre, eigentlich schon vorher erkennbar, oder ab wann hätte dieses Dilemma von den Westeuropäern, auch von Deutschland, erkannt werden können? Sie sagen ja sehr richtig, Gorbatschow wollte die Konkurrenzfähigkeit des sowjetischen Systems wiederherstellen, das sich in einer tiefen Krise befand, und für meine Begriffe war das Dilemma gar nicht lösbar. Ich erinnere in dem Zusammenhang daran, daß Professor Daschitschew, einer der außenpolitischen Berater Gorbatschows, hier vor der Kommission erläutert hat, seine Erkenntnis sei gewesen, daß der Weg für die Sowjetunion, aus der Isolierung

herauszukommen, wieder die Konkurrenzfähigkeit herzustellen, über Deutschland zu gehen habe. Und daß das ein Konzept war, das er seines Erachtens 86/87 versucht hat, in die sowjetische Außenpolitik mit einzuführen. Insofern kann ich mir nicht vorstellen, daß erst 1989 die Signale deutlich gewesen sind, daß es hier einen Spielraum gibt, daß sich also im Status quo in Europa etwas ändern würde. In dem Zusammenhang steht ja auch die Tatsache, daß in Polen die Kommunisten Anfang des Jahres 1989 bereits entmachtet waren, ohne daß die Sowjetunion eingegriffen hätte, und daß ja auch die Öffnungspolitik Ungarns bereits im Sommer ganz wichtige, nicht wieder rückholbare Öffnungscharakteristika aufwies.

Sv. Martin Gutzeit: Ich möchte mit der Formulierung des Themas „Handlungsspielräume der beiden deutschen Staaten“ beginnen. Muß man nicht in Bezug auf die DDR davon reden, daß dieser Staat etwas war, das von der SED quasi besetzt war? Muß man nicht davon reden, daß im Prinzip das Volk als Souverän erstmal sozusagen den Staat wieder in Besitz nehmen mußte? Und von daher stellt sich die Frage von Handlungsspielräumen nämlich ganz anders. Es ist ja dann die Frage: wann waren Handlungsspielräume des Volkes gegeben? Und inwiefern hat westliche Politik solche Handlungsspielräume überhaupt in den Blick genommen? Und da muß ich sagen, das Erschrecken des Westens im Herbst 89 zeigte es, daß die tatsächlichen Handlungsspielräume, die vorhanden waren, von westlicher Politik überhaupt nicht gesehen wurden. Es ist jetzt darüber zu reden, daß die Opposition der DDR und diese Handlungsspielräume nicht von selbst gekommen sind. Es war auch nicht nur so, daß das Volk plötzlich sagte, wir wollen, sondern es hat sich natürlich etwas entwickelt. Ich denke, die Opposition in der DDR hat ab einem gewissen Zeitpunkt gesehen, daß hier Handlungsspielräume der Wiederinbesitznahme der politischen Rechte des Volkes vorhanden waren, die dann auch ergriffen wurden. Ich finde wichtig, was Sie über die Handlungsspielräume westdeutscher Politik sagten. Denn ich denke an die letzte Enquete-Kommission, als man den Prozeß bis zur deutschen Einheit untersuchte. Im Prinzip haben alle nur versucht zu erklären, inwiefern Adenauer, Brandt dieses Ergebnis zustande gebracht haben. Ich denke, ein nicht zu unterschätzender Faktor – das betrifft nicht nur die DDR, das betrifft natürlich, und da hat Herr Poppe recht, selbstverständlich auch die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten – war dieses Gespür, diese Einsicht in die sich ergebenden Handlungsspielräume eines an Schwäche und Auszehrung leidenden totalitären Regimes.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Also, wir haben noch fünf Minuten, und ich habe noch drei Leute auf der Liste stehen, Bernd Faulenbach, Markus Meckel und mich. Das heißt, die Gefahr besteht, daß wir unseren Zeitplan schmeißen, wenn wir uns jetzt nicht selbst disziplinieren. Deswegen würde ich uns drei bitten, eine Frage zu stellen. Das ist dann genug, damit Herr Schöllgen wenigstens noch in zwei Worten antworten kann. Bernd Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich meine, wir sind aber noch gut im Zeitplan.

(Lachen)

Also zunächst eine Vorbemerkung. Wir haben in der vorhergehenden Enquete-Kommission über die Handlungsspielräume 1952/53 diskutiert. Ich will nicht erneut in eine Diskussion über diese Frage, Herr Schöllgen, eintreten. Sie haben Willy Brandts Satz von der Lebenslüge aufgegriffen. Man müßte doch darauf hinweisen, daß dabei eine bestimmte Diskussion, die wir in der Zeitgeschichte geführt haben, denken Sie an die Position von Foschepoth und anderen, durch die Politik aufgenommen wurde. In dieser Diskussion ging es um eine Charakterisierung der deutschen Politik der 50er und 60er Jahre. Brandt hat sagen wollen, in den 50er und 60er Jahren war die Wiedervereinigungsrhetorik so etwas wie die Lebenslüge der Deutschen. Dies zur Klarstellung der Aussage von Brandt.

Kurz zusammengefaßt kann man Ihre These wohl dahingehend charakterisieren, daß die deutsche Politik die Handlungsspielräume im allgemeinen richtig genutzt hat. Nur, sie hat natürlich zur Veränderung der Handlungsspielräume, zumal durch die Ostpolitik und den KSZE-Prozeß, selbst entscheidend beigetragen. Nun die Fragen.

Bezogen auf die 80er Jahre, wird man doch wohl sagen müssen, nicht bezogen auf die Wiedervereinigungsfrage, aber generell bezogen auf die deutsche Außenpolitik, daß die Handlungsspielräume der westdeutschen Politik nicht so ganz gering waren. Denn die Handlungsspielräume beziehen sich ja nicht nur auf das Ost- West-Verhältnis, sondern immer auch auf die Verhältnisse in den Bündnissystemen selbst. Und da hat das Gewicht der Westdeutschen seit den 70er Jahren erheblich zugenommen. Übrigens hatte man manchmal sogar den Eindruck, als ob auch die DDR spiegelbildlich versucht hätte, auch eine eigene Rolle im östlichen System zu spielen. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen.

Zweite Frage. Zu den Fragen, die im Vereinigungsprozess in der internationalen Diskussion eine Rolle gespielt haben, gehört natürlich nicht nur die NATO-Mitgliedschaft, nicht nur das europäische Bündnis, dazu gehört in hohem Maße die Oder-Neiße-Frage. Sie ist hier noch nicht angesprochen worden, darüber werden wir diskutieren müssen. Und dazu gehört natürlich auch die sicherheitspolitische Dimension, über die es ebenfalls intensive Diskussionen gegeben hat. Dies nur als Hinweis darauf, worüber wir im einzelnen noch diskutieren müssen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke schön. Markus Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Sie haben die Handlungsspielräume in Bezug auf die Frage der Einheit dargestellt. Ich glaube, daß es wichtig ist, auch die Handlungsspielräume und Rahmenbedingungen in Bezug auf die Frage der Demokratie darzustellen. Die vorangegangenen Entwicklungen in Polen und in

Ungarn waren für uns immens wichtig. Gleichzeitig hatten wir ja dann eine Achse DDR-Tschechoslowakei-Rumänien gegen die Veränderungen. Sie vollzogen sich in der Sowjetunion, führten dann aber in Polen zum Runden Tisch und dann zu Ministerpräsident Mazowiecki, dem ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten. Das alles gehört zu den Rahmenbedingungen der Veränderungen in der DDR mit dazu. Und die Frage ist schon für mich, welche Spielräume sah man von Westen her, nachdem seit 1987 sich abzeichnete, daß die Breschnew-Doktrin aufgegeben war. Gab es da Konzepte zur Stärkung der Satellitenstaaten in ihrer eigenen Entwicklung? Meines Erachtens erst ansatzweise 1989 bei den Amerikanern, aber sonst nirgendwo. Meines Erachtens gab es solche Konzepte jedenfalls nicht in der Bundesregierung. Die Frage ist, welche Sonderrolle spielte die DDR für die Sowjetunion, etwa im Vergleich zu Ungarn? Natürlich wollte Gorbatschow auch in der DDR eine Veränderung. Doch es zeigte sich, wo Demokratieentwicklungen einmal in Gang kommen, da kommt es zu einer Eigendynamik – man kann nicht ein bißchen schwanger sein. In Deutschland, das hätte klar sein müssen, geht, sobald eine demokratische Entwicklung beginnt, auch der Zug in Richtung Einheit los, ohne daß man in Sachen Einheit von seiten der Alliierten eigene Beschlüsse fassen muß. Wieweit war man sich darüber im klaren oder auch nicht?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Danke Markus Meckel. Meine Frage ist ganz kurz. Ich habe vor allen Dingen nochmal gelernt, wie sehr die atomare Problematik die Weltpolitik nach 1945 bestimmt hat, im Grunde auch das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen eingeschränkt hat. Meine Frage bezieht sich auf die sicherheitspolitische Diskussion Anfang der 80er Jahre. Ich will noch einmal ausdrücklich festhalten, die SED hat sich in der Bundesrepublik ganz massiv eingemischt und versucht, den Anti-NATO-Protest voranzubringen. Welche Bedeutung hatte die Bündnisloyalität der Bundesrepublik in dieser NATO-Nachrüstungsauseinandersetzung für die amerikanische Politik 1989? – Dr. Schöllgen.

Prof. Dr. Gregor Schöllgen: Ja, vielen Dank. Es sind jetzt ein Dutzend oder noch mehr Punkte genannt worden, die hätten angesprochen werden können. Es wäre ein Leichtes, dem noch ein weiteres Dutzend hinzuzufügen. Ich möchte mich auf vier oder fünf beschränken. Zunächst die Handlungsspielräume in der DDR, nach denen wiederholt gefragt worden ist. Da würde ich zunächst sagen, daß es anfänglich durchaus, von den sowjetischen Wünschen abgesehen, den Willen der SED gab, zu bestimmten Bedingungen die deutsche Einheit zu wollen. Wann das aufhörte und wann die Sowjets endgültig, wohl 1955, die SED-Führung auf ihren Kurs gezwungen haben, sei dahingestellt. Zu Möglichkeiten des Volkes und der Demokratiebewegung: Herr Meckel, in der Kürze der Zeit will ich Ihnen voll zustimmen. Nach meiner Kenntnis als damals Außenstehender bin ich überzeugt, daß ohne die erfolgreiche Entwicklung in Polen es wahrscheinlich in der DDR schwerer gewesen wäre, die Demokratiebewegung auf ein so breites Fundament zu stellen. Aber auch das gilt: Daß sich in Polen die demokratischen Kräfte durchsetzen konnten, hat damit zu tun, daß in Polen zweimal, 1956 und 1980/81, die sowjetischen Panzer zwar

warmgelaufen waren, aber nicht eingesetzt worden sind. Wir können lange darüber diskutieren, was passiert wäre wenn, und wir können auch darüber diskutieren: warum nicht. Daß 1981 die Erinnerung an 1956 und an die aktuellen Vorgänge in Afghanistan eine Rolle gespielt haben, sei hier, da es um die internationalen Rahmenbedingungen geht, nur erwähnt.

Herr Hilsberg hat auch gefragt, ob die friedliche Revolution für die westlichen Länder eine Rolle gespielt habe. Das ist eine sehr interessante Frage, weil sie zeigt, daß man unterscheiden muß. Erstens, die Politik der westlichen Regierungen. Auf diese hat nach meiner Erkenntnis der friedliche Charakter des Vorgangs praktisch keine Einwirkung gehabt, weil Leute wie Thatcher oder Mitterrand und auf seine Weise auch Bush eine ganz klare politische Vorstellung hatten. Auf die öffentliche Meinung hingegen, etwa in England, etwa in den USA und auch in Frankreich, hat es einen sehr großen Eindruck gemacht. Was erklärt, daß sich Frau Thatcher im Grunde von der öffentlichen Meinung isoliert hatte. Die britische Öffentlichkeit bejahte die Vereinigung wegen der Friedlichkeit des Vorgangs. Ich glaube, das kann man, auf den Punkt gebracht, so sagen.

War das sowjetische Dilemma erkennbar? Das ist eine Frage, die auch Herr Meckel artikuliert hat. Ich würde sagen, ja, es war erkennbar. Das war schon vor Gorbatschow erkennbar, und es wurde mit Gorbatschow schon deshalb noch erkennbarer, weil er selbst es immer wieder betont hat. Die Frage war nur: was sollte man tun? Weil man nicht wußte, was ohne beziehungsweise nach Gorbatschow kommen würde, hat man ihn um jeden Preis gestützt. Ähnliches wäre ja wohl heute zu Jelzin zu sagen, so daß man bilanzieren kann: Es war klar, daß die Sowjetunion in einem schweren Dilemma steckte, daß sie über kurz oder lang auch die sogenannte Breschnew-Doktrin aufgeben mußte. Nur, was sollte man tun? Auch hier gab es für die westliche Politik insgesamt, schon gar für die Bundesrepublik, keinen Handlungsspielraum.

Letzte Frage, die mehrfach angesprochen worden ist, auch von Ihnen, Herr Wilke, nach der Bündnisloyalität und dem Handlungsspielraum der bundesdeutschen Politik etwa in der Rüstungsfrage. Ich möchte wiederholen und mit Nachdruck betonen, es gab ihn nicht. Wenn Sie an die sogenannte Lance-Krise im Winter 1988/89 denken, von der immerhin noch einmal festzuhalten ist, daß sie wohl für Bonn die schwerste NATO-interne Krise seit 1949 war, was man heute leicht vergißt, dann sehen Sie an diesem Beispiel, daß es keine Alternative gab. Die Bundesregierung wollte unter allen Umständen die dritte Null-Lösung, wie wir wissen, und die westlichen Verbündeten, insbesondere die Amerikaner, wollten sie nicht. Und es hat sie natürlich nicht gegeben. Als Historiker sollte man solche Fragen nicht stellen: Aber was wäre wohl passiert, wenn nicht das Ende der alten Weltordnung im Grunde die Frage obsolet gemacht hätte? Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bundesrepublik sich mit ihrer Position durchgesetzt hätte. Unter den alten weltpolitischen Rahmenbedingungen war das gänzlich ausgeschlossen.

(Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank, Herr Professor Schöllgen. Damit müssen wir die erste Runde hier abbrechen. Ich wise nochmal darauf hin, daß viele der genannten Fragestellungen im Laufe des Tages immer wieder auftauchen werden. Ich will zweitens darauf hinweisen, daß wir nach dieser Sitzung noch eine nichtöffentliche Sitzung haben, das heißt also, ich bitte Sie dringend, den Zeitplan im Auge zu behalten, den Sie vor sich liegen haben, für die weitere Abwicklung des heutigen Tages. Jetzt ist der Wechsel erfolgt. Herr Professor Hans-Adolf Jacobsen wird uns in den zweiten Block einführen, die Referenten vorstellen und dann am Nachmittag auch die Diskussion mit den Botschaftern Kornblum und Reiter leiten. Bitte schön Herr Professor Jacobsen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, das heute im Mittelpunkt stehende Thema ist natürlich sehr kompliziert. Wir waren gezwungen, vor diesem Hintergrund eine gewisse Auswahl vorzunehmen, und das erkennen Sie schon aufgrund der Kurzvorträge, die wir vorgeschlagen haben und die wir heute vormittag beziehungsweise nach dem Mittagessen hören wollen. Herr Schöllgen hat einen allgemeinen Rahmen angedeutet, der schon ein wenig diskutiert worden ist. Für den Wissenschaftler entsteht nun eine außerordentliche Schwierigkeit. Ich kann das vor allen Dingen vor dem Hintergrund der neuesten amerikanischen Literatur sagen. Immer wieder entsteht die Gefahr, wenn man die Frage der Handlungsspielräume für die deutsche Einheit untersucht, daß je nach dem Blickwinkel, zum Beispiel in den jüngsten Arbeiten von Zelikow und Hutchings, spezifische Übergewichte deutlich werden. Dann heißt es, es war nur Herr Bush, der die Entscheidungen getroffen hat, oder Herr Kohl in Zusammenarbeit mit Herrn Bush. Das heißt also, das Zusammenwirken der unterschiedlichsten Faktoren sowohl innen- als auch außenpolitischer Art stellen uns vor ungemaine Schwierigkeiten, und ich glaube, wir müssen vorsichtig sein, wenn wir den Versuch machen zu gewichten. Es gibt bekanntlich keine monokausale Erklärung. Wir wollen sehen, ob jetzt das Schema, das Herr Schöllgen im allgemeinen dargelegt hat, verfeinert werden kann durch die einzelnen Beiträge. Letzte Bemerkung hierzu. Es wäre natürlich auch hochinteressant gewesen, wenn wir im Rahmen einer solchen Anhörung den Versuch unternommen hätten, einen Experten zu benennen, der etwas über die Rolle der Persönlichkeit ausgesagt hätte und über das Zusammenspiel des einen mit dem anderen im internationalen Kontext. Das ist etwas, was heute noch sehr weitgehend vernachlässigt worden ist. Nehmen Sie das Zusammenspiel Willy Brandt/Breschnew, nehmen Sie das Spiel Bush/Kohl oder Gorbatschow mit Kohl und anderen, das wäre also ein zusätzlich interessanter Faktor.

Wir haben nun, meine Damen und Herren eine kleine technische Schwierigkeit. Ich hoffe aber, daß wir sie gut überwinden, da unser erster Referent, Herr Wolfgang-Uwe Friedrich, wie ich hoffe, inzwischen aus dem Flugzeug ausgestiegen und auf dem Wege zu uns ist. Denn er kommt, wie ich gehört habe, aus Amerika. Vor diesem Hintergrund würde ich also Herrn Oldenburg bitten, zunächst mit seinem Kurzreferat zu beginnen. Meine Damen und Herren, die einzelnen Referenten vorzustellen erübrigt sich, weil sie eine Tischvorlage ha-

ben. Also Herr Oldenburg vom BIOst in Köln, ein vorzüglicher Sachkenner, der zu diesem Thema vieles publiziert hat. Der zweite wäre dann Herr Gasteyer, sicherlich auch in diesem Kreise schon durch seine Tätigkeit und seine zahlreichen Publikationen auf diesem Gebiete bekannt. Schließlich rechts von mir Herr Bingen, der auch im BIOst tätig ist und seit Jahren als vorzüglicher Sachkenner der polnischen Politik und der deutsch-polnischen Beziehungen sehr bekannt ist. Lieber Herr Oldenburg, bitte schön.

Dipl.-Pol. Fred Oldenburg: Danke schön, Herr Vorsitzender. Ich danke wie alle anderen ebenfalls für die Ehre, hier sprechen zu dürfen. Ich knüpfe an das an, was Professor Schöllgen vorhin schon ausgeführt hat. Der Handlungsspielraum sowjetischer Deutschlandpolitik in der Vereinigungsphase des Jahres 1990 wurde von vier Rahmenbedingungen konstituiert: 1. vom internationalen System; 2. von der sich wandelnden Perzeption dieses Systems durch die sowjetischen Führer; 3. von der Dialektik sowjetischer Innen- und Außenpolitik; 4. vom Zusammenbruch des hierarchischen Verhältnisses zwischen der Hegemonialmacht UdSSR und ihren Satelliten.

Als Faktoren dieser Rahmenbedingungen wirkten: 1. die seit Ende der 70er Jahre nachweisbare Veränderung der Korrelation der Kräfte zugunsten der USA, des Nordatlantischen Vertragssystems und der EG; 2. der politische und wirtschaftliche Niedergang des parteimonopolistischen Sozialismus sowohl in der Sowjetunion und den ostmitteleuropäischen Staaten wie auch in der DDR; 3. die durch Lernprozesse ausgelöste, radikal veränderte Sicht wichtiger sowjetischer Politiker von der Rolle der beiden deutschen Staaten für Sicherheit und Wohlfahrt der UdSSR; 4. der von der liberalen Schule getragene und geprägte Versuch eines Teiles der Moskauer Entscheidungsträger, Realpolitik neu zu definieren und moralische Kategorien in Innen- und Außenpolitik zur Geltung zu bringen, einmal die antistalinistische Revolution, zum anderen das „neue Denken“; 5. die zunehmende Stärke wie auch die kontinuierliche Friedfertigkeit der zivilen Revolutionen in Osteuropa (außer Rumänien), darunter besonders in der DDR; und 6. die Erkenntnis, daß die SED-Herrschaft sich ab November/Dezember 1989 im „freien Fall“ befand.

Zu den seinerzeit durchaus instrumentalisierbaren Faktoren sowjetischer Deutschlandpolitik rechne ich folgende: 1. die anfänglich starke Bindung der UdSSR an die DDR und deren Einbindung in ein originäres Parteien-, Militär- und Wirtschaftsbündnis, dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe; 2. die militärische Truppenpräsenz von 340.000 sowjetischen Soldaten in der DDR; 3. die Fortgeltung der Vorbehaltsrechte, der Viermächterechte für Deutschland. Alle diese Instrumente standen der Sowjetunion zur Verfügung. Hinzu kam 4. die Adaptation des internationalen Systems an die deutsche Teilung. Die Bipolarität und die in ihr aufgehobene Zweistaatlichkeit Deutschlands wurde aus realpolitischen Motiven, außer in den USA, als Element des „langen Friedens“, um ein Wort von Gaddis zu benutzen, verstanden. Alle diese Instrumente hatten aber offenbar nur eine be-

grenzte Reichweite und wurden im Prozeß der Vereinigung für die sowjetischen Führer obsolet.

Als wesentliche Instrumente wurden im Verlauf des Jahres 1990 eingesetzt: 1. das sowjetische Zustimmungsrecht zu den äußeren Aspekten der Vereinigung, insbesondere vom Friedensvertrag zur einvernehmlichen friedensvertraglichen oder Friedensregelung; 2. die Forderung nach Rücksichtnahme auf die Schwäche der Perestrojka und ihrer Protagonisten. Doch dies geschah natürlich in der Zwei-plus-Vier-Verhandlungsetappe bzw. der finalen Phase sowjetischer Deutschlandpolitik.

Zwischen dem Sturz Honeckers, dem Fall der Mauer im November 1989 und der Ratifizierung der Deutschland betreffenden Verträge im April/Mai 1991 veränderte sich der Handlungsspielraum der Sowjetunion dramatisch. Die Optionen wurden angepaßt, teilweise verändert, überwiegend zurückgenommen: 1. Der Erhalt der Teilung Deutschlands im „gemeinsamen europäischen Haus“ durch Förderung einer DDR-Perestrojka nach dem Sturz Honeckers, Setzen auf eine längere Phase europäischer und deutscher sozialökonomischer Teilung bei Stimulierung der Aufhebung der Trennung im Haus Europa; 2. Stützung der Krenz-Führung und energische Warnung an die Adresse Bonns vor einer Destabilisierung der DDR, dann Anpassung an den Verfall der Prärogative in Berlin, zunehmendes Begreifen der Unfähigkeit der Honecker-Nachfolger; 3. Schüren der Besorgnisse in einigen westeuropäischen Staaten vor einer schnellen Vereinigung Deutschlands, in diesem Zusammenhang der gescheiterte Versuch, die Viermächterechte über Deutschland zu beleben, um den Prozeß der Vereinigung abzubremsen und den Zehn-Punkte-Plan Kohl/Teltschik zu konterkarieren; 4. nachdem dies versagte: Hinnahme der unvermeidlichen Destabilisierung in der DDR, späte Stützung von Konföderationsplänen; 5. nahezu unbedingte Zustimmung zur inneren Einheit Deutschlands im Februar 1990; 6. Versuch in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, eine längere, ca. fünfjährige Übergangsphase durch Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung zu legen, die Obergrenze der deutschen Armee auf unter 300.000 Mann zu beschränken und Deutschland zu denuklearisieren; 7. der Versuch, die NATO-Erweiterung auf Ostdeutschland zu verhindern durch eine Vielzahl von Angeboten wie Neutralisierung Deutschlands, französischer Status Deutschlands in der NATO, Doppelmitgliedschaft in beiden Militärallianzen, längere Anwesenheit der alliierten Streitkräfte, Abzug ausländischer Truppen, und schließlich, kompromißfähig, eine Zone verminderter Sicherheit für Ostdeutschland. Und schließlich Akzeptanz des vereinigten Deutschlands in einer gewandelten NATO.

Dabei gab es zugegebenermaßen durchaus schwierige Haltepunkte, die ein Scheitern der äußeren Regelung nicht ausschlossen: a) die Festlegung des Politbüros der KPdSU vom 3. Mai 1990, die sich in den Vorschlägen von Schewardnadse in Bonn am 5. Mai 1990 niederschlug, insbesondere in dem Vorschlag der Entkoppelung von innerer und äußerer Vereinigung; b) das ausführliche, viele Punkte umfassende „Grundprinzipienpapier“ des nach Moskau

am 13. Mai zurückgekehrten stellvertretenden Außenministers Kwizinskij, der früher Botschafter in Bonn war, welches über das Politbüro den Außenminister bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen am 22. Juni 1990 in Berlin festlegte. Dazwischen lag die unklare und unterschiedlich interpretierbare Zustimmung Gorbatschows vom 31. Mai in Washington, Deutschland könne seine Bündnizugehörigkeit frei wählen, und ich darf ergänzen, Herr Schöllgen, hier spielte insbesondere das Argument von Bush mit der KSZE-Schlußakte eine ganz wesentliche Rolle. Übrigens ist es interessant, wie stark Schewardnadse und Gorbatschow sich vom Politbüro, von der Dritten Europäischen Abteilung des Außenministeriums und dem ZK-Apparat abgekoppelt hatten und signalisierten, sie würden weiter gehen als in ihren offiziellen Stellungnahmen. Dieses ist ein sehr merkwürdiger Vorgang; ich gehe darauf ausführlich in meinem Langpapier ein, das ich der Kommission zur Verfügung stellen möchte und ihrer Aufmerksamkeit empfehle, insbesondere auf diese sehr merkwürdige Position Schewardnadses, der der Vorreiter war (s. Anlage 1). Dem folgte c) ein überhasteter Rückzug von diesem Zugeständnis von Washington Ende Mai 1990 und eine neue „Obstruktionsphase“, um eine These des ausgezeichneten Buches von Rafael Biermann, das gerade vorgelegt worden ist, zu verwenden.

8. Erst der Pyrrhussieg Gorbatschows – Pyrrhussieg auf dem XXVIII. Parteitag vom 2.-13. Juli, der aber im Grunde genommen die Putschphase seiner Gegner vorbereitete – gab dem Generalsekretär und seinem lädierten Außenminister die Möglichkeit zum autoritären Führungsstil und zum sensationellen Durchbruch von Archyz am 16. Juli 1990.

9. Nach diesem kaum voraussehbaren Kompromiß begann allerdings erneut das Feilschen um wirtschaftliche Zugeständnisse von der deutschen Seite, das bis unmittelbar vor dem 12. September 1990 andauerte. Wenn es schließlich zum für die Deutschen ungewöhnlichen diplomatischen Erfolg kam, dann wohl vor allem, weil das diplomatisch-juristische Denken der Sowjets durch einen deutsch-sowjetischen Nachbarschaftsvertrag und weitere Truppen- und Überleitungsverträge inhaltlich befriedigt wurde und vor allem, weil die Bundesrepublik zu vertretbaren, wenn auch aus sowjetischer Sicht kaum ausreichenden wirtschaftlichen Zugeständnissen bereit war. Die finanziellen Nachforderungen der Sowjets waren der bitteren inneren Not geschuldet. Sie dienten aber auch der Akzeptanz in der sowjetischen politischen Klasse, was mit Blick auf den Ratifizierungsprozess bedeutsam war. In dieser Zeit bereitete sich bereits unübersehbar eine schwere Krise der Perestrojka vor, die in dem Rücktritt des Außenministers Schewardnadse Ende Dezember 1990 ihren Höhepunkt fand. Wenn die Ratifikation der Verträge gelang, dann lag dies zum einen an der Alternativlosigkeit, die, wie ich meine, zu dieser Zeit bestand; zum anderen aber, und dies sollte nicht unterschlagen werden, an der Zurückhaltung und Anpassung des traditionalistischen Flügels unter Falin, Kwizinskij, den Vertretern des KGB und auch der sowjetischen Streitkräfte. Damit deutete sich ein damals durchgehendes Interesse an einer neuen ökonomischen und sicherheitspolitischen Kooperation mit dem vereinten Deutschland an. Und ich darf daran erinnern, daß ein Teil der sowjetischen Elite sich bereits

mit der Niederlage des Kommunismus abgefunden hatte und sich zumindest partiell auf dem Weg in den Kapitalismus befand.

Fragt man nach der Rationalität der sowjetischen Zugeständnisse, so dürfte klar sein, daß angesichts der tektonischen Verschiebungen der Korrelation der Kräfte, des Abstiegs der ehemaligen Supermacht, der schweren Wirtschaftskrise, der zunehmenden nationalen Konflikte in der Sowjetunion, des Zusammenbruchs der DDR und der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sowie der galoppierenden Schwindsucht der Perestrojka Gorbatschow geradezu gezwungenermaßen auf die Bundesrepublik Deutschland, auf die Vereinigung setzen mußte. Die Erfahrung einer der UdSSR und Rußland wohlgesonnenen deutschen Bevölkerung, ich darf an das Erlebnis Gorbatschows vom Juni 1989 in Bonn erinnern, und die Abschwächung der antideutschen Ressentiments bei den Nationen der Sowjetunion, Stichwort Generationswechsel, erleichterten Gorbatschow die persönliche Wende. Das von Brandt und Schmidt, Scheel und Genscher nach 1969 angehäuften Kapital des Moskauer Vertrages von 1970 hatte sich akkumuliert und ausgezahlt. Dazu hatte nicht zuletzt auch die deutsche Wirtschaft beigetragen. Hinzu kam seit 1988 ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen den obersten Repräsentanten der UdSSR und der Bundesrepublik.

In Bezug auf den Beginn der Entwicklung zur Vereinigung Deutschlands muß bereits die objektive systemische Erschöpfung der Sowjetunion noch einmal hervorgehoben werden, die eine wirtschaftliche Rettung oder auch nur Stützung der DDR 1989/90 ausschloß, dagegen eine verstärkte Anbindung der UdSSR an die Bundesrepublik objektiv nahelegte. Dies mag zusätzlich erklären, warum sich die sowjetische Führung gegen den Erhalt der DDR um jeden Preis, z. B. den Preis der Gewaltanwendung, aussprach. Dies hätte auch dem zunehmend inhaltlich ausgedehnten Konzept der „Freiheit der Wahl“ einfach widersprochen, nämlich der Akzeptanz abweichender Sozialismusmodelle und unterschiedlichen Systemwandels in Osteuropa bis hin zur unerwarteten Hinnahme des Systemwechsels, über den Dieter Bingen ja noch sprechen wird.

Hinzu kamen die nur chaostheoretisch erklärbare persönliche Überanspannung und Ablenkung der Moskauer Führung, Folge der Wirtschaftskrise, der nationalen Konflikte im Kaukasus, der Abspaltungstendenzen im Baltikum, sowie der Aufstieg des liberalen Hauptopponenten Jelzin und des von ihm geführten Rußland, ein anwachsender, unerfüllbarer Erwartungshorizont der Bevölkerung sowie die Entwicklungen in Osteuropa, die in die gleiche Richtung wiesen, nämlich außenpolitische Bürden seitens Moskaus abzuwerfen. Dennoch nahm seit Februar 1990 der Widerstand der Traditionalisten gegen Gorbatschows und Schewardnadses Außenpolitik nachweisbar zu. Selbst ein Umsturz war nicht auszuschließen, wenn auch die prägenden Muster zugunsten der Machterhaltung des Präsidenten und des Generalsekretärs wirkten. Wesentlicher, weil schon zuvor geschehen, war jedoch die auch ethisch fundierte Absage an den Einsatz militärischer Mittel zur Rettung des sozialistischen Vorpostens. Unterstützend wirkte dabei die allgemeine Richtung des „neuen

Denkens“, das zur Auflösung von geostrategischen „Vorposten“ und Konfliktzonen, zur Kooperation anstelle von Konfrontation mit den demokratischen Gesellschaften, vor allem mit den USA, begründet worden war. Zur Analyse der subjektiven Faktoren gehört unbedingt eine Wertung der drei unterschiedlichen Denkschulen, der traditionalistischen Schule, der zentristischen Schule und der progressiven Schule, sowie eine Einschätzung der tragenden sowjetischen Persönlichkeiten. Herr Professor Jacobsen hat dies ja auch gefordert. Dabei könnte deutlich werden, daß in der Deutschlandfrage Außenminister Schewardnadse noch vor Gorbatschow einen Wechsel vom zentristischen zum progressiven Flügel vollzog. Gorbatschow, dem meiner Meinung nach dennoch die zentrale Rolle zukommt, prägte einen Stil großer Gesten, die nachträglich der Detailausgestaltung bedurften und zu widersprüchlichen und komplizierten Nachverhandlungen zwangen. Das führte nun wiederum zu einem ungewöhnlich intensiven diplomatischen Austausch zwischen den westlichen Alliierten und der Bundesrepublik, bei dem stets die Gefahr bestand, die UdSSR könne sich erneut isolieren und den Ereignissen nachlaufen.

Nicht unterschätzt werden sollte ein neues Herangehen an die internationalen Probleme, ich möchte das immer wieder unterstreichen, weil dies die partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Allianzen und die Transformation der Militärblöcke förderte. Letztlich aber waren die innenpolitische Entmachtung der Partei, d. h. der führenden Gremien der KPdSU, und die autokratische Entscheidungsmacht des Präsidenten ab Juli 1990 die personelle Voraussetzung für ein kaum erwartetes Nachgeben der sowjetischen Seite in der NATO-Beitrittsfrage.

Ein wichtiges Motiv für die finale Zustimmung zur Vereinigung im Juli 1990 und in der Ratifikationsphase März/April 1991 war die durchaus begründete Zuversicht, Deutschland werde als Brücke nach Westeuropa, zur Integration in die Weltwirtschaft, zur Mitgliedschaft in den G-7 dienen. Aber auch weitere realpolitische Motive mögen eine Rolle gespielt haben. Nach notierten Berichten Falins, die Sie im PDS-Parteiarchiv nachlesen können, glaubte Gorbatschow, durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO dem alten sowjetischen Ziel näher zu kommen, die westliche Allianz zu zerstören. Das mag eine Interpretation von Falin sein, aber sie könnte durchaus Gorbatschows Denken widerspiegeln. Berater im Umkreis Gorbatschows geben die damals gehegte Illusion einer „Achse Moskau-Berlin“ wieder, über die zwischen Kohl und Gorbatschow gesprochen worden sei; so Tschernjajew in einem Zeitungsartikel im August 1997.

Ich komme damit zum Schluß. Unter dem Eindruck der Implosion der SED-Herrschaft und entgegen vorherrschender Prognose in Politik und Wissenschaft, und ich schließe mich dabei nicht aus, hob die Sowjetunion im Zeitraum Februar-Juli 1990 ihre vierzig Jahre vorgetragene prioritäre Teilungsoption auf und paßte ihre Handlungsspielräume so weit an, daß das zuvor überwiegend als bedrohlich empfundene Deutschland beim Abschluß des Vereini-

gungsprozesses zum wichtigsten Kooperationspartner der UdSSR und schließlich des neuen Rußlands werden konnte. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Oldenburg, sehr herzlichen Dank für Ihre so differenzierte Analyse. Wir werden hoffentlich dann nach dem Mittagessen die Möglichkeit haben, den einen oder anderen Aspekt hier zu diskutieren. Wir fahren gleich in unserer Präsentation fort. Herr Wolfgang-Uwe Friederich von der Universität Hildesheim ist soeben aus Chicago eingeflogen und sitzt neben mir und hat das Wort.

Professor Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich: Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Herren Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich danke Ihnen zunächst für die Einladung und will im folgenden fünf kurze Thesen zur amerikanischen Deutschlandpolitik und staatlichen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 vorstellen und dann in der Kürze der Zeit knapp begründen.

These 1

In keinem Land ergab sich seitens der Regierung, des Parlaments und der öffentlichen Meinung ein vergleichbar hohes Maß an Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung wie in den USA.

These 2

Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit und unter Beibehaltung der Westbindung der Bundesrepublik, einschließlich der NATO-Mitgliedschaft, entsprach den vitalen Interessen und den Grundwerten der amerikanischen Außenpolitik.

These 3

Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stets zur deutschen Einheit bekannt und, als die Chance zur Realisierung bestand, diese entschlossen genutzt.

These 4

Die amerikanische Deutschlandpolitik orientierte sich in ihren Zielen und Inhalten an der Bundesrepublik Deutschland. Die USA entwickelten zwar seit 1984 eine eigene DDR-Politik, diese scheiterte jedoch an der Intransigenz der DDR. Die polnische Westgrenze galt den USA seit 1945 als politisch und seit der KSZE-Schlußakte von 1975 auch als juristisch geregelt.

These 5

Die schnelle Lösung der äußeren Probleme der deutschen Einheit wurde unter der Voraussetzung der Erosion der sowjetischen Macht nur durch die strategische Partnerschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika möglich.

Ich begründe jetzt die fünf Thesen.

Die erste also, in keinem anderen Land gab es eine vergleichbare Zustimmung wie in den USA. Die Hauptakteure der amerikanischen Außenpolitik sind der Präsident und seine Administration, der Kongreß, die öffentliche Meinung in Verbindung mit der veröffentlichten Meinung und bestimmte Pressure Groups. 1989/90 waren die Hauptbeteiligten an der amerikanischen Deutschlandpolitik: Präsident Bush, Sicherheitsberater Scowcroft mit seinem Stab, also vor allen Dingen den Mitgliedern Blackwell, Rice und Zelikow, Außenminister Baker mit seinem Stab, seinen beiden engsten Mitarbeitern Ross und Zoellick, letzterer hat eine Schlüsselbedeutung für die amerikanische Deutschlandpolitik 1990, einer der wichtigsten Männer in Washington, die den Prozeß vorangebracht haben, sowie Seitz und Dobbins, im Senat schließlich die Mitglieder Lugar, Nunn, Dole und Biden, die alle dem sicherheitspolitischen Establishment angehören. Natürlich könnte man auch eine Reihe von anderen decision makers nennen, etwa das Department of Defence, die Joint Chiefs of Staff. Sicherlich gehören dazu die CIA und bei anderen Fragen der Handelsbeauftragte, das Finanzministerium, die Federal Reserve. Interessant ist, daß die CIA Ende 1989 in den Prozeß eingeschaltet wurde dadurch, daß sich eine informelle German working group bildete, der die Deutschland-Analytiker der Agentur angehörten, die mehrere positive Stellungnahmen zum Prozeß der Wiedervereinigung dem Präsidenten und dem State Department zuleiteten. Die veröffentlichte Meinung wurde repräsentiert von den Meinungsführern in der Presse, also New York Times, Washington Post, Wall Street Journal, eventuell auch Los Angeles Times, und im Fernsehen durch die großen Networks, also CBS, NBC, CNN und PBS. Zu den Pressure Groups gehörten, bezogen auf die deutsche Frage, vor allem jüdische Organisationen, ich nenne das American Jewish Committee und den Jewish World Congress. Mit Ausnahme der gewohnt deutsch-kritischen Presse, der New York Times und der Washington Post, die vor allen Dingen in einer Reihe von Editorials ablehnende, zum Teil vollständig überzogene und weltfremde Kommentare etwa zu den Gefahren der Wiedervereinigung veröffentlichten, und einzelnen Stimmen, unterstützten alle Hauptakteure den Prozeß der Wiedervereinigung. Die Administration tat dies sogar mit Nachdruck. Was die öffentliche Meinung angeht, sprachen sich bis zu Dreiviertel aller Amerikaner für die deutsche Einheit aus. Der Senat stimmte schließlich am 10. Oktober 1990 einstimmig, bei 98 Ja-Stimmen, zwei abwesende, dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zu. Ich möchte an dieser Stelle erwähnen, daß der Senator Boschwitz, der als Zweijähriger mit seinen Eltern aus Berlin emigrierte, eine sehr bewegende Rede im Senat zugunsten der Wiedervereinigung gehalten hat. In einer Reihe von Senats-Hearings, die vorher stattgefunden hatten, war die Frage der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands von herausragender Bedeutung. Ich würde vermuten, daß, wenn das wiedervereinigte Deutschland nicht Mitglied der NATO geblieben wäre, im Ratifizierungsprozess in Washington ganz erhebliche Schwierigkeiten aufgetreten wären, ich persönlich würde ein Scheitern für wahrscheinlich gehalten haben. Ausschlaggebend für dieses sehr hohe Maß an Zustimmung zum Pro-

zeß der Herstellung der staatlichen Einheit waren vor allem zwei Aspekte: Erstens, der Prozeß vollzog sich friedlich und als Ergebnis einer freiheitlichen Revolution, und zweitens, er richtete sich nicht gegen den Westen, sondern gestaltete sich als, so in Washington perzipiert, Vollendung westlicher Politik, d. h. das nunmehr vereinte Deutschland gehörte der NATO und der EG an.

Zur zweiten These:

Die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit und unter Beibehaltung der Westbindung der Bundesrepublik einschließlich der NATO-Mitgliedschaft entsprach den vitalen Interessen und den Grundwerten der amerikanischen Politik. Die Hauptelemente der amerikanischen Außenpolitik bilden nationale Interessen, in den USA meist als vital interests bezeichnet, und Werte (values). Zu den vitalen Interessen gehörte und gehört eine anti-hegemonial definierte Europapolitik der USA: gegen das kaiserliche Deutschland, gegen Nazi-Deutschland und gegen die sowjetische Politik nach 1945. Die amerikanische Politik gegenüber der Sowjetunion verfolgte ab 1946/47 das globale Ziel der Eindämmung, das containment, und zwar von Europa über den Mittleren Osten bis nach Korea. Zur Eindämmungsstrategie gehörten militärische, wirtschaftliche und ideologische Komponenten. Die Werteorientierung in der Außenpolitik kommt vor allem durch das demokratische System in Form der Mitwirkung des Senats an außenpolitischen Entscheidungen und des Einflusses der öffentlichen Meinung auf diese zum Tragen. Die Bundesrepublik Deutschland nahm seit der Berlin-Blockade 1948/49, seit der NATO-Gründung 1949 und dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur Atlantischen Allianz 1954 eine strategische Schlüsselstellung in der amerikanischen Europapolitik ein, und zwar aufgrund ihrer geopolitischen Lage sowie ihrer wirtschaftlichen und (konventionellen) militärischen Macht. West-Berlin wurde für die USA zum Symbol der Freiheit und zum Beweis für die (amerikanische) Bereitschaft und Standfestigkeit, diese zu verteidigen. Die Berliner Mauer wurde andererseits in den USA zum Symbol des militärisch ernstzunehmenden, aber moralisch unterlegenen kommunistischen Systems. Dieser Faktor wirkte sich bis 1989 negativ auf die Beziehung zwischen Washington und Ost-Berlin aus. Kein amerikanischer Besucher in Ost-Berlin, darunter der ehemalige stellvertretende Außenminister Whitehead, vergaß, Erich Honecker daran zu erinnern, daß die Mauer fallen muß. In einer repräsentativen Umfrage erklärten 1986, 1986 wohlgemerkt, 77 % der Gesamtbevölkerung, die USA besäßen vitale Interessen an den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die damit nach Großbritannien (83 %), Kanada (78 %) und Japan (78 %) auf dem vierten Platz lag, bei den Eliten nahm die Bundesrepublik Deutschland 1986 jedoch gemeinsam mit Japan (98 %) Platz 1 ein. Diese Einschätzung deckte sich mit der der Administration. Das vereinte Deutschland ist für die USA der wichtigste strategische Partner in Europa, so wie dies mutatis mutandis Japan in Asien ist.

Zur dritten These:

Die USA haben sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stets zur deutschen Einheit bekannt und, als die Chance zur Realisierung bestand, diese entschlossen genutzt. Diese Zielsetzung der USA basierte auf der Westbindung der Bundesrepublik. Im Deutschlandvertrag von 1952/54 hatten sich die Vereinigten Staaten völkerrechtlich verpflichtet, eine Politik zu unterstützen, die diesem Ziel dient. Alle amerikanischen Präsidenten seit Eisenhower erneuerten die Zielsetzung. Die Dauer der Teilung und die Festigung des Status quo in Europa ließen eine Realisierung des Zieles vor 1989 nicht zu. Von übergeordneter Bedeutung waren die sicherheitspolitischen Beziehungen zur Sowjetunion. Führende amerikanische Außenpolitiker wie Henry Kissinger orientierten sich deshalb primär am Status quo, der übrigens auch, leicht nachvollziehbar, am meisten Unterstützung im State Department hatte. Ich denke nur an Rozanne Ridgway, die frühere amerikanische DDR-Botschafterin und anschließend Assistant Secretary for European Affairs, die dezidiert eine realpolitische Status-quo-Politik verfolgte und deswegen in dem Buch von Rice und Zelikow bereits auf den ersten Seiten sehr hämisch erwähnt wird. Andere wie Ronald Reagan stellten den idealistischen und antikommunistischen Grundzug stärker in den Vordergrund. Präsident Reagans Forderung an Gorbatschow: „Tear down this Wall!“ von 1987 darf nicht als politische Rhetorik interpretiert werden. Ich habe zu dieser Frage Mitarbeiter der Reagan-Administration befragt und auch die Entstehung dieser Rede verfolgt. Es ergab sich eine sehr heftige Debatte zwischen dem Weißen Haus auf der einen Seite, Reagan wollte den Satz drin haben „Tear down this Wall, Mister Gorbatschow“, und dem State Department, das argumentierte, nicht einmal die Deutschen werden mit dieser Forderung zufrieden sein, weil sie unrealistisch ist, also erheben Sie, Herr Präsident, diese Forderung nicht. Auf der Schlußsitzung im Weißen Haus, bei der National Security Council und einige Vertreter des State Departments zugegen waren, sagte Ronald Reagan, seiner Meinung nach müsse die Mauer weg. Dieses sei eine moralisch gerechtfertigte Forderung. Ob jemand der Anwesenden anderer Meinung sei und diese begründen könne? Und Rozanne Ridgway sagte, es ist nicht realpolitisch, Herr Präsident. Und sein Fazit war: „If it's right I'm going to say it“. Auch Präsident Bushs Forderung nach Beendigung der Teilung Europas reflektierte die längerfristige Zielsetzung, die 1989 aufgrund des Wandels in der Sowjetunion und in den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten zu einem mittelfristigen und dann im Winter 1989/90 zum kurzfristigen Ziel wurde.

Aus Zeitgründen überspringe ich jetzt den Punkt vier, die amerikanische DDR-Politik, obwohl sie hochinteressant ist, weil, wie gesagt, John C. Whitehead den Versuch einer Differenzierung der osteuropäischen Staaten 89 befürwortete. Whitehead hat dreimal mit Honecker gesprochen, weil, wie Rick Burt, der frühere Botschafter in Bonn, sagte, wir auch Bonn zeigen wollten, daß wir einen eigenen Spielraum haben und ihn auch schätzen. Ich überspringe diesen Punkt, würde aber gern in der Diskussion noch darauf eingehen.

Fünftens: Die amerikanische Deutschlandpolitik erkannte im Oktober 1989 die Aktualität der, wie Baker formulierte, „question of the reunification of Germany“. Bereits im März 1989 hatte Sicherheitsberater Scowcroft festgestellt: Heute sollte die oberste Priorität der amerikanischen Europapolitik das Schicksal der Bundesrepublik Deutschland sein. Dieses floß ein in ein Dokument des Nationalen Sicherheitsrates im März 1989, dessen Inhalt lautete: Die USA sollen die deutsche Frage neu aufgreifen, um die Meinungsführerschaft in diesem Problem zurückzugewinnen. Seit November 1989 verfolgten die USA einen außenpolitischen Kurs, der aus vier Elementen bestand und übrigens von Dennis Ross und dem Ihnen aus einem anderen Zusammenhang bekannten Francis Fukuyama entwickelt wurde, der später nicht mehr zuständig war:

1. Die USA unterstützen die deutsche Selbstbestimmung, ohne auf ein bestimmtes Ziel festgelegt zu sein;
2. die Vereinigung Deutschlands muß die Mitgliedschaft in NATO und EG berücksichtigen;
3. die Einheit soll friedlich und schrittweise erfolgen;
4. die Grenzregelungen der KSZE-Schlußakte sind zu beachten.

Die Ereignisgeschichte dieses Vorgangs ist von Rice und Zelikow gut dargestellt, wenngleich das Buch die Perspektive des Nationalen Sicherheitsrates widerspiegelt und ohne Bakers Memoiren, ohne das gerade jetzt erschienene Buch des CIA-Analysikers Robert L. Hutchings und vor allen Dingen auch ohne das frühe Buch von Elizabeth Pond nicht richtig gewürdigt werden kann. Ich möchte nur abschließend auf folgende Punkte kurz eingehen. Die USA konzentrierten sich auf zwei wesentliche Aspekte. Der eine: Heranführen der sowjetischen Führung an den Prozeß der Wiedervereinigung. Herr Kollege Oldenburg ist darauf bereits eingegangen und hat auch dieses ganz wesentliche Treffen vom Mai 1997 Bush/Gorbatschow erwähnt, das eine Schlüsselbedeutung hatte. Also Heranführen der sowjetischen Führung an den Prozeß der Wiedervereinigung, und zwar unter der Bedingung der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland. Gleichzeitig bemühten sich die USA um eine Verständigung mit Frankreich, Großbritannien und den anderen NATO-Mitgliedern, wobei zu berücksichtigen ist, daß erhebliche Störungen von Italien, teilweise den Niederlanden und Dänemark ausgingen und immer die Frage war, ob Deutschland in der NATO bliebe oder nicht. Präsident Bush hat schließlich in mehreren Initiativen sowohl gegenüber Generalsekretär Gorbatschow als auch gegenüber der britischen Premierministerin Thatcher wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß im Januar/Februar die Vereinigten Staaten, wie es Zoellick selbst formulierte, auf das Tempo drückten, das den Prozeß der Wiedervereinigung beschleunigen sollte. Und dabei ist ferner zu berücksichtigen, daß in diesem Monat in Camp David es dem Bundeskanzler gelang, das uneingeschränkte Vertrauen von George Bush zu gewinnen, so daß keinerlei Vorbehalte bei Einzelheiten mehr geltend gemacht wurden. Eine Reihe von Einzelfragen müssen im Zusammen-

hang mit Außenminister Genschers Position und anderen Fragen sehr differenziert diskutiert werden. – Aus Zeitgründen breche ich an dieser Stelle ab.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Friedrich für Ihre Ausführungen und Erläuterungen Ihrer Thesen. Wir kommen damit zum dritten Beitrag, dem von Herrn Curt Gasteyger aus Genf. Ich freue mich, daß er heute unter uns weilt. Er ist auch ein alter Bekannter. Er dürfte Ihnen bekannt sein aus seinen Schriften und seiner Tätigkeit im Bereich der internationalen Beziehungen. Lieber Herr Gasteyger, wenn Sie können, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie unseren Zeitplan einhalten würden bis kurz nach zwölf. Bitte schön.

Prof. Dr. Curt Gasteyger: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bedanke mich sehr für Ihre Einladung. Herr Jacobsen hat uns zuvor auf die Rolle der Persönlichkeiten hingewiesen, und ich glaube, es gibt kaum zwei Länder, in denen in diesem Zusammenhang die Rolle von Persönlichkeiten so stark hervortrat wie in England und Frankreich, in Gestalt der Iron-Lady Margaret Thatcher und des Präsidenten François Mitterrand.

Ich werde in der mir zur Verfügung stehenden Zeit zunächst auf einige Gemeinsamkeiten in der britischen und französischen Deutschlandpolitik hinweisen. Dann werde ich auf die Besonderheiten im Verhalten des einen und des anderen Landes eingehen und mit einigen Thesen abschließen. Ich brauche hier nicht besonders zu erwähnen, daß im jetzigen Zeitpunkt der Zugang zu den vertraulichen Akten noch nicht möglich ist. Ich mußte mich deshalb auf die recht ausführlichen Berichte von Zeitzeugen sowie auf einige persönliche Gespräche stützen. Sie ergeben immerhin ein gutes und zuverlässiges Bild von Interessenslage und Handlungsspielraum der beiden hier interessierenden Staaten. Sieben Jahre Distanz von den damaligen Ereignissen sind allerdings zu kurz, um die oft widersprüchlichen, von der Erinnerung an Vergangenes und der spontanen Reaktion auf unerwartet Gegenwärtiges nicht in unsere Beurteilung einzubeziehen. Aber, gestehen wir es offen, angesichts der seither erlebten welt- und europapolitischen Umwälzungen scheinen manche dieser Reaktionen heute bereits einem weitentfernten, jedenfalls für Nichtdeutsche praktisch abgeschlossenen Kapitel anzugehören.

Gemeinsamkeiten

Angesichts der geschichtsträchtigen Bedeutung und des geopolitischen Gewichts der Wiedervereinigung ist solches eigentlich erstaunlich. Man hätte hier viel dauerhaftere Nachbeben erwartet. Denn diese Wiedervereinigung wurde ja lange bestenfalls als entfernte Zukunftsperspektive und dann, als sie sich als ernstzunehmende Möglichkeit am politischen Horizont abzuzeichnen begann, als unerwünscht empfunden. Das trifft sicher auf Großbritannien und Frankreich zu. Auf ihrer Traktendenliste stand sie jedenfalls, wenn überhaupt, weit unten. Beide Länder mußte deshalb die sich rasch verdichtende Perspektive

einer solchen Vereinigung der beiden deutschen Staaten überraschen. Sie löste Reaktionen aus, die man nach vierzig Jahren immer wieder beschworener Solidarität mit dem deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung kaum für möglich gehalten hätte. Einmal mehr erwies sich das historische Gedächtnis der Völker länger als jenes der Politik.

So trafen die sich beschleunigenden Entwicklungen in Osteuropa und damit Deutschland die Regierungen beider Länder konzeptuell und politisch unvorbereitet. Weder Präsident François Mitterrand noch Prime Minister Margaret Thatcher hatten eine Strategie zur Hand, mit der sie dieser für sie unerwarteten und wohl eben auch unerwünschten neuen Lage mitbestimmend begegnen konnten. Stärker, emotionaler waren bei ihnen das Nichtglaubenwollen und der Rückfall in ein von geschichtlicher Erfahrung geprägtes Bild von einem Deutschland, das es gar nicht mehr gab oder eben nur als geteiltes, in zwei Bündnisse eingebundenes und von vier Siegermächten mehr oder weniger kontrolliertes Zwillingspanner.

Beide, Frankreich und Großbritannien, hatten damit vieles gemein, wo es um Geschichtsbild und Stellung Deutschlands in Europa ging. Sie unterschieden sich aber deutlich in der Art, in der sie sich mit der unerwarteten „Herausforderung Deutschland“ auseinandersetzten und ihr zu begegnen suchten. Zu den Gemeinsamkeiten gehört einmal die fast hilflose Überraschung darüber, daß das zwar offiziell immer wieder abgelehnte, letztlich aber in vieler Hinsicht als stabil erachtete Nachkriegssystem des zweigeteilten Europa und Deutschland mit klaren Grenzen und gewichteten Kräfteverhältnissen durch die deutsche Wiedervereinigung unversehens aus den Angeln gehoben werden sollte. Die Trägheit des Gewohnten und die Ablehnung des ungesicherten Neuen waren bei ihnen deutlich zu spüren. Für die geographisch distanzierte Weltmacht Amerika schien die Perspektive einer solchen Veränderung weniger Sorgen zu bereiten; die Sowjetunion unter Gorbatschow erwies sich nach anfänglichem und verständlichem Widerstand gegen eine Wiedervereinigung als weniger resistent und unbeweglich – möglicherweise, weil sie deren Folgewirkung als letzte Konsequenz des Reformprozesses in Mittel-Osteuropa unterschätzte.

Aus dieser statikverhafteten Haltung Frankreichs und Großbritanniens heraus erklärt sich deren Neigung, die Wiedervereinigung bestenfalls als langfristigen Prozeß zu sehen und auf den von der KSZE/OSZE als praktisch unabänderlich erklärten Grenzen zu bestehen. Selbstbestimmung – was immer das auch heißen mochte – ja; aber doch nicht Wiedervereinigung. So erklärt sich Frau Thatchers fast verzweifelter Ausruf „Wir haben uns zwar für die Wiedervereinigung ausgesprochen, aber niemand hat wirklich daran geglaubt“; sie war wünschenswert, solange sie unwahrscheinlich blieb.

Einig waren sich Frankreich und Großbritannien auch dahingehend, daß nukleare Waffensysteme auf deutschem Boden stationiert bleiben sollten und Deutschland selbstverständlich weiterhin auf eine eigene Atomrüstung verzichten müsse.

Wenn denn die Wiedervereinigung nicht zu vermeiden war, dann sollte doch ihr Schrittmaß möglichst verlangsamt werden. Dafür trugen die vier Siegermächte die Verantwortung. Das bedeutete, daß sie Reformen in der DDR fördern wollten, dies aber nicht in der Absicht, die DDR reifer für die Wiedervereinigung zu machen, sondern als zweiten deutschen Staat zu festigen. Mit dieser von Mitterrand und Frau Thatcher geteilten Meinung zeigten beide Länder, daß sie ihren Einfluß auf die Ereignisse und insbesondere auf die Vorgänge in Deutschland weit überschätzten. Vereinfacht läßt sich deshalb sagen, daß sie in ihrem strategischen Ziel einer Verhinderung oder Verlangsamung der deutschen Einigung weitgehend einig waren; in der Art und Weise, wie sie politisch-institutionell zu verkraften sei, ging ihre Politik aber auseinander.

Großbritannien

Von allem Anfang war klar, daß es dem Großbritannien von Frau Thatcher schwerfiel, sich mit der Aussicht auf eine deutsche Wiedervereinigung anzufreunden. Bereits im September 1987 äußerte sie hierzu ihre Skepsis. Diese verdichtete sich zwei Jahre später zu offenem Widerstand. Er nährte sich aus einer doppelten Sorge: daß einmal das vereinigte Deutschland die von NATO und Warschauer Pakt getragene Stabilität auf dem Kontinent gefährden, zum anderen dieses Deutschland, wo nicht einen Kurs der Neutralität, so doch jenen einer eigenständigen, nach Osteuropa ausgerichteten Politik verfolgen könne. Von dieser Doppelsorge wurde ihre Haltung in den entscheidenden Monaten 1989/1990 bestimmt. Sie läßt sich auf folgende wesentliche Punkte zurückführen:

- Zunächst auf eine wachsende Enttäuschung über die immer prononciertere pro-deutsche Haltung der Bush-Administration. Anders als zu dem ihr freundschaftlich verbundenen Reagan kühlte sich ihr Verhältnis zu dessen Nachfolger Bush gerade wegen dieser Haltung ab. „Ich fühlte“, so Frau Thatcher in ihren Memoiren, „daß ich mich nicht mehr immer so auf die Zusammenarbeit mit Amerika verlassen konnte wie zuvor.“ Um nach der Brüsseler NATO-Konferenz anfangs Dezember 1989 noch enttäuschter anzufügen: Nach Bushs Rede „gab es nichts, was ich von den Amerikanern hinsichtlich einer Verlangsamung der deutschen Wiedervereinigung erwarten konnte“.
- Von dieser für Frau Thatcher sehr ernüchternden Einsicht leitete sich ihre weitere Strategie ab. Sie bestand aus zwei Komponenten, die sich gegenseitig verstärken sollten: einmal dem Aufbau einer englisch-französischen Achse, zum andern der Förderung einer Interessengemeinschaft mit Präsident Gorbatschow zur Kontrolle Deutschlands und dessen Einigung.

Das erstere, der Hauptpfeiler, folgte einem Kalkül hinsichtlich der London zur Verfügung stehenden Optionen. Es gab deren vier: Erstens, eine Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. Von dieser versprach sich Frau Thatcher (im Unterschied zu Mitterrand) nicht viel: „Ein vereinigtes Deutschland wird die EU dominieren.“ Zweitens, Einflußnahme mittels des Viermächte-Abkom-

mens über Berlin. Auch dies erschien nicht hinreichend, weil in der Sicht von Frau Thatcher „weder die USA noch die Sowjetunion es mehr ernstnehmen“. Die dritte Option war die KSZE. Sie wurde als nützlich betrachtet, wo es darum ging, nicht willkommene Änderungen von Grenzen in Osteuropa zu verhindern. Als Schranke gegen die deutsche Wiedervereinigung wurde die KSZE aber als unzureichend eingestuft.

Es blieb demnach die vierte und letzte Option: die englisch-französische Achse. Mit ihrer Hilfe sollte sichergestellt werden, daß die Deutschen bei jeder Stufe der Wiedervereinigung nicht allein das Sagen hätten. Für diese letzte Option versuchte Frau Thatcher Präsident Mitterrand zu gewinnen. Sie schöpfte ihre – wie sich bald herausstellen sollte – unbegründete Hoffnung aus dem Satz Mitterrands (anlässlich der Straßburger EU-Gipfelkonferenz im Dezember 1989), daß in „Augenblicken großer Gefahr... Frankreich und Großbritannien besondere Beziehungen hatten. Er fühlte, daß dieser Augenblick wieder gekommen sei“.

Einen Monat später (am 20. Januar 1990) hatte Mitterrand in den Augen seiner britischen Kollegin akzeptiert, daß „die Deutschen zwar das Recht auf Selbstbestimmung hätten, aber nicht auf jenes, die politischen Realitäten in Europa umzustülpen“ („upset“). In dieser Interpretation der französischen Haltung wurde Frau Thatcher bald enttäuscht. Spätestens im frühen Frühjahr kam sie zu dem Schluß, daß Mitterrand „die falsche Entscheidung für Frankreich“ getroffen habe.

London nahm deshalb Zuflucht zu einer weiteren Option, nämlich dem Zusammengehen mit der Sowjetunion, genauer: mit Gorbatschow. Dieser genoß seit Beginn seiner Perestrojika-Politik bei der britischen Premierministerin besondere Sympathien. Sie konnte sich dabei auf eine Aussage Gorbatschows stützen, die er anlässlich ihres Kurzbesuchs in Moskau im September 1989 gemacht hatte. Seine Erklärung – in den Worten von Frau Thatcher –, daß auch die Sowjetunion keine deutsche Wiedervereinigung wolle, „bestärkte mich in meiner Entschlossenheit, das bereits schwindelerregende Schrittmaß der Entwicklungen (in Deutschland) zu verlangsamen“. Beide, Thatcher und Gorbatschow, glaubten nämlich, daß ein „wirklich demokratisches Ostdeutschland als unabhängiger Staat“ möglich sei. Folgerichtig betonte sie auf der Sonder-sitzung der EU-Regierungschefs in Paris Mitte November die Notwendigkeit, Präsident Gorbatschow zu unterstützen. Um, wie sie meinte, die „Stabilität“ in Europa zu retten, befürwortete sie die Fortdauer der sowjetischen Truppen in der DDR („im Herzen Europas“): „Nur die Sowjetunion könne ein solches Gleichgewicht anbieten“. Es war klar: die britische Regierungschefin gab dieser von der Sowjetunion zu garantierenden Reformmöglichkeit der DDR den Vorzug vor einer Wiedervereinigung.

In einem anderen Zusammenhang stützte Frau Thatcher diese Argumentation mit der Feststellung, daß man Deutschland nicht erlauben dürfe, einen besonderen Einfluß („hold“) in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei zu gewin-

nen, vielmehr sei „alles nur Mögliche“ zu tun, um die eigenen (zumal britischen) Bindungen mit diesen Ländern zu stärken.

London mußte bald einsehen, daß der rasche Lauf der Dinge immer mehr seiner Kontrolle (und jener Frankreichs) entglitt. Man war, wenn auch nicht so stark wie in Paris, konsterniert über Bundeskanzler Kohls Zehn-Punkte-Programm. Dies zunächst, weil man nicht vorgängig darüber konsultiert oder doch informiert worden war; später dann, als man entdeckte, daß Bonn wichtige Bereiche des Wiedervereinigungs-Prozesses immer mehr als innerdeutsche Angelegenheit, als – wie es hieß – „Angelegenheit eines souveränen Staates“ behandelte. Daran war man noch nicht gewohnt. Es fiel gerade den beiden kleineren Siegermächten offensichtlich schwer, Deutschland in einer so zentralen, die strategische Lage des Kontinents tiefgreifend verändernden Angelegenheit selbständig handeln zu sehen, ohne hier das bisher gewohnte Mit- oder gar Einspracherecht geltend machen zu können.

Für Frau Thatcher blieben, nachdem die erwähnten Optionen entweder nicht „gezogen“ oder sich als unrealisierbar herausgestellt hatten, nur noch zwei Seitenwege zur Einflußnahme: einmal die Grenzfrage Oder-Neiße, sodann ihr Bestehen auf eine Einbindung des vereinigten Deutschlands in die Nordatlantische Allianz. Beim ersten wußte sie sich einig mit Frankreich und Polen, beim letzteren mit den USA. In der Grenzfrage rannte sie in Bonn offene Türen ein; die Einbindung Deutschlands in die NATO stand ebenfalls nie ernsthaft zur Diskussion. Beide Wege erwiesen sich damit als Maßnahmen zur sicherheitspolitischen Abfederung des Wiedervereinigungs-Effekts, als Zeugen britischer Skepsis, wo nicht sinkenden britischen Einflusses. Weder die eine noch die andere war besonders originell. Zusammen offenbarten sie lediglich den zunehmend begrenzten Handlungsspielraum Großbritanniens.

Frankreich

Frankreichs Position war in vielem jener Großbritanniens ähnlich. Die beiden Ländern gemeinsamen Sorgen wurden bereits genannt: das Überraschungselement, die Sorge um Stabilität und Gleichgewicht auf dem Kontinent, die Betonung auf Selbstbestimmung anstatt Wiedervereinigung, das Bestehen auf internationaler Anerkennung der Ostgrenze und eine Bestätigung des Verzichts auf nukleare Waffen.

Frankreichs Haltung zur Wiedervereinigung durchlief ebenfalls mehrere, aber keineswegs deckungsgleiche Phasen. Das ist nicht zuletzt der taktischen Wendigkeit des französischen Präsidenten und seiner klugen Einsicht in das Unvermeidliche zuzuschreiben. Im Frühherbst war er noch der festen Überzeugung, daß, erstens, Beunruhigung über die Wiedervereinigung berechtigt sei und, zweitens, die Sowjetunion und auch die DDR-Führung dieser nie zustimmen würden. Frankreich werde, so Mitterrand, seine Politik so anpassen, daß es in der Lage sei, im besten Interesse Europas und seiner selbst zu handeln. Wörtlich: „Die Wiedervereinigung wirft so viele Probleme auf, daß ich meine Meinung in Anbetracht der auftauchenden Ereignisse bilden werde.“

Noch im September 1989, anläßlich eines Gesprächs mit Frau Thatcher in Chequers, wollte er nicht an die Wiedervereinigung glauben: einmal, weil, wie er meinte, „Gorbatschow nie ein vereintes Deutschland in der NATO akzeptieren wird, und die USA Deutschland nicht gestatten würden, aus der NATO auszutreten“. Zum anderen glaubte er selber nicht daran. So rief er bei anderer Gelegenheit aus: „Und die DDR – das ist Preußen. Sie wird sich nicht unter die Obhut („la coupe“) Bayerns begeben wollen.“

Mitterrands Sicht der Deutschlandfrage zeigt sich damit etwas differenzierter als jene von Frau Thatcher. Dazu mögen unzählige deutsch-französische Begegnungen beigetragen haben. Aber auch bei ihm tauchten gewisse Stereotypen auf, die selbst dieses Sonderverhältnis nicht völlig auszuräumen vermocht hatte. Hinzu kam die Befürchtung, daß Europa „in die Vorstellungswelt von 1913 zurückfallen könne“, d. h. wohl in einen Zustand der Auflösung und allseitigen Rivalität. Jetzt, 1989, erschien ihm aber Europa hinreichend gefestigt, um „ein Deutschland von 80 Millionen zu verkraften“. Mitterrands Folgerung war die Notwendigkeit einer Verstärkung des europäischen Einigungswerkes. Von dieser Zielsetzung her mag sich die schrittweise, keineswegs widerspruchlose Akzentuierung der französischen Wiedervereinigungspolitik erklären. Die Folge hiervon war eine zunehmende Entfremdung gegenüber Großbritannien hier und ein allmählich wachsendes, wenn nicht vorbehaltloses Verständnis für Bundeskanzler Kohls Vorgehen da.

Einschränkungen und Rückwendungen blieben nicht aus. Da war einmal das Mißvergnügen über die fehlende Vorunterrichtung über das bereits erwähnte Zehn-Punkte-Programm. Dann kam der zwar längst geplante, aber zeitlich unglücklich gewählte Besuch des Präsidenten in der DDR kurz vor Weihnachten 1989. Da waren auch die Verlockungen einer neuen großen Entente mit London (und eventuell Moskau) und einer kleinen Entente mit Polen, um es bei dessen Grenzfragen zu stützen. Aber schließlich, als die Wiedervereinigung immer deutlicher zur greifbaren Realität wurde, gewann Frankreichs Kurs an Stetigkeit. „Die Entwicklung begleiten“ (nicht steuern!), hieß die Devise. Damit sollten die destabilisierenden Wirkungen der Wiedervereinigung unter Kontrolle gehalten werden: für Frankreich, für die deutsch-französischen Beziehungen, für den Frieden in Europa, für die europäische Einigung und für die Lage in der Sowjetunion. Praktisch bedeutete dies eine „relance européenne“, die Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze und den bereits erwähnten Verzicht auf nukleare Rüstung.

Hier klangen Ideen an, die de Gaulle schon Jahrzehnte vorher zum Deutschlandproblem geäußert hatte. Die NATO interessierte hier, ganz im Unterschied zu Großbritannien, weniger. Immer mehr entstand in Paris der Eindruck, daß man keine „begleitende“ und auch keine Alternativpolitik mehr zur Hand habe. Es war Nachvollzug und, wenn so man will, Schadensbegrenzung. Mit Großbritannien bestanden kaum mehr Gemeinsamkeiten: „Frau Thatcher ist allein“, notierte der Sprecher Mitterrands und heutige Außenminister Hubert Védrine.

„Sie wollte Deutschland von Frankreich trennen und ärgerte sich, daß ihr dies nicht gelang.“

Dreißig Jahre deutsch-französischer Freundschaft zeigten hier nun ihre, wenn auch von Schwächezeichen unterbrochene, Wirkung. Dies ist jedenfalls eine nicht unberechtigte Schlußfolgerung – es sei denn, man komme zur Auffassung, daß auch Frankreich kaum eine Alternative als die hier aufgezeigte hatte. Nur war diese Alternative konstruktiver als die britische. Sie verband Deutschlands Wiedervereinigung mit einer Stärkung der Europäischen Gemeinschaft. Das Problem Frankreichs war nur, daß sich die Wiedervereinigung vor diese angestrebte Stärkung schob. Noch am 30. November 1989 hatte Mitterrand gegenüber Außenminister Genscher mit aller Bestimmtheit festgehalten: „Entweder kommt die deutsche Einheit vor der europäischen zustande oder Sie werden eine Trippel-Allianz (Frankreich, Großbritannien, Rußland) gegen sich haben – und das wird in einem Krieg enden. Wenn dagegen die deutsche Einheit nach jener Europas kommt, dann werden wir Ihnen helfen.“

Wirklichkeit wurde bekanntlich die erste Variante. Es kam zwar glücklicherweise weder zu einem Dreierbündnis noch zu einem Krieg. Es blieb aber ein Rest von Unbehagen auf französischer Seite: man fühlte sich erstmals geographisch marginalisiert und politisch ohnmächtig gegenüber einer Entwicklung, in der man nicht einmal die zeitliche Rangfolge mitbestimmen konnte. Das politische Zentrum hatte sich überdeutlich und für Frankreich fast demütigend nach Deutschland verlagert.

Deutschland war innerhalb kurzer Zeit vom noch partiellen Objekt zum vollen Subjekt europäischer Politik herangewachsen. Nirgendwo wurde dies offensichtlicher als in der zumal von Großbritannien nur widerwillig hingenommenen Umkehr der Formel „Vier-plus-Zwei“ in „Zwei-plus-Vier“. Dabei war es jedermann klar, daß diese sehr rasch zu einem „Eins-plus-Vier“ zusammenschmelzen werde.

Beide, Frankreich und Großbritannien, wünschten sich gerade deshalb möglichst schnelle Fortschritte in diesen Verhandlungen. Sie wollten damit verhindern, daß sich die beiden deutschen Staaten unter sich und ohne bestimmende Mitwirkung der vier Mächte einigten. Auch hier noch gingen sie also von der Annahme aus, daß es die vier Mächte und nicht die deutschen Staaten sein sollten, die den Lauf der Ereignisse zu bestimmen und, wenn möglich, zu verlangsamen berufen waren. Auch hier täuschten sie sich. So blieb ihre Rolle kaum mehr als jene von Zuschauern bei einem Drama, das letztlich wohl auch ohne ihr Beisein zu einem guten Ende gekommen wäre.

Zusammenfassung

Erstens: Der ebenso unerwartete wie sich zusehends beschleunigende Einigungsprozess fand Großbritannien und Frankreich unvorbereitet. Sie hatten Wiedervereinigung gepredigt, aber kaum mehr als an Selbstbestimmung ge-

glaubt. Wiedervereinigung war für sie ein fernes Ziel, das anzustreben nie Priorität besaß.

Zweitens: Die von London und Paris in aller Eile entworfenen Handlungsoptionen waren konservativ, d. h. erhaltend, nicht progressiv. Sie bewegten sich in überkommenen Verhaltensmustern und bewährten Institutionen, NATO und OSZE und Viermächte-Abkommen. Für die Wiedervereinigung stand kein Modell zur Verfügung; ihre Politik war konturlos.

Drittens: Beide Länder überschätzten die destabilisierende Wirkung der Wiedervereinigung und, zumindest anfänglich, auch ihre eigene Rolle und Einflußmöglichkeiten hierbei. Sie unterschätzten die Eigendynamik und den daraus für die Bundesrepublik fast unvermeidlich folgenden Zwang zu selbständigem Handeln als souveräner Staat. Letzteres weckte, weil ungewohnt, Widerstand und Mißtrauen in London und Paris. Dies umso mehr, als beide sich politisch zunehmend an den Rand des Geschehens und geographisch an jenen Europas verwiesen fühlten, nachdem Deutschland ins Zentrum von beidem gerückt war.

Viertens: Die bestehenden Organisationen NATO und EU erwiesen sich als Rettungs- oder Beruhigungsanker. Dabei zog allerdings Großbritannien die Allianz, Frankreich die Union vor.

Fünftens: Für Großbritannien besonders schmerzlich war die Verlagerung der „special relationship“ der Vereinigten Staaten von ihm weg hin nach Deutschland. Nur seine besondere Rolle im Golfkrieg brachte diese Gewichtsverlagerung wieder einigermaßen, wenn auch nur zeitweilig, ins Lot.

Sechstens und langfristig wohl am wichtigsten: Die beiden ehemaligen Siegermächte Westeuropas sind mit und nach der Wiedervereinigung in die Reihe „normaler“ Mittelmächte zurückgestuft. In ihrem widersprüchlichen und letztlich fast hilflosen Verhalten während des Prozesses der Wiedervereinigung enthüllte sich, daß frühere Könige nicht viel mehr Kleider haben als ihre Mitbürger. Danke sehr.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank, Herr Gasteyer für die Interpretation Ihrer Thesen, die uns noch beschäftigen werden. Herr Bingen als letzter, bitte.

Dr. Dieter Bingen: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren. Ich bin natürlich auch geehrt, vor diesem Gremium sprechen zu dürfen. Ich habe grundsätzlich drei Länder zu behandeln, werde aber nicht entsprechend 60 Minuten beanspruchen. Meinen Kurzvortrag habe ich aufgebaut in die Teile: Vergleich der Akteure Ostmitteleuropas; innere und äußere Faktoren zur Bestimmung der Interessenlage und Handlungsspielräume Polens; Faktoren polnischer Deutschlandpolitik im Herbst 1989; einige Bemerkungen zur polnischen Politik im Zwei-plus-Vier-Prozeß.

Die drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben auf unterschiedliche und individuell ganz charakteristische Weise den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Umbruchmonaten 1989/90 beeinflußt. Auf diese Umbruchmonate werde ich mich konzentrieren, nicht zurückgehen auf die Daten, die von meinen Vorrednern schon genannt worden sind bis 1956/81.

Bei der Betrachtung und Analyse der Vorgänge, die zur Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands führten, sind grob zwei Phasen voneinander zu trennen: Eine erste Phase bis zum 9. November 1989, in der ein innerer Gärungsprozess in der DDR mit internationalen Auswirkungen die europäische Umwelt in Atem hielt; und eine zweite Phase, die unmittelbar nach dem Mauerfall die deutsche Einheit auf die Tagesordnung der Politik setzte.

Mit Blick auf diese zwei Phasen kann ebenso grob für diese Zwecke der Beitrag der Akteure Polen, Tschechoslowakei und Ungarn definiert werden. Ungarn und die Tschechoslowakei haben seit Mai 1989 bzw. seit September 1989 durch ihre Initiative bzw. durch ihre Reaktion auf die Ereignisse dazu beigetragen, daß die Mauer fiel. Sie waren durch konkrete politische Entscheidungen in den Frühjahrs- und Sommermonaten 1989 mitverantwortlich für die Beschleunigung des inneren Zusammenbruchs des Honeckerregimes; ich verweise hierzu auf meine längere Ausarbeitung, die ich der Kommission zu Protokoll gebe (s. Anlage 2).

Bis zum November 1989 war Polens Beitrag zur Entwicklung in der DDR im Sinne operativer Außenpolitik eher peripher, da es im Sinne von außenpolitischem Entscheidungsverhalten weniger als Budapest und Prag herausgefordert wurde. Freilich war der Beitrag Polens zur Situation im Sommer 1989 in einem weiteren Sinne außerordentlich und entscheidend. Darauf ist schon verschiedentlich heute morgen hingewiesen worden. Ohne die Solidarność-Bewegung seit 1980 und die von ihr ausgelöste Kettenreaktion im sowjetischen Block, v. a. ihren Einfluß auf die sowjetische Politik in den achtziger Jahren, hätte im Sommer 1989 nicht die von Gorbatschow konzedierte Wahlfreiheit für Polen, d. h. die Wahl eines nichtkommunistischen Regierungschefs, anstehen können. In Polen wurden die Machtfragen zuerst gestellt, die zuletzt und am dramatischsten sowohl für die Sowjetunion wie für ihren deutschen Vorposten beantwortet werden mußten. Durch die neue innenpolitische Lage in Polen wurde zudem die strategische Position der DDR im Warschauer Pakt unterminiert. Die in Polen zuerst gestellten Fragen und die sowjetische Antwort à la Gorbatschow erlaubten erst die Budapester und Prager Schritte im Jahre 1989. Aber um auf diese erste Phase zurückzukommen: Im Frühjahr, Sommer und Frühherbst war Polen mit dem Machtwechsel beschäftigt, während Ungarn seine Westgrenze öffnete und die spätstalinistische Tschechoslowakei gegen ihren Willen zu einem Totengräber der DDR wurde.

In der zweiten Phase dagegen, als der Prozeß der Vereinigung Deutschlands Teil der operativen europäischen Politik wurde, war es Polen, das zum Hauptakteur außerhalb des Kreises der Zwei-plus-Vier wurde, während Ungarn und

die Tschechoslowakei, wenn es um die operative Politik ging, nicht in den Verhandlungsprozess eingriffen. Polen war durch die Grenzfrage direkt von der Vereinigungsproblematik tangiert. Man kann sagen, daß Polen materiell am meisten betroffen war von allen Beteiligten, mehr eben auch als Großbritannien und Frankreich, wo es um die Machtfragen und Einflüsse ging, wie Herr Gasteyger überzeugend dargestellt hat.

Da der Vereinigungsprozess im eigentlichen Sinne erst im November/Dezember 1989 begann und Polen wegen der deutsch-polnischen Grenzproblematik (einem Sonderkonflikt im Kontext einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland als Ganzes) am meisten von diesem betroffen war, werde ich mich also im folgenden auf Polens Rolle und Stellung konzentrieren.

Die Interessenlage und der Handlungsspielraum der polnischen Politik im deutschen Vereinigungsprozess wurden von folgenden inneren und äußeren Faktoren bestimmt:

1. der Formulierung einer neuen Staatsräson nach dem demokratischen Systemwechsel im Sommer 1989, die ausgehend von der außenpolitischen Souveränisierung, u. a. den historischen Ausgleich mit dem deutschen Nachbarn als Brücke nach Westeuropa suchte; ich verweise hier wiederum auf meine längere Ausführung für das Protokoll, in der ich die Entwicklung der polnischen Deutschlandpolitik, des deutschlandpolitischen Denkens seit der Mitte der 80er Jahre sowohl in der Opposition aber auch in der Parteiführung darstelle;
2. der erfahrungsgesättigten Maxime „Nichts über uns ohne uns“, die in ihrer tiefenpsychologischen und verhaltensbestimmenden Bedeutung für polnische Politiker jeglicher Couleur gar nicht überschätzt werden kann;
3. dem Nebeneinander von zwei Machtzentren in Polen: dem in der kommunistischen Tradition stehenden Präsidialapparat von Präsident Jaruzelski und dem noch nicht konsolidierten Apparat der Regierung Mazowiecki, in dem wiederum zwei unterschiedliche Denktraditionen miteinander konkurrierten, die von Außenminister Skubiszewski repräsentierte völkerrechtliche Schule und die von Ministerpräsident Mazowiecki repräsentierten Vorstellungen europäischer Gleichgewichtspolitik des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, wobei die eine von der anderen natürlich nicht trennscharf auseinanderzuhalten ist;
4. der Tatsache, daß Polen als direkt von einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland betroffener Staat und als alliierte Macht des Jahres 1945 keinen traditionellen Friedensvertrag mit Deutschland verlangte und nicht zum Kreis der Mächte gehörte, die für Deutschland als Ganzes verantwortlich waren, hier gibt es natürlich eine Kollision mit der Maxime „Nichts über uns ohne uns“;

5. einer Mächtekonfiguration in Europa, in der Polen als Noch-Mitglied des Warschauer Pakts und Noch-Verbündeter der Sowjetunion noch nicht über institutionalisierte neue West-Bündnisse und West-Verbündete verfügte. Eigene Interessen konnten nur insoweit erfolgreich gewahrt werden, als die direkt in den deutschen Einigungsprozess nach Ottawa involvierten Staaten, also die Zwei-plus-Vier, sie zu ihren eigenen machten. Bei der Auswahl von sechs Beteiligten mußte der Erfolg polnischer Interventionen von einer realistischen Einschätzung der Interessenlage und mehr noch des politischen Gewichts, des Durchsetzungswillens und Durchsetzungsvermögens jedes einzelnen der am Zwei-plus-Vier-Prozeß beteiligten Staaten im Entscheidungsprozess abhängen.

Nun einige Bemerkungen zu Polens Lage im Herbst 1989. Mit der unerwarteten Bewegung in der deutschen Frage infolge der Flüchtlingsströme und mehr noch durch den Fall der Berliner Mauer im November 1989 beschleunigte sich der Auflösungsprozess der sog. Jalta-Ordnung, der von der demokratischen Opposition seit Jahren gefordert worden war und in Polen selbst innenpolitisch ja realisiert wurde. Fehleinschätzungen des eigenen Handlungsspielraums und der Interessenlagen der Hauptakteure, der Zwei-plus-Vier, die Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten polnischer Politik im deutschen Vereinigungsprozess sind daraus zu erklären.

Im September 1989 hatte die Regierung Mazowiecki im Rahmen ihrer neuen Europapolitik den Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen verkündet. Grundsätzlich war die neue politische Elite zu einer Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichen Vorzeichen positiv eingestellt, die allerdings im Spätsommer 1989 noch nicht angestanden hatte. Bemerkenswert ist allerdings, daß in diesem September 1989 polnische Solidarność-Politiker, prominente Politiker wie Bronislaw Geremek und Lech Walesa, während seines Besuchs in der Bundesrepublik sich positiv zur Wiedervereinigung äußerten, zu einem Zeitpunkt, als sie von westdeutschen Politikern dazu direkt sicher nicht gefragt worden sind. Die Freundschaftsofferte von Ministerpräsident Mazowiecki richtete sich am 12. September 1989 allein an die Bundesrepublik, nicht an den direkten Nachbarn DDR. Mazowiecki plädierte für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspräche“.

Die plötzliche Öffnung der Mauer und der fast lautlose Zusammenbruch der DDR überraschte allerdings dann in Warschau doch. Was die Überraschung und deren unterschiedliche Auswirkungen im Vergleich z. B. zu Frankreich und Großbritannien betrifft, war bestimmend, daß die westlichen Mächte in einem etablierten Setting agierten, während Polen mitten in der Umordnung war und noch keine neuen stabilen Strukturen und etablierten Bürokratien zu eigen hatte.

Der Ballast künstlich geschaffener und bisher aufrechterhaltener Freundschaften und Antagonismen wog schwer. Die Bevölkerung war verunsichert. Neue Ängste vor einem großen Deutschland speisten sich aus Erfahrungen der Vergangenheit, Stereotypen und Vorurteilen. Die neuen Politiker bewegten sich in

einem Umfeld, das ihnen die Umstellung und den Glauben an die eigenen neuen Prinzipien erschwerte. Mißtrauisch beäugt wurde die neue Regierung Mazowiecki von der SdRP, der Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, deren Presse und der katholisch-patriotischen und nationalistischen Publizistik, die Verrat an der polnischen Staatsräson witterten. So wie Bonns Haltung in der Grenzfrage im Vereinigungsprozess stark innenpolitisch motiviert war, galt dies spiegelbildlich auch für die polnische Seite. Präsident Jaruzelski und der Präsidialapparat mit Jozef Czyrek an der Spitze, der sich schon in den fünfziger Jahren an der Berliner Militärmission mit Deutschland befaßt hatte, wachten über die konservative, das heißt: über das kommunistische Verständnis polnischer „Staatsräson“. Die Regierung Mazowiecki manövrierte sich in eine Klemme zwischen kommunistischer und nationalistischer Reaktion im Lande, Internalisierung sowjetischer Grenzgarantien und dem, was sie als deutsche Unsensibilität empfand.

Zwischen Dezember 1989 und Juli 1990 schien es so, als ob die polnische Diplomatie den Glauben an die eigene, in der Opposition entwickelte Europa-philosophie verloren hätte und Interessensicherung über Deutschland hinweg, nicht mit Deutschland suchte. Traditionelles Balance-of-Power-Denken des Nationalstaats überlagerte plötzlich wieder das eben erst apperzipierte kooperative und integrative Politikverständnis. Besonders bei Ministerpräsident Mazowiecki kamen die alten deutschlandpolitischen Ängste, Entente- und Achsenvorstellungen zum Zuge, ich erwähne nur die Besuche Mazowieckis in London, Paris und Washington.

Nun einige Bemerkungen zur polnischen Politik im Einigungsprozess – ich muß hier einiges auslassen zu der Ausgangsposition im November 1989 unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer. Einen Wendepunkt in der grundsätzlich neuen positiven Deutschlandpolitik, die von der neuen Regierung formuliert worden war, stellte die Reaktion auf die Zehn-Punkte-Erklärung des Bundeskanzlers vom November dar. Dreh- und Angelpunkt der polnischen Politik im Vereinigungsprozess wurde nunmehr die Nichterwähnung des berühmten elften Punktes, also eine Aussage zur Oder-Neiße-Grenze, eben ein Verlangen nach einer Garantieerklärung über diese Grenze. Hinzu kam die Forderung nach der Berücksichtigung der Interessen der europäischen Staaten und der Abhängigmachung der Vereinigung vom Einverständnis ganz Europas. Es kam bei Skubiszewski zu einer Verhärtung des Rechtsstandpunkts und der Ablehnung pragmatischer Lösungen in der Grenzfrage bis zur Vereinigung, die bis zum 28. November noch vorausgesetzt werden konnte. Da hatte man sich auf diese Unterscheidung zwischen völkerrechtlicher und politischer Bindewirkung eingelassen. Nun aber kam man aufgrund des Fehlens des elften Punktes wieder ganz stark auf die Forderung nach völkerrechtlicher Verbindlichkeit zurück.

Seit der Konferenz von Ottawa bemühte sich die polnische Regierung auf diplomatischer Ebene um die Erreichung zweier Ziele: 1. Präsenz bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und 2. eine völkerrechtlich verbindliche Grenzrege-

lung noch vor der Vereinigung. In diesem Zusammenhang wurde der sogenannte Mazowiecki-Plan vorgetragen, in dem vorgeschlagen wurde, daß Bonn und Ost-Berlin zuerst einen Grenzvertrag ausarbeiten und paraphieren und die Ratifizierung dann durch den gesamtdeutschen Souverän erfolgen solle. Darüber hinaus bemühte sich die polnische Regierung um eine weitergehende Internationalisierung des Vereinigungsprozesses. Zu erwähnen sind die Einbeziehung der Nachbarstaaten durch einen Brief Skubiszewskis an die sieben Nachbarn der beiden deutschen Staaten vom 2. März, die Forderung nach Einbeziehung der KSZE und die Intervention in Brüssel, daß die Europäische Gemeinschaft eine Wiedervereinigung Deutschlands nach Artikel 23 Grundgesetz verhindern solle. Am Ende erreichte Polen die Einladung zur Zwei-plus-Vier-Konferenz in Paris, und es erreichte weiterhin, daß am 8. März 1990 vom Bundestag ein Entschließungsantrag verabschiedet wurde, in dem eine Absichtserklärung der beiden demokratisch gewählten Parlamente nach den demokratischen Wahlen der DDR zur Oder-Neiße-Grenze angekündigt wurde. Beide Lösungen, sowohl die Zwei-plus-Vier-Lösung als auch dann der reale Gang des Zwei-plus-Vier-Prozesses bezüglich der Grenzfrage, entsprachen kaum Warschauer Vorstellungen, ganz zu schweigen von der ursprünglich geforderten Einbettung der deutschen Einheit in eine neue europäische Sicherheitsordnung. Auf den Einfluß der Regierungsbildung in der DDR nach den Wahlen, die vorsichtige Umorientierung und den allmählichen Abbau des Mißtrauens der polnischen Regierung gegenüber dem Einigungsprozess im Frühjahr 1990 nach der Äußerung Kohls vor dem Evangelischen Arbeitskreis am 25. März, dem Staatsbesuch von Weizsäckers vom 2. bis 5. Mai, der Volkskammererklärung vom 12. April und der Regierungserklärung de Maizières vom 19. April gehe ich jetzt nicht weiter ein. Auch nicht auf die besonderen Vorstellungen, die die DDR-Regierung unter ihrem neuen Außenminister, Herrn Meckel, einbrachte und die Herr Meckel sicher heute nachmittag selbst noch vortragen wird bezüglich der Oder-Neiße-Grenze, die von der polnischen Regierung begrüßt wurden und von der bundesdeutschen Position abwichen, sowie bezüglich der anderen Position zur Bündnisfrage, die von der polnischen Regierung nicht beifällig beantwortet wurde. Anfang Juli gab es noch einmal einen Winkelzug der polnischen Regierung, als Mazowiecki verlangte, daß die Souveränitätserklärung bezüglich Deutschlands als Ganzes erst nach einer Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Grenzvertrages nach der Wiedervereinigung herausgegeben werden sollte. Erst am Vorabend der Pariser Verhandlungen konnte in einem Gespräch zwischen Genscher und Skubiszewski das Mißverständnis bezüglich der Verzögerung der Souveränitätserklärung und der polnischen Haltung dazu ausgeräumt werden. In der Bündnisfrage hatte Polen sich ebenso wie die Tschechoslowakei und Ungarn von Anfang an gegen die Neutralität Deutschlands ausgesprochen. Allerdings kam es in Bezug auf die NATO-Frage zu differenzierten Äußerungen, darauf kann ich möglicherweise dann noch in der Diskussion eingehen.

Im nachhinein erklärte einer der Vordenker der polnischen Außenpolitik in der Wendezeit, Artur Hajnicz, und das mag hier das Resümee sein, die polnische

Haltung im deutschen Vereinigungsprozess mit den inneren Verhältnissen in Polen: Mazowieckis Konzeption fand allgemeine Unterstützung im Lande. Die Polen reagierten nicht nur den tiefsitzenden Jalta-Komplex ab, sondern auch eine große Woge neuer Befürchtungen und Phobien angesichts der raschen Einigung Deutschlands. Ich zitiere: „Mit ihrem energischen Einsatz für eine Beteiligung Polens am Zwei-plus-Vier-Prozeß verschaffte die Regierung sich Rückhalt in der Bevölkerung, und zugleich zerstreute sie Befürchtungen, daß unsere Angelegenheiten wieder einmal ohne uns gegen unsere Interessen entschieden werden.“ Allerdings: „Was Polen dann im Juli auf der Pariser Zwei-plus-Vier-Sitzung erreichte, hätte man wohl auch ohne den ganzen mühsamen Einsatz erreichen können: die Teilnahme des polnischen Außenministers an einer Sitzung, auf der die Einbeziehung der Grenzfrage in die Gesamtregelung der internationalen Bedingungen der Einigung Deutschlands erklärt wurde.“

Eine allerletzte Bemerkung. Mir obliegt nicht der Vergleich der Haltung Polens mit der anderer Mächte, vor allem Großbritanniens und Frankreichs. Aber wenn man einen Schlußstrich im Vergleich dann doch zieht, wird man feststellen, daß Polen sich wacker geschlagen hat. Es hat sich weniger gegen, vor allem nicht grundsätzlich gegen die Wiedervereinigung geäußert, wie es vor allem in der britischen Haltung eine Zeitlang oder auch bei Mitterrand zum Ausdruck kam. Es hatte nur seine Schwierigkeiten mit der Realisierung dieser aufgrund der eigenen ethischen und politischen Grundprinzipien akzeptierten Wiedervereinigung. Und grundsätzlich hat es sich durch sein Verhalten die Möglichkeiten für eine strategische Partnerschaft mit Deutschland nach der Vereinigung eröffnet. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Bingen auch für Ihren Beitrag, der wie die anderen ebenfalls gezeigt hat, welche Rolle etwa Polen bei der Veränderung der Transformation des Handlungsspielraumes gespielt hat. Ich sage noch folgendes zum Ablauf. Wir müssen heute sehr streng die Pause einhalten, weil unsere nächsten Referenten, die Herren Botschafter Reiter und Kornblum, nur eine beschränkte Zeit hierbleiben können, und zwar bis 15:00 Uhr, so daß wir nach den beiden Beiträgen der Botschafter ab 13:05 Uhr zunächst einmal die Möglichkeit wahrnehmen, durch die Enquete-Kommission Fragen an die beiden Referenten zu stellen. Nach 15:00 Uhr werden wir dann noch die Möglichkeit haben, zu den Kurzreferaten Stellung zu nehmen, so daß wir dann abschließen können bis zur Pause um 15:50 Uhr. Ich darf Ihnen ein gutes Mittagessen wünschen und damit abbrechen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Darf ich Sie bitten Platz zu nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe jetzt die große Freude, Herrn Botschafter Reiter, der bis vor gar nicht langer Zeit in der Bundesrepublik die Republik Polen vertreten hat, zu begrüßen. Ich freue mich, daß Sie kommen konnten, um an unserer Anhörung teilzunehmen, die unter dem Thema „Handlungsspielräume deutscher und internationaler Akteure im Vereini-

gungsprozess“ steht. Ihr Partner, der amerikanische Botschafter, ist noch nicht anwesend. Wir haben vereinbart, daß wir in diesem Fall umwechseln und Sie bitten, heute nachmittag zu beginnen. Bei uns in der Kommission ist es üblich, daß die einzelnen Phasen von Mitgliedern der Kommission geleitet werden. Ich hatte nur die offizielle Begrüßung für die Kommission insgesamt Ihnen gegenüber zu machen und das weitere Prozedere wird Herr Professor Jacobsen leiten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Ja, meine Damen und Herren, wir wollen unsere Arbeit fortsetzen mit den beiden Beiträgen, von denen die Rede war. Ich hatte mit Herrn Reiter schon die Möglichkeit, über den einen oder anderen Aspekt kurz ein Gespräch zu führen. Es hat sich herausgestellt, in welchem hohem Maße das, was Dieter Bingen hier vorgetragen hat, wahrscheinlich auch die Zustimmung von Herrn Reiter finden wird. Aber warten wir ab, was er hier im einzelnen vortragen wird. Vielleicht könnten wir von Ihnen auch etwas hören über die Einschätzung, die dem vereinten Deutschland nun in Mitteleuropa zuteil wird, und das natürlich vor dem Hintergrund der deutsch-polnischen Erfahrung. Ich darf jetzt bitten, daß Sie zu uns reden, Herr Reiter.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Vielen Dank Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich darf erst einmal die Vermutung bestätigen, daß ich dem, was Dieter Bingen hier gesagt hat über die polnische Rolle im Vereinigungsprozess, weitgehend zustimmen kann. Ich habe Gott sei Dank ihm zuhören können, und deshalb werde ich Ihnen einiges ersparen können von dem, was er bereits vorgetragen hat. Ich will erst einmal aber beginnen mit einem Wort des Dankes für die Einladung, hier an der Sitzung teilzunehmen, und mit einem Wort der Anerkennung für die Arbeit dieser Enquete-Kommission, die ich für großartig und für wirklich besonders wertvoll halte. Ich glaube, es ist eine Gabe an die Zukunft, eine Gabe an die kommenden Generationen und vielleicht das Beste, was man tun kann, um Geschichtsfälschungen in der Zukunft und Mythologisierung von Geschichte zu verhindern. Ich glaube wirklich, das ist etwas Großartiges. Ich sage das auch mit einem gewissen Neid, denn ich vermisse eine vergleichbare Kommission, eine vergleichbare Anstrengung zur Erforschung der jüngsten Vergangenheit in Polen – und das in einem Land, das ja als besonders geschichtsbewußt und in der Geschichte verankert gilt. Es gibt nichts Vergleichbares in Polen, was ich sehr sehr bedauere.

Nun aber zu Polen und der deutschen Vereinigung. Ich muß hier auch den Vorbehalt machen, den, glaube ich, auch Dieter Bingen schon gemacht hat. Es wäre falsch und unfair, die polnische Rolle im Vereinigungsprozess nur in dem engen Zeitraum zu betrachten vom Fall oder der Öffnung der Mauer bis zum 3. Oktober 1990. Man muß die polnische Rolle und den polnischen Beitrag in einem erweiterten Zeitrahmen betrachten. Nur dann kann man, wie ich glaube, zu einem vernünftigen Urteil kommen. Und wo ansetzen, in den 80er Jahren, in der Zeit, in der in Polen zum ersten Mal eine wichtige außenpolitische Diskussion begann? Es gab ja vorher keine Außenpolitik, und auch die Solidarität

war Anfang der 80er Jahre sehr zurückhaltend in dieser Frage und hat sich nicht mit Außenpolitik beschäftigt, hat sich nicht auf außenpolitische Fragen eingelassen. Das Kriegerrecht war aber ein Signal, diese Zurückhaltung aufzugeben, da sie keinen Sinn mehr hatte. Warum? Weil es auf der Hand lag, daß das Scheitern der Solidarność nicht nur innenpolitisch zu erklären war. Das Scheitern der Solidarność war im Grunde genommen vor allem ein Problem, das man nur im europäischen Kontext verstehen konnte. Nun also stellte sich die Frage, welche Schlußfolgerungen zieht man aus dieser Erfahrung, wenn man die ablehnt, daß man sich mit dem Schicksal abfinden müsse. Also wie konnte man den Handlungsspielraum der polnischen Politik erweitern? Das war die Frage, die gestellt wurde in der polnischen Opposition der 80er Jahre. Es boten sich theoretisch zwei Wege an. Der erste Weg war die Suche nach einem Ausgleich mit Rußland, und es gab einige Vertreter der konservativen Opposition, die diesen Weg interessant fanden. Sie hielten die Sowjetunion für eine neue Inkarnation von Rußland und waren bereit, Rußland eine Art Kompromiß anzubieten, d. h. eine loyale Haltung Polens, beruhend auf der Anerkennung der sowjetischen Vormachtstellung, als Gegenleistung für die Anerkennung der innenpolitischen Selbständigkeit Polens. Ich glaube sagen zu können, der Begriff Finnlandisierung klang in vielen Ohren durchaus angenehm, er hatte einen angenehmen Klang. Viele in der konservativen Opposition bedauerten, daß die russische Politik so wenig Sinn für Realitäten hatte und nicht bereit war, auf diejenigen einzugehen, die ihr etwas Sinnvolles anbieten konnten. Übrigens, wenn die Sowjetunion in den 80er Jahren auf dieses Angebot eingegangen wäre, hätte sie vielleicht aus ihrer Sicht ein gutes Geschäft gemacht. Heute kann ich sagen, Gott sei Dank hat sie es nicht getan. Zehn Jahre später aber, als sie auf diese Idee kam, war es zu spät. Zehn Jahre später konnte niemand mehr in Polen über so ein Angebot diskutieren. Selbst die Anhänger dieser Denkrichtung erwarteten nicht, daß sie der Schlüssel zur Lösung der polnischen Frage sein könnte. Sie war vielmehr konzipiert als ein Versuch, auf längere Sicht eine Flexibilisierung der sowjetischen Politik zu erreichen. Man muß immerhin bedenken, daß auch Gorbatschow eher auf die sogenannten Reformkräfte in der polnischen kommunistischen Partei setzte, an deren Reformfähigkeit freilich keiner mehr so richtig glauben mochte. Wenn das also kein gangbarer Weg war, wohin konnte man sich wenden? Der Blick richtete sich auf Deutschland. Polen hatte auf der westlichen Seite jenseits der Oder und Neiße ein Nachbarland, die DDR, das nicht nur ein Instrument der sowjetischen Politik war, sondern immer mehr angesichts vor allem der Entwicklung in Polen eine bedrohliche Eigeninitiative entwickelte. So mußte man damit rechnen, daß alle Emanzipationsversuche in Polen von dem SED-Regime gestört, wenn nicht gar verhindert würden. Ausgerechnet diese DDR sollte in der offiziellen polnischen Sicherheitspolitik die Rolle eines Pfeilers spielen, denn sie wollte die polnische Westgrenze garantieren und sollte ein Puffer sein, der Polen von der Bundesrepublik trennte. Solange man diese Trennung für notwendig hielt, mußte man, wenn auch zähneknirschend, die DDR akzeptieren mit allen Konsequenzen. Aber war das notwendig? War ein Puffer notwendig? Diese Frage wurde in den 80er Jahren in Polen kritisch revidiert. Wollte man

aber die DDR als Garant der polnischen Grenze in Frage stellen, so mußte man den Mut haben, sich mit der Frage der deutschen Einheit zu beschäftigen. Das war in Polen zuvor, in den 60er und in den 70er Jahren, den meisten noch unmöglich, aus vielen historischen Gründen. In den 80er Jahren aber wurde diese Frage ohne Angst und sehr offen angegangen. Die deutsche Frage wurde in Polen zu einem dominierenden Thema der außenpolitischen Diskussion. Die neue Haltung läßt sich etwa so zusammenfassen: Wir haben kein moralisches Recht, den Deutschen die Einheit zu versagen. Möglicherweise liegt sie sogar in unserem Interesse. Soll das der Fall sein, müssen zwei Grundvoraussetzungen erfüllt sein. Erstens muß Deutschland Beweise dafür liefern, daß es die Vereinigung der Bundesrepublik und der DDR will und mehr nicht. Die deutsche Rechtsposition verhinderte aber, wie bekannt, eine völkerrechtliche Anerkennung der polnisch-deutschen Grenze. Hier machte Volker Rühle einen für die damalige Zeit sehr wichtigen Versuch, der polnischen Opposition aus diesem Dilemma einen Ausweg zu bieten. Er erklärte nämlich im Jahre 1985 im Deutschen Bundestag, daß die Bundesrepublik die politische Bindungswirkung des Warschauer Vertrages anerkenne, d. h. des Vertrages, der zwischen der westlichen Bundesrepublik und Polen unterzeichnet worden war. Das war ein wichtiger Brückenschlag in Richtung polnische Opposition. Diese sogenannte Rühle-Formel war sozusagen das fehlende Glied in der Argumentationskette für eine neue Deutschlandpolitik, wichtig, auch besonders wichtig für die Legitimation dieses neuen Denkansatzes in der polnischen Bevölkerung. Ohne dieses fehlende Glied hätte man diese neue Politik Deutschland gegenüber in der Bevölkerung nicht begründen können. Die sogenannte Rühle-Formel reduzierte die deutsche Rechtsposition auf die Rolle eines Instruments der Vereinigungspolitik, deren Gegenstand die beiden deutschen Staaten waren. Die Verbindung mit der polnisch-deutschen Grenze wurde zu einer formalrechtlichen erklärt. Die politische Verbindung wurde aufgehoben. Es war selbstverständlich immer noch eine Sache des Vertrauens, diese Formel, dieses Angebot anzunehmen. Dieses Vertrauen wurde in den 80er Jahren von vielen in der damaligen polnischen Opposition den Deutschen der Bundesrepublik entgegengebracht. Die Klärung der Grenzfrage war die entscheidende Grundvoraussetzung. Eine andere war allgemeiner Natur. Dieser Vorbehalt galt der künftigen Gestalt Europas. Polen konnte, um es kurz zu sagen, kein Interesse haben an einer Entwicklung, als deren Ergebnis die deutsche Frage gelöst würde, aber alles andere beim alten bleiben würde. Das polnische Motiv war ja die Hoffnung, durch den Ausfall des Puffers DDR und durch die Einheit Deutschlands dem Westen näher zu kommen und sich dadurch aus der Umarmung der Sowjetunion zu lösen. Das hieß vor allem, auch das vereinigte Deutschland müßte im Westen bleiben, d. h. in den westlichen Strukturen. Auf keinen Fall konnte Polen, so war im Grunde genommen die einhellige Meinung in der polnischen Opposition der 80er Jahre, einer Neutralisierung Deutschlands zustimmen. Denn die Folge wäre, daß eine so gestärkte Sowjetunion die Kontrolle über Polen auf lange Zeit beibehalten würde, daß von deutscher Seite keine Unterstützung mehr zu erwarten sein würde für die Emanzipation Polens. Nun mögen Sie fragen, wie konkret diese Überlegungen waren, die in der

Opposition angestellt wurden, inwieweit sie in praktische Politik umgesetzt werden konnten. Ich muß daran erinnern, ich spreche von den 80er Jahren. Ich spreche von einer in der Illegalität handelnden Opposition, nicht von einer parlamentarischen Opposition. Was die polnische Opposition von den Bürgerrechtsbewegungen in den anderen Ostblockländern unterschied, war freilich ihr politischer Charakter, d. h. der Anspruch, alternative politische Programme zu liefern, auch wenn sie nicht legal anerkannt war. Trotzdem, zwischen den Denkansätzen und der praktischen Politik herrschte eine große Kluft. Keiner konnte wissen, wann diese Kluft überwunden werden könnte. Das Konzept einer neuen Deutschlandpolitik war zwar mehr als ein bloßes Gedankenexperiment, aber es war kein konkretes Programm mit Handlungsanleitungen für die Politik, konnte es gar nicht sein. Das Ziel war vielmehr, durch die Lösung von alten Dogmen den Handlungsspielraum der künftigen polnischen Politik zu erweitern und vor allem in Deutschland Freunde, Verbündete für die polnische Sache zu gewinnen. Manche haben seither in der deutschen Frage eine Art Vehikel für die polnische Frage gesehen.

Es kam dann anders. Die Entwicklung der 80er Jahre hat dann eine enorme Beschleunigung erfahren, aber sie hat auch eine andere Richtung genommen. Es war etwas anders, nicht so, daß die deutsche Frage zum Vehikel der polnischen Frage wurde, sondern im Grunde genommen umgekehrt. Der Verfall der europäischen Nachkriegsordnung begann in Polen. Diese Entwicklung ist Ihnen bekannt, ich werde hier alles nicht noch einmal berichten. Aber mit dem Machtwechsel in Polen hat wahrscheinlich die ganze Diskussion über eine neue Europa- und Deutschlandpolitik eine völlig andere Dimension bekommen. Die Regierung Mazowiecki war in ihrer Außenpolitik freilich vor allem in den ersten Wochen und Monaten äußerst vorsichtig. Sie hatte gute Gründe dazu, man muß das Umfeld bedenken. Da war noch die intakte DDR, der noch intakte Warschauer Pakt, in der Sowjetunion zwar eine Krise, aber diese Krise hätte ja Jahre oder Jahrzehnte dauern können, das heißt kein freundliches Umfeld. Warschau war auch entschlossen, die DDR nicht unnötig zu provozieren, aber man machte sich keine Illusionen. Allein schon die Existenz der Regierung Mazowiecki war eine Provokation für die Regierung in Ostberlin. Nur Wochen nach dem Macht- und dem De-facto-Systemwechsel in Polen kam es zu den ersten Unruhen in der DDR. Anfang der 80er Jahre, daran muß man vielleicht erinnern, fand die polnische Entwicklung, die Solidarność, in der DDR keine große Resonanz. Das sollte diesmal anders werden. Die polnischen Reaktionen auf die Entwicklung in der DDR waren enthusiastisch. Die Solidarność-Anhänger haben sich sozusagen in den demonstrierenden Ostdeutschen wiedererkannt. Zum ersten Mal zeigte die DDR ein anderes Gesicht als das in der Vergangenheit. Dann kamen die ersten Zufluchtsuchenden aus der DDR nach Warschau. Hier war es auch bezeichnend, daß zwar die Lösung dieser Frage sich in der Sache nicht unterschied von der in Ungarn, aber daß man in Warschau unbedingt versuchte, dabei eine Demonstration zu verhindern, das heißt eine eher stille Lösung. Es gab keinen Zweifel über den Grundsatz, daß man keinen Flüchtling aus der DDR an die DDR abschieben durfte, nur wollte

man daraus kein großes Thema machen, um eben nicht die unfreundlichen Nachbarn zu provozieren. Dann kam der 9. November, der Besuch des Bundeskanzlers in Polen, lange vorbereitet. Hans-Dietrich Genscher berichtet von einem Gespräch, das er am 10. November geführt hat mit dem Solidarność-Vorsitzenden Lech Walesa und dem Berater Bronislaw Geremek. Das war nach der Öffnung der Mauer, der Bundeskanzler war nach Berlin zurückgefliegen, um dabeizusein, und Genscher berichtet, Lech Walesa habe nervös angespannt gewirkt. Geremek habe aber in dem Gespräch seiner Freude über die Entwicklung in Deutschland Ausdruck gegeben. Freude und Nervosität oder Unsicherheit, das waren die zwei Bestandteile der polnischen Reaktion auf die Entwicklung in der DDR. Man wußte sofort, man konnte sofort erkennen, daß die Zeit des begrenzten Experiments, wie es in Polen mit der Bildung der Regierung Mazowiecki begann, nun vorbei sei. Die Revolution in ganz Mittel- und Osteuropa war unaufhaltsam, und in dem Augenblick, in dem sie Deutschland erreichte, hat sie auch eine neue weltpolitische Relevanz erreicht. Der Handlungsspielraum der polnischen Politik veränderte sich, und die Agenda mußte neu definiert werden.

Die Meinungen darüber, ob die deutsche Einheit damit in unmittelbare Nähe gerückt sei oder nicht, waren in Warschau gespalten. Nur eins prägte die polnische Haltung: Die neue Machtelite in Polen fühlte sich den Oppositionellen in der DDR moralisch verbunden, diese erklärten aber, sie wollten die DDR reformieren. Man wollte sie nicht brüskieren, auch wenn man Ihnen etwas skeptisch zuhörte. Als kurz nach dem Besuch in Warschau der Bundeskanzler den Zehn-Punkte-Plan bekanntgab, haben sich diejenigen bestätigt gefühlt, die eine schnelle Vereinigung erwarteten. Dieter Bingen hat es schon gesagt, die polnische Reaktion auf den Zehn-Punkte-Plan war geprägt nicht durch das, was dieser Plan enthielt, sondern durch das, was in diesem Plan fehlte. Diese Lücke wurde in Warschau, das muß ich ganz offen sagen, als ein sehr alarmierendes Zeichen aufgenommen, ob richtig oder nicht, es wurde so aufgenommen. Ich glaube, daß diese Ausklammerung der Grenzfrage nicht die beste Entscheidung war, denn man hätte, wenn diese Grenzfrage in dem Zehn-Punkte-Plan enthalten gewesen wäre, vielleicht für die Zukunft manche Mißverständnisse zwischen Polen und Deutschland vermeiden können. Polen wurde aber dadurch in eine sehr defensive Lage versetzt, obwohl vor kurzem noch in Polen die deutsche Frage mit viel Hoffnung diskutiert worden war. In dem Augenblick aber, in dem der Zug zur deutschen Vereinigung losfuhr, war die Rühformel für Polen nicht mehr ausreichend. Die Regierung Mazowiecki hätte ihr ganzes Vertrauen in der Bevölkerung verspielt, wenn sie nicht mehr verlangt hätte von der deutschen Regierung. Es ging immerhin um die Frage, die über vierzig Jahre auf der polnischen Politik gelastet hatte. Heute ist es einfach zu sagen, man hätte alles anders machen können, es war alles überflüssig. Mit dem Wissen von heute kann man das leicht sagen. Aber das Wissen von heute hatte niemand damals vor acht Jahren. Insofern kann ich also nur bedauern, daß Polen in diese defensive Rolle versetzt wurde, aber als das geschah, konnte Polen im Grunde genommen nicht viel anders handeln. Ich will damit

nicht sagen, daß jede Entscheidung richtig war, aber im Grunde genommen war die Richtung damit vorgegeben. Das kann man heute nur mit Bedauern sagen, es ging, glaube ich, nicht anders. Nun mögen Sie fragen, ob jemand in Warschau wirklich geglaubt habe, daß Deutschland irgendwelche Gebietsansprüche an Polen stellen würde. Meine Antwort lautet nein. Daran, denke ich, haben die meisten wirklich nicht geglaubt. Man hatte Angst davor, daß in dem Augenblick, in dem die deutsche Frage geschlossen wurde, diese Grenzfrage offen bleiben würde mit einer für Polen sehr problematischen gefährlichen Wirkung.

Es gab auch noch eine konkrete Befürchtung. Man befürchtete auch, daß die Offenhaltung der Grenzfrage zu einem Instrument der Pressuren auf Polen werden könnte, zum Beispiel in der Frage der Minderheiten. Das mußte man unbedingt, das sage ich auch heute wirklich mit Nachdruck, verhindern. Nicht wegen des Inhalts der Lösung der Minderheitenfrage, nein, der Inhalt, so wie er dann festgeschrieben wurde in dem polnisch-deutschen Vertrag vom Juni 1991, ist, glaube ich, wirklich über jeden Verdacht erhaben. Das war eine sehr liberale Lösung der Minderheitenfrage, aber das war eine souveräne polnische Entscheidung, nicht eine Entscheidung, die erpreßt oder erzwungen wurde von dem Nachbarn Deutschland. Ich kann mich erinnern an ein Gespräch im Juni 1991 mit dem „Spiegel“. In dem Gespräch habe ich gesagt, diese Lösung der Minderheitenfrage sei kein Geschenk Polens an Deutschland. Am Sonntag vor dem Erscheinen des „Spiegel“ hat mich ein Redakteur des „Spiegel“ angerufen und gefragt, er wolle sich vergewissern, ob ich wirklich gesagt hätte, die Lösung der Minderheitenfrage sei ein Geschenk Polens an die Bundesrepublik. Ich habe mit Entsetzen ins Telefon geschrien: Nein, ich habe gesagt: kein Geschenk an die Bundesrepublik. Es war eben kein Geschenk. Es war sehr wichtig für die Darstellung, für die Begründung dieser Politik, daß die polnische Öffentlichkeit wußte: Das war eine Entscheidung, die das demokratische Polen sich selbst schuldete, nicht ein Geschenk an ein anderes Land. Die Folge der polnisch-deutschen Grenzdiskussion war freilich, daß sich die Regierung Mazowiecki gezwungen sah, Unterstützung bei anderen Nachbarn zu suchen. Das Fatale, das sage ich wirklich mit Nachdruck, das Fatale dabei war, daß der Eindruck entstand, alte Machtkonstellationen kehrten nach Europa zurück. Polen konnte an der Rückkehr dieser Machtkonstellation kein Interesse haben. Das war das Paradoxon der polnischen Situation. Warum? Weil Polen ein vitales Interesse am Fortbestand der NATO und der Europäischen Union hatte und insofern kein Interesse haben konnte an einem Zwiespalt zwischen Deutschland einerseits und vor allen Dingen den USA und Frankreich andererseits. In den für die Zukunft entscheidenden Fragen gab es zwischen Warschau und Bonn im Grunde genommen einen Konsens, das ist auch schon von Dieter Bingen gesagt worden, in der Frage der NATO und in der Frage der Europäischen Union. Als Ministerpräsident Modrow im Februar 1990 seinen Plan zur Neutralisierung Deutschlands vorlegte, war die polnische Reaktion ganz eindeutig. Es war eine ablehnende Reaktion. Das konnte nicht im polnischen Interesse liegen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal sagen: Ich glaube, wenn man die polnische Rolle im Vereinigungsprozess in größerem Zeitrahmen betrachtet, sieht man, daß es nicht nur objektiv einen Zusammenhang gab zwischen der polnischen Entwicklung und der deutschen Entwicklung, sondern daß es in Polen ein großes Potential an Sympathie für die deutsche Einheit gab. Leider ist das Bild dann in den Wochen und Monaten nach dem November 1989 überschattet worden von den Mißverständnissen zwischen Polen und Deutschland in der Grenzfrage, in der Frage, die in der Geschichte verwurzelt war. In den Fragen der Zukunft gab es auch schon damals in Polen und Deutschland einen weitgehenden Konsens. Wenn man heute in Polen fragt, ob die Menschen glauben, daß Polen durch die Vereinigung Deutschlands eher gewonnen oder eher verloren hat, dann werden Sie eine große Mehrheit bekommen für die Auffassung, Polen habe durch die Vereinigung Deutschlands gewonnen. Das ist heute die in Polen vorherrschende Einstellung. Ich glaube, daß wir mit einer solchen Entwicklung im großen und ganzen doch zufrieden sein können. Vieles hat sich inzwischen sehr beruhigt, viele Ängste sind inzwischen auch weitgehend abgebaut worden. Ich bin gefragt worden, wie dieses vereinigte Deutschland heute von Polen betrachtet wird. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Mit Deutschland wird etwa 30 Prozent des polnischen Außenhandels abgewickelt. Das ist eine, wenn Sie so wollen, in den klassischen Kategorien enorme Abhängigkeit. Aber ich höre keinen Schrei des Entsetzens. Ich höre in Polen Stimmen der Unruhe darüber, daß dieser deutsche Markt sich schließen könnte, daß der Zugang zu diesem deutschen Markt erschwert werden könne, das ist heute die Sorge. Ich glaube, daß wir es mit einer Tendenz zu tun haben, die weitgehend positiv ist. Mir ist lieber eine Tendenz von Nüchternheit zu mehr Optimismus und zu mehr Vertrauen als das Gegenteil. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Herr Reiter, herzlichen Dank für Ihren Beitrag. Ich glaube, es war für uns eine sehr wichtige Vertiefung einiger Aspekte, die Dieter Bingen vorgetragen hat. Zunächst möchte ich das Wort dem Herrn Vorsitzenden geben. Bitte schön.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich habe jetzt die große Freude, einen zweiten Gast vorzustellen. Es ist Herr Botschafter Kornblum, der nur wenige Wochen, nachdem er hier in Deutschland offiziell Posten genommen hat, bei uns ist. Er ist natürlich kein Unbekannter in Deutschland, und wir wissen, wie Sie beteiligt waren an dem Prozeß, über den wir hier heute sprechen. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Im Rahmen unserer Enquete-Kommission, die sich ja, wie eben auch von Herrn Botschafter Reiter gesagt, darum bemüht, dazu beizutragen, daß es zu keiner Geschichtsklitterung kommt, darf ich Sie also gleich bitten, zu uns zu sprechen. Es bleibt dabei, ich habe Herrn Botschafter Kornblum noch einmal gefragt, 15:00 Uhr ist Deadline.

Botschafter John C. Kornblum: Herzlichen Dank Herr Vorsitzender. Es freut mich sehr, gerade in diesen Tagen hier zu sein, um, wie Sie sagen, die Geschichte etwas eingehender zu diskutieren. Ich war in den Jahren vor der Wende zuerst in Berlin, als amerikanischer Gesandter, wo ich die Entwicklung sehr direkt, sehr hautnah betrachten konnte. In den Jahren 1989/90/91 war ich der stellvertretende Botschafter der Vereinigten Staaten bei der NATO. Da habe ich auch den Prozeß sehr direkt beobachten können. Wenn ich jetzt zurückblicke, scheint alles ein bißchen klarer und logischer gewesen zu sein, als es einem damals erschien. Um mich für heute vorzubereiten, habe ich ein bißchen in verschiedenen Memoiren gelesen. Wie man weiß, gibt es da verschiedene Versionen zu lesen. Doch es zeigt sich, im Nachhinein betrachtet, eine gewisse Vorhersehbarkeit des ganzen Prozesses, die damals noch nicht so klar war. Deshalb ist es sehr interessant und wichtig, verschiedene Gesichtspunkte jetzt zu diskutieren. Ich werde hier nicht versuchen, die Geschichte Revue passieren zu lassen, sondern habe drei Punkte ausgewählt, von denen ich glaube, daß sie sehr wichtig sind für den Prozeß, aber auch für die amerikanische Haltung diesem Prozeß gegenüber.

Erstens: Wir haben schon gesehen, auch in den Bemerkungen von Herrn Reiter, daß die deutsche Wiedervereinigung Teil eines größeren Prozesses war, der, wie er richtig sagte, in diesem Fall nicht in Deutschland angefangen hat, sondern in anderen Teilen Europas, der aber im Endeffekt auch viel weitere Implikationen gehabt hat als die Wiedervereinigung Deutschlands, siehe insbesondere das Ende der Sowjetunion.

Zweitens: Es ist, glaube ich, doch wichtig, die allgemeine Haltung der USA diesem Prozeß gegenüber darzulegen, weil sie vielleicht auch die jetzige und zukünftige Politik der USA verständlich macht, die natürlich auch weiterhin sehr wichtig sind für die Entwicklungen in Europa.

Drittens: Ich möchte ein paar Überlegungen anstellen über die strukturellen Entwicklungen, die damals von Bedeutung waren und noch heute von Bedeutung sind.

Zum ersten Punkt brauche ich mich nur sehr kurz zu fassen. Die Änderungen in der DDR, die schon weiter zurück in den 80er Jahren lagen, waren Teil des allgemeinen Niedergangs des Totalitarismus und Kommunismus in Europa, damit meine ich Solidarność. Ich war auch in Berlin, nebenbei gesagt, Anfang der 80er Jahre, als Solidarność hochkam, und ich glaube, das hat eine sehr wichtige Rolle gespielt. Aber die wirtschaftliche Schwäche dieses Systems, der mangelnde soziale Konsens und, wie wir jetzt im Nachhinein sehen, die Entwicklung des freien Informationsstromes, die Entwicklungen im Medienbereich haben doch auch eine Rolle gespielt. Immerhin waren wir zu Beginn der 80er Jahre an einen Punkt gelangt, wo die Teilung Europas und das kommunistisch/sozialistische System in Europa zunehmend unter Druck gerieten. In einigen Memoiren von DDR-Persönlichkeiten erfährt man, daß Anfang der 80er Jahre einige wußten, daß die DDR sich mindestens wirtschaftlich nicht werde halten können. Das war ein historischer Prozeß.

Wie verhielten sich die USA zu diesem Prozeß? Gerade in diesen Jahren gab es sehr viel Analysearbeit über die Rolle der USA in solchen Prozessen. Wir dürfen nicht vergessen, und ich sehe das als sehr wichtig an, ich habe so auch sehr energisch innerhalb der amerikanischen Regierung argumentiert, daß gleich vor dieser Phase eine andere sehr sehr dramatische Phase sich abgespielt hatte. Das war die Konfrontation über die Mittelstreckenraketen. Ich war damals, als diese Konfrontation hochkam, Leiter der Abteilung für Zentraleuropa im State Department. Wir haben natürlich sehr viele Debatten geführt und Analysen angestellt. Meine Meinung war – und ich glaube, wenn ich das sagen darf, daß ich recht hatte –, daß diese Konfrontation, geplant oder nicht, der letzte Versuch der Sowjetunion war, die politische Richtung in Europa zu bestimmen. Sie hoffte, durch diese Konfrontation vielleicht auch irgendwelche militärischen Optionen zu gewinnen, das weiß ich nicht, aber doch zumindest einen Kurs einzuschlagen in Richtung einer allgemeinen europäischen Sicherheitsstruktur, die nicht auf dem Westen, nicht auf den USA, nicht auf der NATO basierte. Ich lasse es bei dieser Beschreibung bewenden. In Westeuropa, auch in diesem Lande, haben damals viele die USA als Staat gesehen, der keine Änderung wollte, der wirklich nur die, wie ich jetzt sagen darf, pluralistisch/kapitalistischen Strukturen aufrechterhalten wollte. Es hat gleich vor der Wende, gleich vor dem Ende der Ost-West-Konfrontation eine Phase gegeben, in der gerade in diesem Lande, das muß man sagen, eine große Zahl von Menschen nicht nur in den sogenannten linken Parteien, sondern bis weit in die bürgerliche Mitte hinein Angst hatte, daß die USA zu stark auf die westliche Verteidigung aus seien. Ich erwähne das aus zwei Gründen. Erstens, weil ich glaube, daß diese Phase sehr bedeutsam war, und zweitens, um zu unterstreichen, daß, als die Phase der Wiedervereinigung begann, die USA überzeugt waren, daß Frieden und Stabilität in Europa nur aufrechterhalten werden können auf der Basis der westlichen Struktur, also NATO, EU und alles, was dazugehört.

Was bedeutete das für die Struktur in Europa? Es hat, es ist vielleicht schon einmal erwähnt worden heute morgen, als dieser ganze Prozeß begann, als die Mauer fiel, zwei große Denkschulen gegeben. Viele in Europa, auch enge Verbündete Deutschlands und ein bißchen auch die polnische Richtung, meinten, es solle Änderungen geben. Aber die deutsche Wiedervereinigung werde diese Änderungen wahrscheinlich unmöglich machen, sie komme zu schnell. Die meisten westeuropäischen politischen Führer haben so gedacht, natürlich auch die Sowjetunion. Es hat sehr viel Druck gegeben, langsamer und ruhiger voranzugehen, und sogar die Bundesregierung, wie wir wissen, hat zuerst von zehn Jahren, dann von fünf Jahren, dann von drei Jahren gesprochen. Man hat versucht, das Ganze so lange wie möglich herauszuzögern. Wenn man wie ich an den Diskussionen teilgenommen hat, auch jetzt in die Memoiren reinliest, kann man sehen, daß unsere amerikanische Politik damals mehr oder weniger genau der entgegengesetzten Meinung war, nämlich: daß die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa sehr destabilisiert waren und die einzige Möglichkeit, uns vor großen Konfrontationen zu schützen, darin be-

stand, die Sache in Ordnung zu bringen. Das hieß, zuerst stabilere Regierungen in Mittel- und Osteuropa, was dann auch passierte, und zweitens eine befriedigende Lösung des Vereinigungsprozesses. Ich sage es so. Ich will hier nicht behaupten, sofortige Wiedervereinigung, aber eine befriedigende Lösung, das heißt auf der Basis der Realitäten, der Bedürfnisse vor allem der Menschen in der DDR. Ich glaube, es dauerte nicht lange, bestimmt nicht länger als bis Januar/Februar 1990, bis unsere Leute meinten, daß das hieß: eine ziemlich zügige Wiedervereinigung. Das war die Politik, die wir befolgt haben. Das war natürlich auch sehr wichtig. Ich war gerade am Freitag und Sonnabend mit dem Bundeskanzler und Präsident Bush zusammen und habe da in den persönlichen Beziehungen zwischen den beiden gesehen, daß das auch eine sehr direkte und sehr persönliche Unterstützung des Bundeskanzlers durch Präsident Bush bedeutete, die zu einer gewissen Festigung seiner Politik geführt hat.

Hier liegt aber, so meine ich, eine Implikation für die amerikanische Rolle überhaupt in Europa. Unsere Leute haben diesen Prozeß natürlich auch im Rahmen der Interessen von anderen gesehen. Wenn wir meinten, daß eine Wiedervereinigung auch für die Erhaltung der Stabilität in Europa notwendig sei, so bedeutet das nicht, daß wir meinten, sie müsse einfach durchgezogen werden. An der Strategie, die wir befolgt haben, kann man sehen, daß wir wirklich versucht haben, die Interessen der verschiedenen Parteien zu wahren, auch zum Beispiel die der Sowjetunion. Es gab zwei wichtige Strategieentscheidungen, wenn Sie so wollen, Strategiepunkte, die ich hier kurz beschreiben möchte. Der erste kam sehr früh auf, ich war dabei, das passierte in Brüssel. Am 4. Dezember 1989 gab Präsident Bush eine Pressekonferenz nach einem NATO-Gipfeltreffen, wo er über sein Gipfeltreffen mit Gorbatschow auf einem Schiff im Mittelmeer berichtet hatte. Bush hatte die ganze Fülle der Gespräche mit Gorbatschow beschrieben, das war viel mehr als nur die deutsche Frage. Er hat aber Wert darauf gelegt, zu unterstreichen, wie positiv die Beziehung zu Gorbatschow war, wie positiv Gorbatschows Richtung und wie wichtig es war, Gorbatschow in seinen Bestrebungen zu unterstützen. Er hat aber auch sehr direkt und namentlich Bundeskanzler Kohl unterstützt, so direkt sogar, daß nach den Bemerkungen von Bush Kohl gesagt hat, er glaube, es sei alles gesagt worden, und man könne jetzt zu Mittag essen. Das haben nicht alle so gesehen, und einige haben dazu noch gesprochen. Aber nachher gab Bush eine Pressekonferenz. Er trug vier Punkte vor, an denen man in Washington schon länger gearbeitet hatte und die noch vor der Pressekonferenz etwas retuschiert wurden. Das waren sozusagen die Prinzipien, denen, wie er meinte, der Prozeß der deutschen Wiedervereinigung folgen sollte. Ich werde sie hier kurz verlesen. Einmal, das gesamte deutsche Volk sollte sein Selbstbestimmungsrecht ausüben, egal, wie die Entscheidung ausfiel. Der wichtigste Punkt war die Selbstbestimmung, nicht irgendeine bestimmte Lösung des Problems. Zweitens, und das stellte sich nachher als sehr wichtig und sogar sehr umstritten heraus, die Wiedervereinigung müsse im Kontext von Deutschlands Mitgliedschaft in der NATO und anderen europäischen Organisationen stattfinden.

Wir wissen, daß das bis heute etwas umstritten ist. Drittens, und das war auch wichtig für viele andere Teilnehmer, der Prozeß sollte schrittweise vorgehen, also nicht überstürzt, sondern es sollte einen Prozeß geben. Und viertens, auch wichtig für andere Teilnehmer, Polen ist eben erwähnt worden, der Prozeß sollte auf der Basis der Prinzipien von Helsinki stattfinden. Die Rechte von allen sollten also berücksichtigt werden. Diese vier Prinzipien waren so gemeint, und ich glaube, sie haben auch diese Rolle gespielt, sie bildeten eine Definition für den Prozeß. Punkt eins, die Art und Weise der Entwicklung innerhalb Deutschlands, sollte von den Deutschen selber entschieden werden. Just zu dieser Zeit gab es sehr viele Vorschläge, nicht nur von sowjetischer Seite: für eine große Viermächtekonferenz, wo das alles entschieden werden sollte, oder, noch schlimmer, wenn ich das sagen darf, für einen riesigen KSZE-Gipfel, wo ganz Europa das auspulen sollte. Bush hat sehr klar gesagt, was innerhalb Deutschlands passiert, solle von Deutschen entschieden werden. Ich glaube, das war ein sehr wichtiger Punkt. Punkt zwei, NATO, dazu brauche ich nicht viel zu sagen, das war das Fundament für die friedliche Entwicklung. Daß der Prozeß schrittweise vorgehen solle, das sollte den Interessen aller Rechnung zu tragen. Und der letzte Punkt, die Prinzipien von Helsinki, ist, glaube ich, auch klar. Die Botschaft war, es wird eine Wiedervereinigung geben. Wie gesagt, ich nahm teil an den Beratungen in jenen Tagen, und ich kann Ihnen klar sagen, daß das die Meinung des Präsidenten und seiner höheren Berater war, aber auch, daß die Wiedervereinigung Teil eines erweiterten Sicherheitssystems sein sollte.

Die Ereignisse danach sind schon sehr gut geschildert worden, wahrscheinlich hier auch heute. Die Änderungen erfolgten sehr schnell innerhalb der DDR, aber auch in Osteuropa. Im Februar 1990 war es bereits ziemlich klar, daß der Status quo sich nicht lange mehr werde halten können und Fortschritte gemacht werden mußten, damit der Vereinigungsprozess vorankam. Hier machten die USA offiziell einen weiteren Vorschlag, der, wie ich meine, den Prozeß zum Erfolg geführt hat. Das waren die Zwei-plus-Vier Verhandlungen; Herr Meckel kennt das sehr gut. Was haben sie erreicht? Sie haben erstens die zwei deutschen Staaten als volle Teilnehmer installiert. Es hieß „Zwei-plus-Vier“, Gorbatschow wollte „Vier-plus-Zwei“, es hieß „Zwei-plus-Vier“. Ich will hier nicht neue Debatten anfangen, Gorbatschow wollte es, vielleicht andere auch. Aber Zwei-plus-Vier bedeutete, daß die deutschen Staaten nicht nur das Objekt von anderen, sondern Subjekte waren. Sie waren ein Teil des Prozesses. Aber daß die Vier eine Rolle spielten, das war mein Gebiet für viele Jahre, Viermächterechte und -verantwortlichkeiten, war auch notwendig. Irgendein Schlußstrich mußte da gezogen werden, die Vier mußten irgendetwas tun. Wir hatten auf westlicher Seite uns so lange bemüht, diese Viermächterechte und -verantwortlichkeiten aufrechtzuerhalten, um unsere Position in Berlin zu stützen. Wir konnten nicht so agieren, als ob es sie nicht gäbe. Es mußte da ein Schlußstrich gezogen werden. Es gab einen sehr sehr langen und komplizierten Prozeß, aber im Endeffekt, glaube ich verkürzt sagen zu können, wurden die Interessen aller gewahrt. Bush hat eine wichtige Rolle gespielt in Bezug auf

die anderen führenden westlichen Persönlichkeiten, um sie auf der Linie zu halten, doch immer auch ihren Interessen Rechnung getragen. Das hat der Bundeskanzler auch Freitag und Sonnabend sehr klar gesagt und ferner, daß die Zusammenarbeit mit Gorbatschow ihm auch geholfen habe, daß dieser im Grunde, nachdem er alles eingesehen hatte, eine sehr konstruktive Rolle in diesem Prozeß gespielt hat.

Was heißt das nicht nur für die Vergangenheit, sondern auch für die Zukunft? Das heißt, daß auch jetzt in diesen Jahren, wo sich sehr viel bewegt, es die Vereinigten Staaten sind, die erstens die Distanz, auch die historische Distanz haben, die Entwicklungen in Europa mit einem gewissen, ich würde sagen, positiven Abstand zu betrachten. Zweitens, das haben wir in anderen Fällen in jüngster Zeit gesehen, daß es immer noch eines gewissen amerikanischen Managements in Europa bedarf, um die Strategie in eine klare Richtung zu bringen. Drittens natürlich – und hier ist ein Punkt, an dem mir ganz besonders liegt, weil ich in vielen Debatten über die Jahre darin verwickelt war –, daß die Vereinigten Staaten in Europa keine Status-quo-Macht sind, sondern die Macht, die positive Entwicklungen will in Europa gerade in den kommenden Jahren, in denen es, wie ich glaube, noch viel mehr Entwicklungen geben wird. Wir werden unsere Rolle spielen, und es wird eine sehr wichtige Rolle sein zugunsten positiver und dynamischer Änderungen auf dem Kontinent. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Botschafter Kornblum für Ihren Beitrag. Er zeigte, wie gut doch letzten Endes unser Vorschlag gewesen ist, den Versuch zu machen, das ist ja auch bei Herrn Reiter schon deutlich geworden, auf der einen Seite Experten, die sich wissenschaftlich mit der Thematik auseinandergesetzt haben, mit Insidern auf der anderen Seite zusammenzubringen. Gerade bei dem Beitrag von Herrn Kornblum wurde interessanterweise die Offenheit geschichtlicher Prozesse doch eigentlich sehr schön deutlich. Ich weise auf Folgendes noch einmal hin: Die beiden Herren Botschafter haben bis 15:00 Uhr Zeit, uns Rede und Antwort zu stehen. Wir haben bereits einige Meldungen vorliegen. Ab 15:00 Uhr können Sie dann weitere Fragen an die vier Referenten stellen, die heute vormittag ihre Beiträge geboten haben. Aber zunächst konzentrieren wir uns auf Herrn Reiter und Herrn Kornblum. Ich wäre dankbar, wenn Sie sich in Ihren Wünschen nach Information ein wenig zügeln würden, das heißt, nicht gleich jedem zwei oder drei Fragen stellten, sondern sich so beschränken, daß diejenigen Herren der Kommission, die sich zu Wort gemeldet haben, die Möglichkeit haben, hier ihren Beitrag beziehungsweise ihre Frage anzubringen. Ich darf zunächst einmal verlesen, wir haben folgende Wortmeldungen: Als erster Herr Wilke, dann Herr Meckel und Herr Poppe, dann Herr Elm als Nummer vier, und Herr Faulenbach kommt dann als Nummer fünf in dieser ersten Runde an die Reihe. Bitte schön Manfred Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Herr Botschafter Kornblum, ich lebte 1987 in West-Berlin und hatte gelernt, wie wichtig es war, daß die Soldaten mit dem

weißen Stern in dem Teil der Stadt waren, in dem ich lebte. Ich habe auch noch sehr gut die für mich einigermaßen beschämenden Umzüge in Erinnerung, die damals gegen den amerikanischen Präsidenten in West-Berlin organisiert wurden, als er die Forderung erhob: Herr Gorbatschow, reißen sie diese Mauer nieder! Soweit meine persönliche Vorbemerkung. Heute morgen hat ein Wissenschaftler uns vorgetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland 1982/83 in der Nachrüstungsdebatte überhaupt keine Alternative besaß, sie mußte dem amerikanischen Votum für die Nachrüstung folgen. In Ihrem Statement eben haben Sie ausdrücklich diese letzte Krise der Ost-West-Auseinandersetzungen im Sinne des Konfliktes betont. Hatten die Deutschen damals die Möglichkeit, sich der Bündnisloyalität zu verweigern? Was hätten die Amerikaner getan? Das ist Spekulation, aber ich will die Frage trotzdem in den Raum stellen.

Abg. Markus Meckel (SPD): Man ist ja immer versucht, auf den Vorredner zu reagieren, aber ich tue das nicht. Meine Frage richtet sich auch an Herrn Botschafter Kornblum, und zwar auf aktuellem Hintergrund. Wir haben ja die Diskussion und in diesem Sommer die Entscheidung zur NATO-Öffnung, und in diesem Vorfeld gab es immer wieder Berufungen auf frühere Gespräche und Zusagen an die damalige Sowjetunion, daß eine Öffnung oder Erweiterung nach Osten nicht beabsichtigt und daß dies zugesagt sei. Es gab diese Behauptung für Zwe-plus-Vier, da weiß ich selbst, daß diese Behauptung falsch ist. Es gab zum zweiten diese Behauptung in Bezug auf Malta beziehungsweise auf das Schiff vor Malta, diesen Gipfel, von dem Sie eben gesprochen haben. Meine Frage wäre, könnten Sie über diese Gespräche und über diesen Zusammenhang kurz etwas berichten?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Meckel. Als nächster Herr Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe zuerst eine Anmerkung zu Janusz Reiter. Ich bin sehr dankbar für den Satz, daß der Zerfall der deutschen Nachkriegsordnung in Polen begann. Das ist eine Behauptung, die wir aus unseren Erfahrungen als frühere Opposition in der DDR immer wieder aufgestellt haben. Ich muß allerdings dazu sagen und will es nicht weiter vertiefen, denn wir haben schon sehr oft darüber diskutiert: der Bemerkung, das vorrangige Ziel der Opposition sei die Reform der DDR gewesen, muß man mit einer gewissen Zurückhaltung begegnen. Wir hatten die Mauer. Wir hatten Politiker im Westen, die verteidigten den Status quo und sagten sogar noch, der Status quo muß stabilisiert werden. Die Opposition sagte damals, der Status quo muß überwunden werden. Was das im einzelnen bedeutete und daß das natürlich auf friedlichem Wege passieren müsse, ist eine andere Sache. Ich wollte dies nur noch einmal anmerken und folge insofern auch den Ausführungen des Botschafters Kornblum, was die frühen 80er Jahre in Berlin betrifft. So die Haltung zur Solidarność. Die ist in der Tat so gewesen, nicht bei der breiten DDR-Bevölkerung, da gab es die breite Zustimmung wie noch beim Prager Frühling 1968 nicht. Aber in den Kreisen, von denen ich rede, gab es

sehr wohl einen großen Einfluß, den die Solidarność auf die weitere Entwicklung von den frühen 80er Jahren an in der DDR hatte. Vielleicht war ein Problem in der Tat, daß die Solidarność damals keine Außenpolitik betrieben hat.

Zu Herrn Botschafter Kornblum habe ich eine Frage, und zwar gerade auch im Hinblick auf unsere aktuellen Debatten zur NATO-Erweiterung, zur EU-Erweiterung, zur Fragestellung in Bezug auf europäische Sicherheitssysteme. Ich bin sehr einverstanden mit den vier Prinzipien, die Sie vorhin vorgetragen haben. Gerade diese Prinzipien sind es aber zum Teil auch gewesen, die die Debatte um die NATO-Mitgliedschaft und mögliche Alternativen erzeugt haben, weil zu diesem Zeitpunkt sichtbar war, daß das sowjetische System zusammenbricht. Auch das Ende der Sowjetunion war, denke ich, schon absehbar. Deshalb stellte sich die Frage: Welch eine Art von Sicherheitssystem wird es in Europa geben und wie gestaltet man es, damit es keine neue Konfrontation gibt? Unter diesem Aspekt standen damals die Debatten. Dabei ging es einmal um die NATO-Doktrin, es war ja nicht einfach nur die Frage: NATO ja oder NATO nein, sondern es war die Frage, ist diese Doktrin noch zeitgemäß; flexible response, atomare Erstschlagoption und so weiter. Die zweite Frage war die nach der KSZE. Wir wußten natürlich, daß die USA eine sehr skeptische Haltung gegenüber der KSZE einnahmen, obwohl sie die Prinzipien der KSZE befürworteten. Hier hätte ich gerne noch einmal von Ihnen gehört: Gab es denn Alternativen, welchen Spielraum gab es überhaupt in der NATO-Frage? Wenn möglicherweise der Widerstand der sowjetischen Seite größer gewesen wäre, gab es für diesen Fall Alternativvorschläge, zur Reform der NATO oder zur Veränderung der NATO-Doktrin?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Poppe. Meine Damen und Herren, darf ich noch einmal darauf hinweisen, daß Herr Botschafter Reiter auch leider um 15:00 Uhr diesen Raum verlassen muß. Das heißt, wenn Sie konkrete Fragen zu seinem Beitrag haben, können Sie die jetzt stellen. Die erste Runde wollen wir abschließen mit zwei Beiträgen, einmal, von der F.D.P.-Fraktion, Herr Irmer und dann Herr Elm. Bitte schön.

Abg. Ulrich Irmer (F.D.P.): Vielen Dank. Herr Botschafter Kornblum hat eindringlich ausgeführt, weshalb es wichtig war, daß die vier Mächte in dieser Zusammensetzung bei den Zwei-plus-Vier Verhandlungen beteiligt waren, weil das ja eine gewisse Institution als solche war, und, wie Sie ausgeführt haben, dann ein Schlußstrich gezogen werden mußte. Ich erinnere mich daran, daß eine Zeitlang diskutiert wurde, ob man nicht Zwei-plus-Fünf Verhandlungen führen müßte, das heißt, ob nicht Polen auch beteiligt sein sollte. Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, daß hier zwei Zeitzeugen sitzen in Gestalt des damaligen Botschafters Reiter und des Botschafters Kornblum, um ihnen die Frage zu stellen: Was hatte es damit auf sich? Warum kam es dazu nicht? Wer hat hier welche Position in der Frage vertreten? Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ja, noch einmal zur Oder-Neiße-Grenze, und zwar als Frage an die amerikanische wie an die polnische Seite. Herr Kornblum, die amerikanische Position zur Oder-Neiße-Grenze spätestens seit Anfang der 70er Jahre, also nach den Verträgen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion und Polen. Ist meine Vermutung richtig, daß man in den USA davon ausging, die Grenzfrage sei definitiv abgeschlossen? Hätte es Gelegenheit oder Veranlassung gegeben, gegenüber der Bundesrepublik stärker Einfluß zu nehmen, damit es noch vor der Vereinigungsphase 1989/90 zu einer völkerrechtlich definitiven Regelung um die Oder-Neiße-Grenze gekommen wäre? Auch innerhalb des Atlantischen Bündnisses war das einer der prioritären sicherheitspolitischen Belange, auf atlantischer wie auf anderer Seite. Die Kehrseite dieser Fragestellung, Herr Reiter: Wie hat man in Polen, wo man natürlich vor allem mit der Position der Bundesrepublik konfrontiert war, die Position der Vereinigten Staaten und der anderen Westmächte zu der Frage Oder-Neiße-Grenze wahrgenommen, und wie weit ist das für Sie, zum Beispiel bei der Meinungsbildung der politischen Opposition in den 80er Jahren, hilfreich gewesen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Elm. Herr Botschafter Kornblum, bitte schön.

Botschafter John C. Kornblum: Danke. Zu allen Fragen gleich eine allgemeine Bemerkung. Ich arbeite fast ohne Unterbrechung in der amerikanischen Europa-Politik seit 30 Jahren. Was mich immer, ich sage das sehr offen, überrascht hat, war die Fähigkeit der Politiker verschiedener Couleurs und verschiedener Generationen, eine sehr starke, wenn Sie so wollen, visionäre Haltung mit einer teilweise sehr empfindsamen praktischen Politik zu vereinbaren. Das gilt auch für viele Fragen, die hier gestellt wurden. Unsere Leute hatten immer darauf zu sehen, wie man die Parteien zusammenbringt. Das kommt vielleicht ein bißchen aus unserer Geschichte. Wir sind immerhin eine Föderation von verschiedenen Staaten. Aber wir haben uns auch von Anfang an sozusagen als Fundament für das Ganze gesehen. Mir ist das aufgefallen wegen der Frage Oder-Neiße-Linie. Ich glaube, es war mehr oder weniger allen klar, wahrscheinlich schon Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre, daß diese Grenze die permanente Grenze sein werde. Aber es war auch allen klar, daß das eine höchst emotionale politische und auch historische Sache war. Es hatte keinen Sinn, einer Bundesregierung, ob in den 60er, 70er oder 80er Jahren, zu sagen, nehmt euch zusammen, akzeptiert diese Grenze. Man wußte, daß es sehr viele politische Strömungen im Lande gab. Das war eine Sache für sich. Sie hat sich im Endeffekt sehr gut geregelt, schon Anfang der 70er Jahre hatte sich das geregelt. Alle diese prinzipiellen Haltungen hätten wirklich nichts genutzt. Die hätten eher mehr Probleme mit sich gebracht. Die Frage, Herr Wilke, der Mittelstreckenraketen. Nachdem wir diese Phase der Wiedervereinigung richtig aufgearbeitet haben werden, wird es vielleicht wieder an der Zeit sein, diese Phase Anfang der 80er Jahre noch einmal zu durchdenken. Es war, wie ich meine, eine sehr wichtige politische Konfrontation. Ich war dabei. Als Helmut Schmidt seine berühmte Rede über die SS 20 gehalten hat, saß ich im State

Department. Da kam eine Anruf von Zbigniew Brzezinski, der sagte: Was machen wir nur? Schmidt wirft uns vor, wir seien zu schwach gegenüber der Sowjetunion. Es gab die Cruise Missiles, ohne Frage. Aber ein Großteil der amerikanischen Reaktionen war eine Reaktion auf deutsche Ängste und deutsche Bedenken. Ich will das jetzt nicht zu einseitig sagen, will nicht sagen, die ganze Debatte kam, weil Helmut Schmidt eine Rede gehalten hat. Das wäre viel zu einfach. Was nicht zu einfach ist, ist, zu sagen, daß dies eine sehr sehr komplizierte Debatte war. Und zu behaupten, vielleicht fühlt sich einer der Vorredner getroffen, daß die Deutschen hier als Vasallen oder ähnliches behandelt wurden, die keine Wahl gehabt hätten, das würde die ganze Lage verkennen. Die Bundesregierung hat sich letzten Endes so entschieden, wie sie sich entschieden hat, weil das eine positive, vernünftige deutsche Politik war, nichts anderes. Natürlich, nachdem wir in diese Debatte reingeschlittert waren, hat es sehr viele Debatten hin und her gegeben. Wenn es anders gekommen wäre, wenn, sagen wir, es zu einer anderen Bundesregierung gekommen wäre, dann hätten wir natürlich wahrscheinlich eine Bündniskrise gehabt. Keine Frage. Aber dann hätten wir irgendwie aus dieser Bündniskrise herausgefunden. Nicht, als ob wir dann gesagt hätten, ihr Deutschen, ihr habt falsch entschieden, jetzt gibt es Ärger. Man verkennet wirklich die Dynamik, wenn man so etwas behauptet. Die Mittelstreckenkonfrontation war ein Versuch der Sowjetunion, durch ihre Militärtechnologie neue politische Tatsachen zu schaffen. Und der erste, der das gesehen hat, war Helmut Schmidt. Kein Amerikaner, sondern Helmut Schmidt. Er hat dieses Problem definiert. Ob die amerikanische Reaktion danach hundertprozent richtig war, darüber läßt sich streiten. Es war eine sehr komplizierte Debatte, die im Endeffekt dazu beigetragen hat, daß es heute keine Sowjetunion mehr gibt. So wollen wir es auch klar sehen. Es war ein Riesenfehler der sowjetischen Führung. Zur Frage NATO und deutsche Wiedervereinigung. Das ist ein sehr interessantes Gebiet. Ich habe selber Protokolle gesehen, denen zufolge James Baker Schewardnadse gesagt hat, die NATO werde im Zuge der Wiedervereinigung nicht expandieren. Es gibt auch sehr viele Artikel und andere Quellen, die das ziemlich gut belegen. Das war natürlich eine Frage in diesem Kontext. Es war eine Frage im Kontext der Sowjetunion mit 400.000 Truppen auf deutschem Boden im Kontext der möglichen Wiedervereinigung Deutschlands, und ich würde sagen, im Endeffekt ist dieses Versprechen auch eingehalten worden. Die NATO hat sich nicht als Teil der deutschen Wiedervereinigung irgendwie ausgedehnt, man hat sogar ziemlich klare Begrenzungen akzeptiert, die teilweise noch gelten, so in Bezug auf die Stationierung von NATO-Truppen auf deutschem Boden. Ich glaube, das hat an sich sehr wenig zu tun mit der jetzigen Vergrößerung der NATO, weil die in ganz anderem Kontext und unter ganz anderen Voraussetzungen stattfindet. Da, glaube ich, ist nicht sehr viel zu sagen. Ich glaube, ich habe die letzte Frage von Herrn Poppe teilweise schon beantwortet. Sind wir hinsichtlich der KSZE skeptisch? Nein, sind wir nicht. Und ich bin mehr oder weniger der größte amerikanische Experte der KSZE, ich glaube, ich kann das belegen. Wir sind sehr positiv der KSZE gegenüber für das, was die KSZE ist. Die KSZE ist kein Ersatz für die NATO. Die KSZE kann nicht und wird nie ein

Ersatz sein für ein Militärbündnis oder für die Art der Zusammenarbeit, die wir in der NATO haben. Die KSZE spielt eine große Rolle und jetzt als OSZE eine noch größere in der Vielfalt der europäischen Sicherheit. Aber es gab und es gibt noch die These – sie wird immer noch von Rußland ein bißchen gesponsert und teilweise auch von anderen westeuropäischen Staaten –, daß man als Zusatz, um die NATO irgendwie zu legitimieren, einen gesamteuropäischen Sicherheitsvertrag braucht, der das alles legal macht. Und da ziehen wir natürlich eine Linie. Da sagen wir nein. Die NATO braucht wirklich keinen anderen Vertrag, um sich legal zu machen. Die NATO ist an sich das Fundament des Ganzen. Wir sind überhaupt nicht skeptisch der KSZE oder jetzt der OSZE gegenüber. Schauen Sie nur, wieviel Geld und wieviel Energie wir in, sagen wir, die Wahlleitung in Bosnien oder die verschiedenen Missionen in mittel- und osteuropäischen Staaten gesteckt haben. Wir finden die KSZE sehr wichtig für das, was sie ist. Aber sie ist kein Ersatz für die NATO. Danke.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Ich fange an mit der Frage Zwei-plus-Fünf. Das war eine Verhandlungsposition, die im Grunde genommen nur im Kontext der damaligen Situation verständlich ist, nicht mehr. Dieter Bingen hat schon über die polnische Befürchtung gesprochen, dabei nicht beachtet zu werden. Welche Rolle die Position der USA in der Frage der polnisch-deutschen Grenze spielte? Da würde ich sagen, keine besondere, denn man hat ja angenommen, daß es Einvernehmen gab in der westlichen Welt über die Frage der polnisch-deutschen Grenze. Auch in Deutschland war eine Mehrheit schon in den 70er Jahren überzeugt, daß diese Grenze endgültig sei, und es gibt ja aus den 50er Jahren Notizen von Adenauer, die belegen, daß er selbst schon damals nicht mehr an eine Möglichkeit geglaubt hat, diese Grenze zu revidieren. Insofern war es nur die Frage, inwieweit die Bundesrepublik das freiwillig akzeptierte. Die amerikanische Position war nach Kenntnis der damaligen polnischen Regierung, soviel ich jedenfalls weiß, sehr klar; ich weiß, daß Ministerpräsident Mazowiecki aus Washington den sehr klaren Eindruck mitgebracht hat, daß die Amerikaner mit Entschlossenheit den Prozeß der deutschen Einheit unterstützen und daß sie eine klare Priorität hatten. Diese Priorität war, durch Unterstützung dieses Prozesses auch dafür zu sorgen, daß kein Zweifel entstand an der Stellung Deutschlands in der NATO. Ich muß wirklich sagen, ich habe große Bewunderung für die Weitsicht und für die Klarheit, mit der Präsident Bush und seine Regierung damals in der Frage der deutschen Einheit gehandelt haben. Vielleicht braucht man dazu in der Tat den, wie Botschafter Kornblum gesagt hat, positiven Abstand zu Europa. Vielleicht braucht man den in der Tat, und meine Schlußfolgerung daraus ist die, daß wir eine solche Macht, die diesen positiven Abstand zu den europäischen Problemen hat, in Europa brauchen. Ich glaube, der Verlauf des Vereinigungsprozesses ist dafür ein Argument. So sehe ich das jedenfalls.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Reiter. Meine Damen und Herren, ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen auf meiner Liste. Ich gehe davon aus, daß wir anschließend dann noch Antworten auf diese Fragen bekommen, um pünktlich um 15:00 Uhr zu schließen. Und

zwar zunächst, ich lese einmal vor, Herr Koschyk als erster, Herr Faulenbach als zweiter, Herr Hilsberg Nummer drei, Herr Fricke vier, und ich habe noch eine eigene letzte Frage. Bitte, Herr Koschyk.

Abg. Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Zunächst eine Frage an Herrn Botschafter Reiter. Sie haben vorhin geschildert, wie die Solidarność-Bewegung in der Opposition angefangen hat, ein außenpolitisches Konzept zu entwickeln, und daß dieses außenpolitische Konzept sehr zentral auf Veränderungen in der deutschen Frage gesetzt hat und darauf, daraus auch Veränderungen für die Entwicklungen in ganz Europa, vor allem auch im Hinblick auf die Situation Polens, zu finden. Könnten Sie uns vielleicht auch in etwa schildern, wie man nach der Festlegung oder nach der Entwicklung dieses außenpolitischen Konzeptes aus der Solidarność-Bewegung heraus, vor allem unter dem Eindruck des Kriegsrechts in Polen, versucht hat, dafür Gesprächspartner, „Verbündete“ in Deutschland zu gewinnen, und wie sich entsprechende Kontakte der Solidarność über diese europa- und deutschlandpolitische Konzeption in Deutschland gestalteten? Eine Frage an Herrn Botschafter Kornblum, um noch einmal auf den Oder-Neiße-Komplex zurückzukommen. Ist es richtig, daß in dieser Phase etwa ab Januar 1990 bis zu den Schlußformulierungen zum Zwei-plus-Vier Vertrag im Hinblick auch auf die polnischen Bedenken, die uns Herr Botschafter Reiter vorgetragen hat, die amerikanische Administration, vor allem auch der Präsident, versucht hat, eine Vermittlerrolle einzunehmen, dergestalt, die polnische Seite zu beruhigen, ihr zu versichern, daß es in dieser Frage keine taktischen Winkelzüge der deutschen Seite gebe, aber der polnischen Seite auch zu vermitteln, die Diskussion in Deutschland dahingehend zu berücksichtigen, wie Sie es ja vorhin gesagt haben, daß in dieser Frage nicht unnötig innenpolitische Emotionen und Diskussionen in Deutschland hervorgerufen wurden?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Koschyk. Bitte, als nächster Herr Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zu Herrn Reiter. Herr Reiter, ich habe Sie so verstanden, daß die Oppositionsbewegung in der Frage der Wiedervereinigung frühzeitig sehr positiv orientiert war. Müßte man aber nicht doch sagen, daß es offenbar doch Spannungen gegeben hat oder Unterschiede zu breiteren polnischen Bevölkerungskreisen, die dann in der Situation, als die Frage aktuell wurde, zum Ausdruck gekommen sind? Zumal, wie Sie festgestellt haben, für die Oppositionsbewegung die Wiedervereinigungsfrage auch eine Vehikelfunktion hatte und nicht nur um ihrer selbst willen diskutiert worden ist.

Eine zweite Frage. Habe ich Sie richtig verstanden, daß die polnische Opposition die Wiedervereinigungsfrage deshalb 1989/90 nicht so hoch gespielt hat, weil sie Rücksicht nehmen wollte auf die Opposition in der DDR? Könnten Sie diese offensichtlich von Herrn Poppe abweichende Einschätzung noch einmal erläutern?

Und schließlich auch noch einmal zur Oder-Neiße-Grenze. Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie die bundesdeutsche Politik mitverantwortlich machen für bestimmte Mißverständnisse, die es in Polen 1990 gegeben hat? Immerhin sind ja die Irritationen auf polnischer Seite, auf der Seite Mazowieckis und seiner Regierung, im europäischen Zusammenhang nicht völlig isoliert zu sehen, sie hat es ja auch auf französischer Seite und auch in der französischen Öffentlichkeit gegeben. Sehen Sie da einen operativen Fehler der bundesdeutschen Politik?

Dann würde ich gerne an den Botschafter Kornblum auch noch zwei Fragen stellen. Müßte man, Herr Botschafter, so sehr die amerikanische Politik von entwickelten Prinzipien her ihre Politik in der Wiedervereinigungsfrage gestaltet hat, nicht doch auch einräumen, daß es eben doch auch in der Phase 1989/90 durchaus noch so etwas wie Konkurrenzdenken zur anderen Supermacht gegeben hat, so daß man die deutsche Frage eben doch auch in dem Wettbewerb mit der anderen Macht mitsehen müßte? Eine zweite Sache. Gehen Sie so weit, zu sagen, die amerikanische Politik in der Wiedervereinigungsfrage war so entschieden, daß dies Rückwirkungen auf das Verhältnis zu Frankreich und zu England hatte, zu fast einer Art Belastung dieses Verhältnisses führte? Und schließlich die dritte Frage. Die Frage, die von Herrn Wilke vorhin gestellt wurde, bezog sich auf die letzte Phase der Rüstungsdebatte, die letzte Spirale, nämlich die Stationierung der Lance-Raketen, nicht auf die Mittelstrecken-Diskussion. Ich würde sie noch einmal stellen wollen bezogen auf die Kurzstreckenfrage. Hier hat es einen erheblichen Dissens zwischen der amerikanischen Administration und der deutschen Politik in dieser Phase gegeben, der geradezu krisenhafte Auswirkungen für die NATO gehabt hat. Vielleicht könnten Sie zu dieser Frage im Hinblick auf die unterschiedlichen Interessen der amerikanischen und der bundesdeutschen Politik noch Stellung nehmen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Faulenbach. Als nächster Herr Hilsberg. Bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Ich habe zwei Fragen. Erste Frage an Herrn Botschafter Reiter. Sie haben sehr breit ausgeführt, welches positive Verhältnis die Opposition in Polen zu einer möglichen deutschen Einheit gehabt hat. Nun möchte ich Sie fragen, ob es über diese Position eine Kommunikation nach Deutschland gegeben hat. Und zwar sowohl nach West-Deutschland als auch in die oppositionelle Bewegung, so sie ihnen zugänglich war, in der damaligen DDR. Die zweite Frage an Botschafter Kornblum, erinnernd an diese Pressekonferenz am 4. Dezember mit den vier Punkten Ihres damaligen Präsidenten Bush. Der erste Punkt war, daß die Deutschen diese Frage der Einheit mittels Selbstbestimmung regeln sollten. Hieß das damals für die USA, daß die deutsche Einheit nur unter den Bedingungen der Selbstbestimmung zustande kommen könnte oder nicht? In dem Zusammenhang auch noch die weitere Frage: Daß Amerika die Wiedervereinigung als ein Ziel immer formuliert und nicht aus dem Auge verloren hat, das ist ja die eine Seite. Aber ab wann haben

dann die Vereinigten Staaten, sagen wir mal, die Möglichkeit der Wiedervereinigung in den 80er Jahren für realistisch gehalten? Wo sahen sie da plötzlich, daß sich da Spielräume auftun, daß so etwas sich realisieren könnte?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Hilsberg. Herr Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine kurze Frage an beide Herren Botschafter. Im vergangenen Monat haben wir uns des Besuches erinnert, den Erich Honecker im September '87 in Bonn vollzogen hat. Wie ist damals, es war ja ein Arbeitsbesuch mit erstaunlichem protokollarischem Aufwand, wie ist damals auf Regierungsebene in Washington und Warschau dieser Besuch aufgenommen worden? Hatte er etwas mit dem zu tun, was uns heute hier beschäftigt hat, nämlich mit Handlungsspielräumen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Fricke. Ich habe noch eine letzte Frage an den Herrn Botschafter Kornblum. Es ist ja bemerkenswert, daß zwar verbal unsere Verbündeten die deutsche Einheit unterstützt haben, wie ja auch unsere Politiker immer mit der berühmten Floskel auftraten, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem die Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangt wird. Aber konzeptionell war die Realität doch sehr schwach entwickelt. Als nämlich der Augenblick der Einheit da war, gab es so gut wie nichts an Konzepten, an klaren Vorstellungen, wie sich das auswirken würde, wie man die Einheit Deutschlands managen sollte. Und in dem Zusammenhang, da Sie, lieber Herr Kornblum davon gesprochen haben, die Vereinigten Staaten hätten immer gewisse Visionen gehabt, und sicherlich steckt in der ganzen amerikanischen Politik immer etwas von Vision: Aber gab es denn in der amerikanischen Regierung Vorstellungen darüber, was nach der Einheit Deutschlands für Europa möglich und wichtig war im Hinblick auf die Transformation? Wie konnte und sollte man diesen Transformationsprozess managen im Interesse eines friedlichen Europas? Wir sehen ja, daß wir nach 1990 in wachsende Schwierigkeiten gekommen sind (im Hinblick auf das Management, Ostmitteleuropa mag noch hingehen). Aber denken wir an Rußland, Weißrußland und die Ukraine. Da sieht man ja, wie weit man entfernt war von klaren Konzepten. Wie sollte das gemeistert werden? Vielleicht können Sie aus Ihrer Erfahrung noch den einen oder anderen Gesichtspunkt vortragen.

Ich darf jetzt zunächst Herrn Reiter bitten, diesmal umgekehrt, auf die an ihn gestellten Fragen zu antworten, und dann Botschafter Kornblum. Bitte schön Herr Reiter.

Botschafter a. D. Janusz Reiter: Vielen Dank. Ich fange mit der Frage an, inwieweit es Gesprächspartner gegeben hat für die polnische Opposition der 80er Jahre. Nun muß man wiederum bedenken, es war ja eine in der Illegalität handelnde Opposition mit Ausreiseverboten für die meisten. Insofern gab es eine natürliche Behinderung des Austausches. Zweitens muß ich auch daran erinnern, daß die ganze Diskussion nicht mit dem Gedanken geführt wurde,

man werde darüber bald mit irgendjemanden verhandeln. Daran hat wirklich niemand gedacht. Vor allem war diese Diskussion an die polnische Elite oder Öffentlichkeit gerichtet und sollte dort zum Nachdenken anregen. Zweitens war sie auch an Deutschland gerichtet, nicht an einen bestimmten Adressaten, sondern an jeden, der Interesse zeigen mochte. Und wer zeigte Interesse? Das fand weitgehend in der Untergrundpresse statt. Die wurde sehr genau verfolgt in Deutschland, auch von der deutschen Botschaft, auch vom deutschen Auswärtigen Amt. Das wurde beachtet in Deutschland. Darüber gab es auch immer wieder Gespräche mit einzelnen Politikern, die Polen besuchten. Ich habe hier Volker Rühle genannt. Er war einer derjenigen, die das aufgenommen und auch verstanden haben, welchen Sinn das hatte. Ich wäre allerdings unehrlich, wenn ich nicht auch noch eine andere Art von Reaktion erwähnte. Und zwar war es Befremden oder Kopfschütteln über die Blauäugigkeit, über die Naivität oder vielleicht sogar gefährliche Naivität, sich überhaupt auf solche Gedanken einzulassen. Die damalige Warschauer Regierung hat sich ja versucht zu profilieren in der Rolle des Anwalts der europäischen Stabilität, hat sich angeboten als Gesprächspartner für alle, die an der Stabilität festhalten wollten, und hat versucht, ihre Opposition zu diskreditieren als eine, die diese Stabilität zerstören wollte. So lag es nahe, daß alle, für die Stabilität den Vorrang hatte, dieser Diskussion in der polnischen Solidarność sehr skeptisch gegenüberstanden. Mehr brauche ich nicht auszuführen. DDR-Opposition. Ich habe diesen Punkt genannt, er war nicht relevant für die ganze Diskussion und für die polnische Politik. Ich kann mich aber erinnern an Besuche von DDR-Oppositionellen 1989 in Polen, die gesagt haben, wir wollen unsere Chance ergreifen, diesen Staat erst einmal umzugestalten, bitte brüskiert uns nicht. Aber das war kein zentraler Punkt in der Politik. Schließlich das polnische Mißverständnis, ob ich es der deutschen Politik anlaste. Ich habe gesagt, ich glaubte, daß Polen in eine falsche Rolle versetzt worden ist. Das ist im Grunde genommen, was mich unglücklich macht, unnötigerweise. Nun hatten beide Seiten ihre Innenpolitik, ihre innenpolitische Taktik. Nur meinte ich damals, sage das auch heute, daß die polnischen innenpolitischen Erwägungen von höherem Gewicht waren als die deutschen, weil es um eine Frage ging, die für Polen wirklich absoluten Vorrang hatte. Es war die Frage, die über vierzig Jahre auf der ganzen Politik des Landes lastete und den Spielraum der polnischen Politik prägte, während sie für Deutschland damals, glaube ich, nicht diesen Rang hatte, weil ja die Mehrheit für die Ausdehnung dieser Grenze längst gewonnen war. Insofern war das also Taktik. Aber hier standen sich zwei Innenpolitiken gegenüber, unerfreulicherweise, ich beschuldige nicht, ich versuche zu verstehen, ich versuche nachzuvollziehen. Gott sei Dank dauerte diese Phase nicht allzu lange. Ganz zum Schluß, der Honecker-Besuch in Bonn 1987. Es war kein Geheimnis, auch damals schon, daß in Polen die Alarmglocken läuteten, wenn es Anzeichen dafür gab, daß Ost-Berlin und Bonn sich, sagen wir, näher kommen könnten, sehr nahe kommen könnten. Da läuteten die Glocken. Warum? Weil auch für die damaligen Machthaber in Polen die DDR ein sehr schwieriger Verbündeter war. Einer, der sie immer wieder unter Druck setzte. Eine Annäherung an die Bundesrepublik, so war die Befürchtung, könnte genutzt werden,

um die Pressuren auf Warschau zu erhöhen. Insofern also sehr gemischte Gefühle, die freilich so offen in der offiziellen Politik kaum Ausdruck finden konnten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Reiter für Ihren Beitrag. Bitte schön, Herr Botschafter Kornblum.

Botschafter John C. Kornblum: Danke. Gemeinsam haben alle die Fragen, die an mich gestellt wurden, sozusagen die Frage: Wußten wir, was kommen würde, und hatten wir das so geplant? Die Antwort ist natürlich nein. Es hat bis tief in die 60er Jahre auch in Washington Gruppen gegeben, die tatsächlich mögliche Strategien in der Berlin-Frage und zur Wiedervereinigung reklamiert haben. Aber spätestens nach dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei drehte man sich in eine andere Richtung. Dann kam die Entspannungszeit. Wir hatten Strategien in Richtung allmählichen und hoffentlich positivem Wandels. Wenn man genau hinsieht, kann man erkennen, daß die Vereinigten Staaten, aber auch die NATO, mehrmals ziemlich genaue Ausführungen zu diesem Thema gemacht haben. Ich habe hier drei notiert. Erstens, im März 1988 gab es einen NATO-Gipfel, der auch den ersten NATO-Vorschlag zu KSZE-Verhandlungen über konventionelle Waffen vorlegte. Die Hälfte dieses Vorschlag-Papiers handelte vom friedlichen Wandel in Europa, Menschenrechten und der Öffnung der Grenzen etc. Im Juni 1989 gab es wieder einen NATO-Gipfel. Er verabschiedete eine Erklärung zur Überwindung der Teilung Europas und ein recht praktisches Programm mit konkreten Vorschlägen, wie man miteinander arbeiten sollte. Dann, im Juli 1990 in London, proklamierte die NATO das Ende der Feindschaft zur Sowjetunion, die Erweiterung der Rolle der KSZE, die Umstrukturierung ihrer Kampfverbände. Man kann sagen, daß da wirklich ein ziemlich genauer Plan vorgetragen wurde. Nun komme ich zu Herr Frickes Frage: Wie hat man den Honecker-Besuch in den USA aufgenommen? Ich glaube, man nahm Mitte der 80er Jahre bei uns mehr oder weniger an, daß die Bundesrepublik sich mit der Teilung abgefunden habe, da es kein großes Interesse mehr gab, daran etwas zu ändern. Sie erinnern sich an die Debatte über die deutsche Staatsangehörigkeit, ob es eine getrennte DDR-Staatsbürgerschaft geben sollte. Ich kam persönlich in Schwierigkeiten mit gewissen Politikern hier, weil ich gesagt habe, wir könnten derartiges nie akzeptieren, sollten wir in Berlin bleiben. Einige haben mich dafür sehr kritisiert. Ich erinnere mich auch an eine Konferenz in Bonn im September 1989, wohlge-merkt im September 1989, mit sehr vielen führenden Politiker aller Parteien, und ein britischer Korrespondent sagte: Es ist in Europa im Moment viel im Gange, Polen, Tschechoslowakei etc. Ist die Frage der deutschen Wiedervereinigung jetzt wieder aktuell? Alle diese berühmten Politiker haben darauf sehr neutralisch reagiert, und einer sagte: Damit wir uns recht verstehen, wir haben ein Moratorium von fünfzehn Jahren, und dann reden wir wieder über das Thema. Daß wir vielleicht nicht so genau geplant haben, läßt sich entschuldigen, denn man muß sehen, daß hier in diesem Land damals eine gewisse Angst bestand, wollen wir ehrlich sein, weil es einfach zu dramatisch war. Deshalb, wenn man jetzt auf die Frage kommt, auch von Herrn Hilsberg, wann es denn

eine konkrete Politik gegeben habe – na ja, wie das fast immer in der Politik ist, und die Herren Abgeordneten wissen das besser als ich, Politik wird immer sehr auf die Schnelle gemacht. Ein Planungsstab ist meistens nicht unbedingt dazu da, praktische Politik zu planen. Wenn man die verschiedenen Akten und Memoiren liest, kann man sehen, daß das alles sehr schnell zusammengebastelt wurde. Das macht es vielleicht noch erstaunlicher, daß es auch eine gewisse Konsistenz hatte, weil es sehr schnell gemacht wurde. Herr Faulenbach: Hat es Belastungen und sogar ein gewisses Gefühl der Kompetition gegeben? Das ist eine selbstverständliche Frage. Ich würde sagen: genau das Gegenteil. Besonders Präsident Bush, aber auch die Leute in seiner Umgebung haben nicht gesagt: Jetzt zeigen wir es den Sowjets, jetzt legen wir richtig los. Das glaube ich tatsächlich nicht. Sie hatten eher Bedenken, daß sie Gorbatschow zu sehr in die Ecke drängen könnten. Es gibt dieses Buch von Strobe Talbott und Michael Beschloss über die persönlichen Beziehungen zwischen Bush und Gorbatschow. Ich glaube, es zeigt, daß da wirklich kein Gefühl der Konkurrenz oder Überheblichkeit im Spiel war. Man wußte, daß Gorbatschow etwas sehr Schwieriges und Historisches versuchte, und man wollte ihm irgendwie dabei helfen. Belastungen zu anderen führenden Alliierten: Es hat harte Debatten gegeben, aber ich glaube nicht, daß es Belastungen gegeben hat. Im Nachhinein scheint es, daß alles sehr gut gelaufen ist. Es zeigt sich wieder, daß hin und wieder eine gewisse Entschiedenheit und eine gewisse Führung notwendig sind, um etwas zu erreichen. Zuletzt die Frage, ob die USA eine Rolle zwischen Polen und Deutschland gespielt haben in der Oder-Neiße-Frage in dem Sinne, daß sie versucht hätten, zwischen beiden auszugleichen. Soviel ich weiß, haben wir keinen Druck auf die eine oder andere Seite ausgeübt. Wir trauten unseren beiden Partnern, und wir wußten, daß sie zu einer friedlichen Lösung kommen würden.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Kornblum. Ich gebe das Wort an den Herrn Vorsitzenden.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Vielen Dank Herr Botschafter Kornblum, vielen Dank Herr Botschafter Reiter dafür, daß Sie bereit waren, uns aus Ihrer Sicht eine Darstellung über die Handlungsmöglichkeiten zu geben. Besonderen Dank für die Beantwortung der vielen Fragen. Wir haben natürlich gespürt, daß sehr vieles offen bleibt, weil die Zeit gar nicht dazu ausreicht. Ich bin Ihnen jedenfalls sehr dankbar, daß Sie bei uns waren. Ich wünsche Ihnen, Herr Botschafter Kornblum, eine gute Zeit in Deutschland, eine Zeit, die nicht so voller Turbulenzen sein wird wie die Zeit, über die wir hier reden. Ein Botschafter hat schon in ruhigen Zeiten genug zu tun. Und Ihnen, Herr Reiter, alles Gute bei Ihrer neuen Aufgabe in Warschau. Kommen Sie gut nach Hause. Sie treten den Rückweg sofort an. Nochmals herzlichen Dank namens der Kommission, daß Sie da waren.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Wir machen fünf Minuten Pause.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, wie vereinbart haben wir jetzt noch bis 15:50 Uhr Zeit, die einzelnen Referate, die heute vormittag zu den Sachgebieten gehalten wurden, zu diskutieren. Ich darf zunächst um Wortmeldungen bitten, damit sie hier gesammelt werden können. Als erster bitte Herr Faulenbach.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Oldenburg zur sowjetischen Haltung. Gorbatschow hat ja ein sehr positives Image in der deutschen Öffentlichkeit. Aber vielleicht müßte man die Politik Gorbatschows etwas näher beleuchten und danach fragen, was tatsächlich die Gorbatschowsche Politik in dieser Phase geprägt hat. Sie haben bestimmte realpolitische Kalküle oder auch eine bestimmte Konzeption Gorbatschows versucht einzuführen. Ich wäre dankbar, wenn Sie dieses etwas konkretisieren würden. Wenn die sowjetische Politik schließlich der NATO-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands zugestimmt habe, so habe dies auch resultiert, so habe ich Sie verstanden, aus der Annahme, auf diese Weise könne eine Achse Bonn-Moskau befördert werden. Können Sie die Quellen für diese These offenlegen? Die These ist nicht ohne weiteres verständlich, daß mit diesem Zugeständnis das deutsch-sowjetische Verhältnis eine neue Qualität im Sinne einer Achse Bonn-Moskau bekommen würde. Sie haben zugleich von einer ethischen Fundierung der Politik Gorbatschows und Schewardnadses gesprochen. Worin bestand denn die neue Ethik der sowjetischen Politik?

Dann würde ich gerne an Herrn Friedrich zu den USA noch einmal eine Frage stellen: Sie haben kurz davon gesprochen, daß es eine besondere amerikanische Politik gegenüber der DDR gegeben habe, und haben dabei angedeutet, daß sie eine indirekte Spitze gegenüber Bonn gehabt habe, jedenfalls habe man Bonn beweisen wollen, daß man eine eigenständige Politik machen könne. Worin bestand die eigenständige amerikanische Politik?

Auch an Sie übrigens die Frage, die ich eben an den Botschafter gestellt habe: Ich würde die amerikanische Politik in der Wiedervereinigungsfrage gerne stärker in den globalen Zusammenhang amerikanischer Politik eingeordnet haben. Natürlich gibt es Prinzipien amerikanischer Politik, aber es gibt auch eine Realpolitik der amerikanischen Administration, die ebenfalls benannt werden sollte.

Schließlich an Herrn Gasteyger noch einmal eine Frage zu Frankreich. Wir haben über die Oder-Neiße-Problematik gesprochen. Nun ist ja unbestreitbar, daß es erhebliche Irritationen auch in der französischen Regierung im Hinblick auf diese Oder-Neiße-Frage gegeben hat. Worauf sind die angesichts des doch sonst so engen deutsch-französischen Verhältnisses zurückzuführen? Sie beziehen sich offenbar auf die offizielle Politik, aber noch stärker auf die französische Öffentlichkeit, die im Frühjahr 1990 in hohem Maße darüber beunruhigt war, daß die Bundesregierung anscheinend diese Frage irgendwie offenhalten wollte. Wie konnte es eigentlich zu diesen Mißverständnissen kommen? Mitterrand hat retrospektiv versucht, die eigene Haltung zu rationalisieren, so wird man wohl sagen müssen. Aber die Oder-Neiße-Linie, das hat er auch nachher

gesagt, sei eines der Essentials der französischen Politik in dieser Phase gewesen. Das andere war Europa, wie Sie gesagt haben. Übrigens, das dritte war erneut die Bekräftigung des Verzichts der Bundesrepublik Deutschland auf atomare und chemische Waffen. Eine Reihe von Essentials hat also die französische Politik versucht zu formulieren. Falls sie erfüllt würden, wollte man der Vereinigung zustimmen. Vielleicht können Sie diese zeitweiligen Irritationen im deutsch-französischen Verhältnis in dieser Phase, auch in ihren Verursachungen von beiden Seiten, beleuchten.

Schließlich noch eine Frage an Herrn Bingen. Wir haben eben über die polnische Politik näher gesprochen. Die polnische Öffentlichkeit ist in dieser Phase vermutlich doch stärker differenziert zu sehen. Wie können wir die polnische Deutschlandpolitik in den 80ern und in dieser Übergangsphase den verschiedenen politischen Lagern zuordnen? Herr Reiter hat die Politik aus der Sicht der Opposition dargestellt. Wir müssen dies aber doch noch einmal in das Gesamtableau der polnischen Politik einordnen. Vielleicht könnten Sie dies noch machen. Soweit meine Fragen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Faulenbach. Meine Herren Mitglieder der Kommission, ich muß eine wenig warnend meine Stimme erheben. Bei allem Respekt vor den berechtigten Fragen, aber wenn jedes Mitglied, das hier gemeldet hat, an alle vier Herren je ein zwei Fragen stellt, werden wir voraussichtlich unsere Agenda nicht realisieren können. Wir haben jetzt noch nach dem Zeitplan vierzig Minuten. Ich wäre dankbar, wenn Sie zunächst einmal, soweit dies möglich ist, Fragen stellen würden an zwei Herren des Podiums, damit die anderen auch noch die Möglichkeit haben, ihre Fragen anzubringen. Als nächster Herr Hilsberg. Bitte schön.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Ich habe in der Tat lediglich zwei Fragen. Die erste an Herrn Professor Gasteyger. Sie haben die Verbindung zwischen einer Politik der Europäischen Union betreffend Frankreich und England und der deutschen Einheit angedeutet. Man hört gelegentlich, daß beispielsweise auch die Währungsunion im Zusammenhang mit der Politik der deutschen Einheit zu sehen ist. Können Sie da irgendetwas sagen über die Zusammenhänge, auch über die Frage der Entscheidungsabläufe damals oder die Vertiefung der Europäischen Union? Daß dies eine unmittelbare Folge gewesen sei des Versuchs der Bundesregierung, das Einverständnis und den good will der westlichen europäischen Nachbarn herbeizuführen? Die zweite Frage an Herrn Friedrich. Mich würde es jetzt reizen, Sie zu bitten, den Vortrag von Herrn Kornblum zu kommentieren. Aber das wird in der Tat zu lang. Deshalb bloß eine ganz konkrete Frage. Sie haben von der CIA gesprochen. Was können Sie uns beziehungsweise wollen Sie uns über die Interessen der CIA mitteilen, die sie in diesen Prozeß der deutschen Einheit einbrachte? Ich meine, das Verhältnis ist da schillernd. Ich kann mich auch beispielsweise an die vielen Stasi-Offiziere erinnern, die später in den USA gewesen sein sollen, wie man gehört hat aus

berufenem Munde. Aber was ist denn das spezifische Interesse in der Zeit der europäischen Wende gewesen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Hilsberg auch dafür, daß Sie meinen Appell ernstgenommen und nur zwei Fragen gestellt haben. Ich hoffe, daß die nachfolgenden Herren sich ähnlich verhalten werden. Herr Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine Frage an Herrn Oldenburg. Sie haben sich ja jahrelang mit der sowjetischen Deutschlandpolitik beschäftigt, nicht nur im Verhältnis zu Bonn, sondern auch im Verhältnis zu Ost-Berlin. Haben Sie Erkenntnisse darüber, daß es auch in Ost-Berlin Handlungsspielräume gegenüber Moskau gegeben hat? Hat zum Beispiel die sowjetische Führung die Ost-Berliner Führung in eigene Entscheidungsprozesse konsultativ eingebunden, oder wie ist das gelaufen? Auf welcher Ebene ist das gelaufen? Ist das auf staatlicher Ebene gelaufen, also über Botschafter und Außenministerien? Oder ist das von Parteiführung zu Parteiführung gewesen, und waren die Außenministerien nur mehr oder weniger Statisten in diesem Spiel?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank. Herr Gutzeit als nächster bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Bingen. Die Veränderungen in Mittelosteuropa, dabei ging es nicht nur um die DDR, es ist ja sozusagen ein ganzes Machtsystem sukzessive zusammengebrochen. Die Handlungsspielräume der Akteure in den verschiedenen Staaten, ich meine die Oppositionen, haben sich ja auch grundlegend geändert dadurch, daß eines nach dem anderen fiel. In der DDR ging etwas los, dann in der Tschechoslowakei, dann in Rumänien. Inwiefern haben sich da die Handlungsoptionen, sei es für die Sowjetunion, sei es aber auch für die anderen, von denen wir heute geredet haben, grundsätzlich verändert, so daß ursprüngliche Ziele oder Begrenzungen überhaupt obsolet waren? Das ist die erste Frage. Die zweite Frage: Es gab natürlich auch das Schaffen von Handlungsspielräumen. Ich kann mich entsinnen. Der erste ausländische Botschafter, der uns als Vorstand der Sozialdemokratischen Partei im Oktober 1989 zum Gespräch eingeladen hat, war der ungarische Botschafter. Sehen Sie das als aktive Politik der damaligen ungarischen Regierung, sozusagen die Opposition in der DDR moralisch zu unterstützen? Es ging um Unterstützung durch äußere Anerkennung. Zur Sozialistischen Internationale hatten wir sehr schnell Kontakt. Auch zum Beispiel die Schweden haben Kontakt zu uns aufgenommen, sie sind Anfang November schon hergekommen und haben versucht, von außen stützend einzugreifen. Die Botschaft der USA hat uns Anfang November zum Gespräch eingeladen, um uns zu hören, aber zugleich um uns damit zu sichern und zu schützen, denke ich. Wie weit sehen Sie da eine aktive Politik, zugunsten von Wandlungsprozessen innerhalb des Ostens Handlungsspielräume zu schaffen? Vielen Dank.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Gutzeit. Als nächster Herr Poppe bitte.

Abg. Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen): Die erste Frage an Herrn Oldenburg hat Herr Faulenbach im Prinzip schon gestellt. Aber mich würde interessieren: Wie ist denn die Gedankenkonstruktion von Falin zu beurteilen, wie sollte durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO das Bündnis zerstört werden? Es ist mir rätselhaft, welches Modell dahintersteckt, und das betrifft auch diese „Achse“. Meine Frage an Herrn Friedrich. Herr Botschafter Kornblum hat ja die amerikanische Politik im Einheitsprozess sehr pragmatisch und situationsbezogen dargestellt. Nun würde mich dennoch interessieren angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs der Sowjetunion, der mindestens 1990 schon vermutet werden konnte: Welche Rolle hat denn überhaupt für die amerikanische Administration die Einordnung der deutschen Einheit in den gesamteuropäischen Kontext, das Ende der Teilung von Jalta, gespielt? War das wirklich der reine Pragmatismus? Man könnte auf diese Vermutung kommen, wenn man bedenkt, daß es sieben Jahre gedauert hat bis zur NATO-Rußlandakte oder bis zu den Beitrittsanträgen der ost- und mitteleuropäischen Staaten in die NATO und in die EU. Aber irgendwie will mir das nicht in den Kopf, daß es nicht schon 1990 eine Vorüberlegung für den Fall des Zerfalls der Sowjetunion gegeben hätte; das Baltikum wurde heute schon einmal erwähnt, seine Entwicklung ist ja auch schon damals absehbar gewesen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Poppe. Das war ja auch eine Frage, die ich am Schluß zu stellen versucht habe. Eine ganz wichtige Perspektive, aber vielleicht kann Herr Friedrich dazu Stellung nehmen. Als nächster Herr Wilke, bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich habe eine Frage an Herrn Gasteyer. Sie haben Ihren Vortrag beendet mit dem Hinweis auf die Verschiebung der Rolle der westeuropäischen Mächte, Frankreich und England, durch die deutsche Vereinigung. In dem Buch des englischen Historikers Hobsbawm ist zu lesen, daß die europäischen Mächte am Ende dieses Jahrhunderts die Rolle ausgeübt haben, die sie am Anfang des Jahrhunderts innehatten, und er sagt dann, mit einer Ausnahme: Deutschland vielleicht. Die Diskussion um das Verständnis des Prozesses dreht sich ja immer um die Fragen nach den Werten, die die Außenpolitik der Staaten leiten, und um ihre Interessen. Was wir gar nicht mehr so richtig diskutieren, ist eigentlich die Frage der Instrumente, des Potentials staatlicher Macht. Klar ist, daß die atomare Überwölbung alles andere dominiert hat. Aber unterhalb dessen, und darauf hat Hans-Adolf Jacobsen immer sehr viel Wert gelegt, haben die Deutschen ja mit Diplomatie und Wirtschaftskraft eine ganze Menge für ihre Interessen bewegt. Obwohl es so aussah, als wäre zum Beispiel die deutsche Einheitsfrage vom Tisch, hatte ich immer das Gefühl, daß die Nachbarn uns das überhaupt nicht glaubten, weil sie sich gar nicht vorstellen konnten, daß eine solche Nation mit diesem Schicksal in diesem Jahrhundert, die zwei Weltkriege geführt hat, um ihre imperiale Rolle in Europa durchzusetzen, daß die einfach sagt, die Frage der Einheit der Nation interessiert uns nicht mehr, wir fallen zurück in einen Partikularismus. Und auf der anderen Seite bestanden die rechtlichen Bindungen und

Institutionen. Das war ja nicht so einfach, die Politiker in Westdeutschland konnten aus der deutschen Frage nicht einfach aussteigen, es gab das Grundgesetz. Das ist das eine. Und das zweite ist, daß bei allen diesen Differenzen und den seit 1949 geschaffenen europäisch/atlantischen Institutionen dennoch dieser Prozeß bei allen Meinungsverschiedenheiten und Interessenunterschieden der Staaten die Oberhand behalten hat. Meine Grundfrage zielt auf die Gewichtung dieses Verhältnisses von Interessen, Werten, Mitteln und Methoden von Mächten, die nicht über die ultimativen Waffen verfügen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank. Als letzter Herr Meckel. Bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich weiß nicht genau, an wen ich meine Frage richten soll, vielleicht an alle, sofern sie beantwortbar ist. Es geht nicht um die Kommunikation im Rahmen der Europäischen Union, damals der Europäischen Gemeinschaft. Es war ja klar, wir hatten noch im April in die Koalitionsvereinbarungen der DDR-Regierung geschrieben, daß die Perspektive der Vereinigung gleichzeitig den EG-Beitritt einschloß. Und da genauso klar war, daß unsere Betriebe, die Landwirtschaft etc. Übergangsregelungen brauchten, wenn nicht alles kaputtgehen sollte, es aber keine Sonderverhandlungen zum EG-Beitritt geben würde, sondern mit dem Beitritt die Mitgliedschaft einträte, suchten wir in dieser Zeit den Kontakt mit der Kommission und führten dann auch Gespräche im Europäischen Parlament. Es gab in diesen Monaten eine ganze Reihe von Kontakten mit dem Versuch, Übergangsregelungen zu erwirken. Sie wurden von der Bundesregierung unterlaufen. Im Rahmen der EG sollte alles beim alten bleiben, etwa die Zahl der Sitze im Europäischen Parlament. Es sollte verhindert werden, im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft eigene Verhandlungen führen zu müssen. Das spielte für die Schnelligkeit der Verhandlungsabläufe eine wichtige Rolle und machte den Rücken frei. Aber für uns schuf es die Schwierigkeit, daß wir abhängig davon waren, daß der jeweilige Bundesminister, insbesondere der Landwirtschaftsminister, der auch seine eigenen Interessen (wenn ich an die bayerischen Bauern denke) und Angst hatte – die hatten ja alle Angst vor den umstrukturierten landwirtschaftlichen Betrieben in Ostdeutschland –, unsere Interessen vertrat. Hier gab es also ein Problem. Können Sie über diesen Diskussionszusammenhang etwas sagen, was vielleicht bisher noch nicht so bekannt ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Meckel. Als letzte Wortmeldung Herr Hiller, sonst kommen wir nicht mehr durch. Bitte schön Herr Hiller.

Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Wir haben ja hauptsächlich über Handlungsspielräume diskutiert. Wir haben sehr eindrucksvoll gehört, als die Frage der Einheit anstand, wie Frau Thatcher und auch Herr Mitterrand im aktiven Prozeß noch versucht haben, Widerstand zu leisten. Eine ähnliche Frage habe ich an Herrn Bingen. Könnten Sie uns etwas mehr erzählen über die osteuropäischen Staaten, vor allen Dingen, wann der Zeitpunkt gekommen war, da man sich ernsthaft mit der Frage der deutschen Einheit befassen mußte.

Aber vielleicht können Sie auch etwas sagen zu der jeweiligen Opposition in diesen mittelosteuropäischen Ländern.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Hiller. Wir haben jetzt eine schwierige Aufgabe vor uns, und ich hoffe, daß die Herren des Podiums das zu meistern vermögen. Jeder der hier Anwesenden auf dem Podium hat vier Fragen bekommen. Ich gucke auf die Uhr und weise darauf hin, daß vor dem Hintergrund des Zeitfaktors jeder von Ihnen etwa sieben Minuten zu Beantwortung der an Sie gestellten Fragen hat, damit wir einigermaßen im Rahmen dessen bleiben, was wir uns vorgenommen haben. Ich erlaube mir nach sechs Minuten, die Hand zu heben, damit Sie wissen, jetzt habe ich nur noch eine Minute. Es geht darum, präzise und knapp zu antworten, damit die hier gestellten Fragen doch wenigstens ansatzweise beantwortet werden. Als erster, wir fangen diesmal umgekehrt an, Herr Bingen, dann Herr Friederich, dann Herr Gasteyger und schließlich Herr Oldenburg. Bitte Herr Bingen.

Dr. Dieter Bingen: Zuerst komme ich zu der Frage von Herrn Hiller. Die Frage der deutschen Einheit ist ernsthaft angegangen worden erstmals in Polen mit der Formulierung von vier Prämissen der polnischen Regierung am 10. November, die als Voraussetzungen für die deutsche Einheit genannt wurden. Als erstes wurde das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes in seinen beiden Teilen festgestellt, dann folgten noch ganz allgemein Kautelen für den Gang der Wiedervereinigung. Eigentlich ist dies mit dem Mauerfall für die polnische Politik ein aktuelles Problem, ein operatives Problem geworden. Ebenso für Ungarn. Dort hat Außenminister Horn auch am 11. November und an den darauffolgenden Tagen, also unmittelbar nach dem Mauerfall, dazu Stellung genommen und gesagt, die deutsche Einheit könne, man wisse nicht wann, aber unter Umständen sehr schnell zu einer aktuellen Frage werden. Er hat auch schon Stellung genommen zur Bündnisfrage und schon von einem neutralen Deutschland unter Vier-Mächte-Verantwortung gesprochen. Für die tschechoslowakische Regierung ist diese Frage erst aktuell geworden nach dem Regierungs- und Präsidentenwechsel. In Ungarn war es noch die reformsozialistische/ kommunistische Führung, die sich offiziell positiv zur Einheit geäußert hat, in Polen die Reformregierung unter Mazowiecki. In der Tschechoslowakei dann auch die Übergangsregierung, Außenminister Dienstbier beziehungsweise dann ab Ende Dezember Präsident Havel – Anfang Januar erster Besuch in München und Ostberlin –, allerdings noch mit dem Vorbehalt, in der Tschechoslowakei dann auch noch sehr deutlich bis März/April, daß es die Aufgabe der Deutschen sei, das Mißtrauen der Nachbarn auszuräumen. Das war eine tschechoslowakische Position. Was die Handlungsspielräume anbetrifft, so ist das natürlich eine ganz entscheidende Frage seit der Entwicklung in Ungarn Mai-August 1989 und Tschechoslowakei im September im Zusammenhang mit der Flüchtlingsbewegung. Es ist für alle Regierungen eine Try-and-Error-Situation gewesen. Das gilt ebenso für die polnische Regierung im August 1989 mit der Regierungsübernahme Mazowieckis. Es gab keine Präzedenzfälle. Mit dem Gang der Dinge mußte mit der sowjetischen Führung

neu austariert werden, wie die Handlungsspielräume sind. Und in erster Linie ging es zum Beispiel im polnischen Fall um die Wahlfreiheit im Inneren. Auch darum mußte noch gekämpft werden Ende August (das Gespräch Rakowski/Gorbatschow, und dann die Notwendigkeit, die Schlüsselministerien in der Hand von kommunistischen Ministern zu belassen sowie das Präsidentenamt bei Jaruzelski). Also hier ging es um innenpolitische Handlungsspielräume, und die außenpolitischen Handlungsspielräume mußten von Polen dann ebenfalls recht bald erkämpft werden. Das gilt für alle drei Länder Ostmitteleuropas. Es gab keine Vorabereinbarung, sondern man mußte auf die aktuellen Herausforderungen antworten, die mehr oder weniger souverän gemeistert wurden. Die ungarische Haltung war so, daß man die sowjetische Seite erst am Tag vor der Öffnung der Grenzen offiziell informiert hat, um keine Möglichkeit der Intervention zu schaffen. Das heißt, es war eine Try-and-Error-Situation, in der sich die kleineren Länder des Warschauer Pakts ihre außenpolitischen Handlungsspielräume erkämpft haben, die sie sich auch selbst entsprechend dem Gefühl der Bedrohung oder Nichtbedrohung durch das wiederzuvereinigende Deutschland genommen haben. Es ist ja nun bekannt, daß Polen noch am 11. Februar, im Gegensatz zur Tschechoslowakei und zu Ungarn, das sowjetische Angebot, über den Abzug sowjetischer Truppen zu verhandeln, nicht angenommen und im Gegenteil die Frage der sowjetischen Präsenz in Polen angesichts des sich vereinigenden Deutschland dann noch einmal kurzfristig in die Waagschale geworfen hat. Die polnische Öffentlichkeit ist Ende der 80er Jahre mittels Meinungsumfragen auf ihre Haltung zur deutschen Frage zu Deutschland untersucht worden. Es ist hier festzustellen, daß sich das Bild Deutschlands als Nachbar bis Ende 1989 verbesserte. Nach dem Januar 1990 gab es dann aber bis zum Frühjahr hin ein tiefes Fallen und ein Ansteigen der Bedrohungsvorstellung allein wegen der schieren Größe, nicht unbedingt aus Angst vor einer Grenzrevision, aber Angst vor einem großen starken Deutschland. Hierauf mußte die polnische Regierung reagieren, zumal diese Bedrohungsvorstellungen dann auch von der postkommunistischen Seite ausgenutzt worden sind und potentieller Verrat der polnischen Staatsräson durch die Regierung Mazowiecki/Skubiszewski immer im Raume stand. In diesem Zusammenhang ist natürlich die Frage reizvoll: Was wäre gewesen, wenn Bundeskanzler Kohl am 28. November den elften Punkt aufgenommen hätte; er hätte eigentlich nicht mehr sagen können als Rüge 1985, das heißt, es wäre weiterhin die politische Bindungswirkung gewesen. Er hätte nicht die verbindliche Aussage machen können, die das vereinte Deutschland dann gegenüber Polen tatsächlich getroffen hat. Die Frage ist, ob damit das Mißtrauen Polens im Vereinigungsprozess ausgeräumt worden wäre oder nicht dieselben Fragen mit einem Verzug von wenigen Wochen oder Monaten dann doch auf die Tagesordnung gekommen wären, also die Forderung, daß dieses sich wiedervereinigende Deutschland sich schon vorher völkerrechtlich definitiv zur Oder-Neiße-Grenze äußern solle. Die Frage ist, ob da wirklich viel verlorenging, indem dieser Punkt von Kohl am 28. November nicht genannt worden ist.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Bingen. Als nächster Herr Friedrich.

Prof. Dr. Wolfgang-Uwe Friedrich: Vielleicht zunächst doch ganz kurz zu Stephan Hilsbergs Bemerkung bezüglich meines Kommentars zu John Kornblums Vortrag. Ich stimme bis auf einen Punkt, nämlich den von Herrn Poppe genannten, KSZE, mit Kornblums Ausführungen völlig überein. Ein paar Nuancen würde ich vielleicht etwas anders formulieren. Was er zum Beispiel über Bushs Rede in Brüssel im Dezember 1989 gesagt hat, das finden Sie in meinem Thesenpapier unter Ad 5. Nur datiere ich es auf November 1989 und habe Ihnen gesagt, daß es das Papier von Dennis Ross und Francis Fukuyama ist. Und das hat Baker aufgegriffen, dann ist es vom NSC aufgegriffen worden, und dann hat es Präsident Bush in Brüssel verkündet. Vielleicht noch eine Bemerkung zu Stephan Hilsbergs Frage zur CIA. Erstens gibt es das Buch von Hutchings. Zweitens gibt es eine Menge Information über Gates, der im Weißen Haus saß und von der CIA kommt. Aber was interessant ist für uns, ist, daß die CIA tatsächlich keinerlei Planung hatte und auch keine verlässliche Informationen ans Weiße Haus oder an das State Department gegeben hat des Inhalts, der Zusammenbruch der Sowjetunion stehe bevor. Sie haben in der zweiten Jahreshälfte 1989 aufmerksam registriert, was Sie, Herr Gutzeit, Herr Hilsberg und Herr Meckel, in der DDR gemacht haben, natürlich mit viel größerer Intensität, was in Polen und in Ungarn vor sich ging. Sie haben, das ist jetzt interessant für uns, Analytiker gehabt, die an westdeutschen und Westberliner Universitäten studiert haben, die genau wie die Status-quo-orientierten Karrierediplomaten im State Department die Frage der deutschen Einheit nicht stellten. Sie sahen die Dinge durch die Brille des westdeutschen Establishments, das die Frage der deutschen Einheit nicht diskutieren wollte. Ich erinnere mich, daß ich in dieser Phase mit mehreren amerikanischen Politikern, auch hochrangigen Politikern, diskutiert habe, und sie sagten regelmäßig, wenn ich die Frage stellte, weil es für mich, ich war im Kuratorium Unteilbares Deutschland, seit '85 ein Anliegen war, don't touch it. Von daher gab es in Amerika Fehlperzeptionen, die in gewisser Weise sogar von uns zu verantworten sind. Das bringt mich auch zu dem Punkt, den Herr Jacobsen angesprochen hat. Die Begriffe Einheit, Wiedervereinigung, Harmelbericht wurden immer verwandt, aber es gab doch keine Konzepte. Kornblum hat völlig recht, es gab keine Konzepte. Eine ganz wichtige Lehre sollten wir aus dem Prozeß der deutschen Einheit ziehen. Solange man seine Werte und Ziele nicht klar definiert, riskiert man, daß sie von anderen nicht erkannt werden. Ridgway im State Department hat als Assistant Secretary for European Affairs dem Weißen Haus mehrfach gesagt, zuletzt beim Antritt der Bush-Administration zu Beginn des Jahres 1989, als diese überlegte, sollen wir die deutsche Frage thematisieren oder nicht: Nein, es existieren keine Handlungsspielräume, die Deutschen selber sind nicht interessiert an diesen Handlungsspielräumen. Die deutsche Frage ist kein Thema. Ich glaube, das ist, wenn wir um Wahrhaftigkeit und Lehren bemüht sind, eine ganz wichtige Erkenntnis. Die Bundesrepublik täte gut daran, daraus zu lernen. Jetzt komme ich auf zwei Details, um dann

abschließend auf Herrn Faulenbachs Frage nach den globalen Zusammenhängen einzugehen. Zwei Details, nämlich einmal Kommunikation im Rahmen der EG von Herrn Meckel. Dazu kann ich nicht viel sagen, nur einen Punkt. Kornblum hat richtig dargestellt, daß die USA sehr intensiv als Moderator in den Prozeß eingriffen, nicht nur in Bezug auf Polen. Wie Herr Koschyk zu recht sagte, hat Bush selbst Frau Thatcher auf Kurs gebracht. Ich würde das übrigens nicht für Hurd sagen, der eine Position einnahm, die sehr nah an der von Bundesaußenminister Genscher war, jedenfalls so ungefähr April/Mai 1990 und dann bei den Zwei-plus-Vier Verhandlungen. Als Moderator haben die USA in diese Kommunikationsprozesse eingegriffen, und Bush hat sehr viel Energie darauf verwandt, zum Beispiel mit van den Broeck in Holland zu sprechen, mit Andreotti und so weiter, immer Informationen weiterzugeben, über die umgehend über Scowcroft, Teltchik und über diese Linie Kohl informiert wurde. Das war ein ganz wichtiger Punkt.

Nun zur USA-Politik gegenüber der DDR. Die gab es, die zu entwickeln wurde 1984 versucht, die sogenannte „Paketlösung“, an der war Kornblum beteiligt. Das heißt, die DDR hatte zwei große Dinge zu lösen. Es gab mehrere Fragen, aber zwei ganz wichtige. Die eine wichtige Frage war, jüdische Entschädigung, jewish claims. Und in diesem Zusammenhang kam es zu peinlichen Auftritten, etwa zu Honeckers Überweisung von 1 Million über die Liga für Völkerfreundschaft an die Jewish-Claims-Conference in New York. Das Geld wurde umgehend zurücküberwiesen. Der andere Punkt war der, daß die Vereinigten Staaten tatsächlich die Mauer und die Menschenrechtslage als ernste Frage betrachteten. Und es gab andere Punkte, zum Beispiel den Terrorismus, der immer wieder angesprochen wurde, zum Beispiel inwieweit die DDR in terroristische Aktivitäten verwickelt war. Der amerikanische Geheimdienst wußte, daß es da, La Belle, Stasi-Verbindungen gab. Ich will auf den letzten Punkt kommen, globaler Rahmen. Ich würde es mal so sagen, bis 1989 ist das überragende Konzept der amerikanischen Außenpolitik Containment. Das geht wirklich bis hin zum 18. Breitengrad in Korea. Containment rund um die Sowjetunion, wobei in den 50ern und 60er Jahren von den Amerikanern Sowjetunion und China in einen Topf geworfen wurden. In diesem Containment-Konzept hat die Bundesrepublik Deutschland eine Schlüsselstellung. Wir sind für die Vereinigten Staaten, abgesehen von dem Faktor Sowjetunion, die wichtigste Macht in Europa. In Asien ist es, nicht ganz vergleichbar, weil es da andere Probleme gibt, Japan. Das gilt auch für die Gegenwart und für die Zukunft. Ich glaube, daß der globale Zusammenhang bis 1989 in der Containment-Politik lag, und ein Eckstein der Containment-Politik war Deutschland. Ab 1989 beginnt die amerikanische Bush-Administration – da wären viele Reden zu nennen, die Bush an Universitäten gehalten hat –, den Gedanken an ein Europa jenseits der Teilung zu lancieren. Was kann man tun? Er warf einen Stein ins Wasser, wollte die Reaktionen sehen. Es wurde sehr sorgfältig analysiert, wie die Reaktion auch in Europa war, Handlungsspielräume wurden im Verlauf des Jahres 1989 getestet. Aber welche Möglichkeiten überhaupt bestanden, das, würde ich sagen, das entwickelte sich erst im Winter 1989/90, als

sich zeigte, daß die Wiedervereinigung möglich war. Die Wiedervereinigung heißt Deutschland vereint, heißt Selbstbestimmungsrecht, aber Deutschland mit Westbindung. Aus diesem Grund wurde seinerzeit der Versailler Vertrag im amerikanischen Senat abgelehnt. Er wurde abgelehnt, weil es ein Unrechtsvertrag war. Die Senatoren sagten, darauf können wir keinen Frieden gründen. Und der Zwei-plus-Vier Vertrag hat 98 Ja-Stimmen bekommen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank lieber Herr Friedrich. Als Politikwissenschaftler wissen Sie ja, daß wir stets von neuem vor Sachzwängen stehen, mit denen wir irgendwie fertigwerden müssen. Das ist in diesem Falle auch gegeben. Aber ich bin dankbar, daß Sie versucht haben, so weit wie möglich in der Kürze der Zeit einige Antworten zu geben. Ich darf jetzt Herrn Gasteyger bitten, ähnlich zu verfahren, und sich auf die sieben/acht Minuten zu beschränken, so daß wir unser Zeitlimit einigermaßen einhalten. Bitte Herr Gasteyger.

Prof. Dr. Curt Gasteyger: Vielen Dank. Seien Sie beruhigt meine Damen und Herren, mein Zug fährt in einer halben Stunde. Ich glaube, semantisch wäre es ganz wichtig und nützlich, sich zu erinnern, daß es Handlungsspielräume gibt, die verhindern, und solche, die mitgestalten. Ganz eindeutig war bei den beiden Mächten, die ich zu behandeln hatte, das erstere viel stärker als das zweite. Übrigens, vergessen wir nicht, daß wir noch einen fünften Teilnehmer hatten, nämlich Italien, der im Grunde genommen auch gerne bei diesen Zwei-plus-Vier-Gesprächen dabei gewesen wäre. Zu Herrn Faulenbach. Hier gilt es an den Mitterrand'schen Wunsch anzuknüpfen, sich letzten Endes auf der de Gaulleschen außenpolitischen Linie zu bewegen. Mit anderen Worten, den Grundregeln, die de Gaulle seinerzeit schon für Deutschland und seine Zukunft aufgestellt hatte, mehr oder weniger weit zu folgen, das heißt Einbindung Deutschlands in die Europäische Union, Festigung oder Bestätigung der Oder-Neiße-Linie und schließlich selbstverständlich deutsch-französische Freundschaft. Die Oder-Neiße-Linie wurde deswegen sehr stark mit dem Vereinigten Königreich als einer der verhindernden Handlungsspielräume von Mitterrand nach vorne geschoben. Zunächst einmal als Prinzip der KSZE, Unverletzlichkeit der Grenzen. Zweitens, seien wir ganz offen, auch im Blick auf ein schlechtes Gewissen, das man gegenüber Polen nach wie vor hatte. Unterschätzen wir nicht das lange Gedächtnis der Völker. Man hat der Bundesregierung vorgeworfen, die Oder-Neiße-Linie wiederum nur als innerdeutsches Problem zu behandeln, nämlich durch eine einseitige Erklärung des Bundestages, und nicht, wie es Frankreich und Großbritannien wollten, als international abgesicherten Vertrag. Zu Herrn Hilsberg. Auch hier darf ich mit Mitterrand beginnen. Mitterrand hat sehr deutlich gesagt: „Ich bin für eine Wiedervereinigung, wenn sie nach Fortschritten im europäischen Integrationsprozess stattfinden wird.“ Er hat sich hier in der Zeitfolge natürlich genauso überraschen lassen wie alle anderen. Deutschland hat immerhin insofern mitgespielt, als es sagte, es sei bereit, auch als Preis für die Wiedervereinigung, vom Gemeinsamen Markt über die Europäische Währungsunion, wenn möglich, zur Politischen Union weiterzuschreiten. Die Bundesregierung ist nicht durchgedrun-

gen, wo es dann in Maastricht um die Reihenfolge Europäische Wirtschaftsunion und Politische Union ging. Wir wissen, daß die Politische Union damals und wahrscheinlich bis auf weiteres in die weitere Ferne geschoben wurde. Schließlich noch zu diesem von Herrn Friedrich ebenfalls angesprochenen internationalen Aspekt, Herr Wilke, Sie haben darauf ebenfalls hingewiesen. Ich glaube, eine der schmerzlichen Erkenntnisse Frankreichs hinsichtlich Deutschlands war im Blick auf die sich verändernde strategische Konstellation in Europa der sinkende Wert seiner nuklearen Rüstung. Das ist eigentlich noch das einzige Unterscheidungsmerkmal gegenüber Deutschland. Alle anderen Elemente, die machtpolitisch einigermaßen ins Gewicht fallen, gehen zugunsten Deutschlands: die geographische Lage, die Bevölkerung, das Wirtschaftspotential. All das sind natürlich Elemente, die für Frankreich und Großbritannien diese Verschiebung in Richtung Deutschland sehr deutlich und sehr schmerzlich gemacht haben. Deutschlands Grenzen sind zudem offen gegenüber dem Osten. Rapallo spukt immer noch in den Gedächtnissen der Völker weiter, so daß man wahrscheinlich diese sehr tiefe Beunruhigung über die machtpolitische Verschiebung auf dem Kontinent bei den beiden großen europäischen Mächten verstehen muß. Deutschland wurde, und das sicher, seit Bush sich für die deutsche Wiedervereinigung so deutlich erklärt hat, und wird auch heute noch als Hauptpartner der Vereinigten Staaten angesehen. Das ist natürlich ebenfalls etwas, was vor allem die Engländer besonders geschmerzt hat. Ich glaube, heute ist man in einer Phase, in der man das einigermaßen zu akzeptieren bereit ist. Aber unterschätzen wir, und damit schließe ich, unterschätzen wir nicht das lange Gedächtnis der Völker. Damit bleibt das Deutschlandproblem in ganz anderer Weise nach wie vor ein Problem europäischer Politik.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Vielen Dank Herr Gasteyer. Als letzter Herr Oldenburg. Bitte schön.

Dipl.-Pol. Fred Oldenburg: Herr Faulenbach, Sie haben sich nach dem realpolitischen Kalkül und der Achse Moskau-Berlin gefragt. Ich habe mich immer selber gefragt, was neben den idealistischen Versuchen der Gorbatschowschen Politik und der objektiven Notwendigkeit an „Frontbegrädigung“ hinter Gorbatschows Politik und Zugeständnissen stehen könnte, und bin dann auf eine Antwort gestoßen, als Kosyrew mehrfach im Gespräch mit Kinkel die Frage der Achse Bonn-Moskau angesprochen hat. Ich habe mich gefragt, welche Denkschule steckt dahinter bei Kosyrew? Er war ja vorher im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR beschäftigt. Eine Antwort gibt uns Anatoli Tschernjajew, und das ist die Frage nach der Quelle, die ich beantworten möchte, einer der engsten Mitarbeiter, der engste Mitarbeiter in außenpolitischen Fragen, wie Sie wissen, von Gorbatschow zwischen 1986 und 1991 in seinem Artikel „Objedinenije Germanii: Polititscheskije mehanizmy i psihologitscheskije stereotypy“ vom August, 1997 in „Swobodnaja mysl“. Ich zitiere: „Die Achse Moskau-Berlin, über die 'unterschwellig' faktisch schon

zwischen Gorbatschow und Kohl gesprochen wurde, wäre ein bestimmender Faktor des realen europäischen Prozesses geworden. Und dieser wäre nicht, wie es jetzt geschehen ist, zu einem Prozeß der NATO-Erweiterung ausgeartet. Deutschland, das längst wußte, daß die NATO nicht allein zur 'Eindämmung des Kreml' besteht, sondern auch, um es selbst 'im Zaum zu halten', würde sich kaum so leicht auf das amerikanische Vorhaben einlassen, wenn es die andere Supermacht 'zum Freund' hätte“ (a. a. O., S. 25). Das heißt, hier ist eine Erklärung für das sowjetische Verhalten zu der damaligen Zeit, eine mögliche Erklärung. Keine hinreichende. Aber Tschernjajew war natürlich ein sehr wesentlicher Ideengeber für Gorbatschow. Zur zweiten Frage: ethische Fundierung. Ich meine, daß anstelle des seit Lenin herrschenden Klassenkampfkonzeptes unter Gorbatschow wirklich ein kosmopolitischer Universalismus, ein allgemein – menschlicher Wertetypus in der Außenpolitik für die Sowjetunion greifbar wird, der der bisherigen Realpolitik, über die ich gerade eben sprechen konnte, unterlegt war. Es war auch ein Verständnis für die Sorgen und Nöte, glaube ich, des deutschen Volkes, das sich im Prozeß des Zusammenbruchs der DDR herausgebildet hat. Tschernjajew hat darüber gesprochen, mehrfach mit Galkin geschrieben, und auch wieder in diesem Artikel über die Entwicklung Gorbatschows, übrigens ein Artikel, der sehr kritisch ist. Zugegeben, Tschernjajew sitzt im Gorbatschowfonds, wird also von Gorbatschow wahrscheinlich bezahlt. Aber ich denke, der Artikel ist nicht nur propagandistisch gemeint. Ich denke, daß Gorbatschow einen Lernprozess durchgemacht hat, der wirklich sehr wesentlich war. Zu Herrn Frickes Frage nach den Handlungsspielräumen. Die Handlungsspielräume waren bestimmt von gegenseitiger Übereinstimmung, aber auch von zunehmendem, immer wiederkehrendem Mißtrauen. Das beginnt mit dem späten Ulbricht, das geht weiter bei Honecker und Mittag, sollte zum Sturz von Mittag führen, der von Breschnew vergeblich eingefordert wurde, und führt dann dazu, daß Gorbatschow, wie auch andere vor ihm, die interne SED-Opposition unter Stoph nicht nutzt. Es gab ein ständiges Informieren aus dem SED-Politbüro nach Moskau hin, das Moskau hätte nutzen können zum Sturz Honeckers. Da geht es um Mielke, um Krolikowski, um Neumann, um Hager und andere, und es hat immer wieder zu tun mit der schleichenden und offenen Anbindung der DDR an die Bundesrepublik. Das ist die Grundfrage, die Ulbricht zum Sturz bringt, nicht so sehr sein Widerstand gegen die Verträge und wegen West-Berlins, sondern sein Versuch, mit der SPD vor den Sowjets einen Handel zu machen und mit Willy Brandt ins Geschäft zu kommen. Das hat seinen Sturz mit herbeigeführt. Die Analyse des Chefanalytikers Kusmin von der KGB-Vertretung in Berlin-Karlshorst belegt sehr deutlich die Unfähigkeit des KGB, zu verstehen, was in der DDR passierte. Die KGB-Mitarbeiter in Ostberlin sehen immer nur auf die Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik und verstehen nicht, welche Rolle die DDR-Opposition in diesem Zerfallsprozess spielte. Sie analysieren den Zerfallsprozess von oben, aber den von unten verstehen sie wegen der Gebundenheit an marxistisch/leninistische Kriterien nicht. Noch ein Stichwort zu Herrn Hiller. Gorbatschow hat in Bezug auf die ungarischen Grenzöffnungen mitgewirkt, hat zugestimmt. Schewardnadse hat bei allen Fluchtproblemen Hilfe-

stellung geleistet, das heißt, der Versuch der indirekten oder auch der gewollten Destabilisierung Honeckers durch diese Förderung oder Akzeptanz der Fluchtbewegung ist ein objektivierbarer Faktor. Herr Poppe als letzter Fragesteller. Die NATO-Zerstörung, von der Falin am 15. September gegenüber einem mir nicht bekannten Vertreter der PDS-Führung sprach und die ich im PDS-Archiv gefunden habe, ist offensichtlich eine Interpretation von Falin über Gorbatschows Absichten. Sie paßt in das realpolitische Kalkül. Gorbatschow soll, so Falin, geglaubt haben, die Eingliederung des wiedervereinigten Deutschlands in die NATO würde einfach qua deutschen Gewichts und deutscher Interessen, hier kommen natürlich die Erinnerungen an Rapallo und die Hoffnung auf eine Achse als wichtige Punkte hinzu, die NATO zerstören, da man Deutschland beeinflussen könne. Die Quelle ist ein Gespräch von Valentin Falin, PDS-Archiv, einige „Gedanken des Genossen Falin vom 15.9.1990“. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Meine Damen und Herren, es tut mir leid, daß wir, wie häufig, unsere Herren Referenten ein wenig unter Druck setzen mußten. Es gibt so viele Probleme, von denen wir nur Teile hier behandeln können, aber insgesamt, glaube ich, war gerade auch diese zweite Runde nützlich. Wir haben zusätzliche Informationen erhalten, die wir vielleicht sinnvoll dann in den Bericht mit einbinden können. Insofern, glaube ich, war es eine gelungene Veranstaltung. Ich darf aber zunächst das Wort an den Herrn Vorsitzenden zurückgeben.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, ich habe die leichteste Aufgabe. Aber sie kommt von Herzen. Ich möchte unseren Referenten herzlich danken.

(Beifall)

Ich habe das auch bei Herrn Professor Gasteyer bereits getan, er mußte mit dem Wagen zum Bahnhof. Ich glaube, es war ein hochinteressanter Vormittag und halber Nachmittag. Es waren insbesondere die internationalen Akteure, die wir im Blick hatten. Wir werden jetzt nach einer kurzen Pause uns mit den deutschen Akteuren auseinandersetzen. Wir sehen uns also möglichst um 16:05 Uhr wieder. Ich hoffe, daß Herr Seiters bis dahin da ist.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, wir fahren fort in unserer Anhörung. Nachdem wir also den außenpolitischen Teil abgeschlossen haben, kommen jetzt die deutschen Akteure auf die Bühne. Ich begrüße Herrn Seiters, unseren Kollegen von der CDU/CSU-Fraktion, und Herrn Meckel. In der Podiumsdiskussion gesellen sich dann Herr Poppe und Herr Irmer dazu. Die Gesamtleitung und Moderation dieses Blocks hat unser sachverständiges Mitglied Professor Dr. Bernd Faulenbach.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir haben vorhin die internationale Politik mit ihren Akteuren und den jeweiligen Interessen diskutiert. Es geht jetzt in dem Schlußteil um die deutsche Perzeption dieser internationalen Politik, aber auch um die Frage der deutschen

Interessen und der deutschen politischen Strategien in dieser Situation, um die Frage also, inwieweit die Deutschen sich im wesentlichen situativ verhalten haben, oder inwieweit deutsche Politik tatsächlich gestaltet hat. Wir haben eine Reihe von offenen Fragen, eine Reihe von Problemen, mit denen sich die deutsche und die internationale Politik auseinandersetzen mußten, genannt, die Frage des Zeitrahmens, in dem die Vereinigung durchgeführt werden sollte, die Frage der Bündniszugehörigkeit, die Frage der Oder-Neiße-Grenze, aber eben doch auch die Frage des militärischen Gewichts des vereinigten Deutschland. Dies sind Fragen, die bereits angeklungen sind, die wir jetzt zu vertiefen haben.

Wir haben mit den Gesprächspartnern, die jetzt zu Wort kommen, unmittelbare Mitakteure am Podium. Da ist einmal der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Seiters; ich brauche ihn hier in diesem Kreis nicht vorzustellen. Des weiteren der hier noch bekanntere damalige Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, heute Obmann der SPD dieser Enquete-Kommission. Des weiteren Herr Poppe, der nicht nur am Runden Tisch gesessen hat, sondern auch in der Regierung Modrow zeitweilig Minister ohne Geschäftsbereich gewesen ist. Und schließlich Herr Irmer, wenn ich das richtig weiß, damals Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und außenpolitischer Sprecher der F.D.P. Ich darf zunächst Herrn Seiters um seine Ausführungen bitten.

Rudolf Seiters, MdB: Meine Herren Vorsitzenden, meine Damen und Herren. Es ist sicherlich etwas schwierig, am Ende eines solchen Sitzungstages, wo wichtige Zeitzeugen und Wissenschaftler das Thema unter den verschiedenen Aspekten ausgeleuchtet haben, nun noch einmal zu versuchen, aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland zusammenzufassen. Das werden sicherlich keine neuen Daten und Fakten sein, aber vielleicht interessiert ja doch die Einschätzung, die jemand wie ich heute zu diesen Fragen hat.

Wenn man die Politik der Bundesrepublik Deutschland im Vereinigungsprozess unter dem Gesichtspunkt der Handlungsfreiräume – also unter einem wesentlichen außenpolitischen Gesichtspunkt – zu resümieren versucht, so ist es hilfreich, sich zunächst noch einmal die Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der Deutschlandpolitik in den Jahren zuvor zu vergegenwärtigen.

Das entscheidende Rahmendatum jeder Deutschlandpolitik seit 1949 war die Dominanz der internationalen Beziehungen. Die Teilung Deutschlands als unmittelbare Folge und als geographisches Zentrum des Ost-West-Konfliktes bedeutete, daß die Situation an der Trennlinie der beiden Blöcke, das Verhältnis der beiden Teilstaaten zueinander und damit auch jede Veränderung dieser Gegebenheiten unmittelbar das Ost-West-Verhältnis in Europa und insbesondere die Interessen der beiden Großmächte berührte.

Das bedeutete keineswegs, daß es nicht auch eigenständige Gestaltungsmöglichkeit für die deutschen Akteure im Ost-West-Konflikt gab: Sie konnten – mehr oder weniger – dazu beitragen, daß Spannungen sich verschärften oder verringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die

ringerten; sie konnten darauf einwirken, ob die Folgen der Teilung für die Menschen einschneidender oder erträglicher waren – keine unwichtigen Handlungsspielräume, wenn man etwa an die Gestaltung des innerdeutschen Grenzregimes durch die DDR-Organen denkt.

Natürlich stellte sich die Frage nach Handlungsfreiräumen auf Seiten des westlichen Bündnisses auf wesentlich andere Weise dar als im sowjetisch dominierten Warschauer Pakt. Wir alle kennen den entscheidenden Unterschied – dies hat auch in den Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Mitteleuropa 1990 eine entscheidende Rolle gespielt: die Dominanz der Sowjetunion und ihrer Satellitenregime über die Staaten Mittel- und Osteuropas war eine erzwungene, die von den betroffenen Völkern abgelehnt und in verschiedenen Aufstandsversuchen bekämpft wurde, während die westliche Allianz unter Führung der USA und unter Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland ein freiwilliges Bündnis ist, das auf gemeinsamen Werten und Überzeugungen der beteiligten Völker beruht. Wenn also von „Handlungsfreiräumen“ die Rede ist, so muß man diesen grundlegenden Unterschied in beiden Bündnisssystemen vor Augen haben. Richtig ist gleichwohl, daß jegliche Deutschlandpolitik in ihren Grundzügen Teil und Funktion der Ost-West-Beziehungen insgesamt war und von ihnen ihre Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten erhielt.

Seit der ersten Wende im Ost-West-Konflikt – der Doppelkrise um Berlin und Kuba 1958/62 – war die Ostpolitik des westlichen Bündnisses von dem Interesse geleitet, krisenhafte Zuspitzungen zu vermeiden und durch Konsultationsmechanismen und Rüstungskontrolle einen Abbau der Ost-West-Spannungen zu erreichen, auch um den Preis der einstweiligen Hinnahme der Teilung Deutschlands und Europas.

Die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik mußte sich diesen Gegebenheiten anpassen und tat es in den bekannten Etappen vom späten Adenauer mit seinen Modus-Vivendi-Angeboten an die UdSSR bei gleichzeitigen menschlichen Erleichterungen für die DDR-Einwohner, über die Regierungen Erhard und Kiesinger bis hin zur Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition und schließlich der Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher.

Dabei erhielt die Vertragspolitik mit den kommunistisch regierten östlichen Nachbarstaaten und mit der DDR ihren jeweiligen politischen Stellenwert durch die Gesamtkonzeption, in die sie eingebunden war. Man darf hier daher nicht ohne weiteres geradlinige Kontinuitäten annehmen.

Das Dilemma dieser Politik bestand bis an die Schwelle der revolutionären Ereignisse von 1989/90 darin, daß die Bundesrepublik am Ziel der Überwindung des Status quo, also der Verwirklichung der Selbstbestimmung der Deutschen, festhalten mußte und wollte – bis in die 80er Jahre hinein im Einvernehmen der demokratischen Kräfte –, daß es aber gleichzeitig bis 1989 keine realistische Chance gab, dieses Ziel tatsächlich zu erreichen. Vielmehr mußte die

praktische Politik mit dem SED-Staat ergebnisorientierte Beziehungen zur Erleichterung der Teilungsfolgen für die Menschen unterhalten.

Dabei war mit einem Gegenüber zu rechnen, der in grundsätzlichen Fragen entgegengesetzte Ziele verfolgte – nicht mehr menschliches Miteinander, sondern mehr staatliche Abgrenzung; nicht mehr innere Freiheit, sondern mehr Sicherheit des Herrschaftssystems – und dessen zentrales Anliegen es ständig blieb, die eigene chronisch instabile Herrschaft zu festigen, während es das Ziel der westlichen Deutschlandpolitik sein mußte, zu einer schrittweisen Entschärfung der SED-Diktatur beizutragen, ja, sie letztlich zu destabilisieren – allerdings in langen Entwicklungslinien, nicht in plötzlichen krisenhaften Zuspitzungen, die unter den Bedingungen der Breschnew-Doktrin im Gegenteil kontraproduktiv wirken mußten.

Verhandlungen mit einem solchen Gegenüber waren überhaupt nur möglich, wenn man sich auf die Lösung praktischer Fragen unter Ausklammerung gegensätzlicher Grundpositionen konzentrierte und wenn man dabei sorgfältig die gewünschten Wirkungen – zum Beispiel Reiserleichterungen für möglichst viele DDR-Einwohner – mit den hinzunehmenden Nebenwirkungen – zum Beispiel kurzfristige wirtschaftliche Stabilisierung oder leichte Prestigegewinne – austarierte.

Die unvermeidliche Spannung zwischen dem Selbstbestimmungsziel und der praktischen Politik „kleiner Schritte“ im Benehmen mit den Verweigerern der Selbstbestimmung mußte auch im Innern ausgehalten werden. Dies erwies sich in den 70er Jahren und noch mehr in den 80er Jahren als zunehmend schwierig. Die Menschen in der Bundesrepublik hatten das Problem offensichtlich verstanden. Umfragen des Allensbacher Instituts erbrachten das Ergebnis, daß auch in den 80er Jahren eine große Mehrheit der Westdeutschen es für richtig hielt, am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, auch wenn kaum jemand mit einem Erfolg in voraussehbarer Zeit rechnete. Anders lagen die Dinge bei meinungsführenden Teilen der westdeutschen Eliten, der Medien und auch einer Reihe von politischen Akteuren, die unter anderem das „Gerede von der Wiedervereinigung“ anprangerten oder formulierten, es komme darauf an, „die Chancen der Geschichte in der Teilung zu suchen“.

Demgegenüber war es immer wieder notwendig, das Bewußtsein von der Einheit der Nation, über den Zwangscharakter der SED-Herrschaft und das Ziel der Wiedergewinnung der Selbstbestimmung wachzuhalten und beharrlich zu vertreten. Als im Herbst 1989 die Diktatur zusammenbrach, hatte die Bundesregierung keine Mühe, unmittelbar von der innerdeutschen Politik der kleinen Schritte zu einer konkreten Politik der Wiederherstellung der deutschen Einheit überzugehen. Sie konnte es tun, ohne ihre politische Linie korrigieren zu müssen.

Das Dilemma der Deutschlandpolitik wirkte sich auch in ihrer Darstellung gegenüber den Vier Mächten aus.

Die Sowjetunion, die die vertraglichen Ergebnisse der Entspannungspolitik als Anerkennung ihrer Dominanz über den östlichen Teil des Kontinents interpretierte, brandmarkte jeden Ansatz, die europäischen Grenzen einschließlich der innerdeutschen in Frage zu stellen, als Revanchismus und Friedensbedrohung. Dies stand zwar nicht im Einklang mit der KSZE-Schlußakte und mit dem deutsch-sowjetischen Vertrag von 1970 einschließlich des Briefs zur deutschen Einheit und der Bundestagsresolution vom 17. Mai 1972; dennoch hat die Sowjetunion bis 1989/90 an dieser Position festgehalten, mit aller Härte, und die zutreffenden Hinweise der Bundesrepublik auf die Offenheit der deutschen Frage in zeitweise aggressiven Kampagnen zurückgewiesen. Um so wichtiger blieb Standfestigkeit, bei aller Bemühung um Verständigung.

Behutsamkeit und Sorgfalt bei der Verfolgung deutschlandpolitischer Ziele war aber auch gegenüber den westlichen Verbündeten erforderlich. Es gehört zu den bleibenden – und bis 1990 nachwirkenden – Erfolgen der Adenauerschen Politik, die drei Westmächte im Deutschlandvertrag auf das gemeinsame Ziel eines wiedervereinigten, freiheitlich verfaßten und in die westliche Gemeinschaft integrierten Deutschland verpflichtet zu haben. Man mußte sich aber seit den 60er Jahren eingestehen, daß die praktische Realisierbarkeit dieser vertraglichen Vereinbarung in weite Ferne gerückt war; und auch in den verbündeten Staaten haben offenbar viele den innerdeutschen Grundlagenvertrag als praktisch dauerhafte Bestätigung der Teilung mißdeutet.

Das gemeinsame Interesse des westlichen Bündnisses war die Sicherung der Stabilität in Europa. Einigkeit mit den Partnern bestand darin, daß eine wirkliche und dauerhafte Stabilität nicht auf Gewalt, sondern nur auf der Achtung der Menschenrechte beruhen konnte. Die Bundesrepublik verfolgte diese gemeinsame Linie zugleich in der Erwartung, daß ein erfolgreiches Thematisieren der Menschenrechtsfrage mit Notwendigkeit auch die Frage der Selbstbestimmung der Deutschen aufwerfen würde.

Gleichwohl blieb die deutsche Frage ein sensibles Thema. 1989/90 hat sich bestätigt, daß die Teilung Deutschlands, auch wenn sie aus anderen Gründen zustande gekommen war, für manche politischen Eliten in Nachbarstaaten den Aspekt einer Sicherungsfunktion auch gegenüber hegemonialen Ambitionen Deutschlands nie völlig verloren hatte.

Adenauer hatte der bundesdeutschen Außenpolitik die Maxime vorgegeben, daß ihre beiden Hauptziele: Westbindung – atlantische wie europäische – und Wiedervereinigung, nicht im Widerspruch zueinander stehen, sondern einander bedingen. Voraussetzung für eine praktische Verbindung dieser Ziele war eine Neukonzeption der sowjetischen Westpolitik, zu der die UdSSR irgendwann aus innerer Schwäche kommen müsse. Ich erinnere an Adenauers Aussage von 1966: „Eines Tages wird auch Sowjetrußland einsehen, daß die Trennung Deutschlands und damit die Trennung Europas nicht zu seinem Vorteil ist. Wenn ein Augenblick naht oder sich zu nahen scheint, der eine günstige Gelegenheit bringt, dann dürfen wir ihn nicht ungenutzt lassen.“

Bis eine solche Revision der sowjetischen Politik sich abzeichnete, mußte man sich darauf konzentrieren, die Voraussetzungen für eine künftige Lösung der deutschen Frage zu schaffen oder offenzuhalten. Gegenüber den westlichen Verbündeten bedeutete dies u. a., keinen berechtigten Zweifel an der Bündnisloyalität der Bundesrepublik aufkommen zu lassen.

Es ist daher kaum möglich, die Bedeutung der NATO-Nachrüstung von 1983 und den Folgejahren für die Wiedervereinigung Deutschlands zu überschätzen. Daß die westliche Allianz damals die Kraft gefunden hat, diese Gegenmaßnahme gegen den sowjetischen Rüstungsschub der SS 20 auch gegen erhebliche Widerstände im Innern durchzusetzen, hat, wie wir von Daschtschew, auch von Gorbatschow selbst und anderen wissen, wesentlich zur Neuorientierung der sowjetischen Westpolitik unter Gorbatschow beigetragen. Zugleich hat die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses durch die 1982 angetretene Bundesregierung die Vertrauensbasis im Westen wieder gefestigt, die durch Teile der deutschen politischen Öffentlichkeit ins Wanken geraten war. Es kam damals nicht darauf an, „Angst vor den Freunden“ zu propagieren, wie ein Politiker schrieb; es kam vielmehr darauf an, auch im Interesse der eigenen Sicherheit, Solidarität mit den Freunden zu praktizieren. Die damals wiedergewonnene Vertrauensbasis war sieben Jahre später eine der Grundlagen der Wiedervereinigungspolitik.

Seit dem Jahresbeginn 1988 verdichteten sich die Anzeichen, daß sich die latente Dauerkrise der DDR zu einer akuten Krise zuspitzte. Die Politik Gorbatschows begann auch hier einen zunehmenden Reformdruck und in der Folge, bei Enttäuschung der Erwartungen, eine zunehmende Frustration zu erzeugen. Das deutlichste Signal war der wachsende Ausreisepressure, der nach der Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze 1989 allmählich in eine massenhafte Ausreisebewegung überging. Zu meinen eindrucksvollsten Erinnerungen gehört der Abend des 30. September 1989, als Hans-Dietrich Genscher und ich vom Balkon des Palais Lobkowitz den rund 5.000 Zufluchtsuchenden auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft in Prag die Nachricht bringen konnten, daß die DDR-Führung ihrer Übersiedlung zugestimmt hatte. Aber auch die Begegnung zuvor im August mit den Zufluchtsuchenden in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, die wir geschlossen hatten, beziehungsweise später im Flüchtlingslager Gießen, machten in überzeugender Weise deutlich, daß diese Menschen von der DDR nichts mehr wissen wollten und daß es sich um mehr handelte, als nur um einen Ausdruck der Entschlossenheit, in diesem verkrusteten, reformunfähigen, unmenschlichen System nicht mehr leben zu wollen.

Im krassen Gegensatz dazu die starre Haltung der politischen Führung in Ost-Berlin, völlig uneinsichtig gegenüber der Erkenntnis, daß die DDR sich nicht abschotten konnte gegenüber den Reformbewegungen und Reformentwicklungen in ganz Mittel- und Osteuropa. Für die Bundesrepublik mußte es darauf ankommen, diese Reformentwicklung nach Möglichkeit zu unterstützen, zu ermutigen, natürlich auch nichts zu tun, was sie behindern konnte. Es war zu

erwarten, daß das Übergreifen der Demokratiebewegung auf die DDR auch die deutsche Frage wieder ins Gespräch bringen würde, auch wenn Gorbatschow diese Konsequenz seiner Politik offenbar nicht rechtzeitig erkannt hat. Die Menschen – davon waren wir überzeugt – würden die Einheit fordern, sobald sie als reale Möglichkeit erkennbar würde. Gerade darum aber war es wichtig, die Reformentwicklung reifen zu lassen, ohne durch unzeitiges Thematisieren der Teilungsproblematik die Gegenkräfte der Reform, wo immer sie standen, herauszufordern.

Dies geschah zum Beispiel am 6. und 7. November 1989, als die DDR-Führung vertraulich die Frage stellte, ob – und das hieß auch: zu welchen Konditionen – die Bundesregierung zu Kreditgewährungen in neuen Dimensionen bereit sei. Die Rede war zunächst von 10 Milliarden DM innerhalb von zwei Jahren und jährlich zwei bis drei Milliarden DM ab 1991. Vorangegangen waren die bekannte Politbüro-Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Lage, in der Planungschef Schürer eine nicht mehr kontrollierbare Außenverschuldung der DDR feststellte, und ein vergeblicher Versuch des neuen Generalsekretärs Krenz, finanzielle Hilfe in Moskau zu erhalten. Jetzt konnte ich in den Gesprächen, nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler, gemeinsam mit dem Kollegen Schäuble erwidern, auch am 5. Dezember bei den Verhandlungen mit Ministerpräsident Modrow über die Abschaffung des Begrüßungsgeldes, der Einrichtung eines Devisenfonds und der Aufhebung des Zwangsumtausches, daß über wirtschaftliche Hilfe in derartigen Größenordnungen nur gesprochen werden könne, wenn die SED ihr Machtmonopol aufgeben, oppositionelle Organisationen zulassen und freie Wahlen anberaumen würde. Die gleichen Forderungen stellte der Bundeskanzler öffentlich in seinem „Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“. Damit geriet die DDR-Führung unter den doppelten Druck der Demonstranten und der bundesdeutschen Politik.

Für die Politik der folgenden 11 Monate ist der Begriff „Handlungsspielräume“ eigentlich irreführend; eher müßte man von „Handlungsnotwendigkeiten“ oder „Handlungszwängen“ sprechen, denn die Grundrichtung und das Tempo der Entwicklung wurden im wesentlichen von den revolutionären Ereignissen, von der Schnelligkeit des Zusammenbruchs des Systems vorgegeben, und es kam darauf an, diese Entwicklung durch die richtigen Impulse zu kanalisieren.

Ein entscheidender Impuls war das 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers vom 28. November 1989. Dieser Schritt war bewußt weder in der Koalition noch international abgestimmt, allerdings konnte nach den öffentlichen Erklärungen und den telefonischen Meinungsäußerungen des amerikanischen Präsidenten davon ausgegangen werden, daß er die Richtung des Programms billigte.

Wir waren überzeugt, daß die Situation ein solches Signal erforderte. Dem Machtwechsel von Honecker zu Krenz war, wie zu erwarten, eine Stabilisierung der Situation nicht gefolgt. Die bewegenden Ereignisse bei der Grenzöffnung am 9. November hatten gezeigt, daß es hier um mehr ging als um bloßes Wiedersehen: Die deutsche Frage war neu gestellt. Am 17. November hatte der

neue Ministerpräsident Modrow versucht, die revolutionäre Entwicklung zu bremsen, indem er in seiner Regierungserklärung eine deutsch-deutsche „Vertragsgemeinschaft“, also ein zwischenstaatliches Kooperationsverhältnis ohne Vereinigungsperspektive, vorschlug. Gleichzeitig verstärkte sich der Überdieslerstrom.

Dies war die gebotene Situation um in die deutschlandpolitische Offensive zu gehen und den Ruf „Wir sind ein Volk“ in ein politisches Programm zu fassen. Das 10-Punkte-Programm, bewußt allgemein gehalten und ohne Angabe eines Zeitplans, so daß es flexibel der realen Entwicklung angepaßt werden konnte, gab dem Massenprotest und dem Massenaufbruch in der DDR eine konkrete politische Perspektive.

Diese Initiative stieß international auf ein gemischtes, auch zum Teil negatives Echo. Sie fand allerdings die beiden entscheidenden Verbündeten. Der eine war die USA-Administration. Präsident Bush und Außenminister Baker erklärten unmittelbar darauf, daß sie das Ziel der deutschen Selbstbestimmung unterstützten, sofern die Einheit sich friedlich und schrittweise vollziehe, Deutschland in die NATO und die EG integriert bleibe und die Grenzziehungen gemäß der KSZE-Schlußakte gehandhabt würden, mit anderen Worten die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigt werde.

Der zweite Verbündete war die Bevölkerung in der DDR; die Forderung nach der Einheit trat immer beherrschender in den Vordergrund der Demonstrationen. Besonders eindrucksvoll war die Begrüßung des Bundeskanzlers und seiner Delegation durch Menschenmengen in Dresden am 19. Dezember. Uns Beteiligten wurde an diesem Tag besonders anschaulich, daß die Wünsche der Menschen auf die deutsche Einheit zielten und daß sie diese nicht in einem langjährigen Prozeß, sondern auf möglichst schnellem Wege erreichen wollten.

Für die Überwindung der Widerstände gegen diese Einheit war die innere Entwicklung in der DDR im Dezember und Januar – mit dem Rücktritt der Parteiführung, dem Rücktritt von Krenz aus seinen Staatsämtern und mannigfachen Enthüllungen über Machtmißbrauch und Korruption – entscheidend. Die Staatsgewalt zerfiel zusehends. Es zeigte sich, daß eine realistische Alternative zur deutschen Einheit auch für die, die sie herzlich gern gefunden hätten, nicht erkennbar war. Die Stabilisierung der DDR durch die Regierung Modrow blieb aus. Deren im Grunde rückwärtsgewandte Richtung war besonders deutlich an dem Versuch zu erkennen, das Ministerium für Staatssicherheit in leicht gewandelter Gestalt in ruhiges Fahrwasser hinüberzuretten. Die anhaltenden Demonstrationen und die ab Januar wieder wachsenden Flüchtlingszahlen zeigten, daß der halbherzige Versuch einer „deutschen Perestrojka“ zu spät kam und keine Vertrauen mehr bei der Bevölkerung fand. Damit blieben auch die Versuche dieser Regierung, die revolutionäre Entwicklung anzuhalten oder in die Richtung auf ein über längere Frist zu errichtendes neutrales Deutschland zu lenken, ohne reale Grundlage.

Ende Januar mußte auch Gorbatschow erkennen, daß die Wiedervereinigung selbst nicht zu verhindern war und er allenfalls versuchen konnte, den Wiedervereinigungsprozess zu verlangsamten und an die aus seiner Sicht bestmöglichen Konditionen zu binden.

Nach der Initiative vom 28. November war die Zeit Ende Januar/Anfang Februar 1990 die zweite Beschleunigungsphase in der Einigungspolitik der Bundesregierung. Anfang Februar wurde der DDR das Angebot gemacht, zunächst in Gespräche und nach der Volkskammerwahl – nach Konstituierung einer dazu legitimierten DDR-Regierung – in Verhandlungen über die Einführung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion einzutreten. Damit wurde nicht nur den Forderungen der Regierung Modrow und des Runden Tisches nach einem „Lastenausgleich“ von 10 bis 15 Mrd. DM die Spitze genommen – eine solche Finanzspritze hätte ohnehin nur der Stabilisierung eines unhaltbaren Systems gedient –, sondern es wurde zugleich die Perspektive auf einen Systemwechsel in der noch bestehenden DDR eröffnet und den Menschen eine baldige Besserung ihres Lebensstandards in Aussicht gestellt. Zugleich wurde damit ein Signal an die Vier Mächte gegeben, daß der Wiedervereinigungsprozess auf deutscher Ebene eine schnelle Einigung auch über die internationalen Aspekte notwendig machte. Nur zwei Wochen nach der ersten Zwei-plus-Vier-Verhandlungsrunde in Bonn wurde der Staatsvertrag unterzeichnet.

Inzwischen war die zweite Beschleunigungsphase des Wiedervereinigungsprozesses unmittelbar in die dritte übergegangen: sie wurde markiert durch die freie Volkskammerwahl. Als Gorbatschow dem Bundeskanzler am 10. Februar 1990 in Moskau zugestanden hatte, daß es Sache der Deutschen selbst sei, über Zeitpunkt und Weg der Einigung zu entscheiden, war er wohl von der Erwartung ausgegangen, daß bei den Wahlen diejenigen Kräfte eine Mehrheit erhalten würden, die die Einigung vielleicht über längere Zeiträume anstreben wollten. Dabei wäre dann auch die Frage der Bündniszugehörigkeit möglicherweise neu in die Diskussion geraten. Der Ausgang der Wahl enttäuschte auch die Erwartung; die demokratisch legitimierte Regierung der Großen Koalition legte sich auf die Einigung nach Art. 23 und – bei gewissen individuellen Akzentunterschieden – auf zügige Verhandlungen mit der Bundesregierung fest. Der Entwurf des Einigungsvertrags war bereits Anfang August fertiggestellt, die Unterzeichnung folgte Ende des Monats.

Es war ein Erfolg des eng abgestimmten Vorgehens der Bundesregierung und der Regierung der USA, daß die internationalen Verhandlungen zur Wiedervereinigung auf Zwei-plus-Vier-Ebene stattfanden – nicht in Form einer Friedenskonferenz oder einer KSZE-Konferenz, wie von Gorbatschow zeitweilig vorgeschlagen, und auch nicht in Form von bloßen Vier-Mächte-Verhandlungen, wie es die Sowjetunion mit dem Botschaftertreffen in Berlin am 11. Dezember 1989 zu initiieren versuchte und wie sie auch auf britischer Seite zeitweilig befürwortet wurden.

Und ebenso wichtig war es, daß diese Verhandlungen auf die internationalen Aspekte der deutschen Einheit beschränkt bleiben sollten, während die inneren Aspekte ausschließlich in deutscher Zuständigkeit blieben.

Mit den Verhandlungen auf innerdeutscher Ebene suchte die Bundesregierung zugleich das Tempo für die internationalen Gespräche vorzugeben. Man wird aus der Rückschau manches finden, was sorgfältiger hätte geregelt werden können, als es in der notwendigen Eile der damaligen Verhandlungen geschah, aber angesichts der Möglichkeiten, die die damalige Situation eröffnete, und der Tatsache, daß die weiteren Entwicklungen vor allem in der Sowjetunion unvorhersehbar waren, wäre alles andere als ein schnelles Ergreifen angesichts dieser historischen Chance völlig unverantwortlich gewesen.

In den internationalen Gesprächen kam es u. a. darauf an, die Verhandlungen nicht in Foren zu verlagern, die den Prozeß der Einigung erschweren oder verlangsamten konnten. Eine „Friedenskonferenz“ wäre aber fast ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende und nach vierzig Jahren demokratischer Politik in der Bundesrepublik aus vielen, auch aus Sachgründen nicht akzeptabel gewesen. Es mußte erreicht werden, daß das vereinte Deutschland von vornherein seine volle Souveränität erhielt und daß ihm keine singularisierenden oder diskriminierenden Sonderbestimmungen auferlegt wurden.

Hierzu gehörte auch die Freiheit, einem Bündnis der eigenen Wahl anzugehören, also für die Bundesrepublik Deutschland: in der NATO, jetzt mit erweitertem Territorium bei begrenzten Sonderbestimmungen für die neuen Bundesländer, zu verbleiben. Dies war nicht nur die Voraussetzung, unter der allein die Zustimmung der Westmächte zur deutschen Einheit überhaupt zu erlangen war; es entsprach auch dem vitalen deutschen Interesse. Eine Neutralität des wiedervereinten Deutschland hätte die NATO ihres europäischen Zentrums beraubt und damit vermutlich früher oder später an ihr Ende gebracht. Der Rückzug der USA aus Europa würde dann die zu erwartende Folge sein. Vermutlich wäre auch die europäische Integration entscheidend zurückgeworfen worden. Eine Isolierung Deutschlands, ähnlich derjenigen unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg – wie manche sie andeuteten – oder noch eher derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg würde eine kaum vermeidbare Folge sein. Die Stabilisierung des deutschen NATO-Engagements und die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses mußten also abgesichert werden. Sie waren zugleich der Schlüssel zur Überwindung der Vorbehalte auf dem EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989.

Das schwierigste Problem seit dem Februar 1990 war es, die Zustimmung der UdSSR zur deutschen NATO-Mitgliedschaft zu gewinnen. Ich brauche die einzelnen Verhandlungen und Gespräche in dem Dreieck Bonn-Washington-Moskau, auf Regierungschef- und auf Außenministerebene, hier nicht im einzelnen nachzuzeichnen. Ausschlaggebend war, daß die sowjetische Führung zur Verminderung ihrer Rüstungslasten auf die Kooperation mit der Bundesrepublik angewiesen war. Wenn sie ihre politische Linie nicht grundlegend ändern und die Zusammenarbeit mit dem Westen abbrechen wollte, konnte sie

nicht anders, als in dieser Frage einer Lösung zuzustimmen, die in der Substanz den westlichen Vorstellungen entsprach.

Die Verhandlungen des Frühjahrs 1990 liefen also im wesentlichen darauf hinaus, in einer „Arbeitsteilung“ zwischen der NATO, also insbesondere den USA, und der Bundesrepublik Angebote für die Sowjetunion zu entwickeln, die ihr die Hinnahme der deutschen NATO-Mitgliedschaft erleichtern würden. Hierzu gehörte auf Bündnisebene insbesondere eine Neudefinition des NATO-Selbstverständnisses; die „Erklärung über eine gewandelte NATO“ wurde im Juli 1990 rechtzeitig zum 28. Parteitag der KPdSU vom Londoner NATO-Gipfel verabschiedet.

Die Bundesregierung kam den sowjetischen Besorgnissen im sicherheitspolitischen Bereich entgegen, ich denke, das war schon Gegenstand der heutigen Diskussion, die Bundesregierung kam der Sowjetunion auch entgegen durch eine Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Zugeständnissen, und den Schlußstein erhielt das Gebäude der deutsch-sowjetischen Vereinbarungen durch einen Partnerschaftsvertrag der am 1. Jahrestag der Maueröffnung, am 9. November 1990, unterzeichnet wurde.

Sie wissen, daß die deutschen und amerikanischen Verhandlungen mit der sowjetischen Seite sich bis in den Juli erstreckten, wobei die sowjetische Führung nur sehr allmählich und zeitweise auch mit widersprüchlichen Signalen von ihren ursprünglichen Forderungen abrückte. Der Durchbruch erfolgte in mehreren Schritten; einer dabei war die Begegnung Gorbatschows mit Bush in Washington vom 30. Mai bis 3. Juni 1990. Den letzten und entscheidenden Verhandlungsschritt brachte der Besuch von Bundeskanzler Kohl in Moskau und im Kaukasus am 16. und 17. Juli 1990. Die hier erreichten Ergebnisse waren in den folgenden Zwei-plus-Vier-Verhandlungen nur noch zu bestätigen.

Erlauben Sie mir, mein Resümee der Politik der Bundesregierung im Vereinigungsprozess vom Herbst 1989 bis zum Herbst 1990 mit drei kurzen Bemerkungen abzuschließen:

Erstens: Die Grundlage aller Wiedervereinigungspolitik 1989/90 war der Wille der Deutschen in der DDR, dem sie eindeutig öffentlich Nachdruck verliehen – wobei ich neben den Demonstranten auch die Ausreisenden mit erwähne. Über das Ziel der deutschen Selbstbestimmung konnte in der Weltöffentlichkeit kein Zweifel bestehen. Der erfolgreiche Volksaufstand gegen die SED-Diktatur machte die Wiedergewinnung der Einheit möglich; er ist eine der bleibenden Leistungen in den freiheitlichen Traditionen unseres Landes.

Zweitens: Die deutsche Einigung hat sich letztlich – mit den den seitherigen Entwicklungen entsprechenden Modifikationen – längs der Entwicklungslinie vollzogen, die bereits Adenauer der Deutschlandpolitik vorgezeichnet hat: Voraussetzung der Einheit war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des Systems in den Ostblock-Staaten und in der Sowjetunion selbst, die sich daraufhin genötigt sah, Kosten und Nutzen ihrer Westpolitik neu einzuschätzen. Es bleibt das Verdienst von Michail Gorbatschow, daß er die Klar-

sicht und den Mut hatte, aus der Existenzkrise des sozialistischen Systems die Konsequenz einer fundamentalen Reformpolitik zu ziehen. Dabei setzte er allerdings Entwicklungen in Gang, die über seine begrenzten Ziele und damit auch über ihn selbst hinweggegangen sind.

Daß bei der Neugestaltung der sowjetischen Westpolitik auch die deutsche Frage erfolgreich gelöst werden konnte, war Folge der Tatsache, daß sich das freie Deutschland über Jahrzehnte als demokratischer Staat und als Verbündeter der westlichen Allianz bewährt hat und daß es – wenn auch bei den europäischen Nachbarn eingeschränkt durch belastende historische Erinnerungen – Vertrauen gefunden und erhalten hat.

Die Annahme, die zum Beispiel Egon Bahr bis 1990 immer wieder mahnend in die Diskussion gebracht hat, NATO-Mitgliedschaft und deutsche Teilung seien Zwillingsgeschwister, sie hat sich als irrig erwiesen. Richtig ist: Die NATO und die Wiedererrichtung und Sicherung des vereinten demokratischen Deutschland hängen untrennbar zusammen.

Drittens: Unentbehrlich für die Wiedererlangung der Einheit war die uneingeschränkte Unterstützung durch die USA. Am vergangenen Freitag ist in Stuttgart die historische Leistung von Präsident George Bush, der sich um die Einheit unseres Landes verdient gemacht hat, zu Recht gewürdigt worden. Und wenn man über die Kennedy-Brücke in Bonn fährt, kann man sich für spätere Zeiten sicherlich noch manche zusätzliche Würdigung von George Bush auch in Berlin vorstellen. Ich bitte um Nachsicht, daß ich meine Zeit etwas überschritten habe. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank Herr Seiters. Auf den Vortrag von Herrn Seiters über die Politik der Bundesrepublik in der Phase, über die wir hier diskutieren, folgt jetzt ein Vortrag von Markus Meckel über die gleichzeitige Politik der DDR. Bitte Markus Meckel.

Markus Meckel, MdB: Es ist nicht ganz einfach, nicht nur nach diesem Tag, sondern überhaupt, über die Politik der DDR im Vereinigungsprozess zu reden. Denn die Perspektiven sind sehr vielfältig, und die Fragen der Innenpolitik, wobei ich jetzt meine, der deutsch-deutschen Politik, und der Außenpolitik sind eng miteinander verflochten. Ich denke, es ist wichtig, das ist mein Eindruck der letzten Tage und der Feierlichkeiten um den 3. Oktober, überhaupt noch einmal die Perspektive und auch manche Perspektivverschiebungen, die es in der Wahrnehmung dieses Prozesses gegeben hat, deutlich zu machen. Bei diesen Feierlichkeiten war die Rede von den Verdiensten der Präsidenten Bush und Gorbatschow, was ja auch mit Recht geschah, natürlich von Helmut Kohl, auch hier ist das Recht nicht zu bestreiten, und von den mutigen Menschen auf den Straßen der DDR, die das alles möglich gemacht haben. Man könnte glauben, daß nach spontanen Demonstrationen durch eine plötzlich mutig gewordene DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 das SED-Regime plötzlich zusam-

mengebrosen sei und die Bundesrepublik den ganzen Laden übernommen habe.

Dies scheint die eine Perspektive. Die andere, noch schlechtere in meiner Sicht, die noch öfter bis in Bundestagsreden hinein zu hören ist, lautet, daß 16 Millionen Ost-Deutsche durch die Einheit die Freiheit erhalten haben. Die Beispiele für solche Perspektiven und Varianten ließen sich mehren, und es gibt dann eine ganze Palette dazwischen. Sie machen deutlich, daß in der Erinnerung der allermeisten Menschen heute die Demonstrationen, der Mauerfall, die Wahl und die deutsche Vereinigung zu einem Ereignis zusammenfließen, das dann auch noch verharmlosend „Wende“ genannt wird. Das ist oft, wie ich denke, nicht böser Wille. Man macht sich einfach keine Gedanken darüber. Wenngleich natürlich manchmal auch Interessen im Spiel sind.

Die DDR als eigenständiger Akteur – oder besser, mit eigenständigen Akteuren – im Vereinigungsprozess kommt normalerweise nicht vor. Vieles ist hier bis heute auch nicht erforscht. Das muß man natürlich dazusagen. Die Darstellungen und Dokumentationen der Bundesregierung lassen diese Dimension zu großen Teilen weg. Zwar sind die Materialien weitgehend zugänglich, aber es gibt keine Ausgaben dieser Dokumente, zum Beispiel eine Gesamtausgabe der Plenardebatten der Volkskammer, die ich für ungeheuer wichtig hielte, dieses Projekt ist bis heute nicht einmal in Angriff genommen. Oder die Protokolle des Ministerrates oder auch des Koalitionsausschusses. Wer kennt die unterschiedlichen Perspektiven und Handlungsebenen aus der Sicht der DDR? Dies alles fällt in der Darstellung, in der Erinnerung völlig unter den Tisch. Daß mir selbst die Materialien des eigenen Ministeriums bis heute nicht zugänglich sind, ist dann nur noch ein Witz, wenn man es locker nehmen will, weil das einzige Ministerium, dessen Akten nicht zugänglich sind, eben dieses Außenministerium ist, wie ich finde mit sehr schlechten Argumenten. In den ersten zwei Jahren der deutschen Einheit gab es dafür noch gute Argumente, die Herr Genscher ja auch genannt hat. Heute gibt es sie wahrhaftig nicht mehr.

Ein Rückblick braucht aber die verschiedenen Facetten dieser Geschichte, die Darstellung der unterschiedlichen Positionen der Akteure und ihrer Entwicklung, ihrer Hintergründe, zumal es sich, darin sind wir uns ja wohl alle einig, um eine Glücksstunde deutscher Geschichte handelt, und gleichzeitig ist es auch ein wichtiges Erbe deutscher Demokratieggeschichte.

In meinem ersten Punkt, wenn dies eine Vorbemerkung war, möchte ich den Weg der deutschen Einheit als Weg der institutionellen Selbstbestimmung der DDR-Bürger beschreiben.

Wer die historischen Abläufe der 14 Monate zwischen dem Sommer 1989 und dem 3. Oktober 1990 genau betrachtet, wird in der DDR verschiedene Phasen unterscheiden müssen. Zuerst die Zuspitzung der Krise im Sommer 1989, verstärkt durch die Fluchtwelle und die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, dann die Herbstrevolution unter der Führung neuer oppositioneller

Organisationen, die durch den machtvollen Druck der Straße mit dem Sturz der SED-Diktatur und dem Mauerfall endete. Es folgte die Regierungszeit Modrow, in der dieser die Macht von der Partei zur Regierung verlagerte und für die SED-Genossen zu retten suchte, was zu retten war, und gleichzeitig die Zeit des Runden Tisches, der dies zu verhindern suchte, die Regierung kontrollieren wollte und in zentralen Fragen Modrow auch zum Einlenken zwang – beileibe nicht in allem, wo es notwendig gewesen wäre. Die Hauptaufgabe des Runden Tisches war jedoch die Vorbereitung der freien demokratischen Wahlen. Anders als in Polen war bei uns das Ergebnis des Runden Tisches nicht die Teilung der Macht, sondern die wirklich freie Wahl. Das heißt, wir haben die Macht nicht abgehandelt, was dann auch für die Fragen der Aufarbeitung und die Unterschiede zwischen der DDR beziehungsweise Deutschland und Polen eine nicht unwichtige Rolle spielt.

Die letzte Phase beginnt mit der frei gewählten Volkskammer und der von ihr gewählten Regierung. Diese bereitete dem Wählerauftrag gemäß in Verhandlungen und Verträgen die Vereinigung vor – im Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, im Einigungsvertrag und im Zwei-plus-Vier-Vertrag. Die gewählte Volkskammer beschloß den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 Grundgesetz.

Dieser institutionelle Ablauf bis zum Tag der deutschen Einheit ist ein Weg der Selbstbestimmung der Ostdeutschen. Wir Ostdeutschen sind nicht wie ein maroder Apfel an die Bundesrepublik gefallen, sondern zielten die Einheit an und vollzogen den Beitritt erhobenen Hauptes. Hier handelten von den DDR-Bürgern frei gewählte Institutionen und Personen.

Wie hätte ein solcher Prozeß besser laufen können?

Der Weg der Freiheit führte geradlinig in die Einheit. Was die institutionellen Abläufe angeht, kann ich nur sagen: Es war schwierig genug, aber hier wurden alle Träume wahr!

Aber es waren nicht nur Träume, sondern es war auch politische Strategie, der politische Wille zur Selbstbestimmung. Ich verweise zum Beispiel auf eine Erklärung, die wir im SDP-Vorstand am 3. Dezember 1989 beschlossen. Andere könnten wahrscheinlich anderes hinzufügen. Unsere Erklärung enthielt damals folgende Momente:

- Wir wollten die Einigung als wohlorganisierten Prozeß zwischen zwei demokratisch legitimierten, gleichberechtigten deutschen Staaten, in dem die Interessen des schwächeren Teils, der Bevölkerung der DDR, angemessen vertreten und berücksichtigt sind. Deshalb war die wichtigste Forderung die Konstituierung eines frei gewählten Parlaments, einer legitimierten Regierung in der DDR.
- Die deutsche Einigung sollte nicht auf Kosten der sozial Schwachen in der DDR gehen. Das war der zweite Punkt.

- Der dritte: Sie sollte den europäischen Einigungsprozess fördern, die Sicherheit in Europa nicht gefährden und den Deutschen volle Souveränität geben.
- Viertens: Die Nachbarn Deutschlands sollten sich der endgültigen Anerkennung ihrer Grenzen und der Solidarität Deutschlands auf ihrem Weg der Demokratisierung sicher sein.

Ich bin mir bewußt, daß viele in Ost und West die deutsche Vereinigung nicht als selbstbestimmten Weg der Ostdeutschen sehen können oder wollen. Für die Ostdeutschen ist es klar, daß viele sich von westlicher Dominanz der Strukturen und Personen überrannt fühlten. Aber dazu komme ich noch. Für die Geisteslage im Westen ist es zum Beispiel bezeichnend, daß ich in dem ersten Rentenüberleitungsgesetz, das wir 1992, glaube ich, beschlossen haben, es wurde dann später korrigiert, als ehemaliger Minister als „systemnah“ galt und entsprechenden Kürzungen unterworfen wurde, denn der Stichtag war damals der 2. Oktober 1990. Es war den Beamten, aber auch den Politikern nicht aufgefallen, daß die DDR seit dem März 1990 ein demokratischer Rechtsstaat war... Diese Frage von Terminierung kommt ständig vor, und zwar bis heute.

Wichtig für die Frage der Perspektive der deutschen Einheit ist eine Erinnerung an die Diskussion um den Art. 23. Als Ende Januar 1990 die rechtliche Möglichkeit für die Vereinigung nach Art. 23 in die Diskussion kam, hatten wir selbst im Vorstand der SDP eine harte Auseinandersetzung über den Weg zur deutschen Einheit. Einige wollten wie ein Großteil der Bevölkerung die sofortige und unmittelbare Vereinigung per Beitrittsbeschluß. Ihnen waren sowohl der internationale Zusammenhang wie die konkreten Bedingungen, die nach unserer Meinung vorher geregelt sein mußten, eher zweitrangig. Ich erinnere mich an eine Sitzung des Vorstandes am 14. Februar 1990, in der wir anhand erster Entwürfe darzustellen versuchten, es war fast wie eine Stunde der politischen Bildung, was alles zu regeln sei, wenn zwei so unterschiedliche Gesellschaften zusammengeführt werden. Unser Ziel war deshalb ein Stufenplan zur deutschen Einheit. Fazit: Wenn es eine Vereinigung ohne einen Vertrag gibt, wird dies alles, was wir da beschrieben hatten, allein im Westen entschieden, und wir sind als politisch Mitbestimmende draußen. Ein einfacher Anschluß würde zur Benachteiligung der DDR-Bürger führen. Wir setzten uns in dieser Sitzung dann schließlich durch. Unser erstes Ziel mußten gerade um einer gut organisierten Vereinigung willen handlungsfähige demokratische Strukturen sein. Wir brauchten Parlament und Regierung, die dann die Einigung zu organisieren hatten. Nur so würde sich die Einheit Deutschlands im aufrechten Gang vollziehen lassen! Wer dies wollte, dies war die Absicht, mußte dann aber natürlich auch erst die demokratischen Institutionen schaffen.

Nach der Wahl war die Perspektive klar. Nicht, wie wir ursprünglich wollten, nach Art. 146, sondern nach Art. 23. sollte die Einigung vollzogen werden, wegen der Unkompliziertheit und weil es sehr viel schneller zu machen war. Wir waren uns dann in den Koalitionsgesprächen aber auch sehr schnell einig, daß dies nicht ein Beitritt mit Handschlag sein könne, sondern daß dieser erst

nach entsprechenden Verhandlungen erfolgen solle, die das Zusammenführen der verschiedenen Bereiche so unterschiedlicher Gesellschaften zum Thema haben müßten. Dies war nicht selbstverständlich. Es sei nur daran erinnert, daß wir in der Koalitionsvereinbarung extra festgeschrieben haben, daß der Beitritt nur für die ganze DDR erfolgen könne, denn es gab damals durchaus die Vorstellung, und so rechtlich klar war das offensichtlich auch nicht, daß einige Gebietskörperschaften, zum Beispiel eine Stadt, einfach den Beitritt hätten erklären können. Diese Angst und diese Befürchtung spielten damals in der Diskussion noch eine Rolle und auch in den Koalitionsverhandlungen. Gleichzeitig gab es auch in der Zeit der neuen Volkskammer die Gefahr, daß überstürzt einfach ein Beschluß gefaßt würde. Ich erinnere an den 17. Juni 1990, wo ein nicht geringer Teil der Großen Koalition, DSU, und Teile von Bündnis 90 sich an dem Versuch beteiligten, den sofortigen Beitritt zu beschließen. Dies zu verhindern, war kein leichter Akt. Wichtig war, daß de Maizière, Richard Schröder und Reinhold Höppner gemeinsam das Notwendige taten. Man muß sich einmal vorstellen, was es bedeutet hätte, wenn plötzlich der Beitritt beschlossen worden wäre. Die Bundesrepublik hätte sich nicht wehren können. Er wäre beschlossen worden, und was dies außenpolitisch bedeutet hätte, mag man sich auf der Zunge zergehen lassen.

Ein Problem für die Politik war, daß man die Instrumentarien des Handelns innerhalb der eigenen Verwaltung, innerhalb des eigenen Parlamentes erst einmal schaffen mußte. Man mußte die Volkskammer erst zu einem Parlament machen, vorher war sie nur eine Abstimmungsmaschine gewesen. Selbst da, wo es entsprechende Institutionen gab wie eben beim Parlament, waren die Handlungsabläufe völlig neu zu gestalten und war ihnen ein entsprechender Rechtsrahmen zu geben. Die Sozialdemokraten waren, wie sich dann herausstellte, die einzigen, die sich vorher darum gekümmert und auch darauf vorbereitet hatten. Martin Gutzeit hatte daran einen nicht unwesentlichen Anteil. Was muß eigentlich alles geregelt werden, und was hat Priorität? Oder eben auch Geschäftsordnungen. Das Festlegen von Prioritäten, von Gesetzgebungsplänen. Oder ich denke an die Arbeitsweisen der Ministerien. Ich, aber das ging ja anderen nicht anders, wir kamen in Häuser mit sehr sehr vielen Angestellten, denen wir mißtrauten. Ich ging da mit drei Leuten hinein, und es war keine leichte Aufgabe, in einer solchen Konstruktion überhaupt handlungsfähig zu werden. Insgesamt war ich 130 Tage Außenminister. Normalerweise sagt man, nach 100 Tagen fängt man an, ernstgenommen zu werden, da war meine Zeit im wesentlichen beendet.

Ich glaube, es lohnt sich, heute noch einmal die Koalitionsvereinbarungen der Großen Koalition der DDR und die Regierungserklärung von Lothar de Maizière nachzulesen. Sie beschrieben die Fülle der Aufgaben jenseits des unmittelbaren Verhandlungsgeschäftes, um überhaupt mit Fug und Recht sagen zu können, wir sind legitimierte Vertreter dieser Regierung und können und wollen, natürlich mit der Perspektive der Vereinigung, aber auch schon für die Zeit vorher rechtsstaatliche demokratische Verhältnisse schaffen. Ich will dies

jetzt nicht ausführlicher ausführen, mein Manuskript liegt draußen (s. Anlage 3). Ich will auf zwei Punkte aber noch eingehen.

Einmal war die Situation der Verhandlungen meines Erachtens sehr stark davon geprägt und, wie ich fand, auch behindert, daß die gesamte Vereinigung in einem Wahljahr stattfand. Ohne das Wahljahr hätte, davon bin ich überzeugt, Helmut Kohl das Angebot Hans-Jochen Vogels von Anfang 1990, dies als eine gemeinsame nationale Aufgabe über Parteigrenzen hinweg zu gestalten, angenommen. So war dies nicht der Fall. Jede Entscheidung im Vereinigungsprozess war geprägt von der Perspektive der Bundestagswahl. Das ließ sich in vielen Bereichen zeigen, und es wirkte auch auf die Koalitionsregierung in der DDR zurück. Als Beispiel erwähne ich nur, daß ich selbst erste Entwürfe meines Koalitionspartners über Überlegungen und Positionsbestimmungen des Einigungsvertrages, die im Büro Krause gemacht worden waren, nicht von meinem Koalitionspartner erhielt, sondern durch Indiskretion aus dem Bundeskanzleramt. So sah dann auch die Verhandlungspraxis aus, das heißt, auch die Handlungsfähigkeit in Bezug auf wirkliche Verhandlungen, wer da nun mit wem verhandelt, das ist dann ausgesprochen kompliziert gewesen. Wichtige Entscheidungen fanden am Ende mehr zwischen der Koalition in der Bundesrepublik und dem Bundesrat statt, weil eben die Regierung der DDR damit nicht klar kam und in der Bundesrepublik natürlich mit den verschiedenen politischen Entscheidungsträgern die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden mußten. Ich erinnere an den Paragraphen für den Schwangerschaftsabbruch, Paragraph 218, einer der ganz wenigen Punkte, wo man sagen muß, daß hier eine gesamtdeutsche Reform im Gefolge der Einigung zustande gekommen ist. Daß die Volkskammer dann am 23. August 1990 einen Beitrittsstermin festlegte, bevor der Einigungsvertrag wirklich zu Ende verhandelt und unterschrieben war, war für jeden Verhandlungsführer, der noch etwas durchsetzen will, eine völlig abwegige Situation. Das macht meines Erachtens die Unfähigkeit der DDR-Regierung in dieser letzten Phase offenkundig, eigenständige Positionen umzusetzen. Es war klar, die Musik spielte in Bonn. In Berlin hatte man das Zepter im wesentlichen schon aus der Hand gelegt oder es nicht in die Hand bekommen.

Wichtig ist es, sich noch einmal unseren Ansatz für die Verhandlungen zu vergegenwärtigen. Unsere Situation war ausgesprochen kompliziert. Es war klar, wir werden beitreten, und es war auch klar, daß wir nicht die gesamte Bundesrepublik umstürzen können und wollen. Dies spielte dann in der Verfassungsfrage eine Rolle. Uns war natürlich klar, daß das Grundgesetz die beste Verfassung in der deutschen Geschichte ist, das war überhaupt unumstritten. Aber es erschien uns wichtig, doch zu einer gemeinsamen Verfassung zu kommen, zu einer neuen Verfassung, natürlich auf der Grundlage des Grundgesetzes. Eine intensive Verfassungsdiskussion über ein Jahr oder ein gutes halbes Jahr hinweg hätte eine konstitutive und existentielle Bedeutung für dieses neue Deutschland gehabt. Wir waren der Meinung, dieses Neue müßte auch in den Formen seinen entsprechenden Ausdruck finden. Dies ist in vielen Punkten nicht gelungen. Gleichzeitig, Herr Schäuble hat es in seinem Buch charakteri-

stisch ausgedrückt, wurden wir im Osten von vielen Freunden und Reformern und Leuten, die Ideen hatten, mit Reformvorschlägen überschüttet. Wir konnten, muß ich sagen, vieles einfach gar nicht lesen. Dies war, muß ich nachträglich sagen, natürlich auch eine Gefahr, die von seiten der Bundesregierung in den Verhandlungen gesehen wurde. Was würde da alles auf den Tisch kommen, wenn man jetzt Generalrevision machte. Ich muß gestehen, besonders nachträglich kann ich diese Bedenken durchaus verstehen. Andererseits denke ich doch, daß die Perspektive, die dann Platz griff, wirklich mehr eine Perspektive des Anschlusses als eine Perspektive war, die auf einen wirklich gemeinsamen Neuanfang aus war, ohne daß ich jetzt über die einzelnen Punkte und Vorschläge rechten will; und was sie dann jeweils bewirkt hätten und ob die Alternativen, die wir dann an manchen Punkten gefordert hätten, so weiterführend gewesen wären, ist eine andere Frage.

Ich komme jetzt zu dem internationalen Aspekt. Die Perspektive am Anfang war relativ klar, wir haben das heute schon besprochen. Nach den Wirren des Herbstes 1989 mußte der Westen, insbesondere die USA, wirklich das Zepter des Handelns wieder in die Hand bekommen, und dies war notwendig auch aufgrund der amerikanischen Interessen. Das muß man so klar sagen. Daß Präsident Bush die Vereinigung befördert hat, war auch eine Frage des eigenen Interesses, und daß die Vereinigung möglichst zu den eigenen Bedingungen erfolgen mußte, das heißt mit der Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands in der NATO, war auch eine Frage des eigenen Interesses, denn die Führungsmacht USA in Europa brauchte dieses Instrumentarium. Hier zeigte sich, davon war vorhin schon die Rede, was „partnership in leadership“ bedeutete. Das Beispiel der deutschen Vereinigung ist dann wirklich *das* Beispiel, wo sie praktisch wurde. Die damit verbundene Frage der Verlässlichkeit ist, da stimme ich Herrn Seiters ausdrücklich zu, für die Zukunft eine wesentliche und prägende Perspektive. Über Frankreich und Großbritannien ist heute schon viel gesagt worden, deshalb will ich das hier aussparen. Als ich selbst am 12. April 1990 Außenminister wurde, waren die wichtigsten Konstellationen für den Zwei-plus-Vier-Mechanismus festgelegt, der Zwei-plus-Vier-Mechanismus war erfunden. Als ich kurz danach das erste Mal Hans-Dietrich Genscher in seinem Privathaus besuchte, erklärte er mir die Zusammenhänge, auch die Hintergründe. Dies war für mich ein ausgesprochen wesentliches Gespräch, nicht zuletzt deswegen, weil ich selber noch in dem Gründungsvortrag zur Sozialdemokratischen Partei am 7. Oktober 1989 von einem notwendigen Friedensvertrag gesprochen hatte, um die Nachkriegszeit und die Folgen zu beenden und die volle Souveränität Deutschlands wiederherzustellen. Die Gründe, weshalb es kein Friedensvertrag sein sollte, sind klar, ich brauche das hier nicht im einzelnen zu wiederholen. Die Frage der Reparationen spielte hier eine ganz zentrale Rolle. Auch die Frage, wer mit wem verhandelt, nicht zuletzt, daß wir nun mal nicht unmittelbar mehr in der Nachkriegszeit lebten, sondern daß man Erfahrungen gemacht hatte mit einer stabilen Demokratie als Partner in Westeuropa, dies konnte man nicht einfach beiseiteschieben. Wir unterstützten diese Position und fügten hinzu: Wir haben die Demokratie erkämpft,

das heißt, wir sind nicht einfach nur die Verlierer des Zweiten Weltkrieges, sondern demokratische Partner in dieser Beziehung. So gelangten wir zu einem gemeinsamen Ansatz. Mit moralischer Legitimation wollten wir nicht nur die deutsche Einheit gestalten, sondern auch an der europäischen Zukunft mitwirken. Diesem Gestaltungswillen waren natürlich real sehr deutliche Grenzen gesetzt. Ziel der freigewählten Regierung war die Herstellung der deutschen Einheit, und deshalb war unsere Aufgabe die Selbstauflösung dieser Regierung bei rechtllichem Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland als vereintem Deutschland. Schon allein das verdeutlicht, unabhängig von dem Unterschied an politischer Erfahrung bei den Akteuren und von den eingespielten Kommunikationen im Westen, die Verteilung der Gewichte zwischen beiden deutschen Staaten in diesem Prozeß. Die Aufnahme in den Kreis der Außenminister war überaus freundlich, trotz mancher gegenteiliger Äußerung. Doch wollte man nicht, daß mit der demokratischen DDR ein zusätzlicher echter Akteur aufs Spielfeld trat. Das wurde schon darin deutlich, daß nach den Festlegungen in Ottawa im Februar 1990 nicht gewartet wurde, bis es durch demokratische Wahlen legitimierte Vertreter der DDR gab. Das erste Beamtenreffen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, das die Aufgabe hatte, das erste Außenministertreffen vorzubereiten, fand vier Tage vor der Volkskammerwahl in der DDR statt! Trotz dieser denkbar schlechten Voraussetzungen für eine eigenständige Rolle bei den Verhandlungen entwickelten wir unsere Konzeptionen. Die wichtigsten sind dann schon in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt worden.

Erstens: Wir wollten den Prozeß der deutschen Einheit als Katalysator für die europäische Einigung gestalten. Dies war ebenfalls Ziel der Bundesregierung. Doch hatten die westlichen Staaten einschließlich der Bundesrepublik einen völlig anderen Ansatz als wir. Sie wollten vor allem die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Vereinigung, zur Ablösung der Rechte der Vier Mächte sowie die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands erreichen. Aber sonst wollten sie möglichst wenig regeln. Für die Zukunft sollten alle Optionen offengehalten werden, denn es war klar, wo künftig in Europa das Machtzentrum liegen würde. Wir dagegen hielten es für wichtig, zentrale Fragen nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Einigung und Entwicklung zumindest ansatzweise festzulegen. Daraus folgte, daß wir in verschiedenen Fragen einerseits für Übergangsregelungen plädierten, um so für die Zukunft den Prozeß im Fluß zu halten, andererseits aber wenigstens doch die Richtung vorgegeben sehen wollten. Gerade solche Übergangsregelungen wurden von westlicher Seite aus den oben genannten verständlichen Gründen mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Wir hofften, daß es nach dem Ende der Konfrontation der beiden Blöcke im Kalten Krieg möglich wäre, diese Blöcke schrittweise zu überwinden, ein Modell, das auch in den 80er Jahren insbesondere von anderen immer wieder angesprochen worden war. Anders wiederum als andere in der DDR waren wir auch strikt gegen jede Art von Neutralität. Daher strebten wir drastische Abrüstungsschritte und Übergangsregelungen bei den gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen an.

Die Stärkung der KSZE hatte für uns eine hohe Priorität. Gemeinsam mit Polen und der Tschechoslowakei entwickelten wir beispielsweise eine Initiative zur Institutionalisierung der KSZE, die sogenannte trilaterale Initiative. Bevor wir für eine Übergangszeit einer abzusehenden NATO-Mitgliedschaft zustimmen würden, wollten wir alles zur Veränderung ihrer Funktionen und Strategien tun. Das Aufgeben der Vorneverteidigung, der Strategie der flexible response, des nuklearen Ersteinsatzes, der Kurzstreckenraketen, all dies war für uns Thema. Für mich persönlich spielte in der Frage der Perspektive der NATO-Mitgliedschaft die Reise Anfang März nach Washington eine wichtige Rolle, ebenso der NATO-Besuch in Brüssel, bei dem ich Herrn Wörner besuchte und auch Herrn Kornblum traf, weil, ich gestehe, mein Bild von der NATO sich damit auch deutlich veränderte. Gleichwohl, die Beschlüsse des NATO-Gipfels vom Juli 1990 reichten mir auch in den strukturellen Fragen der Strategien nicht aus.

Zweitens: Wir fühlten uns unseren östlichen Nachbarn, die mit uns unter der Diktatur gelitten und sich ebenfalls davon befreit hatten, tief verbunden. Das schloß auch die Völker der Sowjetunion mit ein. Wir anerkannten die Verdienste Gorbatschows um die Demokratisierung des Sowjetsystems. Es erschien uns nicht nur aus moralischen, sondern auch aus grundsätzlichen politischen Gründen unerläßlich, mit der Sowjetunion zu einer auch für sie wirklich tragbaren Lösung zu kommen. Eine nur aus augenblicklicher Schwäche abgerungene Zustimmung der Sowjetunion, die dort das Gefühl hinterlassen würde, den Zweiten Weltkrieg nun nachträglich doch noch verloren zu haben, würde für das Europa der Zukunft ein bleibender Unsicherheitsfaktor sein. Wir wollten auf jeden Fall ein Versailles für die Sowjetunion vermeiden. Die Berücksichtigung der sowjetischen Interessen lag aus unserer Sicht auch in unserem eigenen Interesse. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Daher war es uns wichtig, daß die Sowjetunion auch nach dem zu vereinbarenden Truppenabzug aus Deutschland fest mit Europa verbunden bleibe, und zwar auf bessere Weise. Ein Problem bei dieser Konzeption war wiederum, daß es für uns immer unmöglicher wurde, wirklich einzuschätzen, was die Position der Sowjetunion selbst war, unter welchen Bedingungen sie zustimmen würde, denn daß wir letztlich ihre Zustimmung brauchten, auch zur NATO-Mitgliedschaft, war uns klar. Die Frage des Preises war aber nicht klar, und hier wären wir wahrscheinlich eher bereit gewesen, weiter zu gehen als die Bundesrepublik beziehungsweise der Westen. Für die Sowjetunion war es unter anderem ein Problem, daß mit der Anerkennung der deutschen Souveränität der vollständige Abzug ihrer Truppen bevorstand, für die westlichen Alliierten sich jedoch nicht viel ändern würde. Schließlich war insbesondere durch die NATO-Mitgliedschaft die Bundesrepublik mit diesen inzwischen auf vielfältige Weise verbunden. Um wenigstens an einer Stelle alle vier Alliierten gleich zu behandeln, was für die Sowjetunion von großer psychologischer Bedeutung war, machte ich beim Zwei-plus-vier-Treffen in Berlin den Vorschlag, daß alle vier Siegermächte möglichst bald Berlin räumen sollten. Das hätte sicherheits-

politisch nichts gekostet, wäre aber für die Sowjetunion ein wichtiges Symbol gewesen.

Drittens: Nach unserem Verständnis sollte die Wiedererlangung der deutschen Souveränität damit einhergehen, daß wir Deutschen uns gerade darin als frei und souverän erweisen, daß wir ohne Zwang und in freier Selbstbestimmung bestimmte Selbstbeschränkungen eingehen, die ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung sein sollten. Dazu gehörte zum Beispiel der Verzicht auf Besitz, Herstellung und Stationierung sowie der Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Am liebsten hätten wir solche Beschränkungen auch im Einigungsvertrag beziehungsweise in der künftigen deutschen Verfassung festgeschrieben. Auch für die konventionelle Abrüstung und die Herabsetzung der Truppenstärken in Europa wollten wir Anstöße geben. Die Truppenstärke des vereinten Deutschlands sollte radikal herabgesetzt werden. Als ich in Berlin im Juni beim Außenministertreffen diesen Vorschlag unterbreitete, wurde er noch als Singularisierung Deutschlands vehement abgelehnt. Wenig später ist er dann jedoch umgesetzt worden. Ende August 1990 erklärten die beiden deutschen Staaten vor der Wiener Abrüstungskonferenz zum KSE-Vertrag, daß das vereinte Deutschland seine Truppen auf 370.000 Mann begrenzen würde. Diese Erklärung wurde dann auch in den Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgenommen.

Viertens: Die Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße hatte für uns zentrale Priorität. Die Grenze sollte so schnell und so unkompliziert wie möglich völkerrechtlich verbindlich und dauerhaft anerkannt werden. Nur so konnten wir erwarten, so war unsere Meinung, daß unsere Nachbarn die deutsche Vereinigung begrüßen und die mehr oder weniger latenten Befürchtungen in der polnischen Bevölkerung ausgeräumt werden. Diese Anerkennung sollte aus unserer Sicht völlig freiwillig geschehen und ohne jeden Eindruck, daß wir Deutschen dazu gedrängt werden müßten. Einen solchen Eindruck hielten wir für schädlich. Niemand sollte uns sagen müssen, wo Deutschland liegt. Die Reife der Deutschen sollte sich gerade in der freien Anerkennung der territorialen Integrität ihrer Nachbarn erweisen. Auch die später häufig gebrauchte Rede davon, daß die Anerkennung der Grenze beziehungsweise, wie es hieß, die Abtretung der früheren deutschen Ostgebiete der Preis für die Wiedervereinigung gewesen sei, führt in die falsche Richtung. Die Gebiete waren in der Folge des verbrecherischen Krieges durch Nazideutschland längst verloren, und es galt dies endlich wahrzunehmen und dauerhaft anzuerkennen. Damit das in dieser Weise zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen geschehe, maßen wir die den trilateralen Gesprächen großes Gewicht bei, die dann auch in einigen Runden stattgefunden haben, dann aber versandeten. Daher strebten wir dann einen Grenzvertrag an, der völkerrechtlich verbindlich die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigen sollte, und da unser Hauptanliegen war, die Polen zu versichern, haben wir uns dem Vorschlag von Mazowiecki angeschlossen, noch in der Zeit der zwei Staaten den Vertrag auszuhandeln und zu paraphieren und dann nach der Vereinigung Deutschlands zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Helmut Kohls lange Weigerung, die

deutsch-polnische Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, erweckte nicht nur bei uns Vorbehalte, sondern sorgte auch innerhalb der Bundesregierung für Streit und schuf international Irritationen und Unverständnis. Im Hintergrund stand bei ihm offensichtlich das Kalkül, bestimmte Wählerstimmen nicht verprellen zu wollen. Franzosen wie Amerikaner versuchten, die Polen zu beruhigen und vorsichtig auf Helmut Kohl einzuwirken. Später stimmte der Bundeskanzler einer identischen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer zu, in der der Bestand der deutsch-polnischen Grenze garantiert wurde. Bald danach konnte beim Außenministertreffen in Paris eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden. Für die Pariser Tagung war wichtig, daß die Trennung vollzogen wurde zwischen dem Grenzvertrag und dem Grundlagenvertrag, wie wir damals den späteren Nachbarschaftsvertrag nannten. Ursprünglich wollten das weder die Polen noch die Bundesrepublik, jeweils aus unterschiedlichen Gründen. Wir hatten diese Trennung vorgeschlagen. Die Polen wollten möglichst auf einmal und ganz schnell alles. Die Bundesrepublik wollte den Grenzvertrag nicht so früh. So ergab sich eine Blockade. Der Durchbruch wurde dann Anfang Juli beziehungsweise in Paris vollzogen. In Paris hieß es dann, daß der Grenzvertrag unmittelbar nach der Vereinigung geschlossen werden solle, weshalb wir wiederum danach forderten, er solle in der ersten Sitzung des Parlamentes nach der Vereinigung ratifiziert werden. Dies war nicht der Fall. Daß nach der Vereinigung Helmut Kohl im Einvernehmen mit Mazowiecki diese Entkoppelung teilweise zurücknahm, indem man beschloss, den Grenzvertrag zwar zu unterschreiben aber erst gemeinsam mit dem Nachbarschaftsvertrag zu ratifizieren, das haben wir damals sehr skeptisch betrachtet. Trotz aller Schwierigkeiten, Verwicklungen, Fragen und auch Verdächtigungen, die es in dieser Frage gegeben hat, haben sich alle diese Sorgen, so muß ich heute klar sagen, in den Jahren darauf nicht bestätigt.

Die Veränderungen der DDR-Positionen, die es dann im Laufe der Zeit natürlich gegeben hat, denn in so schnell sich wandelnder Zeit waren Positionen nicht von Anfang bis zum Ende durchzuhalten, die kann ich hier im einzelnen nicht beschreiben. Ich wollte aber die Grundlinien beschreiben. Der unmittelbare Einfluß der DDR auf die Ergebnisse war naturgemäß gering. Nicht nur wegen mancher Fehler und Unerfahrenheit, sondern insbesondere durch die oben angesprochenen Rahmenbedingungen. Zu den Fehlern zähle ich das, was dann unter dem Stichwort Sicherheitszone kursierte. Es war ein Fehler sowohl in der Art, das Konzept nach außen zu geben, ohne vorher Absprachen getroffen zu haben, als auch in der Form.

Das schmale und auf wenige Verhandlungspunkte angelegte Konzept des Westens war strategisch auf einen schnellen Verlauf angelegt und hatte Erfolg. Dieser schnelle und erfolgreiche Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages öffnete das Tor zur deutschen Einheit. Er war für Deutschland und seine europäischen Nachbarn ein großer Gewinn. Und die erfolgreiche Dimension des Vereinigungsprozesses, der Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990, machte nicht nur für die deutsche Ein-

heit den Weg frei, sondern mündete auch in die Charta von Paris für ein neues Europa vom November 1990. Wer diese Texte heute nachliest, spürt noch etwas von der Vision eines neuen Europa, die uns und viele Menschen in Europa damals erfüllte. Heute haben wir nicht nur in Bosnien schlimme Erfahrungen gemacht. Der Optimismus ist gewichen, die Aufgaben, auch manche von denen, die wir damals in den Verhandlungen ansprachen, sind geblieben. Gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern werden wir heute dazu beitragen, den heutigen Herausforderungen bei der Gestaltung Europas gerecht zu werden. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, Sie werden bemerkt haben, daß der Zeitrahmen bei beiden Vorträgen überschritten wurde. Allerdings standen die beiden Referenten vor dem Problem, die innere Entwicklung, die äußere Entwicklung und den Vereinigungsprozess selbst darzustellen. Das Themenfeld war sicherlich sehr breit, und dementsprechend ist es wohl verständlich, daß der Zeitrahmen etwas überschritten wurde. Vieles war in den Einzelheiten der Einschätzung doch auch interessant, da die Akteure, die damals eine Rolle gespielt haben, heute ihr damaliges Tun zum Teil kritisch oder doch ansatzweise kritisch reflektieren. Angesichts der Zeitprobleme können wir keine Podiumsdiskussionen mehr durchführen, was wir eigentlich wollten, doch sollten wir uns die Zeit nehmen, noch zwei Statements dazu zu hören, und zwar von Herrn Poppe und von Herrn Irmer, die damit gleichsam die Diskussion der Enquete-Kommission eröffnen. Zunächst Herr Poppe bitte. Ich weiß natürlich, daß auch Herr Poppe sehr viel aus eigener Erinnerung darstellen kann. Aber vielleicht versucht er, sich auf einige Punkte zu konzentrieren.

Gerd Poppe, MdB: Ich werde mir Mühe geben, Herr Faulenbach. Allerdings möchte ich noch eine weitere Sicht hier einbringen, sozusagen den Kreis der Akteure erweitern. Das hat sich ja heute schon einmal angedeutet mit dem, was Janusz Reiter gesagt hat zur polnischen Solidarność und dem, was wir dazu diskutiert haben. Es ist auch bei Markus Meckel einiges angeklungen. Ich will also hier noch einiges sagen zur Sicht der DDR-Opposition und -Bürgerrechtsbewegung. Wie hat sie die Rahmenbedingungen gesehen, welche Optionen, welche Handlungsspielräume hatte sie, und wie hat sie möglicherweise ihrerseits die Rahmenbedingungen mit verändert? Nun mache ich da einen Unterschied zwischen zwei sich deutlich voneinander unterscheidenden Zeiten. Das Unterscheidungsmerkmal ist ganz einfach, das ist der Fall der Mauer. Es geht einmal um die Zeit vor dem Fall der Mauer, und dann geht es um den 9. November 1989 und die Zeit danach bis zur deutschen Einheit. Bei der Fragestellung, die uns immer wieder offeriert wird, geht es immer um bestimmte Politiker, möglichst alle die bekannten Namen, die ihre Memoiren schreiben, die immer die deutsche Einheit und nie etwas anderes wollten. Die stand im Vordergrund all ihrer politischen Überlegungen, während die Oppositionsbewegung in der DDR angeblich immer nur die verbesserte DDR, den

demokratischen Sozialismus, einen dritten Weg wollte. Sie wäre, heißt es, systemimmanent gewesen und in diesem Ansatz steckengeblieben. Wir hören es immer wieder, und deshalb muß ich einfach darauf noch einmal eingehen, weil dabei immer übersehen wird, daß spätestens in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, etwa von 1985 an, die Opposition und Bürgerrechtsbewegung sich sehr eindeutig konzentriert hat auf die Fragen von Menschenrechten, von Demokratisierung, von Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, von Schaffung einer Zivilgesellschaft und so weiter. Dies alles waren keine systemimmanenten Forderungen, sondern ganz im Gegenteil systemsprengende Forderungen. Das muß man wissen, wenn man gleichzeitig immer sagt: Na ja, da gab es doch so ein diffuses Verhalten zur deutschen Einheit, Unklarheiten darüber, ob die überhaupt die deutsche Einheit wollten oder nicht. Auf jeden Fall wollten sie etwas erreichen in der DDR, was offensichtlich das Ende dieser DDR bedeutet hätte. Es möge mir einmal jemand erklären, wie man Gewaltenteilung und Demokratie und freie Wahlen fordern kann und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der DDR. Also das muß ich einfach vorausschicken, weil wir das leider immer wieder diskutieren müssen und weil immer wieder gesagt wird, die deutsche Einheit: das sind Gorbatschow und Kohl. Die haben das gemacht. Wenn man jetzt in die Buchhandlung geht, hier auf der Ladenzeile auf der anderen Seite, da liegt ein Buch, signiert vom Kanzler. Den Titel kann man auf zweierlei Weise lesen. Entweder: „Ich *wollte* die deutsche Einheit“ oder „Ich *wollte* die deutsche Einheit“. Man kann sich überlegen, wie man das liest. Auf jeden Fall ein eindeutiges Problem ist die Reduzierung auf eine bestimmte politische Ebene. Da wird auch immer wieder vergessen, daß Gorbatschow nicht einfach der große Friedens- und Einheitsbringer war und nicht einfach die sowjetische Herrschaft über den Ostblock aufgeben wollte, sondern ein ganz anderes Ziel hatte, und daß sein Erscheinen an der Führungsspitze der Sowjetunion zu einem Zeitpunkt geschah, als sich der mögliche Zusammenbruch schon andeutete. Sein Interesse war die Rettung dieses Systems und war auch die Bewahrung des sowjetischen Vormachtanspruchs. Dieses wird allzu oft vergessen, wenn wir über die Rollen der verschiedenen Politiker sprechen. Wir haben leider auch gerade in den 80er Jahren im Osten unsere Erfahrungen gemacht mit entweder sporadischen Besuchen oder gar der Ignoranz seitens der westdeutschen Politiker. Es war nicht nur Egon Bahr, der die Stabilisierung des Status quo forderte und sich bei der letzten Enquete-Kommission verstiegen hat zu dem Satz: Den Status quo stabilisieren, um ihn letztlich überwinden zu können. Diese feine Art von Dialektik haben auch andere gehabt. Ich erinnere mich allerdings auch der wenigen Ausnahmen von der Regel: der Politiker, die nicht nur Ost-Reise-Diplomatie zum Zentralkomitee der SED betrieben, sondern auch zur Opposition gingen. Aber vorrangig ging es wohl doch mehr um Milliardenkredite und die gegenseitigen Normalisierungs- oder Anerkennungsbekundungen bis hin zu den peinlichen Duz-Brüderschaften von heutigen Kanzlerkandidaten mit SED-Politbüromitgliedern. Diesen Unterschied will ich deutlich machen.

Vor 1989 hatten wir eine bestimmte Sicht, die selbstverständlich zu tun hatte mit dem, was wir an realen Möglichkeiten sahen. Da haben wir gesehen, was in Polen läuft, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, später in den baltischen Republiken. Wir haben die Fluchtbewegung erlebt. Das sind natürlich alles Anstöße gewesen für den steigenden politischen Organisationsgrad der Opposition. Aber es ist eben ein Prozeß. Und dieser Prozeß geht über viele Jahre und setzt nicht irgendwie zufällig ein, indem lauter Einheitswillige im Herbst 1989 auf die Straße gehen. Man muß diesen Prozesscharakter betonen. Dennoch ist es natürlich richtig zu sagen, daß es in der Opposition eine zielstrebige Politik in Richtung deutscher Einheit nicht gegeben hat, sondern daß hierzu die Überlegungen erst mit dem Fall der Mauer einsetzten. Auch danach noch, in der ersten Zeit danach, standen die Forderungen Gewaltenteilung, Ende des Führungsanspruchs der SED, Ende der MfS-Repression, Auflösung des MfS und so weiter im Vordergrund. Diese Forderungen vom Herbst 1989 waren natürlich entscheidende politische Forderungen, um unserem Anspruch gerecht werden zu können, demokratische Veränderungen herbeizuführen und dann mit Hilfe des Runden Tisches die einzigen, ersten und letzten demokratischen Wahlen in der DDR möglich zu machen. Dies war in der Tat die vorrangige Zielstellung. Dahinter ist vielleicht etwas selten in der Öffentlichkeit angekommen, welche Positionsveränderungen sich nach dem Fall der Mauer tatsächlich auch in Bezug auf die deutsche Einheit ergeben haben. Man sagt jetzt, als der Bundeskanzler sein Zehn-Punkte-Programm Ende November 1989 verkündete, habe er nicht gewußt, daß es bis zur Einheit noch nicht einmal ein Jahr dauern werde. Genauso ging es uns natürlich auch. Warum sollten wir klüger sein als der Bundeskanzler? Da hat zum Beispiel die Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ im Dezember 1989 ein Drei-Stufenprogramm entwickelt, das ebenfalls zur deutschen Einheit führen sollte. Das deutete ich mal eben an, weil es typisch ist für die Diskussion, die in der Opposition stattfand. Eindeutig war das Ziel der staatlichen Einheit, es ist dort formuliert, und es sind drei Stufen vorgesehen, beginnend mit demokratischen Reformen, wobei von Anfang an mit den osteuropäischen Nachbarn zusammengewirkt werden sollte. Das war ja auch der Anspruch, den Meckel beschrieben hat, die Zusammenarbeit mit Polen und der Tschechoslowakei. Einführung einer sozialen Marktwirtschaft, freie Wahlen, Aufbau eines parlamentarischen Systems und eine durch Volksentscheid zu verabschiedende Verfassung, das war die erste Stufe. Die zweite sollte die Stärkung des Föderalismus sowie eine Art neuer Grundlagenvertrag sein. Ähnlich dem Zehn-Punkte-Plan von Kohl war hier auch ausdrücklich die Möglichkeit einer Konföderation vorgesehen, ferner die Einbeziehung der KSZE in den Prozeß sowie Abrüstungsschritte. Und dann letztlich in einer dritten Stufe ein Vertragswerk mit dem Charakter eines endgültigen europäischen Friedensvertrages, in das die deutsche Einheit eingebettet sein sollte, so wie das oft diskutiert wurde. Dies war, wie gesagt, das Programm von „Demokratie jetzt“. Ich nenne es als ein typisches Beispiel. Wir wollten die Einheit nicht als Selbstzweck, sondern wir wollten, daß sie im Selbstverständnis der Deutschen natürlich auch bedeuten muß: Aufhebung der europäischen Teilung, Berücksichtigung der Ansprüche der osteuropäischen

Partner, die für uns die ganzen 80er Jahre über eine ganz wichtige Bedeutung hatten, indem sie beispielsweise die Mitteleuropa-Diskussion geführt hatten, vor allen Dingen in der Tschechoslowakei und in Ungarn, mehr oder weniger in intellektuellen Kreisen. Diese Debatte „Zurück nach Europa“, den Anspruch, der in diesen Ländern damit verbunden war, wollten wir zugleich unterstützen, wenn wir uns Gedanken machten über die Einheit. So sollte man auch in der Sicherheitspolitik zu europäischen Strukturen finden, und dieses erklärt, warum es die NATO-Debatte gegeben hat. Es gab auch die Befürchtung, es könnten neue Konfliktlinien entstehen, man würde entweder auf der einen Seite die Sowjetunion oder auf der anderen Seite die ostmitteleuropäischen Staaten verprellen. Diese Debatte, darum bitte ich, ist zu verstehen aus dem damaligen Kontext und sollte nicht immer wieder mißinterpretiert werden.

Der Runde Tisch war das Instrument, das die Opposition zunächst einmal bis zu den freien Wahlen hatte. Man kann sich die Wahlprogramme ansehen, die dann im Februar für die Wahlen zur Volkskammer entstanden sind. Sie werden dort ein nahezu uneingeschränktes Bekenntnis zur deutschen Einheit finden, von allen demokratischen Gruppierungen und Parteien. Allerdings mit einer Ausnahme. Bei den linken Gruppen, der vereinigten Linken, stand ausdrücklich, daß sie die deutsche Einheit nicht wollten, auch nicht irgendwann. Andere haben sich dann auch mit so komplizierten Fragen wie der Einbettung in den europäischen Prozeß auseinandergesetzt. Aber das Bekenntnis zur Einheit war vor den Wahlen durchgängig. Deshalb gab es nicht die Kontroverse zwischen den einen, die sie wollten und dann gewählt wurden, und den anderen, die sie nicht wollten. Die Kontroversen lagen in dem sozialpolitischen Programm, sie lagen in der Gestaltungsform der Einheit, sie lagen zum Beispiel auch darin, ob man nach dem Beschluß des Runden Tisches nun noch eine eigene DDR-Verfassung beschließt. Den grundsätzlichen Beschluß gab es sehr wohl. Es gab keinen endgültigen über den fertigen Verfassungsentwurf, weil dieser erst im April, also drei Wochen nach dem Ende des Runden Tisches, vorgelegt wurde. Aber ich finde das auch aus heutiger Sicht, siebeneinhalb Jahre danach, von Interesse. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches enthielt in seinem Artikel 41 Absatz 2 das ganz eindeutige Bekenntnis zur deutschen Einheit. Er enthielt in seinem Artikel 44 Absatz 2, das ist ebenfalls interessant, Aussagen zur Sicherheitspolitik, zur Abgabe von Hoheitsrechten, und zwar im Sinne eines Systems kollektiver Sicherheit im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Und er enthielt in seinen Artikeln 126 bis 136 Übergangsregelungen für den Fall des Zustandekommens der Einheit. Er favorisierte zwar eine Regelung nach dem damaligem Artikel 146 GG, er ließ aber auch die Möglichkeit eines Beitritts nach Artikel 23 GG zu und formulierte dazu die notwendige Übergangsregelung. Ich sage das nur, weil das die ganze Debatte im Januar und Februar prägte, also noch vor den Volkskammerwahlen die Entscheidung eindeutig gefallen war, und zwar einer großen Mehrheit.

Letzter Punkt, auf den ich noch eingehen will: die Volkskammerzeit. Man kann die ganze Entwicklung nicht unabhängig von der Eigendynamik des Ge-

samtprozesses betrachten. Die Situation änderte sich ja manchmal stündlich. Dazu kommt, daß dieses Parlament zum überwiegenden Teil aus Amateuren bestand, die dann auch oftmals belächelt wurden. Ich empfehle trotzdem wie Herr Meckel, die Protokolle der Plenarsitzungen zu lesen. Es ist schon sehr interessant, wo da die Linien verliefen. Interessant zu lesen ist auch, was die Volkskammer gleich in ihrer zweiten Sitzung beschlossen hat: Eine gemeinsame Erklärung gegenüber Israel, zum Einmarsch der Volksarmee 1968 in die CSSR und gegenüber den Völkern der Sowjetunion. Etwas später kam dann eine gemeinsame Erklärung zur polnischen Westgrenze. Beide Erklärungen wurden – mit Ausnahme der DSU, die sich in dem einen Fall enthielt, im Fall der polnischen Westgrenze dagegen stimmte – im übrigen völlig einhellig vom ganzen Parlament verabschiedet. Ansonsten kam Außenpolitik dort sehr wenig vor. Das ist bedauerlich. Ich erfahre auch jetzt von Meckel, was es mit dieser trilateralen Geschichte auf sich hatte, während in der Volkskammer dazu keine Debatte stattfand, obwohl wir dies vom damaligen Außenminister gefordert haben. Jedenfalls war es schon klar, daß die Akteure, von denen ich jetzt gesprochen habe, mit den wenigen Ausnahmen, die dann zeitweise in der Regierung waren, natürlich nur einen vergleichsweise geringen Einfluß auf die tatsächliche Herstellung der Einheit hatten.

Wenn ich ein Resümee in wenigen Sätzen ziehen müßte: Die Rolle dieser Akteure lag erstens darin, daß sie durch die friedliche, vielleicht sollte man auch sagen, die unvollendete Revolution gemeinsam mit den ost- und mitteleuropäischen Demokratiebewegungen die Voraussetzung geschaffen haben für die Änderungen in Europa und die Möglichkeit der deutschen Einheit, die damit verbunden war. Die zweite Leistung war, in dieser Übergangszeit, als wir noch keine demokratischen Wahlen hatten, die Voraussetzung für demokratische Wahlen geschaffen zu haben. Innerhalb kürzester Zeit mußte der Runde Tisch ein Wahlgesetz und ein Parteiengesetz verabschieden. Das war keine leichte Aufgabe. Das dritte: da bleiben dann eigentlich für dieses halbe Jahr des frei gewählten Parlaments nicht sehr viel mehr als einige Anpassungsregelungen sowie als einzige große verbleibende Leistung die Ermöglichung der Akten-einsicht und die Schaffung der dazugehörigen Behörde. Das wäre wohl ohne uns nicht gelaufen. Ich denke, es gibt beeindruckende Fortschritte, aber es geht in manchen Bereichen auch langsamer voran, und es beunruhigt vor allem die mangelnde Akzeptanz des demokratischen Staates. Dies gilt vor allem für einige Gruppen im Osten und für viele Jugendliche. Darüber sollte man sich schon Gedanken machen. Ich meine, daß es möglich gewesen wäre, die Akzeptanz von vornherein zu erhöhen, z. B. wenn man dem Rat der Akteure aus der Demokratie- und Bürgerrechtsbewegung gefolgt wäre, dem Grundgesetz oder einer modifizierten gesamtdeutschen Verfassung per Volksentscheid zuzustimmen, dann hätte man vielen Menschen das Gefühl nehmen können, daß sie gar nicht erst gefragt und auch unzureichend beteiligt gewesen sind. Man hätte bestimmte Themen aufgreifen können, die in der ganzen Debatte, angefangen vom Runden Tisch, über das Kuratorium, das 1990 gebildet wurde, bis hin in die spätere Bundestagsdebatte zur Verfassungsreform eine Rolle spiel-

ten, und danach auch einiges mehr an Akzeptanz für die deutsche Einheit durch große Mehrheiten, oder noch größere Mehrheiten, wie immer Sie wollen, erreichen können.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Es folgt Herr Irmer. Wenn wir wenigsten noch etwas diskutieren wollen, Herr Irmer, dann wäre ich, jedenfalls als Diskussionsleiter, sehr froh, wenn Sie die Länge von Herrn Poppe etwas unterschreiten könnten.

Ulrich Irmer, MdB: Sie meinten die Länge seiner Ausführungen. Dem letzten scheiden die Diskussionsleiter immer gern die Redezeit ab. Aber ich will hier sehr diszipliniert sein. Wenn man die Frage nach den Handlungsspielräumen insbesondere deutscher Politik stellt, dann muß man sagen, daß die deutsche Politik die Handlungsspielräume, die es dann tatsächlich gab, in der Vergangenheit geschaffen hatte. Voraussetzungen für die Vereinigung, *conditiones sine quibus non*, waren die folgenden:

1. Die Westintegration
2. Die Ostpolitik, das heißt die Vertragspolitik
3. Die Tatsache, daß diese beiden Politiken, so sehr ursprünglich bekämpft von bestimmten innenpolitischen Kräften, später zum Gemeingut der Außenpolitik wurden. Die Westintegration wurde von der SPD später voll übernommen. Die Vertragspolitik, insbesondere der KSZE-Prozeß, wurde von der CDU/CSU, die ursprünglich ja sehr skeptisch und ablehnend gewesen war, auch zu ihrer eigenen Politik in der Zeit nach 1982 gemacht. Ganz wesentlich ist, daß dieses beides auf breiter Grundlage in Deutschland geschehen konnte.

Ich stimme zu, wenn Herr Seiters sagt, daß eine wesentliche Voraussetzung für die Vereinigung auch gewesen ist, daß der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses durchgesetzt wurde. Ich will das jetzt nicht im einzelnen begründen. Ich behaupte zweierlei. Erstens, hätte auch nur einer unserer Nachbarn, ich will von den Vier Mächten gar nicht reden, aber einer unserer Nachbarn, die insbesondere Opfer der Hitler-Aggression gewesen waren, der Einheit widersprochen, wäre es dazu nicht gekommen. Ich erwähne jetzt mal die Niederlande oder Dänemark oder Polen. Hätten sie widersprochen, hätte es die Einheit nicht gegeben. Zweite Behauptung: Hätte die Bevölkerung in der DDR und hätten die gewählten Vertreter der DDR nach dem März 1990 die Vereinigung nicht gewollt, wäre es dazu auch nicht gekommen. Ich will das an zwei kurzen Anekdoten klar machen. Als die F.D.P.-Bundestagsfraktion in der zweiten Oktoberhälfte 1989 in Dresden ihre Fraktionssitzung hatte, traten wir in einer Kirche auf, wo wir eingeladen waren; es ging um die gefälschten Kommunalwahlen vom März. Dort stand Uwe Ronneburger auf und sagte: Liebe Kirchengemeinde, meine Damen und Herren, und dann nach einer Pause, liebe Landsleute. Es ging praktisch ein Erschrecken durch diesen Kirchenraum, man

wollte das eigentlich gar nicht hören. Nachher wurde es akzeptiert. Aber die Frage der Einheit stand erst ganz hinten auf dem Programm, nach der Frage der Demokratisierung. Zweitens, ich kann hier aus eigener Erfahrung glücklicherweise berichten, ich bin Mitglied der Parlamentarischen Versammlungen von Europarat und WEU und Mitglied der Interparlamentarischen Union. Wir haben in diesen Gremien, als die Mauer gefallen war, permanent unseren Kollegen aus den anderen Ländern erklären müssen, Herr Schorlemer weiß das, er nickt: Was macht denn ihr Deutschen jetzt? Sie hatten Angst vor der Perspektive deutsche Einheit. Sie sagten, wir sind ja riesenfroh, daß jetzt die Mauer gefallen ist, daß die Leute ihre Freiheit bekommen, aber mit der deutschen Einheit, da trauen wir uns nicht ran. Und ich sage noch etwas, ich behaupte das einmal: Der Beitrag deutscher Bundestagsabgeordneter, die in internationalen Gremien tätig waren, ist nicht zu unterschätzen. Das ist ein Aspekt, der hier sicher noch nicht zur Sprache gekommen ist. Wir haben um Vertrauen geworben, über die Jahre Vertrauen gebildet. Wenn ich in meiner europäischen liberalen Fraktion im Europarat auftrat, mußte ich jedesmal Rechenschaft ablegen. Was macht ihr jetzt, was ist Neues passiert, was habt ihr vor? Und wenn ich dann gesagt habe, wir wollen keine Großmacht werden, wir wollen die deutsche Einheit nicht dazu benutzen oder nicht dazu, uns aus den internationalen Gremien herauszulösen, wir kennen unsere Verantwortung, wenn ihr jetzt damit einig seid, ist das ein Vertrauensvorschuß, als den wir das auch betrachten, dann haben sie gesagt: Ja, diese Leute kennen wir seit vielen Jahren. Die haben eigentlich immer ehrlich mit uns geredet, warum sollen wir das denen nun nicht glauben? Ich bin der Überzeugung, daß dies über diese Gremien hinweg einen Einfluß auch in die anderen Parlamente der europäischen Länder gehabt hat und daß dies die Rahmenbedingungen auch mit geschaffen hat. Ein Punkt, das will ich nicht verschweigen, der zu Irritationen geführt hat, war die späte Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, sich in der Frage der Oder-Neiße endgültig zu erklären. Das muß man der Objektivität halber feststellen, es gab ja auch Meinungsverschiedenheiten darüber. Aber es ist völlig klar, daß dieses eine Rolle gespielt hat.

Die Dauerwirkung auch des KSZE-Prozesses hat einen unmittelbaren Einfluß auf den Vereinigungsprozess und die Rahmenbedingungen gehabt. Ich erinnere daran, daß ungefähr seit Mitte 1988 ständig Konferenzen zu dem Thema „gemeinsames Haus Europa“ stattgefunden haben, insbesondere in den Ländern des damaligen Ostblocks. Wir sind da, Schorlemer weiß es auch von Ungarn, regelmäßig aufgetreten. Ich war in der ersten Jahreshälfte 1989 fast öfter in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Polen als hier zu Hause, weil wir ständig gebeten wurden, mit den Leuten zu diskutieren: Wie ist das mit den Erfahrungen der Demokratie? Der Umbruch in Ungarn unter der Übergangsregierung Nemeth, Pozsgay, Leute, die damals eine Rolle gespielt haben, war erheblich. Die Ungarn konnten sich dann, als sie die Grenze nach Österreich aufgemacht haben, eine Verletzung der bilateralen Verpflichtung gegenüber der DDR leisten, weil sie sich auf das KSZE-Schlußdokument der Wiener Folgekonferenz berufen konnten. Und das war ganz entscheidend, weil sie hier

juristisch auf einer klaren Grundlage standen und gesagt haben, die internationalen Verpflichtungen der KSZE haben Vorrang vor den bilateralen Verpflichtungen; die nämlich hätten die Ungarn eigentlich gezwungen, die Flüchtlinge in die DDR zurückzuschicken. Ein zweiter Punkt noch, ebenfalls in diesem Zusammenhang: Die Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft wurde von unseren westlichen Kollegen in diesen Gremien absolut verstanden, nämlich daß wir gesagt haben, ohne sie geht es nicht. Die Frage der Vereinigung war als solche nicht zwingend, wenn man es logisch betrachtete und von den anderen zu hören bekam: Wenn die Freiheit erreicht wird, ist das ja eigentlich in Ordnung. Müßt ihr unbedingt die Einheit haben? Da haben wir dann immer gesagt, wir müssen nicht, die Freiheit ist das wichtigste. Wenn sie erreicht und abgesichert werden kann, ist das in Ordnung. Aber wenn unsere Landsleute in der DDR sagen, wir wollen die Einheit, wer sind wir denn, ihnen zu sagen, wir wollen euch nicht. Das war dann im Grunde die letzte Logik, daß wir das auch verständlich machen konnten, daß wir gesagt haben, die Leute sind über Jahrzehnte lang bevormundet worden, jetzt sagen sie selber, was sie wollen, und wenn sie sagen, die Einheit gehört dazu, dann haben wir das einfach zu respektieren. – Ich hoffe, das war kurz genug. Danke.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, in der Fraktionsrunde habe ich jetzt notiert Frau Brudlewsky, Herrn Hilsberg und Herrn Jacobsen. Es folgen dann später noch Herr Wilke, Herr Maser, Herr Faulenbach und Herr Gutzeit. Frau Brudlewsky, Sie haben das Wort.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Schönen Dank. Auch ich war Mitglied der ersten freien Volkskammer und möchte gerne die Betonung auf „frei“ legen. Mit Herrn Kollegen Meckels Vortrag war ich weitgehend einverstanden, aber etwas hat bei mir doch Widerspruch ausgelöst, und zwar seine Kritik daran, daß in Bundestagsreden davon gesprochen wird, daß 16 Millionen durch Einheit in Freiheit gekommen sind. Ich meine, warum soll man das nicht sagen? Meines Erachtens kommt es immer darauf an, aus welcher Sicht man das sieht. Der normale, einfache Bürger der ehemaligen DDR, nicht SED-Mitglied, sieht es schon so. Auch Ihre eigene Biografie, Herr Meckel, wir haben beide ähnliches erlebt, spricht eher dafür. Wir wissen um die Demonstrationen, daß Leute mit der Kerze auf dem Marktplatz gestanden haben in Angst, daß sie hinterher zwei Jahre Gefängnis bekommen, für Stillschweigen, oder Abschiebung unliebsamer Leute wie Freya Klier. Nicht Leistung hat bei der Karriere gezählt, sondern die Willfährigkeit gegenüber dem Staat. Ich brauche das nicht erzählen. Aber ich bin der Meinung, ich selber war natürlich frei in meinem Gewissen und in meinen Gedanken, aber äußerlich war ich eben nicht frei. Die Reisefreiheit, die Redefreiheit, die gab es eben nicht. Und die Karriere im Beruf, diese Freiheit, die gab es eben auch nicht. Dann fehlte mir noch eins bei der Befreiung, die nicht unbedingt von außen kam, sondern von innen, mit Hilfe von vielen verschiedenen Faktoren. Die Rolle der Kirche, fand ich, hätte noch erwähnt werden müssen, weil die ja auch eine sehr wichtige Rolle ge-

spielt hat in der Zeit vor der Wende und auch während der Wende, daß die Türen geöffnet wurden. Viele Wege führten in die Freiheit, die Auswanderung von Hunderttausenden und dann auch dies, daß seit Afghanistan 1979, wo zum letzten Mal die russischen Panzer rollten, keine Panzer mehr rollten, in Polen 1980 rollten die sowjetischen Panzer nicht mehr. Darüber war man sehr verwundert.

Zwischenruf: In Afghanistan rollten sie noch bis 1989.

Das habe ich doch eben gesagt. Afghanistan, gut, in Afghanistan rollten sie weiter, aber in Polen rollten eben keine Panzer mehr. Und den Punkt meinte ich hier. Nicht, daß wir uns falsch verstehen. Das sind Dinge, die dann auch ein Stück dazu beigetragen haben, den Mut zu behalten, die Furcht zu verlieren. Meine Frage ist einfach: Was waren wir in der DDR, wenn wir nicht unfrei waren? Diese Frage wollte ich einfach stellen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Angesichts dieser langen Diskussionsbeiträge, Statements und Vorträge, die wir heute gehört haben, ist es, glaube ich, nicht passend, hier in die Detaildiskussion zu treten. Da könnte man sehr viel sagen. Ich kann nur sagen, ich finde es sehr wichtig, daß hier auch eine konträre Position dargestellt wurde. Mein Eindruck ist, daß insbesondere die Rolle der politischen Kräfte in der damaligen DDR auch nach eingehender Erforschung dargestellt werden muß, gerade angesichts der noch vorherrschenden Meinung, Kohl und Gorbatschow hätten die Einheit betrieben. Deshalb finde ich es richtig, was hier insbesondere von Markus Meckel und Gerd Poppe gesagt wurde. Herrn Irmer kann ich nur zustimmen, wenn er sagt, wenn die Volkskammer die Einheit nicht gewollt hätte, wäre sie nicht gekommen. Selbstverständlich, nur war das eine rein theoretische Diskussion. Denn die Volkskammer wäre bekloppt gewesen, etwas nicht zu wollen, was die große Mehrheit der DDR-Bürger wollte. Wir standen immer für Selbstbestimmung, wir wollten sie durchsetzen. Wir hatten klare Programme, die sahen eben die Einheit der Nation vor. Dann muß ich eines noch einmal ganz klar sagen, gerade nach dem, was heute vormittag von unseren Referenten, auch Herrn Kornblum, dem amerikanischen Botschafter, hier erklärt wurde. Er hatte den Eindruck anlässlich des Honecker-Besuchs hier in Bonn, die westdeutsche Politik glaube gar nicht an die Einheit, sie wolle sie im Grunde genommen gar nicht mehr. Wenn ich da auch verschiedene andere Sachen höre, dann, muß ich sagen, brauchen wir uns als ehemalige Oppositionelle aus der DDR mit unseren Vorstellungen in keinster Weise, aber wirklich in keinster Weise zu verstecken. Und einen Tag vor dem 4. Dezember, als Bush seine Pressekonferenz gab und sagte, die Deutschen sollen Selbstbestimmung haben, sollen die Einheit verwirklichen in freier Selbstbestimmung, hatte der SDP-Vorstand seine Erklärung zur deutschen Einheit verabschiedet, die mit den Worten beginnt: Wir bekennen uns zur Einheit der deutschen Nation, und sie muß organisiert werden. Auch verschiedene andere Passagen kann man danebenhalten. Das war angesichts der Entwicklung, die hinter uns lag, und der Offenheit der Entwicklung und insbesondere

im Abgleich mit den europäischen Nachbarn, denke ich, im Grunde genommen eine Spitze der Entwicklung.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir haben jetzt auch noch das Problem, daß Herr Meckel bald den Raum verlassen muß, Herr Seiders ebenfalls. Insofern bitte ich die weiteren Fragen möglichst pointiert zu stellen. Herr Jacobsen.

Sv. Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Adolf Jacobsen: Eine konkrete Frage an Herrn Seiders. Ich glaube, ein Thema, das bisher bei uns überhaupt noch nicht angesprochen worden ist, vielleicht auch nicht angesprochen werden konnte, ist die Frage nach den Bemühungen der westdeutschen Politik, nach einer direkten Einwirkung auf die DDR-Bevölkerung in der Phase der Erosion. Es gibt eine neue Publikation von einem russischen Kollegen, Nikolai Pawlow, der diesen Vorwurf noch einmal sehr massiv im vergangenen Jahr erhoben hat. Nun ist ja nach dem, was wir hier heute vormittag und heute nachmittag gehört haben, völlig klar, wie zu unterschiedlichen Zeiten der Handlungsspielraum für deutsche Akteure, West wie Ost, sich erweiterte, veränderte je nach der internationalen Konstellation. Und nun, Herr Seiders, die Frage an Sie als der Mann, der vielleicht darüber am besten Auskunft geben kann: Hat es gerade in der dramatischen Phase 1988/89 Bemühungen seitens der Bundesrepublik Deutschland gegeben, diesen Erosionsprozess in der Deutschen Demokratischen Republik auch konkret zu unterstützen? Wir wissen, daß wir bei der Unterstützung der „Solidarität“ – das ist ja auch gar kein Geheimnis – mitgeholfen haben, diesen Menschen in Polen die Chance zu geben, wider das System zu agieren; ohne die Unterstützung von außen, aber auch ohne die KSZE wäre es sehr viel schwieriger geworden. Also hier noch einmal ganz konkret, Herr Seiders: Können Sie darüber etwas sagen, was an aktiven Maßnahmen ergriffen worden ist in der Phase 1988/89, um den Erosionsprozess in der Deutschen Demokratischen Republik zugunsten der Entwicklung zu fördern, von der eben gesprochen worden ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Wilke.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Da kann ich unmittelbar anschließen. Herr Seiders, es ist ja der Vorwurf erhoben worden, jetzt wird der Eindruck erweckt, Kohl, Gorbatschow und Bush, die drei waren es. Wenn man aber in den Prozeß hineingeht, dann gibt es aus meiner Sicht im Frühherbst 1989 zwei Entscheidungen der Bundesregierung, die zeigen, wie dieser Prozeß ineinander verflochten ist. Ich will noch einmal eines ausdrücklich sagen, Markus Mekkel: Selbstbestimmung der Ostdeutschen, aber natürlich! Was wir auch gehört haben, ist, über diesen Vereinigungsprozess entstehen langsam integrative Bilder, so daß diese zugespitzte Personalisierung sowieso nicht so stehen bleiben wird. Aber, Herr Seiders, ich will auf zwei Entscheidungen hinaus. Die eine war Ungarn. Ich denke, wenn man Herrn Jacobsens Frage aufnimmt, daß der erste wirkliche Eingriff der Bundesrepublik in diesen Prozeß, und zwar noch vor der Konstituierung der DDR-Oppositionsgruppen, die Regelung der Flüchtlingsfrage in Ungarn gewesen ist, hier ist sozusagen die deutsche Frage

für mich in die Weltpolitik im Wortsinn zurückkehrt. Und die zweite Entscheidung haben Sie angesprochen, daß Sie auf das Kredit-Ansinnen von Schalck-Golodkowski mit den berühmten Bedingungen geantwortet haben, Aufgabe des Machtmonopols der SED, Anerkennung der Gruppen und freie Wahlen, das heißt, die Selbstbestimmung der Ostdeutschen als ersten Schritt, den die Bundesregierung in diesem Herbst in ungeklärter Lage forderte. Was mich interessiert, ob bei diesen Vorgängen, vor allen Dingen bei dem letzten, seitens der Bundesregierung schon irgendwelche Reaktionen bzw. Aufforderungen der ostdeutschen Opposition eine Rolle gespielt haben.

Gesprächleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Maser.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Mich würde zuerst eine Reaktion von Herrn Seiters interessieren auf das, was Markus Meckel in seinem Beitrag zur Problematik der Oder-Neiße-Grenze gesagt hat. Ich weiß, es ist wahrscheinlich zu viel verlangt, aber vielleicht kann so etwas in Stichworten noch kurz skizziert werden, damit man eine ungefähre Vorstellung bekommt. Dann habe ich einen vielleicht drolligen Wunsch. Aber wir sitzen hier in einer Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“. Könnten beide Vertreter, derjenige der Bundesregierung und der der ersten frei gewählten DDR-Regierung, ebenfalls stichwortartig sagen, wen Sie damals als, verkürzt gesagt, Hauptgegner des Wiedervereinigungsprojektes wahrgenommen haben oder mit wem sie sich auseinandersetzen hatten? Daß es solche gegeben hat und es sie auch heute noch weiterwirkend gibt, braucht hier nicht diskutiert zu werden. Aber ich erinnere daran, welch Riesentheater in der evangelischen Kirche in Deutschland war, als es um die Frage ging, ob man zum Tag der deutschen Wiedervereinigung die Glocken läuten soll. Obwohl doch der Wille zur Einheit überall da war, wir haben es gehört, brach da auf einmal hervor, daß es doch sehr viele und sehr stimmkräftige Gruppen, Menschen und Persönlichkeiten gab, die hier einen ersten Ansatzpunkt fanden für eine zumindest verzögernde Haltung oder dergleichen. Auch das vielleicht bitte nur stichwortartig. Was haben Sie jeweils in Ost und in West da wahrgenommen? Danke schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich darf selbst knapp fragen; Herr Seiters, wenn Sie rückblickend den Prozeß noch einmal Revue passieren lassen, würden Sie sagen, daß es auch Fehler in diesem Prozeß gab, die Sie heute klar diagnostizieren können? Würden Sie das Verhalten in der Oder-Neiße-Frage, das hier heute den ganzen Tag über eine große Rolle gespielt hat, weil es etwa in Polen und in Frankreich mißverstanden worden ist oder jedenfalls zu Irritationen geführt hat, retrospektiv für einen Fehler halten? Gab es andere Fehler?

Eine Frage auch an Markus Meckel: Wie hat man sich eigentlich das Verhältnis zwischen der frei gewählten DDR-Regierung und der sowjetischen Führung vorzustellen? Gab es da etwa noch eine Erinnerung an den Warschauer Vertrag? – Ich habe dann noch notiert Herrn Gutzeit. Herr Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst eine Frage an Herrn Seiters. Hintergrund ist in meiner Erinnerung, daß wir zum Beispiel Anfang November 1989 von der amerikanischen Botschaft als Opposition eingeladen wurden. Da wurde die Frage gestellt: Wie steht ihr zu der Reisegesetzgebung und so weiter, wie ist eure Haltung? Welche Rolle spielte für die Bundesregierung die Frage einer Konsultation mit der sich herausbildenden DDR-Opposition in dieser Phase des Herbstes 1989/Frühjahr 1990? Ich kann mich auch an eine Einladung in die Ständige Vertretung in Berlin erinnern. Wenn ich mir jetzt nachträglich vorstelle, welcher Haltung man dort begegnet ist, eigentlich welchem Unverständnis hinsichtlich unserer Handlungsperspektiven, dann habe ich gewisse Schwierigkeiten. Deswegen diese Frage. Das nimmt auch etwas auf, was Herr Wilke gerade sagte. Diese Forderungen in diesem Gespräch mit Schalck-Golodkowski, das ist ja nichts anderes gewesen. Die Kontaktgruppe des Runden Tisches hat sich im Vorfeld der Demonstration vom 4. November zusammengesetzt und sich gefragt, welche Forderungen wir denn eigentlich haben. Das waren genau diese Forderungen. Das heißt also, die Forderung nach Freiheit und Demokratie, die brauchte von niemand anderem zu kommen, die ist von uns gekommen. Mit der Forderung nach Abschaffung der Monopolstellung der SED sind wir in den Herbst 1989 hineingegangen. Jetzt nehme ich noch einmal die Frage auf, die die Kollegin von der CDU vorhin gerade gestellt hat. Es geht ja nicht darum, daß wir uns in der DDR frei gefühlt haben unter dem Regime von Honecker bis Krenz. Aber, dann zumindest mit dem 18. März und der freien Wahl und der Konstituierung der ersten frei gewählten Volkskammer, haben wir einen demokratischen Rechtsstaat eingeführt und uns auch frei gefühlt. Das heißt also ...

Zwischenfrage von Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Darf ich mal fragen, ich glaube die Position ist deutlich geworden, gipfelt das noch in einer Frage?

Lieber Bernd Faulenbach, noch eine kurze Frage an Markus Meckel zum Thema NATO. Es ist doch ein Prozeß gewesen, der insbesondere ab Februar sich dann entwickelt hat. Zur Akzeptanz des NATO-Beitritts, dazu möchte ich noch etwas Genaueres hören.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr von Schorlemer stellt seine Bemerkung zurück. Wir kommen zur Antwortrunde. Markus Meckel bitte.

Markus Meckel, MdB: Es tut mir leid, daß jetzt diese Reihenfolge nötig ist, weil ich gerne gehört hätte, was Herr Seiters sagt. Ich weiß nicht, ob ich das jetzt noch schaffe. Ich bin ja an dem Gespräch interessiert. Zu Frau Brudlewsky hat Martin Gutzeit eben das Notwendige gesagt, ich sagte nur, die Reihenfolge ist eine andere. Nicht durch die Einheit kam die Freiheit, sondern weil die Freiheit erkämpft war, war die Einheit möglich. Das ist die richtige Reihenfolge! Zu dem Handlungsspielraum muß ich sagen: An die Adresse der Sowjetunion habe ich bei dem ersten Besuch – Ende April waren de Maizière, Herr Eppelmann und ich in Moskau – Herrn Schewardnadse in aller Freund-

schaft, aber sehr klar gesagt, wir sind kein Satellit mehr. Die deutsche Einheit kommt, und sie kommt schneller als ihr denkt, wir müssen uns darauf einrichten. Und ich habe erklärt, was ich hier auch gesagt habe, wir halten die Berücksichtigung der sowjetischen Interessen für existenziell, aber ihr müßt euch darauf einstellen, das heißt, irgendetwas verhindern zu wollen, das geht nicht. Damit bin ich auch schon bei der Frage nach dem Hauptgegner. Ich weiß nicht, wer das gefragt hatte. Das Problem eines Hauptgegners hatten wir eigentlich nicht mehr. Es ging damals nur noch um das Wie, und zwar seit Anfang 1990. Es ging nicht mehr um das Ob der deutschen Einheit, sondern alle Diskussionen und Fragen haben sich damit beschäftigt, wie die Interessen der DDR-Bürger in diesem Prozeß zur Geltung gebracht werden könnten. Denn man muß sich ja deutlich vor Augen führen, und das habe ich auch Schewardnadse mit Blick auf den Artikel 23 gesagt, wir konnten jeden Tag, wenn wir wollten, eine Mehrheit in der Volkskammer für die Einheit bekommen. Die wäre dann da gewesen. Das hat ja der 17. Juni 1990 gezeigt. Wir haben das verhindert, weil wir eine vertragliche Regelung wollten. Wir wollten einen Einigungsvertrag, wir wollten den vertraglichen Abschluß der Zwei-plus-Vier-Gespräche, wir wollten diese vertraglichen Abläufe im Vereinigungsprozess. Den Bettel hinzuwerfen und zu sagen, liebe Bundesrepublik, mach uns ein Überleitungsgesetz, wäre in der Volkskammer jeden Tag möglich gewesen, wenn wir dem zugestimmt hätten. Ich glaube, das muß man sich einfach als Handlungsrahmen deutlich machen. Insofern gingen die Auseinandersetzungen allein um die konkreten Konstellationen, darum, etwas für die DDR-Bürger zu erreichen. Damit bin ich beim letzten Punkt, Stichwort NATO. Hier hat sich für mich selber, ich habe das vorhin angedeutet, durchaus etwas verändert. Ich war Ende der 80er Jahre sehr skeptisch gegenüber der NATO und war es in Bezug auf die Strategien der Verteidigung, nuklearer Ersteinsatz etc. nach wie vor. Und auch die ganze Kurzstreckenfrage habe ich in jenem Gespräch mit Baker angesprochen. Aber als sich im Juli etwas verändert hatte, war klar, daß wir dem am Ende zustimmen würden. Anfänglich hatten wir noch die Hoffnung, mit der deutschen Vereinigung sozusagen Druck auf Veränderung der Strukturen ausüben zu können, das erwies sich als absolute Illusion. Es war klar, daß die deutsche Vereinigung erst kommen würde und daß man dann an dem weiteren Prozeß arbeiten müßte. Und heute weiß jeder, daß ich sehr intensiv dafür einträte, daß die NATO sich erweitert und noch weiter, als heute beschlossen ist.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Seiters.

Rudolf Seiters, MdB: Ich mache folgende Vorbemerkung. Ich war der letzte westdeutsche Verhandlungspartner mit Erich Honecker, der erste mit Krenz und auch von Modrow. Meine Gesprächspartner waren Schalck-Golodkowski, Herr Vogel, Herr Stolpe, Vertreter der Kirchen. Mit dem Runden Tisch habe ich auch gesprochen. Das schicke ich jetzt mal vorweg. Bei meinem ersten Besuch bei Honecker haben wir unsere Bereitschaft und unseren Willen unterstrichen, vernünftige Beziehungen weiterzuentwickeln, Freizügigkeit auszubauen, das heißt den Besucherverkehr nicht stagnieren zu lassen, sondern ihn zu verstärken, auch wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen. Gleichzeitig haben

wir das angemahnt, was in KSZE und in anderen internationalen Vereinbarungen niedergelegt war, das heißt also Menschenrechte und alles, was damit zusammenhängt. Im August gab es drei wichtige Termine: Das war am 11. August die Schließung der Ständigen Vertretung, durch mich damals veranlaßt. Am 18. August war ich bei Krolikowski, dem stellvertretenden Außenminister, und seinen Leuten, und anschließend war ich bei den Flüchtlingen in der Vertretung in Ost-Berlin. Man verlangte von uns seitens der DDR-Führung, daß wir die Flüchtlinge aus der deutschen Botschaft entfernen, daß wir auch keine mehr aufnehmen, weil sonst die Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Staaten, wie gesagt wurde, auf das höchste gefährdet würden. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere, daß ich damals mehrere Interviews gegeben habe, und die Bundesregierung insgesamt hat auch so gesprochen, nach dem Motto: „Wir bauen keine Mauern um unsere Botschaften, und wir schicken keinen deutschen Flüchtling auf die Straße.“ Am 25. August dann der dritte Termin, das Treffen des Bundeskanzlers auf Schloß Gymnich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Nemeth, Minister Genscher und Außenminister Horn. Das gehört in irgendeiner Weise natürlich schon zusammen, weil hier klar wurde, daß im mitteleuropäischen Bereich die Dinge sehr unterschiedlich beurteilt wurden. Ich kann mich im übrigen noch erinnern an die zweite Ausreise aus Prag, nicht die erste, die war ja am 30. September. Es hatte sich wenige Tage später sofort wieder die Botschaft gefüllt, und wir hatten die massiven Proteste von seiten der DDR. Wir haben dann versucht, mit der tschechischen Regierung zu verhandeln, die damals eine völlig andere Position hatte als etwa die ungarische Regierung, das alles ist ja hinlänglich bekannt. Natürlich haben wir in den Gesprächen unseren Wunsch, unsere dringende Bitte und unsere Forderung nach Freizügigkeit und Einlösung der Menschenrechte und internationaler Vereinbarungen deutlich gemacht. Aber es war insoweit eine Gratwanderung, als wir durch öffentliche Äußerungen die Dinge nicht so zugespitzt haben, daß sie kontraproduktiv gewirkt hätten. Ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß ich im Anfang, als die Flüchtlinge in die Botschaften in Budapest, in Prag und in unsere Ständige Vertretung strömten, vor der Bundespressekonferenz eine Erklärung abgegeben und gemahnt habe, diesen Weg nicht zu gehen. Öffentlich habe ich gemahnt, um zur Beruhigung beizutragen. Aber die Dinge haben sich so entwickelt, wie Sie sie kennen. Wir haben in den weiteren Verhandlungen deutlich gemacht, daß wir auf der einen Seite zwar das machen wollen, was den Menschen dient, auch wenn es um Geld geht, das heißt Einrichtung des Reisedevisenfonds, auf der anderen Seite aber einen Milliardenkredit, zehn oder fünfzehn Milliarden, ablehnen, weil dieses Geld den Menschen nicht zugute kommt und im Grunde in ein völlig überholtes und nicht lebensfähiges Gebilde hineinfließt. Was will ich damit sagen? Wir haben immer, auch in den damaligen Monaten des Jahres 1989, das Angebot gemacht auf Hilfe und Unterstützung für Freizügigkeit, aber das Angebot auf größere Unterstützung in anderen Dimensionen, wie ja auch in den Regierungserklärungen nachzulesen, verbunden mit Freizügigkeit, Selbstbestimmung und freien Wahlen und Aufgabe des Monopolanspruchs in der Verfassung selber, das hat ja später noch eine Rolle gespielt. Auf einen Nenner

gebracht, wir haben Einfluß genommen, aber ich glaube, wir haben es auf die richtige Weise getan. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang auch sehr gut etwa an die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden, wo die Stimmung so war, daß er auch eine ganz andere Rede hätte halten können unter dem begeisterten Jubel der Menschen. Es war eine sehr verantwortungsbe- wußte Rede, was ja auch im Grunde nicht umstritten ist, die aber den Men- schen klar die Perspektive gegeben hat auf Einheit. Natürlich gab es Gegner, Hauptgegner, wie soll ich das jetzt qualifizieren? Natürlich in der DDR, in der dortigen Nomenklatur.

Zwischenfrage: Aber die waren doch dann weg vom Fenster?

Natürlich habe ich mich sehr gewundert, ich will es einmal so ausdrücken, und war auch sehr befremdet über manche Reaktion aus kirchlichen Kreisen. Ich habe ja auch dort Gespräche geführt. Im übrigen gab es auch später Reden, die mich sehr verwundert haben. Das mit den Glocken ist übrigens richtig wieder- gegeben.

Zwischenruf: Demokratischen Aufbruch ...

Dann gab es natürlich auch die Stimmen in Westdeutschland. Herr Meckel, ist ja gut, daß Sie noch da sind. Es sei Ihnen nicht vorenthalten, daß Gerhard Schröder gesagt hat, nach vierzig Jahren Bundesrepublik solle man eine neue Generation in Deutschland nicht um die Chancen einer Wiedervereinigung belügen, es gäbe sie nicht. Das war im Herbst 1989. So könnte ich vieles ande- re zitieren bis hin zu Theo Sommer, der in der „Zeit“ geschrieben hat: Die Wiedervereinigung oder der Topf der Wiedervereinigung steht nicht auf der Herdplatte der Weltpolitik und so weiter und so fort. Ich kann das auch nur stichwortartig sagen. Die Grundentscheidungen, die wir getroffen haben, da- von bin ich fest überzeugt, waren allesamt richtig. Wenn man eine intensivere Diskussion darüber führen könnte, müßte man das Punkt für Punkt jetzt einmal auflisten. Die Grundentscheidungen waren alle richtig. Es war richtig der Zehn-Punkte-Plan in der damaligen Phase und Zeit in dieser Art und Gestal- tung. Es war richtig die Weigerung, einen Kredit an Modrow zu geben, und auf die freie Volkskammerwahl zu setzen. Es war richtig das Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion, da der Übersiedlerstrom nicht abriß. Er hatte ja nicht aufgehört nach dem Fall der Mauer, er hat ja nicht aufgehört nach der Öffnung des Brandenburger Tores, er hat ja nicht aufgehört im Januar 1990, sondern erst nach dem Angebot der Wirtschafts- und Währungsunion ist der Übersiedlerstrom abrupt zuendegekommen. Und ich denke, die Kosten, die Deutschland entstanden wären bei einem weiteren Ausbluten der DDR über die kommenden Monate, wären sehr viel größer geworden. Auch darin stim- men wir sicherlich überein.

Zum Thema Polen. Zum einen wissen wir ja, daß der amerikanische Präsident Bush, der uns in der Zeit sofort unterstützt hat, auch nach dem Zehn-Punkte- Plan ausdrücklich darauf hingewiesen hat, unter welchen Voraussetzungen die Wiedervereinigung kommen kann, da war ja auch von der deutsch-polnischen

Grenze die Rede. Rechtlich war klar, daß der Warschauer Vertrag die Bundesrepublik bindet, und politisch ließ die Bundesregierung keinen Zweifel daran. Ich kenne keine Stellungnahme der Bundesregierung, die es in Zweifel gezogen hätte, daß sie diese Grenze nicht in Frage stellen werde. Worum es uns und auch dem Bundeskanzler ging, war, zu verdeutlichen, daß eine definitive Grenzvereinbarung rechtlich und politisch mit der Wiederherstellung der gesamtdeutschen Staatlichkeit verbunden war, und im Zwei-plus-vier-Vertrag vom 12. September wurde die Bundesregierung ja auch faktisch festgelegt; er beschrieb die territoriale Erstreckung der erweiterten Bundesrepublik Deutschland und sah einen deutsch-polnischen Grenzvertrag vor. Wenn ich mir jetzt die weitere Entwicklung im deutsch-polnischen Verhältnis vor Augen führe, so kann ich nun wirklich nicht erkennen, daß die Diskussion des Jahres 1990 irgendwelche bleibenden Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis hinterlassen hat. Ich denke etwa an den Besuch des Bundeskanzlers, wo im Königssaal Ministerpräsident Olexy und andere gesagt haben: Deutschland ist unser Anwalt. Herr Bundeskanzler, bleiben Sie bitte noch lange im Amt. Das war schon eine bemerkenswerte Äußerung des damaligen polnischen Ministerpräsidenten.

Zwischenruf: Das darf ja wohl nicht wahr sein. Hört, hört.

Ich will damit sagen, wir freuen uns doch alle darüber, daß das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland sich so entwickelt hat. Ich weiß nicht, ob ich die Fragen beantwortet habe, sicher habe ich vieles übersehen. Manchmal geht einem das Herz ja auch über, wenn man an diese Jahre denkt. Aber ich glaube, das ist mein wichtigster Satz, die Grundentscheidungen waren richtig, und ich glaube, daß wir sehr verantwortungsbewußt vorgegangen sind. Ich glaube auch, daß wir die deutsche Einheit nicht erreicht hätten, wenn wir nicht über viele Jahre das Vertrauen geschaffen hätten bei unseren Nachbarn im Westen und im Osten, daß auch ein stärker werdendes wiedervereinigtes Deutschland verantwortungsbewußt und europäisch umgeht mit der deutschen Einheit.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das Wort für eine Bemerkung hat noch Herr von Schorlemer.

Abg. Reinhard Frh. von Schorlemer (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, gerade die letzten Sätze von Rudolf Seiters waren so unterstreichenswert, daß meine Bemerkungen, die ich in gleicher Richtung machen wollte, damit sich selbst aufgehoben haben.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wunderbar. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige knappe Schlußbemerkungen machen. Wir haben, glaube ich, in den letzten zwei Stunden überaus interessante Berichte von Akteuren gehört. Man hat gemerkt, wie sehr sie auch emotional dabei waren, als sie über diese Dinge berichtet haben. Das macht natürlich die Rolle eines Diskussionsleiters nicht leicht, denn sie waren schlicht nicht zu bremsen. Aber insgesamt gesehen haben wir den Zeitrahmen doch wahren können.

Ich füge aber eine Bemerkung hinzu, die hoffentlich nicht mißverstanden wird. Als Historiker müssen wir natürlich diese Berichte nebeneinanderlegen, wir müssen sie interpretieren und einordnen. Es war keineswegs alles widerspruchsfrei, was wir da gehört haben. Dieses will interpretiert werden von den Historikern, und ich denke, das wird auch geschehen. Dann möchte ich nach dieser Vorbemerkung gerne zu dem Inhaltlichen noch zwei subjektive Eindrücke wiedergeben. Ich glaube, nachdem wir den Tag über diesen Prozeß noch einmal haben Revue passieren lassen, wird wohl jeder sagen, daß dieser Prozeß komplizierter, vielschichtiger war, als er manchmal heute dargestellt wird. Er verlief auch keineswegs geradlinig, gleichsam wie eine Pappelallee, die auf ein bestimmtes Ziel hinführt. Als vergleichsweise komplizierter Prozeß konnte er nur hier und da mal ein Stück weit gesteuert werden.

Zweite Bemerkung. Mir scheint, es ist insbesondere heute vormittag und am frühen Nachmittag deutlich geworden, daß eines der zentralen Probleme die Einbettung des vereinigten Deutschland in den europäischen und den weltpolitischen Zusammenhang gewesen ist. Dieses ist meines Erachtens eine Frage, die sicher zunächst einmal im historischen Kontext zu sehen ist, doch auch einen Hinweis im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft enthält. Die Rolle dieses vereinigten Deutschlands im europäischen Zusammenhang wird auch künftig ein sensibler Punkt deutscher und europäischer Politik bleiben. Am Ende der Diskussion möchte ich den Referenten, die mit Engagement hier vorgetragen haben, sehr herzlich danken. Ich verzichte darauf, Sie alle namentlich aufzuführen; doch ebenso allen vielen Dank! Ich gebe das Wort an den Vorsitzenden.

(Beifall)

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, nach diesem neunstündigen „Ritt“ durch einen sehr wichtigen Teil unserer Geschichte und der Darstellung außenpolitischer und innenpolitischer Fakten, habe ich nur noch die Aufgabe, diese Sitzung dem Ende zuzuführen. Ich möchte aber zwei Bemerkungen machen. Weil jeder so etwas nur durchsteht, wenn er selektive Wahrnehmungen, Beobachtungen und auch selektive Schlußfolgerungen aus solch einem Tag mitnimmt, erscheint mir eins – neben der Aufgabe der Historiker, die natürlich noch ein weites Feld vor sich haben – besonders bemerkenswert: Daß ein Archiv noch nicht zur Verfügung steht. Für Historiker ein schmerzlicher Vorgang und für die Bewertung des Gesamten natürlich hinderlich, wenn nicht sogar behindernd. Das Zweite, was sich mir gerade unter dem Eindruck der Darstellung durch Beteiligte aufdrängte: Als Kommission können wir die Oppositionsbewegung, die es in der DDR von der Frühphase bis zum Schluß immer wieder gegeben hat und die zum Schluß eine entscheidende Funktion hatte, nicht allein den Historikern überlassen. Es ist vielmehr an der Kommission, die Empfehlung auszusprechen, daß dieser Bereich in Form einer Gedenkstätte für den Widerstand in der kommunistischen Diktatur gewürdigt werden sollte. Die Opposition war die Vorstufe zu dem, was hier heute dargestellt wurde. Ich habe immer mehr den Eindruck, wenn ich mich damit befasse,

daß dieser Teil der DDR-Geschichte viel zu kurz kommt. – Mit diesen Anmerkungen möchte ich die öffentliche Sitzung schließen, aber die Kommissionsmitglieder, damit Sie mir jetzt nicht weglaufen, dringend bitten, da wir einen Beschluß brauchen, zu einer nichtöffentlichen Sitzung hier zu bleiben.

Herzlichen Dank, insbesondere auch denen, die lange ausgeharrt haben.

Ende der Sitzung 18:30 Uhr

Fred Oldenburg

Die sowjetische Deutschlandpolitik im Vereinigungsprozeß

Schriftliche Vorlage

Analyse

1. a) Die Handlungsspielräume der sowjetischen Führung waren zu Beginn der Ära Gorbatschow eingeschränkt.¹ Seit den fünfziger Jahren – nach der Liquidierung Berlias 1953 einerseits und der Aufnahme der BRD in die NATO im Mai 1955 andererseits – hatte sich die sowjetische Führung eindeutig für die Teilungsoption entschieden.² Andere Optionen waren zuvor propagandistisch versucht worden, doch am Widerstand der Westmächte gescheitert. Zu einer Wiedervereinigung auf freiheitlich-demokratischer Grundlage aber war die

1 Für eine Aufarbeitung sowjetischer Deutschland-Politik nach 1945, vgl. R. Fritsch-Bournazel: Die Sowjetunion und die deutsche Teilung. Opladen 1979; M. Gorbatschow: Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Deutschen. Düsseldorf 1990; H.-A. Jacobsen, J. Löser, D. Proektor, S. Slutsch (Hrsg.): Deutsch-russische Zeitenwende. Krieg und Frieden 1941-1995. Baden-Baden 1995; B. Meissner: Die deutsch-sowjetischen Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Osteuropa, Jg. 35, No. 9, 1985, S. 631-652; J. McAdams: Germany Divided: From the Wall to Reunification. Princeton 1991; F. J. Novik: SSSR-FRG: problemy sossušestvovaniija i sotrudničestva, 1975-1986. Moskau 1987; W. Pfeiler: Deutschlandpolitische Optionen der Sowjetunion. Melle 1987; M. Sodaro: Moscow, Germany, and the West from Khrushchev to Gorbachev. Ithaca, London 1990; G. Wettig: Stadien der sowjetischen Deutschlandpolitik, in: Deutschland Archiv, Jg. 23, 1990, S. 1070 ff. Vgl. zur Analyse der Wiedervereinigung u. a.: H. Adomeit: Gorbachev and German Unification: Revision of Thinking, Realignment of Power, in: Problems of Communism, Jg. 39, No. 4, Juli-August 1990, S. 1-23; ders.: Gorbachev, German Unification and the Collapse of Empire, in: Post-Soviet Affairs, Jg. 10, No. 3, Juli-September 1994, S. 197-230; R. Biermann: Zwischen Krenl und Kanzleramt. Paderborn 1997; R. Fritsch-Bournazel: Europa und die deutsche Einheit. Stuttgart u. a. 1990; T. Garton Ash: Im Namen Europas: Deutschland und der geteilte Kontinent. München, Wien 1993; K. Kaiser: Deutschlands Vereinigung: Die internationalen Aspekte. Bergisch-Gladbach 1991; I. N. Kuz'min: Krušenie GDR. Moskau 1997; F. Oldenburg: Sowjetische Europa-Politik und die Lösung der deutschen Frage, in: Osteuropa, Jg. 41, No. 8, S. 751-773; ders.: The Settlement with Germany, in: N. Malcolm (Hrsg.): Russia and Europe: An End to Confrontation? London 1994, S. 99-122; N. V. Pavlov: Ob"edinenie ili rasskaz o rešenii germanskogo voprosa s kommentarijami i otstuplenijami. Moskau 1992; E. Pond: Beyond the Wall: Germany's Road to Unification. New York 1993; D. H. Shumaker: Gorbachev and the German Question: Soviet-West German Relations, 1985-1990. Westport, London 1995; P. Zelikow, C. Rice: Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft. Cambridge, Mass.; London 1995; G. Wettig: Die sowjetische Rolle beim Umsturz in der DDR und der Einleitung des deutschen Einigungsprozesses, in: J. Elvert, M. Salewski (Hrsg.): Der Umbruch in Osteuropa. Stuttgart 1993, S. 39-63; ders.: Die Transformation vom kalten Krieg zu den gegenwärtigen Herausforderungen, in: Außenpolitik, Jg. 48, No. 2, S. 107-116; zur Lage der DDR im weltpolitischen Kräftefeld siehe auch U. Albrecht: Die Abwicklung der DDR. Opladen 1992; J. Hacker: Die außenpolitische Lage der DDR und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: Deutschland im weltpolitischen Umbruch. Berlin 1993, S. 55-106.

2 Pfeiler 1987.

UdSSR nicht bereit. Die Teilung Deutschlands und die Kontrolle der DDR wie auch die Teilung Berlins galten als Preis des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg. Mehr als andere ideologisierte Floskeln fand die patriotische Propaganda positiven Widerhall bei den Völkern der Sowjetunion – und nicht nur dort.³

b) Mit der prioritären Festlegung auf den dauernden Erhalt der DDR war diese vor Gorbatschow in eine ungewöhnlich günstige bargaining-Position versetzt worden.⁴ Ihre Schwäche wurde zu einem dauernden Bindemittel der Sowjetblocksolidarität. Sie führte auch zur koordinierten Errichtung der Mauer in Berlin. Durch die wiederholte Bestandsgarantie für die DDR war eine weitere Optionfestschreibung erfolgt. Sie beschränkte eine Erweiterung des sowjetischen Handlungsspielraums nach Westen. Es bleibt bemerkenswert, wie energisch sich Gorbatschow persönlich zwischen 1984 (als Mitglied des Politbüros der KPdSU) und 1986 (als Generalsekretär) gegen eine weitere Annäherung der beiden deutschen Staaten ausgesprochen hatte. Konföderationsangebote und -planungen scheinen nicht zu den Optionen Gorbatschows gehört zu haben. Ebenso wenig wie die dringend notwendige Humanisierung und Effizienzstärkung des DDR-Systems unter Honecker.

c) Eine sehr begrenzte Kooperation mit der BRD war jedoch schon unter dem späten Chruschtschow (1962 – 1964) angestrebt worden. Sie wurde erst unter Breschnew mit dem Moskauer Vertrag (August 1970) und dem Berlin-Abkommen (September 1971) sowie dem Vertragswerk bis zur Helsinki-Schlußakte (August 1975) auf der Grundlage der Festschreibung des Nachkriegs-Status-quo gewährleistet, freilich um den Preis des Korbs III der Schlußakte und der Rollenstärkung der DDR.

d) Die UdSSR blieb jedoch an die Interessenlage der SED-Führung gebunden. Letztere lotete unter diesem Schirm sowohl zu Zeiten der Entspannung wie des Neo-Containment weitgehend eigenmächtig Handlungsspielräume aus. Dies führte sowohl Ende der sechziger wie auch seit Beginn der achtziger Jahre zu schweren Vertrauenskrisen zwischen Moskau und Ostberlin. Im Gedächtnis der sowjetischen Führung gespeichert, erschien die SED-Führung auch unter Honecker wegen der ungelösten nationalen Frage und einer zunehmenden Penetration durch die Bundesrepublik (wirtschaftliche Abhängigkeit) als unsicherer Spieler im internationalen System. Die subjektive Entfremdung zwischen Moskau und Ostberlin lag allerdings auch in objektiven Ursachen begründet (abnehmende Schutzgarantie der sowjetischen Vormacht; nachlassendes Engagement Moskaus für die Stabilität seiner engsten Verbündeten wegen des Ausgreifens in die Dritte Welt; ökonomischer Niedergang und Reduzierung sowjetischer Energielieferungen).

3 A. Èernjaev: Ob'edinenie Germanii. Političeskie mehanizmy i psihologičeskie stereotipy, in: Svo-bodnaja mysl', No. 8 (1465), August 1997, S. 25 f.

4 M. Gorbatschow: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 928 f.

e) Wie Gorbatschow selbst mitteilte, war auch er zu Beginn seiner Amtszeit von der deutschen Teilungsoption fasziniert. Galt die DDR zu Beginn des Amtsantritts Gorbatschows im März 1985 als privilegierter Verbündeter – anfangs sogar als Modell der Beschleunigungsstrategie –, so wurde die Bundesrepublik bis 1988 als wichtigster Mitspieler an der Seite der Vormacht des gegnerischen Lagers, der USA, perzipiert. Um die Architektur des europäischen Nachkriegshauses nicht zum Einsturz zu bringen, existierte offiziell die deutsche Frage in Moskau bis Ende 1989 nicht. Nach Bekunden des engen Gorbatschow-Beraters Tschernjajew galten die DDR-Deutschen als „unsere“. Tschernjajew: „Was das Verständnis von Deutschland betraf, so wurde es mit Westdeutschland gleichgesetzt.(...) Die deutsche Frage, wie sie seit Adenauers Zeiten dargestellt wird, existierte bis zur Perestrojka nicht. Wir haben sie offiziell nicht anerkannt, weil wir ihren Endsinn gut verstanden.“⁵

f) Bis 1988 hatte die sowjetische Führung ihren Handlungsspielraum nur mit geringer Intensität und erst mit zeitlicher Verspätung genutzt: Sie hatte auf die fortwirkenden Widersprüche im westlichen Bündnis gesetzt und die BRD weiterhin auf die Strafbank verbannt. Gleichzeitig hatte sie versucht, die angewachsenen Gegensätze im östlichen Lager zu glätten und die Koordinierung im Block anfangs sogar verstärkt. Schon im November 1986 jedoch hob Gorbatschow intern die Eigenverantwortung der einzelnen Parteien hervor und hoffte, die sowjetische Gesellschaft von der aktuellen Beistandsgarantie, von sowjetischer militärischer und wirtschaftlicher Unterstützung für die Partner in der sozialistischen Gemeinschaft entlasten zu können.

2. a) Somit lag in der Logik der Innen- und Außenpolitik des zentristischen Flügels der KPdSU bereits die Möglichkeit einer Optionsveränderung zugunsten der BRD und zu Lasten der DDR. Offensichtlich hat dies die SED-Führung auch frühzeitig erkannt. Die Reanimation des sowjetischen Sozialismus erforderte mehr als nur die Beschleunigungs- und Vervollkommnungsstrategie der ersten Jahre Gorbatschows. Sie erzwang das Abwerfen der politischen, ökonomischen und moralischen Grundlagen des überkommenen Leninismus-Stalinismus, eine tiefgreifende geistig-moralische Perestrojka.⁶ Vor allem erforderte diese aber eine veränderte internationale Ortsbestimmung der Sowjetunion, eine Ökonomisierung der Außenpolitik und in erster Linie die Liquidierung des kalten Krieges. Die damit verbundene Absage an die bisher extreme Verfolgung einer ideologisch legitimierten Realpolitik, die Hinwendung zu universalen Werten und besonders die seit Herbst 1985 proklamierte „Freiheit der Wahl“ im Rahmen des vorgegebenen sozioökonomischen Systems (anfangs nur als Absage an den interventionistischen Teil der Breschnew-Doktrin und damit der Gewaltanwendung gemeint) erhielten eine ungewollte Dynamik.⁷ Mit der Delegitimierung der Außenpolitik Stalins und seiner Nachfolger

⁵ Èernjaev, op. cit., S. 26 f.

⁶ A. Brown: *The Gorbachev Factor*. Oxford, New York 1996.

⁷ Vgl. zum Niedergang der UdSSR u. a. H. Brahm: *Voraussetzungen und Verlauf der Reformpolitik Gorbatschows*, in: J. Elwert, M. Salewski (Hrsg.): *Der Umbruch in Osteuropa*. Stuttgart 1993, S. 29-37; Z. K. Brzezinski: *The Grand Failure*. New York 1989; J. B. Dunlop: *The Rise of Russia and the*

fand auch eine Delegitimierung der bisherigen Deutschlandpolitik des sowjetischen MID und der Internationalen Abteilung des ZK statt. Eine Positionseintrübung traditionalistisch gesinnter „Germanisty“ im Beratungsapparat bereite sich vor.

b) Wendepunkt zu einer ernsthaften strategischen Festschreibung der Philosophie des „neuen Denkens“ bildete die UN-Rede Gorbatschows vom Dezember 1988. Vorausgegangen war ein ungewöhnlicher Lernprozess der wichtigsten Gestalter der sowjetischen Politik, man denke außer an Gorbatschow, auch an Schewardnadse, Jakowlew, Medwedjew u. a.⁸ Begleitet wurde dieser Lernprozess vom hinhaltenden Widerstand der Orthodoxen gegen einschneidende Reformen. Dieser wiederum führte zu den Beschlüssen der XIX. Parteikonferenz (Juni/Juli 1988), mit der Zurückdrängung der Parteiherrschaft, der Einflußschwächung der Traditionalisten im Sekretariat des Zentralkomitees der KPdSU (September 1988) und ihrer partiellen Zwangspensionierung im Zentralkomitee (Frühjahr 1989).

c) Bis zu dieser Zeit (1988) hatte die Spielraumerweiterung gegenüber den USA absoluten Vorrang. Der Grund: Nur im Zusammenwirken mit dem Weißen Haus konnte das ökonomisch verderbliche Wettrüsten zurückgefahren, regionale Konflikte – beispielsweise die Afghanistan-Intervention – einvernehmlich gelöst, eine neue, langfristig kostengünstigere Militärstrategie der „hinlänglichen Verteidigung“ ohne Sicherheitseinbußen der UdSSR auf den Weg gebracht werden. Doch schon seit Mai 1987 hatte Gorbatschow auf eine vorsichtige Erweiterung des Handlungsspielraums gegenüber der BRD gesetzt – ohne allerdings Zugeständnisse in der deutschen Frage einzuräumen. Zwar zielte er noch keine Vorzugsbehandlung der BRD an, doch wollte er mit der bewußten Neuöffnung der deutschen Frage („Was in hundert Jahren sein wird...“) dem dringend benötigten Mitspieler im internationalen System eine gewisse Plazebo-Injektion verabreichen. Zu dieser Zeit war einerseits die Distanz Honeckers und der Mehrheit seines Teams gegen Gorbatschows Glasnost

Fall of the Soviet Empire. Princeton 1993; H. Horn: Der Kollaps des kommunistischen Herrschafts-systems in der Sowjetunion. Ursachen und Folgen, in: Osteuropa, Jg. 43, No. 1, S. 33-43; R. Pipes. Communism: The Vanished Specter. Oslo, Oxford 1993; K. Segbers: Der sowjetische Systemwandel. Frankfurt 1989; ders.: Perestrojka-Zwischenbilanz. Frankfurt 1990; G. Simon; N. Simon: Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums. München 1990; „Z“ (d.i. M. Malia): To the Stalin Mausoleum, in: Daedalus, Jg. 119, No. 1, Winter 1990, S. 295-344.; Jahrbuch Sowjetunion 1990/91, hrsg. vom BIÖst Köln. München 1991; C. W. Wohlforth: The Elusive Balance: Power and Perceptions during the Cold War. Ithaca, London 1993; F. Halliday: From Kabul to Managua: Soviet American Relations in the 1980s. New York 1989, S. 17, 108 f, 134 ff.; J. L. Gaddis: The United States and the End of Cold War: Implications, Reconsiderations, Provocations. Oxford 1992, S. 155 ff.; P. Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte: Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt a.M., S. 21. Vgl. auch die komparative Studie von J. Snyder: Myth of Empire. Domestic Politics and International Ambition. Ithaca, London 1991, bes. S. 212-254, die die verschiedenen innenpolitisch bestimmten Ansätze sowjetischer Weltmachtspolitik nach Stalin analysiert und auf die Nähe Gorbatschows zu Malenkows Strategie hinweist. Vgl. auch Ch. Kupchan: The Vulnerability of Empire. Ithaca, London 1994.

⁸ Vgl. P. Palazchenko: My Years with Gorbachev and Shevardnadze. University Park, Pennsylvania 1997, S. 171 ff.; vgl. auch C. McGiffert Ekedahl; M. A. Goodman: The Wars of Eduard Shevardnadze. University Park, Pennsylvania 1997.

und Perestrojka auch nach außen gedrungen. Andererseits erkannten selbst die Traditionalisten, daß die ökonomische Unterstützung aus der DDR für die sowjetische Umgestaltung nur minimal sein konnte. Vielmehr band die Option für den Erhalt der DDR und des sowjetischen äußeren Imperiums gewaltige sowjetische Ressourcen. Gleichzeitig war nach Meinung Frank-Joachim Herrmanns, des engsten persönlichen Mitarbeiters des Staatsratsvorsitzenden, das Insistieren Honeckers auf seinem Besuch der Bundesrepublik im Jahre 1987, noch vor Gorbatschows Reise nach Bonn, wie auch seine Ablehnung politischer Reformen, „Wasser auf die Mühlen“ jener, die die Aufgabe der Fürsorgepflicht Moskaus für die DDR oder die „Minimierung des Gewichts der DDR und anderer Verbündeter“ gedanklich vorbereiteten.⁹

d) Seit dem Herbst 1988 erweiterte sich der Handlungsspielraum sowjetischer Außenpolitik um den Faktor Deutschland. Die Perzeptionen und Optionen der sowjetischen Diplomatie weiteten sich nach Westeuropa aus, während sie sich nach Osteuropa verengten.¹⁰ Mit dem Moskauer Treffen Gorbatschows und Kohl im Oktober 1988 veränderte sich auch die persönliche Sichtweise des Generalsekretärs auf den Kanzler. Der Besuch des sowjetischen Präsidenten in der Bundesrepublik im Juni 1989 beeinflusste dessen psychische Disposition hinsichtlich Deutschlands.¹¹ Überall in Bonn und andernorts, aber auch bei seinem Visiten in Paris und Straßburg, spürte Gorbatschow die Sympathie nicht nur der politischen Klasse des Westens (er hatte diese auch bei seinen vorhergehenden Treffen mit führenden US-Politikern erfahren), sondern noch mehr der einfachen Menschen. Diese persönlichen Begegnungen waren möglicherweise noch intensiver als die sich seit 1987 verdichtenden Treffen mit westdeutschen Politikern, Konsequenz des Ratschlags von Botschafter Kwizinskijs auch mit konservativen Politikern. Tschernjajew schreibt: „Das war überhaupt nicht das Land und das Volk, von dem wir uns unter dem Eindruck der Jahre 1941 bis 1945 und des ‘Kalten Krieges‘ ein Bild geschaffen hatten.“¹²

e) Über die bisherige Perzeption des strategischen Verbündeten, der DDR, legte sich eine attraktivere der Bundesrepublik. Kein Wunder angesichts der Entwicklungen in der DDR des Herbstes 1989. Erstaunlich bleibt, wie passiv Gorbatschow seit 1986 auf die Appelle der Anti-Honecker-Verschworenen im Politbüro (Stoph, Mielke, Neumann, Krolkowski und auch Hager) reagierte.

9 F.-J. Herrmann, Neues Deutschland, 6./7.9.1997, S. 12.

10 K. v. Beyme: Systemwechsel in Osteuropa. Frankfurt a.M. 1994; J.F. Brown: Eastern Europe and Communist Rule. Durham, London 1988; ders.: Surge to Freedom. The End of Communist Rule. Durham, London 1991; K. Dawisha: Eastern Europe, Gorbachev and Reform. The Great Challenge. Cambridge, 2. Auflage, 1990; C. Gati: The Bloc that Failed. Soviet East-European Relations in Transition. London 1990; ders.: Eastern Europe on its Own, in: Foreign Affairs, Jg. 68, No. 1-89, S. 90-119; A. Pravda (Hrsg.): The End of the Outer Empire: Soviet-East-European Relations in Transition. London 1990, bes. dessen Kapitel: Soviet Policy towards Eastern Europe in Transition: The Means Justify the End, S. 1-34; H. Timmermann: The Soviet Union and Eastern Europe: Dynamics of Finlandization“, in: Radio Liberty: Report on the USSR, Jg. 2, No. 33, S. 15-18.

11 So A. Tschernjajews Analyse bereits bei seinem Vortrag vor dem Göttinger Arbeitskreis am 5. Mai 1995 in Mainz; russ. Manuskript.

12 Ėrnjaev, Anm. 3, op. cit., S. 29.

Vermutlich, weil ihre Namen nicht gerade für Progressivität standen oder weil er sich tatsächlich aus der Innenpolitik der sozialistischen Staaten heraushalten wollte. In Polen allerdings hatte er sich im August 1989 deutlich eingemischt, um die sicherheitspolitischen Kommandohöhen nicht der „Solidarność“ zu überlassen.

3. a) Bemerkenswert bleibt, daß Gorbatschow die Repressionsvorbereitungen Honeckers gegen die Demonstranten in der DDR weder unterband noch unterstützte. Offensichtlich hielt er auch hier an seinem Prinzip der „Freiheit der Wahl“ fest, was allerdings auch für den Sturz Honeckers und die Tage danach wesentlich war, denn er forderte von den Soldaten der WGT, wie das auch zuvor üblich war, daß sie sich während des jeweiligen DDR-Jubiläums in den Kasernen aufhalten sollten. Hatte Gorbatschow keine ausreichenden Informationen über die Krise der DDR und die Stärke der Opposition? Offensichtlich sah er die Situation als weniger ernst an, als beispielsweise der ZK-Abteilungsleiter für internationale Verbindungen, Falin, oder das KGB. Der Leiter der Analyseabteilung des KGB in Ostberlin, Kusmin, hatte schon 1988 die Tendenz zur Unumkehrbarkeit der Wiedervereinigung prognostiziert. Dabei hatte er zum Teil die operative Zielstrebigkeit westdeutscher Strategien überschätzt, die ostdeutsche Abhängigkeit von Bonn aber wohl richtig gesehen. Kusmin wies unlängst daraufhin, daß Gorbatschow alle Honecker-kritischen Informationen übermittelt worden waren, gab allerdings zu, daß man beim KGB weder die Rolle der Kirchen noch die der Opposition überhaupt verstanden habe. Sie hätten sich nicht in das ideologisch vorgegebene Bild einpassen lassen.¹³

b) Inzwischen ist von autoritativer Quelle bestätigt worden, daß Gorbatschow bereits Ende August 1989 die Öffnung der ungarischen Grenze auch für die DDR-Bürger billigte¹⁴, was allerdings solidarische Pressekommentare mit der DDR-Position nicht ausschloß. Wollte Gorbatschow, wie behauptet wird, das Honecker-Regime schwächen, um die DDR reformieren zu lassen? Auszuschließen ist nicht, daß er indirekten Druck ausübte. Jedenfalls erschütterte Gorbatschows Zurückhaltung und Schewardnadses Vermittlungsstil in New York (vorübergehende Lösung des Flüchtlingsproblems in den BRD-Botschaften Ostmitteleuropas) – ungeachtet seiner scharfen antibundesdeutschen Rede im September von der UN-Vollversammlung – die Position der SED und sorgte dafür, daß Zehntausende ostdeutscher Flüchtlinge die westdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau verlassen konnten. Von hier bis zur Verstärkung destabilisierender Momente durch Fortsetzung der Flucht und antipodische Bildung einer massenhaften (angeblich) prosozialistischen, Pro-DDR-Oppositionsbewegung war nur ein kurzer Weg. Er führte direkt in die „Wende“.

¹³ Kuz'min, 1997; ders. in einem Vortrag am 24.9.1997 im BIOst, Köln.

¹⁴ Vgl. hierzu H. Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargest. von K. Diekmann; R.-G. Reuth. Berlin 1996, S. 75.

c) Nach dem Sturz Honeckers, bei welchem Gorbatschow nicht direkt beteiligt war, ging die sowjetische Führung davon aus, daß sich ihre Handlungsspielräume eher wieder verbreitert hätten. Zumindest die Zentristen – d. h. die systemimmanenten Reformer im Politbüro der KPdSU – hofften, die SED unter Krenz werde nunmehr geradezu im Sauseschritt den Reformstau auflösen und versicherten ihn Moskauer Solidarität. Gorbatschow und Schewardnadse waren offensichtlich davon überzeugt, die DDR könne sich weitere Jahre halten. Sie waren nunmehr auch bereit, eine intensivere Annäherung Ostberlins an Bonn zu fördern. Was hätten sie auch sonst tun sollen, waren doch die wirtschaftlichen Mittel der UdSSR begrenzt, die Sowjetunion selbst inmitten einer schweren ökonomischen und nationalen Krise?

d) Auch unmittelbar nach dem vermutlich nicht abgesprochenen Mauerfall vom 9. November war es die Auffassung des Moskauer Reformflügels, der Spielraum der DDR und damit auch der sowjetische, habe sich durch die Öffnung dieses Ventils erweitert, die Revitalisierung der DDR, nicht ihr Ende, sei zu erwarten. Anders sahen es einige Traditionalisten im Partei- und Staatsapparat und vermutlich besonders der Oberkommandierende der WGT in der DDR. Gorbatschow und Schewardnadse stellten sich ihrem Ansinnen, die Mauer mit Gewalt zu wieder zu schließen, entgegen. Unlängst ist darauf verwiesen worden, daß der Einsatz der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen auch deswegen nicht greifen konnte, weil a) das Offizierskorps bereits demoralisiert, einige korrupt gewesen seien (Verkauf modernsten Kriegsgeräts), das Tiflis-Syndrom um sich gegriffen hätte (Abwälzen der Verantwortung von den Entscheidungsgremien auf den örtlichen Wehrdistriktskommandeur) c) das Vertrauen in Entscheidungen der Moskauer Staatsführung geschwunden sei und d) die Truppen nicht für Polizeieinsätze in der DDR vorbereitet gewesen sein.¹⁵ Dennoch wird behauptet, daß der UdSSR-Botschafter persönlich alle Gewaltaktionen hätte untersagen müssen. Wesentlich war in der Tat, daß alle Demonstrationen friedlich verliefen und Provokationen sowjetischer Empfindlichkeiten weitgehend ausblieben.

e) Die Gewaltoption konnte allerdings ohnehin nicht greifen, weil damit zwar möglicherweise die DDR noch einige Zeit hätte gehalten werden können, Kardinalziele der Moskauer Reformer aber verfehlt worden wären: 1. die Liquidierung des Kalten Krieges, 2. die notwendige Reduzierung der Rüstungsausgaben, 3. die Integration in das europäische Haus und 4. die Einbindung in die Weltwirtschaft. Gorbatschow, Schewardnadse und Jakowlew waren nicht bereit, diesen Preis zu zahlen. Jetzt wirkte sich negativ aus, daß sich die sowjetische Außenpolitik jahrelang Initiativen in der Deutschlandpolitik versagt hatte. Die Mauer, die man hätte steineweise gewinnbringend abbauen können, war ungeplant gefallen. Zuvor hätten Moskau und Ostberlin eine weitere Lockerung des Reiseverkehrs, vorteilhafte Kooperationen und schließlich eine Konföderation oder andere Formen eines von der UdSSR mitverantworteten Deutschland anbieten können. Doch der Handlungsspielraum war (unter dem

15 So der Leiter der Analyseabteilung des KGB in Berlin, I. Kusmin.

Einfluß der traditionalistisch geprägten Germanisten) wegen des ideologisierten geopolitischen Denkens und der Rücksichtnahme auf die DDR-Eliten einseitig beschnitten worden. Die Zeit war den sowjetischen Strategen, die zu meist Schüler Gromykos waren, davongelaufen und auch Gorbatschow hatte Illusionen über die Reformierbarkeit der DDR unter den Bedingungen nationaler und sozialer Teilung nachgegangen.

f) Die neuformierte SED-Führung war jedoch nicht in der Lage, den eigenen Perestrojka-Ankündigungen in der Bevölkerung den notwendigen Rückhalt zu verschaffen. Vielmehr setzte sich gerade unter Krenz der freie Fall der DDR fort und ließ die Handlungsoptionen der UdSSR-Diplomatie erneut schrumpfen. Andererseits verfügte sie über wenig Instrumente, vor allem keine der wirtschaftlichen Stützung, um dem Tandem Krenz-Modrow aus der Patsche zu helfen.

g) Mit dem Zehn-Punkte-Plan vom 28. November 1989 ging die anfangs noch tastende Initiative auf das Bonner Kanzleramt über. Als Reaktion darauf fiel den Moskauer Spitzenpolitikern wenig mehr ein, als zu versuchen, die zumindest für Deutschland als Ganzes bereits im Jahre 1948 abgelegte Option der Viermächteverantwortung wiederzubeleben. Das Treffen mit Mitterrand in Kiew Anfang Dezember und das Zusammentreten der alliierten Botschafter in der Berliner Alliierten Kommandantur zeigten jedoch an, daß zwar einige westeuropäische Staaten hinsichtlich der möglichen Wiedervereinigung Zurückhaltung übten, der sowjetische Aktionsraum aber durch das klare Übergewicht der USA einerseits und durch den Zerfall der SED-Herrschaft andererseits eng geworden war.

4. a) Nach Beratungen im engsten Kreis (übrigens nicht dem KPdSU-Politbüro), einer Lageeinschätzung des KGB-Chefs Krjutschkow am 26. Januar und folgenden Begegnungen mit DDR-Premier Modrow am 30. Januar sowie mit dem SED-PDS Vorsitzenden Gysi am 2. Februar in Moskau kam die sowjetische Führung zur Auffassung, die innere Vereinigung Deutschlands sei nicht mehr aufzuhalten. Vielmehr wäre es sinnvoll, sich an deren Spitze zu setzen. Es galt, äußeren Handlungsspielraum wieder zurückzugewinnen, da sich dieser Prozeß ansonsten unkontrolliert fortgesetzt hätte. Da der Reformflügel, wie schon betont wurde, keine Gewalt einsetzen mochte, wären die Rechte der Siegermacht UdSSR ansonsten von der Realität konsumiert, die sowjetischen Truppen vermutlich ohne Gegenleistungen Deutschlands zum Abzug gezwungen worden, ein nunmehr möglicher, andersartiger großer Entwurf für das gemeinsame europäische Haus versagt geblieben. Kein Wunder, daß die deutschlandpolitischen Experten von den grundsätzlichen Entscheidungen erst nachträglich informiert wurden. Dennoch regte sich auf der ZK-Sitzung zwischen dem 5. und dem 8. Februar – vor dem Hintergrund von Entwicklungen in Osteuropa – im Politbüro erstmals Widerstand gegen die deutschlandpolitische Linie Gorbatschows. Der Generalsekretär verließ das Plenum jedoch als Sieger.

b) Gorbatschow, der sich bis zu diesem Zeitpunkt zumindest öffentlich keinesfalls als Vorreiter deutscher Einheit erwiesen hatte, suchte den sowjetischen Handlungsspielraum in der Begegnung mit Kohl und Genscher am 10. Februar 1990 neu zu definieren. Als der Kanzler den Kreml verließ, hatte er den Schlüssel zur Vereinigung in der Tasche. Zu dieser Zeit hoffte Gorbatschow allerdings noch auf einen längeren Prozeß der Vereinigung, den er auf Seiten der DDR – Meinungsumfragen zufolge – von der deutschen Sozialdemokratie gestaltet sah. Die vorgezogenen Wahlen am 18. März 1990 in Ostdeutschland belehrten ihn eines anderen.

c) Wie auch bei späteren Gelegenheiten erwies sich Gorbatschows diplomatische Taktik, erst ein überraschendes Zugeständnis zu gewähren und dann, falls der Spielraum ausreichte, den Kontrahenten zu fordern – völlig im Gegensatz zur Linie früherer sowjetischer Chefunterhändler – als ambivalent. Übrigens besonders deswegen, weil sich der sowjetische Außenminister von den Vertretern der zentristischen und erst recht der orthodoxen Linie abzulösen begann, die Mehrheit im Politbüro, beraten von den traditionalistischen Experten, jedoch auf größtmögliche Wahrung sowjetischer Interessen im Sinne der Realpolitik setzte. In der Tat zeigte die Etappe zwischen dem Februar und dem Juli 1990 widersprüchliche Signale an, die auf eine innenpolitisch bedingte Verengung des Handlungsspielraums hindeuteten. Hierzu trug auch bei, daß sich in den Volkskammerwahlen 1990 nahezu 50 Prozent der DDR-Wähler auf die von Kohl dominierte „Allianz für Deutschland“ festlegte und damit der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 mehr als wahrscheinlich wurde.

d) Die Festlegung der äußeren Bedingungen der Vereinigung stieß jedoch um so mehr auf Schwierigkeiten und führte zu ersten Verstimmungen zwischen dem sowjetischen Präsidenten und seinem Außenminister. Auf der Politbürositzung am 3. Mai 1990, unmittelbar vor dem ersten Zwei-plus-Vier-Ministertreffen in Bonn, wurde Schewardnadse gegen seine Überzeugung von der Mehrheit und dem erregten Gorbatschow persönlich auf eine resolute Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland festgelegt. Die Grundidee, mit der Schewardnadse in die ersten Zwei-plus-Vier-Verhandlungen gehen mußte, beinhaltete, die innere Vereinigung von der äußeren abzukoppeln, sich Einmischungsrechte im vereinigten Deutschland zu sichern und die äußere Souveränität Deutschlands über längere Zeit in der Schwebe zu lassen. Diese Linie konnte tendenziell dazu führen, daß die UdSSR sich erneut isolierte und jeden Handlungsspielraum verlor, planten doch die Westmächte, ihre Deutschland betreffenden Prärogative gegebenenfalls einseitig niederzulegen. Da sich in der UdSSR eine schwere Devisenkrise abzeichnete, hatte Schewardnadse noch einen Tag vor Beginn der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Bonn um großzügige finanzielle Unterstützung der Perestrojka – gedacht war an einen Kredit von zwanzig Mrd. DM – nachgesucht. Deutsche Zusagen waren um so wesentlicher, als sich US-Präsident Bush wegen des militärischen Eingreifens im Baltikum gegenüber sowjetischen Finanzforderungen spröde zeigte. Der Einwirkungsspielraum der Traditionalisten, die im

Frühjahr auf Gorbatschow zunehmend Einfluß genommen hatten, wurde durch die wirtschaftliche Notsituation der UdSSR immer enger.

e) Beim Treffen Schewardnades mit Genscher in der UN-Mission der Sowjets am 23. Mai setzte sich der sowjetische Außenminister für eine Übergangszeit ein, in der beide deutsche Staaten beiden Militärbündnissen angehören sollten. Als wichtigen Ausweg aus der verfahrenen Situation bot er einen Vertrag zwischen NATO und Warschauer Vertrag an, „mit dem eine Assoziierung, eine Zusammenarbeit oder ähnliches vereinbart werde“. Die Begegnung mit Mitterrand am 25. Mai bewies Gorbatschow jedoch, daß auch der französische Präsident die freie Bündniswahl für die Deutschen einforderte und Limitierungen deutscher NATO-Mitgliedschaft ablehnte.¹⁶

f) Als Gorbatschow Ende Mai 1990 in die USA flog, standen für ihn amerikanische Wirtschaftshilfe und ein Handelsabkommen im Vordergrund. Unter dem Druck der auf ihn lastenden Probleme und ohne Abstimmung mit dem Politbüro der KPdSU konzidierte er dem US-Präsidenten, Deutschland könne seine Bündniszugehörigkeit selbst bestimmen. Bush hatte auf die Fortgeltung der KSZE-Schlußakte und die darin enthaltende Wahlfreiheit verwiesen und Gorbatschows Achillesferse getroffen. Letzterer mochte angesichts der Vorbehalte vieler Deutscher gegen die NATO glauben, daß er noch Spielraum besaß. Tschernjajew kommentierte 1993, daß mit der Washingtoner Gipfelkonferenz die Frage, ob Deutschland vereint werden solle oder nicht, vom Tisch gewesen sei.¹⁷ Bereits am Rande der Begegnung mit dem deutschen Außenminister in Münster (18. Juni 1990) ließ Schewardnadse seinen Gehilfen Terassenko gegenüber Genschers Bürochef ankündigen, die von ihm auf dem folgenden zweiten Zwei-plus-Vier-Treffen in Berlin vorzutragende Maximalposition müsse nicht ernst genommen werden.¹⁸

Die dennoch von Schewardnadse am 22. Juni referierten Grundprinzipien enthielten noch die vom stellvertretenden Außenminister Kwizinskij auf der Grundlage einer Politbürodirektive ausgearbeitete Linie:

1. Internationale Abkommen der BRD und DDR sollten für weitere fünf Jahre in Kraft bleiben;
2. von deutschem Boden durften weder allein noch durch das geschlossene Bündnis jemals militärische Handlungen ausgehen, es sei denn in Fällen der Ausübung des Rechts aus Selbstverteidigung;
3. die Gesamtzahl deutscher Truppen dürfe insgesamt 200.000 bis 250.000 nicht übersteigen;
4. die faktische Teilung Deutschlands auf blockpolitischem Gebiet sollte nicht verändert werden;
5. auch nach Ablauf der Reduzierungsfrist deutscher Truppen (nach drei Jahren) sollten die in Deutschland stationierten Truppen der Vier Mächte nur um 50 Prozent vermindert, nach weiteren Schritten und Verhandlungen auf symbolische Stärken vermindert werden;
6. Bundeswehr und

16 Mitterrand im Zentralen Sowjetischen Fernsehen, 25.5.1990, Hinweis bei Biermann 1997, S. 589 f, Anm. 693.

17 Tschernjajew im Interview mit dem Autor vom Mai 1993 im Gorbatschow-Fonds, Moskau.

18 R. Kiessler, F. Elbe: Ein runder Tische mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit. Baden-Baden 1993, S. 159; E. Pond, op. cit., S. 217.

Volksarmee sollten bis zur Auflösung der beiden Militärallianzen oder dem Austritt Deutschlands aus diesen Bündnissen bestehen bleiben und innerdeutsche Linien nicht überschreiten dürfen, 7. einundzwanzig Monate nach einer gesamtdeutschen Parlamentswahl und Regierungsbildung sollte eine Konferenz der Außenminister die Gesamtsituation der Realisierung dieser Bedingungen prüfen.¹⁹ Terassenko bedeutete dem erbosten amerikanischen Delegationsmitglied Ross, die „Grundprinzipien“ könnten bereits als „von den Ereignissen überholt“ angesehen werden. Schewardnadse habe das Politbüro-Papier nicht vor dem kommenden Parteitag widerrufen wollen. Er sei jedoch vom Minister beauftragt worden, neue Vorschläge für die Zeit nach dem 15. Juli zu entwerfen. In der sowjetischen Botschaftsresidenz wertete Schewardnadse gegenüber seinem US-Amtskollegen Baker das Dokument als der innenpolitischen Lage geschuldet restlos ab.²⁰ Damit war der Spielraum der Sowjets überraschend geschmälert worden. Die sowjetische Diplomatie erklärte den XXVIII. Parteitag zur Wasserscheide und machte dessen Erfolg auf außenpolitischem Gebiet von westlichen Zugeständnissen, besonders vom künftigen Londoner NATO-Gipfel, abhängig.²¹

5. a) Noch Ende Juni 1990 sah die Position des sowjetischen Präsidenten wie folgt aus:

1. Doppelmitgliedschaft Deutschlands in beiden Militärbündnissen; 2. Aufrechterhaltung der Viermächterrechte für eine fünfjährige Übergangsperiode; 3. gleichzeitiger Abzug der östlichen und westlichen Streitkräfte; 4. Festlegung einer Obergrenze für deutsche Streitkräfte auf unter 300.000 Mann.

Gorbatschow hatte als Zentrist zwischen den traditionalistischen und progressiven (letztere anfangs nur von Wissenschaftlern vertreten) Positionen laviert. Vermutlich hatte er für sich persönlich bereits Ende Mai seine abwiegelnde Linie hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands bereits geräumt. Nach wie vor aber orientierte sich die 3. europäische Abteilung bei ihren Papieren für Außenminister und Präsidenten an den Vorstellungen des stellvertretenden Außenministers Kwizinskij. Auch die internationale Abteilung des ZK ließ sich unbeirrt vernehmen, eine deutsche NATO-Zugehörigkeit sei „absolut unannehmbar.“ Ähnlich äußerte sich auch Generalstabschef Moissejew.²² Falin, der von der Durchführung des Gorbatschow-Kohl-Treffens im Juli 1990 völlig ausgeschlossen war, suchte den Präsidenten mehrfach vor den Conse-

19 Übers. Text bei J. A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Berlin 1993, S. 41-46.

20 J. A. Baker: The Politics of Diplomacy. New York 1995, S. 229 f.; H.-D. Genscher: Erinnerungen. Berlin 1995, S. 821.

21 Zelikow und Rice formulieren „The Soviet foreign minister had virtually put the fate of German unification within the alliance's own hands.“ Vgl. P. Zelikow; C Rice: Germany Unified and Europe Transformed. Cambridge, MA, London 1995, S. 304.

22 Interview Portugalows, in: Bild-Zeitung, 2.7.; Interview Moissejews, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 14.7.1990.

quenzen einer Akzeptanz des Beitritts der DDR zur BRD nach Art. 23 GG und vor der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zu warnen.²³

b) Die positiven Signale des NATO-Gipfels von London (5./6.7.1990), weniger intensiv des EU-Gipfels (25.6.1990) und des G7-Gipfels in Houston (9.-11.6.1990), stärkten Gorbatschows Anpassungsbereitschaft. Bush und Kohl hatten sich besonders für eine Entfeindung der Bündnisse eingesetzt und die Atomwaffen zu Mitteln des „letzten Rückgriffs“ erklärt.²⁴ Die Regierungschefs begruben damit die bisher gültige Strategie der flexible response.²⁵ Hinsichtlich der ökonomischen Unterstützung war jedoch nicht zu übersehen, daß die Sowjetunion immer mehr auf die Bundesrepublik angewiesen war. Auf den Westwirtschaftsgipfeln hatte man den IWF aufgefordert, eine Studie über den Zustand der sowjetischen Ökonomie anzufertigen und erklärte sich erst danach in der Lage, zu entscheiden.

c) Der Parteitag der KPdSU vom 2. bis 14. Juli bestätigte die taktische Meisterschaft Gorbatschows. Im bisherigen ZK hatten sich zuvor zwei Drittel der ZK-Mitglieder zu Gegner Gorbatschows entwickelt.²⁶ Den Konservativen war es trotz angemeldeter Kritik nicht vergönnt, eine Revision der Deutschlandpolitik durchzusetzen. Einerseits wurde alle Schuld am Verlust der sozialistischen Gemeinschaft Schewardnadse zugeschoben, der seine Kritiker schon zuvor als McCarthyisten bezeichnet hatte.²⁷ Andererseits gewann der Präsident und wiedergewählte Generalsekretär durch ein völlig umgestaltetes und bedeutungsschwaches Politbüro, das außer ihm keinen weiteren Vertreter der zentralen Staatsexekutive mehr enthielt, größeren Handlungsspielraum. Der Weg war frei für den sensationellen Kompromiß mit der westdeutschen Regierung Mitte Juli 1990.

d) Zu dieser Zeit war die Wirtschafts- und Währungsunion der DDR mit der BRD (1. Juli 1990) wirksam geworden. Es war absehbar, daß sich der Druck aus Ostdeutschland auf einen schnellen Beitritt zur BRD verstärken werde. Gorbatschow und Schewardnadse mußten dies in Rechnung stellen. Die Zeithorizonte der Einigung verengten sich. Bei der Vorbereitung für den Kohlbesuch wollte sich Gorbatschow nicht mehr von Querschüssen wie etwa aus der Falin-Ecke stören lassen. So beschränkte er den Kreis bei der Entscheidungsfindung auf den Außenminister, auf die engen Berater Tschernjajew und Sagladin, möglicherweise wurden auch Jakowlew und Schachnasarow zu Tei-

23 Memorandum Falins vom März 1990, vgl. V. Falin: Konflikte im Kreml. München 1997, S. 314-316. Zu Falins Standpunkt in einem Telefongespräch unmittelbar vor dem Eintreffen Kohls in Moskau, vgl. V. Falin: Politische Erinnerungen. München 1993, S. 492 ff. Falin soll am 18. Mai in der sowjetischen Botschaft in der DDR zur Verhinderung beider Entwicklungen den Einsatz von zwei Millionen sowjetischer Soldaten gefordert haben, nach Information des sowjetischen Gesandten an der sowjetischen Botschaft, Igor F. Maximytschew.

24 H. Teltschik: 329 Tage. Berlin 1991, S. 301 ff; die abweichende Position der Briten bei M. Thatcher: The Downing Street Years. London; New York 1993, S. 1120 ff.

25 Europa-Archiv, 17, 1990, SD 456-460.

26 Interview von Zelikow mit Tschernjajew, Januar 1994, in: Zelikow; Rice, a. a. O.; Kapitel 9, FN 12, S. 469.

27 Pravda, 4.7.bzw. 26.6.1990

len der Diskussionen hinzugezogen.²⁸ Die letzte Entscheidung behielt sich der Präsident jedoch selbst vor. Mitarbeiter aus dem MID, dem ZK oder dem Verteidigungsministerium wurden bei der abschließenden Begegnung in Archys (Kaukasus) nicht hinzugezogen.

e) Die politischen Reformen des Jahres 1988 und die Ergebnisse des XXVIII. Parteitags vom Juli 1990 hatten Gorbatschow einen ungewöhnlich autoritären Stil ermöglicht. Die Bevölkerung war zunehmend durch eigene Nöte abgelenkt. Außerdem hatte sich ihre Einstellung zu Deutschland im Laufe der Generationswechsel verändert. Die Ankündigung der Marktwirtschaft hatten einen Teil der bereits in die Ökonomie abgewanderten ehemaligen zweiten und dritten Ebene der Nomenklaturelite die Hoffnung vermittelt, die eigene Existenz sei an der Seite der Bundesrepublik Deutschland leichter abzusichern als gegen diese. Möglicherweise war auch deswegen so geringer Widerstand gegen Gorbatschows Deutschlandpolitik zu verspüren.

6. a) In Moskau und noch intensiver in Archys vollzog Gorbatschow eine historische Wende. Freilich hatte sich diese seit langem angebahnt. Noch am Vormittag des 15. Juli beharrte der Präsident darauf, Deutschland solle zwar formal der NATO angehören, faktisch aber nur mit dem Gebiet der alten Bundesländer. Auch wollte er sich zu Beginn nur mit einer Bundeswehr von 300.000 Soldaten abfinden. Manchem erscheint der schließlich in Shelesnowodsk verkündete Kompromiß auch heute noch unerklärbar. Hilfreich war dabei sicherlich das Angebot des Kanzlers, mit einem „Großen Vertrag“, eine völlig neue und dauerhafte Perspektive bilateraler Zusammenarbeit zu eröffnen. Für Schewardnadse war anfangs wesentlich, daß sich auch nach einem Abzug sowjetischer Truppen, NATO-Strukturen nicht auf Ostdeutschland erstrecken dürften. Gorbatschow präzierte, daß dies Verbot insbesondere für Nuklearmittel gelten müsse.

Während der Verhandlungen akzeptierten die sowjetischen Verhandlungsführer, daß Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags auch für den Osten Gültigkeit hätten. Schließlich stimmte Gorbatschow zu, daß nach dem Abzug sowjetischer Streitkräfte auch der NATO unterstellte deutsche Truppen auf ostdeutschem Gebiet stationiert werden dürften.²⁹ Die wichtigsten sowjetischen Zugeständnisse waren die Bestätigung, daß das vereinigte Deutschland in der NATO verbleiben und daß alle sowjetischen Truppen innerhalb von vier Jahren aus Ostdeutschland abziehen würden, während die westlichen in Deutschland bleiben dürften. Unterstützt wurde das endgültige sowjetische Nachgeben, welches freilich schon im Mai 1990 gegenüber den USA angesprochen worden war, durch finanzielle Kompensationen. Angesichts der obwaltenden wirtschaftlichen Nöte der UdSSR war es den sowjetischen Traditionalisten vorbe-

²⁸ Sagladin im Gespräch mit R. Biermann am 13.4.1994, nach Biermann, op. cit., S. 681.

²⁹ Vgl. Gorbatschow, *Erinnerungen*, S. 724 ff.; Kwizinskij, S. 47 ff.; H. Kohl: *Ich wollte Deutschlands Einheit* (dargest. v. K. Diekmann; R.-G. Reuth). Berlin 1996, S. 421 ff.; Genscher, S. 828-841. Teltchik, S. 316-342.

halten zu behaupten, die zusammengebrochene DDR sei an die Bundesrepublik verkauft worden.

b) Nach Abschluß des sensationellen Juli-Treffens nahm das Aushandeln finanzieller Details teilweise dramatische Ausmaße an. Gorbatschow schien sogar zuletzt den erzielten Kompromiß von Archys noch einmal zur Disposition zu stellen. Er drohte sogar mit der Blockierung deutscher Souveränität.³⁰ Noch fünf Tage vor dem abschließenden Treffen der sechs Außenminister in Moskau bedeutete Gorbatschow dem Bundeskanzler am Telefon, die gesamten Verhandlungen müßten neu begonnen werden, wenn Bonn nicht die im Zusammenhang mit dem sowjetischen Truppenabzug bis Ende 1994 notwendigen 15 Mrd. DM aufbringe.³¹ Letztlich einigte man sich auf einen Betrag in der Nähe dieser Forderung, wobei der Kanzler zusätzlich zu den bereits vereinbarten 12 Mrd. DM (davon allein 7,8 Mrd. DM für den Bau von Wohnungen für bis Ende 1994 abziehende sowjetische Offiziere, später auf 8,3 Mrd. erhöht)³², einen zinslosen Kredit in der Höhe von drei Mrd. DM anbot. Gorbatschow gab sich damit zufrieden, wohl wissend, daß die deutschen Gesamtleistungen für die Vereinigung und die Stützung der Perestrojka wesentlich höher anzusetzen waren. Tschernjajew schätzte unlängst ein: „Wir haben mehr erhalten, als Deutschland – selbst schon ein mächtiger Staat und Hauptverbündeter einer nuklearen Supermacht – hätte geben müssen: Unterhalt für unsere lange dortgebliebenen Truppen, Bau von Wohnungen für Offiziere; Kredite, Hilfe (auch humanitäre), und aktive Unterstützung in internationalen Angelegenheiten, vor allem in der ‘G-7’. In Geld ist das alles ca. hundert Mrd. Dollar wert. Etwas anderes ist es, was wir daraus gemacht haben.“³³

c) Beim letzten Zwei-plus-Vier-Treffen am 12. September 1990 in Moskau wurde der „Vertrag über die abschließenden Regelungen in Bezug auf Deutschland“ geschlossen. Das vereinte Deutschland verzichtete auf alle Gebietsansprüche. Es erteilte der Herstellung und dem Besitz von atomaren, biologischen und chemischen Waffen sowie der Verfügungsgewalt über sie eine Absage. Die deutsche Truppenstärke wurde durch vorherige einseitige deutsche Erklärung auf 370.000 Mann festgelegt. Auch nach dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der ehemaligen DDR dürfen ausländische Streitkräfte dort überhaupt nicht und deutsche integrierte NATO-Kräfte nur ohne Kernwaffenmittel stationiert werden.³⁴

30 Teltschik, S. 348, 352.

31 Der Kanzler bot Gorbatschow bei diesem Gespräch acht Mrd. DM an. Sitarjan hatte von Waigel bei deren Verhandlungen vom 3. bis 4. September sogar 16 bis 18 Mrd. DM gefordert. Schließlich erhöhte der Kanzler zwei Tage vor dem Treffen in Moskau seine Zusagen auf elf bis zwölf Mrd. DM, zuzüglich eines zinslosen Kredits von drei Mrd. DM, vgl. Teltschik, a. a. O., S. 359-363.

32 Um den reibungslosen Abzug der WGT auf Ende August 1994 vorverlegen zu können, wurde diese Summe in einer Übereinkunft zwischen Kohl und Jelzin um weitere 550 Mio. DM aufgestockt. Die direkten Zahlungen Deutschlands betragen somit 15,55 Mrd. DM.

33 Ėernjajev, in: Svobodnaja mysl, (Anm. 3), No. 8, 1997, S. 34.

34 Vgl. den Text in: Deutsche Außenpolitik 1990/1991. Dokumentation. Hrsg. v. Auswärtigen Amt, Bonn 1991, S. 167-171.

d) Am 3. Oktober 1990 vereinigten sich die beiden deutschen Staaten auf der Grundlage des Zwei-plus-Vier-Vertrages.³⁵ Der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland erfolgte auf der Grundlage von Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD und eines zwischen beiden deutschen Staaten geschlossenen Einigungsvertrages. Am 9. November, dem Jahrestag der Maueröffnung, unterzeichnete Gorbatschow in Bonn den schon am 13. September paraphierten großen Partnerschaftsvertrag. Zu dieser Zeit war das Ende der Perestrojka des Generalsekretärs abzusehen. Dessen Außenminister mußte sich vehement gegen aufbrechende Kritik verteidigen. Schewardnadse, der sich von Gorbatschow im Stich gelassen wähnte und zudem eine heraufziehende Militärdiktatur fürchtete, trat im Dezember 1990, ein Jahr vor dem Ende der Sowjetunion, zurück.³⁶ Tatsächlich hatte sich Gorbatschow immer mehr auf einen orthodoxen Schwenk eingelassen und ließ sich von den späteren Putschisten des August 1991 einrahmen.

e) Im Frühjahr 1991 war sogar die Ratifizierung der geschlossenen Abkommen durch den Obersten Sowjet gefährdet. Mehrfach warnten sowjetische Diplomaten wie der stellvertretende Außenminister Kwizinskij vor den Folgen einer Ablehnung. Dennoch stimmte am 4. März 1991 das Parlament der UdSSR nur den Rahmenverträgen (Zwei-plus-Vier und Partnerschaftsvertrag) zu.³⁷ Das Überleitungs- und das Truppenabkommen waren prinzipiell gebilligt worden. Einige Abgeordnete erhofften sich möglicherweise durch Druck auf die Bundesregierung finanzielle Nachbesserungen. Nachdem Bundesaußenminister Genscher Mitte März nach Moskau geeilt war, um die schnelle Einbeziehung der Sowjetunion in europäische Institutionen zuzusichern, verabschiedete der Oberste Sowjet am 2. April – wieder hinter geschlossenen Türen – die restlichen Übereinkünfte. Zuvor hatte sich der Präsident an den Kanzler gewandt und um die Gewährung eines neuen Kredits in Höhe von 20 Mrd. DM nachgefragt. Diesen mußte Kohl jedoch mit Blick auf die durch die Wiedervereinigung entstandenen Lasten verweigern.

Zusammenfassung

Als Rahmenbedingung wirkte das von Gorbatschow initiierte neue Herangehen an internationale Probleme, das in partnerschaftliche Beziehungen zwischen den Allianzen und interne Transformationen der Militärblöcke mündete. Ein wichtiges Motiv für die Zustimmung zur Vereinigung bildete die begründete Zuversicht, Deutschland werde als Brücke nach Westeuropa, zur Integra-

35 Am 2. Mai hatten beide Regierungen beschlossen, zum 1. Juli 1990 die DM in der DDR einzuführen, womit der DDR die Währungshoheit verloren ging. Am 23. August beschloß die Volkskammer der DDR mit 294 gegen 62 Stimmen bei 6 Enthaltungen den Beitritt zur BRD. Am 31. August wurde ein Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands durch beide Regierung vereinbart und wenig später von beiden Parlamenten ratifiziert.

36 Der Außenminister reichte seine Rücktrittserklärung am 20. Dezember 1990 ein, vgl. E. Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit. Reinbek bei Hamburg 1991, S. 11.

37 Mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 15. März 1991 gab die Sowjetmacht ihre seit dem 5. Juni 1945 bestehenden und am 3. Oktober 1990 nur ausgesetzten Siegerrechte endgültig auf.

tion in die Weltwirtschaft, zur Mitgliedschaft in den G-7 dienen. Aber auch weitere realpolitische Motive mögen eine gewisse Rolle gespielt haben: nach Erläuterungen von Falin hoffte Gorbatschow seinerzeit, durch die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO dem alten sowjetischen Ziel doch näher zu kommen, die westliche Allianz letztlich zu zerstören.³⁸ Ein Berater im Umkreis Gorbatschows deutet auch die damals gehegte Illusion einer „Achse Moskau-Berlin“ an, über die „unterschwellig“ schon in Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow die Rede gewesen sei.³⁹ Fragt man abschließend nach der übergreifenden Rationalität der sowjetischen Zugeständnisse, so dürfte klar sein, daß sich angesichts der Verschiebung der Balance of Power, des Abstiegs der ehemaligen Supermacht, der schweren Wirtschaftskrise, der zunehmenden nationalen Konflikte, des Zusammenbruchs der DDR und der kommunistischen Herrschaft in Osteuropa sowie der galoppierenden Schwindsucht der Perestrojka, Gorbatschow nahezu unvermeidlich auf Kooperation mit einem erstarkten, vereinten Deutschland setzen mußte. Die Erkenntnis einer der UdSSR und Rußland wohlgesonnenen deutschen Bevölkerung und die Abschwächung antideutscher Ressentiments bei den Nationen der Sowjetunion erleichterten ihm die persönliche Entscheidung. Das von Brandt und Schmidt, Scheel und Genscher nach 1969 angehäuften Kapital des Moskauer Vertrages von 1970 hatte sich akkumuliert. Dazu hatte nicht zuletzt auch die deutsche Wirtschaft beigetragen. Seit Ende 1988 bildete sich ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen den obersten Repräsentanten von UdSSR und BRD heraus, welches angesichts der Entscheidungsmacht des sowjetischen Präsidenten zu einem der tragenden Pfeiler im Prozeß der Vereinigung Deutschlands wurde.

38 Parteivorstand/Archiv: Einige Gedanken Falins zum Prozess der deutschen Vereinigung vom 15.9.1990, S. 1.

39 Ėernjaev, op. cit., S. 25.

Dieter Bingen

Die Politik Polens und anderer ostmitteleuropäischer Staaten im deutschen Vereinigungsprozeß 1989/90

Schriftliche Vorlage

Die drei ostmitteleuropäischen Staaten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn haben auf unterschiedliche und individuell ganz charakteristische Weise den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten in den Umbruchmonaten 1989/90 beeinflußt. Bei der Betrachtung und Analyse der Vorgänge, die zur Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands am 3. Oktober 1990 führten, sind grob zwei Phase voneinander zu trennen: eine *erste Phase* bis zum 9. November 1989, in der ein innerer Gärungsprozess in der DDR mit internationalen Auswirkungen (Massenflucht) die europäische Umwelt in Atem hielt, und eine *zweite Phase*, die unmittelbar nach dem Mauerfall die deutsche Einheit auf die Tagesordnung der Politik setzte.

Mit Blick auf diese zwei Phasen kann der Beitrag der Akteure „Polen“, „Tschechoslowakei“ und „Ungarn“ gewichtet werden. Ungarn hat seit Mai 1989, seit September 1989 haben Ungarn und die Tschechoslowakei durch ihre Initiative bzw. durch ihre Reaktionen dazu beigetragen, daß im November 1989 die Mauer fiel. Sie waren durch konkrete politische Entscheidungen in den Frühjahrs- und Frühherbstmonaten 1989 Mitverursacher der Beschleunigung des inneren Zusammenbruchs des Honecker-Regimes.

Bis zum November 1989 war Polens Beitrag zur Entwicklung in der DDR im Sinne operativer Außenpolitik eher peripher, da es im außenpolitischen Entscheidungsverhalten weniger als Budapest und Prag herausgefordert wurde. Freilich war der Beitrag Polens in einem weiteren Sinne außerordentlich und entscheidend: Ohne die Solidarność-Bewegung seit 1980 und die von ihr ausgelöste Kettenreaktion im sowjetischen Block, v.a. ihren Einfluß auf die sowjetische Politik in den achtziger Jahren, hätte im Sommer 1989 nicht die von Gorbatschow konzedierte Wahlfreiheit für Polen, d. h. die Wahl eines nichtkommunistischen Regierungschefs, angestanden. In Polen wurde die Machtfrage zuerst gestellt, die zuletzt und am dramatischsten sowohl für die Sowjetunion wie für ihren deutschen Vorposten beantwortet werden mußte. Durch die neue innenpolitische Lage in Polen wurde die strategische Position der DDR im Warschauer Pakt unterminiert. Die in Polen zuerst gestellten Fragen und

1 Bei den eingetrickten Textpassagen in dem vorliegenden Manuskript handelt es sich – soweit nicht anders belegt – um Erläuterungen zur Interessenlage der Bundesregierung bei Polen betreffenden Fragen im deutschen Einigungsprozess, die meinem im Januar 1998 erscheinenden Buch: Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl (1949-1991), Baden-Baden: Nomos Verlag 1998 (poln. Version: *Polityka Republiki Bońskiej wobec Polski. Od Adenauera do Kohla. 1949-1991*, Kraków: Wyd. Kwadrat 1997), entnommen sind.

die sowjetischen Antworten à la Gorbatschow erlaubten erst die Budapester und Prager Schritte im Jahre 1989. Aber um auf die erste Phase zurückzukommen: Im Frühjahr, Sommer und Frühherbst war Polen mit dem Machtwechsel beschäftigt, während Ungarn seine Westgrenze öffnete und die spätstalinistische Tschechoslowakei gegen ihren Willen zum Totengräber der DDR wurde.

In der zweiten Phase dagegen, als der Prozeß der Vereinigung Deutschlands Teil der operativen europäischen Politik wurde, war es Polen, daß zum Hauptakteur außerhalb des Kreises der „Zwei-plus-Vier“ wurde, während Ungarn und die Tschechoslowakei nicht in den Verhandlungsprozess eingriffen.² Polen war durch die Grenzfrage direkt von der Vereinigungsproblematik tangiert.

Da der Vereinigungsprozess im eigentlichen Sinne erst im November/Dezember 1989 begann und Polen wegen der deutsch-polnischen Grenzproblematik – ein Sonderkonflikt im Kontext einer friedensvertraglichen Regelung für Deutschland als Ganzes – am meisten davon betroffen war, werde ich mich in meinen Ausführungen schwerpunktmäßig mit der Politik Polens in diesem Zeitraum befassen, zuvor aber kurz die entscheidenden Beiträge Ungarns und der Tschechoslowakei in der Phase bis zum November 1989 anreißen.

Ungarn und die Tschechoslowakei 1989 – Totengräber wider Willen

Die Öffnung des Grenzzauns entlang der ungarisch-österreichischen Grenze im Mai 1989 durch die ungarische reformkommunistische Führung setzte einen Prozeß in Gang, der in eine Absetzbewegung von mehreren zehntausend DDR-Bürgern nach Ungarn mündete.³ Ministerpräsident Németh und Außenminister Horn kamen am 25. August 1989 zu einem Blitzbesuch in die Bundesrepublik. Nach Absprachen mit der Bundesregierung öffnete sich den DDR-Bürgern in Ungarn am 11. September 1989 der Weg nach Westen.

Das Verhalten der ungarischen Regierung in der dramatischen Situation des Sommers 1989 war innenpolitisch und außenpolitisch motiviert. Unter dem Gesichtspunkt politischer Legitimation und der Wettbewerbssituation mit der demokratischen Opposition blieb ihr nichts anderes übrig, als die DDR-Führung zu brüskieren, sich deren Forderung nach Zwangsrückführung zu widersetzen und den DDR-Bürgern die freie Wahl zu lassen. Außenpolitisch hätte Ungarn bei einer Polizeiaktion sein liberales Image zerstört und der wirtschaftlichen Unterstützung des Reformprozesses durch den Westen den Boden entzogen. Mitnichten ging es der ungarischen Regierung um eine aktive Förde-

2 Radko Bráč, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung“. Teil III: Die Tschechoslowakei und Deutschland, Köln 1991 (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 36-1991).

3 Siehe Andreas S. Schmidt-Schweizer, Die Öffnung der ungarischen Westgrenze für die DDR-Bürger im Sommer 1989. Vorgeschichte, Hintergründe und Schlußfolgerungen, in: Südosteuropamitteilungen, 1, 1997, S. 33-53.

rung des Untergangs der DDR. Und nicht einmal im Traum dachte der damalige Außenminister Horn an die Perspektive der deutschen Einheit.⁴ Allerdings ist mit dem 11. September 1989 die grundlegende Neuorientierung der ungarischen Außenpolitik verknüpft. Nunmehr stand die institutionelle Westbindung auf der Tagesordnung, nicht mehr die bisher verfolgte Strategie der „doppelten Orientierung“.⁵

Noch viel weniger war es der spätstalinistischen Jakeš-Führung in Prag, die durch die Besetzung des bundesdeutschen Botschaftspalais durch hunderte DDR-Bürger unter starken Handlungsdruck geraten war, darum zu tun, Bewegung in die deutsche Frage zu bringen. Auch die Prager Führung entschied sich für die schließlich gefundene Regelung der Ausreise der DDR-Deutschen aus der Tschechoslowakei, weil sie es nicht zulassen wollte, daß Prag der Austragungsort des deutsch-deutschen Konflikts um Menschen- und Bürgerrechte blieb.

Ungarn und die Tschechoslowakei haben im Sommer und Herbst durch ihr Entscheidungsverhalten unter primär innenpolitischen Aspekten des Systemwechsels (Budapest) bzw. des Systemerhalts (Prag) und bei Hintanstellung der obsolet gewordenen sozialistischen Solidarität mit der DDR in Anbetracht der Laissez-faire-Haltung der Gorbatschow-Führung dem deutschen Einigungsprozess der darauffolgenden Monate unbewußt und ungewollt einen ungeheuren Schub verliehen.

Nach dem November 1989 gab es in Budapest und Prag unterschiedliche Nuancen im Hinblick auf den deutschen Einigungsprozess, die vor allem in der unterschiedlichen politischen Kommentierung des Prozesses zum Ausdruck kamen und nur in Ausnahmefällen in einer direkten politischen Einflußnahme. Weder Ungarn noch die Tschechoslowakei waren Teilnehmer des Verhandlungen über die inneren und äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung – sieht man von der Verknüpfung mit der KSZE ab –, sondern ebenso wie die europäischen Verbündeten der Bundesrepublik Deutschland teilnehmende und kommentierende Beobachter.

Die Stellungnahmen aus Budapest und Prag bezogen sich zwischen November 1989 und Juli 1990 vornehmlich auf die Fragen der internationalen Einbettung des deutschen Einigungsprozesses, die Verknüpfung der Oder-Neiße-Grenzfrage mit einer KSZE-Garantie und der Stellungnahme zur Bündniszugehörigkeit des vereinten Deutschland.

Entsprechend der historisch und politisch weitgehend unproblematischen deutsch-ungarischen Beziehungen fiel die Kommentierung des Einigungspro-

4 Gyula Horn, Freiheit, die ich meine. Erinnerungen des ungarischen Außenministers, der den Eisernen Vorhang öffnete, Hamburg 1991, S. 328: „Zu diesem Zeitpunkt hätte ich natürlich nicht einmal im Traum daran gedacht, daß wir damit den Weg zur deutschen Wiedervereinigung eröffnen würden und daß ein neues Kapitel in der Geschichte Europas begann. Soviel war mir jedoch klar, daß mit dieser Entscheidung im Verhältnis der Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes untereinander etwas noch nie Dagewesenes, eine neue und irreversible Entwicklung einsetzen mußte.“

5 Schmidt-Schweizer, S. 53.

zesses durch die ungarische Politik (Horn, Pozsgay, Antall u. a.) und Öffentlichkeit von Anfang an vorbehaltlos und demonstrativ freundlich aus. Horn nahm bereits am 11. November 1989 zur Perspektive der deutschen Einheit positiv Stellung. Zu diesem frühen Zeitpunkt sprach er sich noch zugunsten einer deutschen Neutralität unter Aufsicht der Vier Mächte aus.⁶ Aber schon im Januar 1990 hatte sich die ungarische Position in der Frage der Bündniszugehörigkeit Deutschlands in Richtung NATO-Mitgliedschaft bewegt. Im Februar 1990 hatte Außenminister Horn bereits eine spätere NATO-Mitgliedschaft Ungarns ins Gespräch gebracht.⁷ Am 10. März 1990, im Gespräch mit Außenminister Schewardnadse, erklärte Horn nach eigener Aussage, „daß die ungarische Regierung in der Frage der Vereinigung und der NATO-Mitgliedschaft auf der Seite der Deutschen stehe.“⁸

Nach dem Regierungs- und Präsidentenwechsel in Prag machte Präsident Havel demonstrativ seinen ersten Auslandsbesuch in München und Ost-Berlin und unterstrich somit den Willen der demokratischen Tschechoslowakei, zu neuen *terms* mit dem sich vereinigenden Deutschland zu kommen. Allerdings stieß Havels Bedauern über die Vertreibung der Sudetendeutschen, das von Kardinal Tomasek wiederholt wurde, in der tschechischen Bevölkerung noch auf eine breite Ablehnung.⁹ Angesichts der historischen und politischen Belastungen des deutsch-tschechischen Verhältnisses und der Angst vor den Deutschen, die nunmehr von den teilentmachteten Kommunisten innenpolitisch instrumentalisiert wurde, mahnte Havel die Deutschen bei mehreren Gelegenheiten, daß es ihre Aufgabe sei, das Mißtrauen der europäischen Nachbarn zu zerstreuen.¹⁰ Anfang des Jahres 1990 befürwortete Havel kurz die Gleichzeitigkeit des Einigungsprozesses Europas und Deutschlands. Beide sollten gleichzeitig und möglichst schnell verlaufen.¹¹ In der Frage der Bündniszugehörigkeit äußerten sich Havel und Außenminister Dienstbier („absurd“) noch im Februar und März 1990 dahingehend, daß für sie weder NATO-Mitgliedschaft noch Neutralität Deutschlands vorstellbar sei.¹² Beide Politiker präferierten ursprünglich eine neue Sicherheitskonzeption auf der Grundlage der KSZE. Im Februar/März 1990 war die Meinungsbildung in Prag aber soweit gediehen, daß angesichts der einhelligen Ablehnung eines neutralen Status Deutschlands und einer nicht absehbaren neuen Sicherheitsarchitektur für Europa der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands der Vorzug gegeben wurde. Schon während des Havel-Besuchs in Washington am 20. Februar 1990 wurde

6 Süddeutsche Zeitung (SZ), 13.11.1989; General-Anzeiger, 17.11.1989.

7 Die Welt, 22.2.1990.

8 Horn, S. 332.

9 Jan Kien, Deutschlandbilder bei den Tschechen, in: Hans Süßmuth (Hrsg.), Deutschlandbilder in Polen und Rußland, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, Baden-Baden 1993, S. 222-233, hier S. 229.

10 „Havel: Bonn und Ostberlin müssen ihren Nachbarn Furcht vor vereinigt Deutschland nehmen“, in: SZ, 3.1.1990; Rede von Präsident Havel anlässlich des Besuchs von Bundespräsident von Weizsäcker in Prag am 15. März 1990, in: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 36, 17.3.1990, S. 277-280, hier S. 278.

11 So Havel vor dem polnischen Parlament am 25.1.1990; Stuttgarter Zeitung, 26.1.1990.

12 Süddeutsche Zeitung, 1.3.1990 (Havel); Die Presse, 8.3.1990 (Dienstbier).

von amerikanischer Seite ein gemeinsamer Standpunkt von Bush und Havel zu Deutschland notiert.¹³ Auf der Außenministertagung des Warschauer Pakts in Prag am 17. März sekundierte Dienstbier dem ungarischen Außenminister bei der Abwehr der sowjetischen Position in der NATO-Frage.

Polen und die deutsche Einheit

Vorzeichen des Wandels in der polnischen Deutschlandpolitik 1985-1989

Anzeichen für eine Neubewertung des Verhältnisses zu „den Deutschen“ wurden in Polen seit Anfang der achtziger Jahre stärker spürbar. Die Haltungen in der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber der Solidarność-Bewegung und den Demokratisierungsbestrebungen in Polen am Anfang der achtziger Jahre sowie die spontanen Hilfsaktionen für die polnische Bevölkerung im ersten Kriegsrechtswinter 1981/82 und in den darauffolgenden Jahren hatten in Polen zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit dem eigenen Deutschlandbild geführt, das ungeachtet der großen Fortschritte in den Beziehungen seit Anfang der siebziger Jahre auf der zwischenmenschlichen Ebene immer noch von vielen Vorbehalten gekennzeichnet war.

Es kam zu einer weiteren Differenzierung der schon seit Jahren auseinanderdriftenden Deutschlandbilder, wobei auf Staat und Gesellschaft der DDR zunehmend die überkommenen negativen Stereotypen des Deutschen übertragen wurden und die „guten Deutschen“, die Polen wohlgesinnt seien, eher westlich der Elbe vermutet wurden.

Der Wandel des Verhältnisses eines großen Teils der Bevölkerung zu den Westdeutschen fand jedoch Anfang der achtziger Jahren keinen deutlichen Niederschlag in der offiziellen Warschauer Politik gegenüber der Bundesrepublik. Diese war noch von einem Bundesrepublik-Bild bestimmt, das die instrumentelle Handhabung der alten Deutschland-Ängste für innenpolitische, legitimatorische Zwecke erlauben sollte und jede Status-quo-Änderung als Gefährdung nicht nur des autoritären Parteiensystems, sondern vielmehr noch der Existenz Polens in seinen bestehenden Grenzen definierte.

Auf intellektueller Ebene begann in der vielgestaltigen Opposition eine grundsätzliche Diskussion über die Bundesrepublik, das deutsch-polnische Verhältnis und den Platz der beiden Nachbarn in einem zukünftig von identischen Grundwerten geprägten Europa. In deren Diskussionszirkeln, in den Publikationen des sog. zweiten Kreislaufs entspann sich eine lebhaft diskutierte Diskussion über Demokratie, Menschen- und Bürgerrechte in Polen. Hier wurde der untrennbare Zusammenhang zwischen der Zukunft Polens und der zukünftigen Entwicklung Europas diskutiert. Das Wechselverhältnis zwischen innerer Entwicklung und dem Verhältnis zu den Nachbarn im Westen und Osten war unstrittig. Eine europäische Friedensordnung ohne Versöhnung zwischen den

¹³ Philip Zelikow/Condoleezza Rice, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, Mass. – London 1995, S. 430, Fn. 21.

Völkern Ostmittel- und Osteuropas war undenkbar. Und die geographische und politische Brücke zum Westen mit dessen politischer Zivilisation und Wirtschaftsordnung bildete die Bundesrepublik Deutschland.

Aufsehen erregte 1982 der Essay des oppositionellen Historikers Jan Józef Lipski, der in der Bundesrepublik unter dem Titel „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen“ verlegt wurde.¹⁴ In Polen konnte der Text nur im Untergrund zirkulieren. Von der Regimepresse wurde Lipski wüst beschimpft und von den antikommunistischen Nationalisten (KPN) attackiert.¹⁵ Lipski blieb Anfang der achtziger Jahre weitgehend unverstanden. Er galt damals noch als ein Einzelfall, brachte aber auf mittlere Sicht einen Stein ins Rollen. Bei der Entstehung eines neuen Deutschlandbildes in der jungen Generation der späteren postkommunistischen Politiker und Publizisten zeigte Lipskis Erörterung von polnischen Geschichtsmystifikationen, polnischer Ego- und Megalomanie und polnisch-deutscher Interessenlagen nachhaltige Wirkung. Die historischen Thesen, die seit 1945 gegen Deutschland verwendet wurden, decouvrierte Lipski als das, als was sie sich dann herausstellten: als stalinistische Falle.

In der polnischen Opposition zeigte sich später, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre – von abweichenden Einzelpositionen abgesehen, die nach 1989 als traditionelle nationalpolnische Denkmuster wieder an Einfluß gewinnen sollten –, folgende übereinstimmende Beurteilung. Fast alle Autoren der unabhängigen Intelligenz gingen davon aus,

- a) „daß von der Bundesrepublik keine politische oder militärische Bedrohung für die polnische Westgrenze ausgeht;
- b) daß die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze nicht dadurch in Frage gestellt ist, daß sie juristisch noch dem Vorbehalt eines Friedensvertrages untersteht ...;
- c) daß die neuerworbenen Westgebiete nicht 'urpolnisch', sondern als Entschädigung für die Kriegsverluste und als Ausgleich für die an die UdSSR verlorenen Gebiete im Osten zu sehen sind;
- d) daß die für Polen positiven Aspekte einer Wiedervereinigung Deutschlands, sofern diese in Anlehnung an den Westen erfolgt, die negativen überwiegen“.¹⁶

Zu der letzten Frage schrieb Artur Hajnicz, der Deutschland-Gesandte der polnischen Opposition seit 1983:

14 J. J. Lipski, *Dwie ojczyzny – dwa patriotyzmy (uwagi o megalomanii narodowej i ksenofobii Polaków)* (Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zur Megalomanie und Xenophobie der Polen). Nachdruck aus dem Untergrundverlag NOW-a in: *Kultura* (Paris), 10, 1981.

15 Vgl. Andrzej Friszke, *Pozytywistyczny romantyk – Jan Józef Lipski* (Ein positivistischer Romantiker), in: *Więź*, 12, 1992, S. 54-66, hier S. 62.

16 Helga Hirsch, *Das Deutschlandbild in der unabhängigen Presse Polens*, in: *Osteuropa*, 9, 1987, S. A475-491.

„In der Grenzfrage gibt es bei den Polen eindeutig keine Meinungsunterschiede. Aber in der Frage der künftigen Wiedervereinigung Deutschlands ist die polnische Opposition offen. Sie erblickt nämlich in der Teilung Deutschlands auch viele Nachteile: Polen wurde durch diese Teilung eingekreist, vom Westen getrennt; die Grenze mit der DDR ist eine Grenze des gegenseitigen Mißtrauens. Nach der Meinung der polnischen Opposition soll also im Prinzip die Frage der Wiedervereinigung eine Sache der Deutschen sein, so wie die politische Einrichtung ihres eigenen Landes eine Sache der Polen sein soll.“¹⁷

Wenn man die innerpolnische Diskussion über das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland seit 1986 verfolgte, dann ließ sich hier ein dynamischer Prozeß nachzeichnen, der sowohl von inneren als auch von äußeren Faktoren beschleunigt wurde. Vereinfacht gesagt wirkte die Diskussion in den Kreisen der Opposition und deren Publizistik ermunternd auf Historiker vor allem der jüngeren Generation, die sich zwar schon seit längerem mit „weißen Flecken“ in den polnisch-deutschen Beziehungen beschäftigten, aber unter politischen Bedingungen arbeiten mußten, die eine Verbreitung neuer historischer Erkenntnisse unter einem größeren Publikum verhinderten. Andererseits lebte natürlich ein traditionelles polnisches Geschichtsverständnis weiter, dem das dialogische Prinzip in der historischen Forschung und Traditionskritik fremd blieben, die für die Aufarbeitung gerade der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte und der Territorialproblematik so wichtig sind. Da konnte es einem jungen Stettiner Historiker im April 1990 auf einer Fachkonferenz passieren, daß er wegen seiner mit historischen und literarischen Materialien belegten These, von einem „historischen“ Recht Polens auf Vorpommern (Pomorze Zachodnie) könne keine Rede sein und deshalb sollte man nicht mehr von einer „Rückkehr“ nach Vorpommern sprechen, der Verletzung der polnischen Staatsräson (Kazimierz Kozłowski) und der Unterstützung der deutschen Revanchisten wie Hupka und Czaja (J. Maćkowiak) beschuldigt wurde.¹⁸

Auf der anderen Seite zwang die neue sowjetische Politik nach 1985 die Jaruzelski-Führung, bisher als ewig geltende Wahrheiten neu zu überdenken. Die seriöse Publizistik der zensierten polnischen Wochenpresse und Periodika nahmen sich bisheriger Tabuthemen des polnisch-deutschen Verhältnisses an, nachdem von Partei und Regierung erste vorsichtige Signale gesetzt worden waren, daß man nun auch an Themen herangehen könne, die ein Überdenken offizieller polnischer Positionen erzwangen.

Weitere äußere und innere Beschleunigungsfaktoren (Notwendigkeit eines historischen Kompromisses in Polen, ungeahnte Dynamik im Beziehungsgeflecht des Warschauer Pakts) veranlaßten dann schließlich im Jahre 1988 die Warschauer Führung, die ungefähr zwei Jahre währende Phase der Diskussion über den Platz von Polen und Deutschen in Europa und alle inneren und äußeren Implikationen einer solchen Ortsbestimmung mit einer strategischen Ent-

17 Artur Hajnicz, Polen in seinem geopolitischen Dreieck, in: Außenpolitik, 1, 1989, S. 31-42, hier S. 36.

18 K. Guzikowski, in: Kwartalnik Historyczny, 1, 1991, S. 126-127.

scheidung in der Deutschlandpolitik, insbesondere in der Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, zu beenden und einen neuen Abschnitt einzuleiten.

Daraufhin nahmen sich auch die Tages- und Wochenzeitungen der PVAP, die sich bisher bedeckt gehalten hatten, des Themas an und brachen ein Tabu der polnischen Nachkriegspolitik gegenüber Deutschland nach dem anderen (Mittleuropafrage, Wiedervereinigungsproblematik, deutsches Kulturerbe in West- und Nordpolen, deutsche Minderheit in Polen u. a.). Die Umorientierung der offiziellen Warschauer Deutschlandpolitik ging in den letzten Monaten vor der Wende in Polen im Verhältnis zu den vorangegangenen 40 Jahren so atemberaubend schnell vor sich, daß sie in der breiteren Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland noch weitgehend unbemerkt blieb und auch von professionellen deutschen Beobachtern der polnischen Szenerie nur sehr bruchstückhaft notiert wurde.

Schließlich hatte die neue Europa- und Mitteleuropadiskussion, die Polen von den ostmitteleuropäischen Ländern zuletzt erreichte, in weiten Kreisen der Oppositionspresse und später in der ernsthafteren offiziellen Presse und in wissenschaftlichen Organen, die der staatlichen Zensur unterlagen, im Hinblick auf die „deutsche Frage“ einen Paradigmenwechsel angekündigt, der in europäischen Zukunftsvisionen polnischer Publizisten teilweise geradezu atemberaubende Schlußfolgerungen nach sich zog. Bis in die Wochenpresse der Partei hinein waren „Jalta“ und die europäische Nachkriegsordnung, die 1985 –anlässlich des 40. Jahrestages der Jalta-Konferenz – noch als unantastbar galten, kein Tabu mehr. Eine mitteleuropäische Konföderation mit den beiden deutschen Staaten und Polen als Nukleus einer neuen europäischen Ordnung war im Herbst 1988 Diskussionsthema in der „Polityka“.¹⁹ In einer der Zensur unterworfenen katholischen Wochenzeitung sagte Anfang des Jahres 1989 Edmund J. Osmańczyk, vor 1939 ein Vertreter der Polonia in Berlin, anerkannter Publizist und ehemaliger Sejmabgeordneter:

„Ich sage ausdrücklich – es wird kein unabhängiges Polen ohne ein vereinigtes Deutschland geben! (...) ist es klar, daß es keine vollkommene Freiheit für die Menschen gibt, solange es unfreie Nationen gibt. Es muß eintreten, und ich glaube, daß dieser Fall schon in der nächsten Dekade eintreten wird, die Endphase der Befreiung der Nationen, das Ende der Reproduktion von Imperien jeglicher ideologischer Provenienz. Mit einem Wort, die politische Struktur der Welt ändert sich vollständig. Deshalb ist die Herbeiführung der Unabhängigkeit für ein Land heute gegenstandslos, denn das bedeutet, das Ganze nicht zu sehen. Die Unabhängigkeit Polens ist ein Teil der Unabhängigkeit Mitteleuropas zwischen Bug und Elbe, von der Ostsee bis zur Adria, und diese ist integral verbunden mit der Unabhängigkeit Westeuropas und Osteuropas.“²⁰

19 Siehe die Literaturangaben in: Dieter Bingen/Janusz Józef Węc, Die Deutschlandpolitik Polens 1945-1991. Von der Status-quo-Orientierung bis zum Paradigmenwechsel, Kraków 1993, S. 155 f.

20 Edmund Osmańczyk, in: Gość Niedzielny, Nr. 4, 1989 (zit. n. Ład, Nr. 8, 19.2.1989).

Es bleibt festzuhalten: Mit den erwähnten Gedankenspielen wurde nicht bereits die operative polnische Europa- und Deutschlandpolitik bis Ende 1988 beschrieben.²¹ Andererseits hatte die intellektuelle und publizistische Europadiskussion bis kurz vor der Wende 1989 auch in den offiziellen Medien den Status quo in Europa bereits weit hinter sich gelassen und in ersten vorsichtigen Schritten der offiziellen polnischen Außenpolitik und der Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland im besonderen einen Widerhall gefunden. Das Koordinatensystem, das am Ende des Zweiten Weltkriegs Europa aufoktroiiert wurde, verlor mit zunehmender Geschwindigkeit seine Verbindlichkeit.

Es entbehrte nicht einer gewissen Pikanterie, daß Premierminister Rakowski den Wunsch der polnischen Führung nach einer grundlegenden und dauerhaften Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik²² ausgerechnet in Ost-Berlin demonstrativ zur Schau stellte, als er sich während seines Arbeitsbesuchs am 5. Dezember 1988 in seinem Toast auf den DDR-Ministerpräsidenten Stoph wie folgt vernehmen ließ: „Für unsere beiden Länder bleibt die Bundesrepublik Deutschland ein wichtiger Partner in diesem Dialog. Die Gestaltung der Beziehungen zur BRD hat für die VRP und die DDR sowohl heute wie auch in der weiteren Perspektive eine besonders große Bedeutung. In meiner Regierungserklärung im Sejm habe ich festgestellt, daß Polen ein gutes Verhältnis zur BRD wünscht und die Notwendigkeit sieht, eine grundsätzliche Wende in diesem Verhältnis herbeizuführen.“²³

Mit der angesichts der Quellenlage gebotenen Zurückhaltung läßt sich die These wagen, daß die neue polnische Führung mit dem Herbst 1988 die DDR als strategischen Partner endgültig fallengelassen hatte. Anscheinend rechnete bereits die letzte von der PVAP getragene Führung Polens in absehbarer Zeit mit einer dramatischen Veränderung der Situation in Mitteleuropa, die besondere Rücksichtnahme auf den Bündnispartner nicht mehr notwendig erscheinen ließ, im Gegenteil eine langfristige Festigung des polnischen Images bei den Entscheidungsträgern in der Bundesrepublik Deutschland gebot.

Als ein grundlegendes Hindernis auf dem Wege zu der vielbeschworenen „Wende“ hatte die polnische Regierung in der Vergangenheit immer wieder den völkerrechtlichen Friedensvertragsvorbehalt bezüglich der deutsch-polnischen Grenze dargestellt. Nach der offiziellen Sprachregelung galt jede Diskussion über eine angeblich noch offene deutsche Frage als ein Angriff auf die Sicherheit und territoriale Integrität Polens. Die deutsche Frage wurde mit der Grenzfrage identifiziert.

Es ist bemerkenswert, daß in einem Beitrag des Parteijournalisten Ryszard Wojna in der Regierungszeitung „Rzeczpospolita“ Anfang 1989 erstmals quasi offiziell ein gewisses Verständnis für „komplizierte Rechtsformeln“ gezeigt

21 Siehe auch Christoph Royen, Osteuropa: Reformen und Wandel. Erfahrungen und Aussichten vor dem Hintergrund der sowjetischen Perestrojka, Baden-Baden 1988, S. 125-129.

22 Siehe Regierungserklärung vom 13.10.1988, in: Rzeczpospolita, 14.10.1988.

23 Neues Deutschland und Rzeczpospolita, 6.12.1988.

wurde und den Deutschen das moralische Recht zugestanden wurde, ihre Option auf die Wiedervereinigung aufrechtzuerhalten, wenn dadurch eine Grenzverschiebung trotz der rechtlichen Vorbehalte für die beiden deutschen Staaten politisch nicht mehr in Frage käme.²⁴ Damit näherte sich das noch immer PVAP-regierte Polen zögernd einer Position an, die von breiten Kreisen der polnischen Opposition seit Jahren vertreten wurde.

Eine neue Situation: Herbst 1989

Mit der unerwarteten Bewegung in der deutschen Frage infolge der anschwellenden Flüchtlingsströme und mehr noch durch den Fall der Berliner Mauer im November 1989 beschleunigte sich der Auflösungsprozess der sog. Jalta-Ordnung. Fehleinschätzungen des eigenen Handlungsspielraums und der Interessenlage der Hauptakteure, die Ungereimtheiten und Widersprüchlichkeiten der polnischen Politik im deutschen Vereinigungsprozess sind daraus zu erklären.

Die Interessenlage und der Handlungsspielraum der polnischen Politik im deutschen Vereinigungsprozess wurde von folgenden inneren und äußeren Faktoren bestimmt:

1. von der Formulierung einer neuen Staatsräson nach dem demokratischen Systemwechsel im Sommer 1989, die ausgehend von der außenpolitischen Souveränisierung u. a. den historischen Ausgleich mit dem deutschen Nachbarn als Brücke nach Westeuropa suchte;
2. von der erfahrungsgesättigten Maxime „Nichts über uns ohne uns“ (Nic o nas bez nas), die in ihrer tiefenpsychologischen und verhaltensbestimmenden Bedeutung für polnische Politiker jeglicher Couleur gar nicht überschätzt werden kann;
3. von dem Nebeneinander von zwei Machtzentren in Polen: dem in der kommunistischen Tradition stehenden Präsidialapparat von Präsident Jaruzelski und dem noch nicht konsolidierten Apparat der Regierung Mazowiecki, in dem wiederum zwei unterschiedliche Denktraditionen miteinander konkurrierten, die von Außenminister Skubiszewski repräsentierte völkerrechtliche Schule und die von Ministerpräsident Mazowiecki repräsentierten Vorstellungen europäischer Gleichgewichtspolitik des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts;
4. von der Tatsache, daß Polen als direkt von einer Friedensregelung für Deutschland betroffener Staat und alliierte Macht einerseits keinen traditionellen Friedensvertrag mit Deutschland verlangte, andererseits nicht zum Kreis der Mächte gehörte, die für Deutschland als Ganzes verantwortlich waren (Kollision mit Punkt 2.);

²⁴ Ryszard Wojna, Niech przeważy przyszłość (Möge die Zukunft überwiegen), in: Rzeczpospolita, 14.-15.1.1989.

5. von einer Mächtekonfiguration in Europa, in der Polen als Noch-Mitglied des Warschauer Pakts und Noch-Verbündeter der Sowjetunion²⁵ noch nicht über institutionalisierte neue (West-)Bündnisse verfügte.

Die von Moskau konzedierte „Freiheit der Wahl“ auf dem Feld der Außenpolitik mußte Tag für Tag neu ausgemessen werden. Eigene Interessen konnten nur insoweit erfolgreich gewahrt werden, als die direkt in den deutschen Einigungsprozess nach Ottawa involvierten Staaten („Zwei-plus-Vier“) sie zu ihren eigenen machten. Bei sechs Beteiligten mußte der Erfolg polnischer Interventionen von einer realistischen Einschätzung der Interessenlage und mehr noch des politischen Gewichts, des Durchsetzungswillens und Durchsetzungsvermögens jedes einzelnen am „Zwei-plus-Vier“-Prozeß beteiligten Staats im Entscheidungsprozess abhängen.

Im Herbst 1989 hatte die erste vom Volke mehrheitlich akzeptierte Nachkriegsregierung Polens im Rahmen ihrer neuen Europapolitik den Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen verkündet. Grundsätzlich war die neue politische Elite positiv zu einer Wiedervereinigung Deutschlands unter westlichen Vorzeichen eingestellt, die allerdings im Spätsommer 1989 noch nicht angestanden hatte. Die Freundschaftsofferte von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki richtete sich am 12. September 1989 noch an einen der beiden deutschen Staaten, an die Bundesrepublik Deutschland – wie bei Premier Rakowski im Oktober 1988 nicht an den direkten Nachbarn DDR. Die Honecker-DDR, spätstalinistisch regiert und in einer sichtbaren Agonie befindlich, eignete sich nicht als Dialogpartner in einem Moment, als Deutsche durch Oder und Neiße nach Polen in die Freiheit schwammen. Premier Mazowiecki plädierte in seinem Exposé für „eine echte Aussöhnung, die dem Rang der zwischen Deutschen und Franzosen bereits herbeigeführten entspreche“.²⁶

Prominente Solidarność-Politiker sprachen sich im September 1989 zugunsten der deutschen Wiedervereinigung (als quasi logische Folge des Siegs der Freiheitsidee in Ostmitteleuropa) aus, als sie für die „politische Klasse“ in Bonn nicht nur außerhalb des Vorstellungsvermögens operativer Politik angesiedelt, sondern auch weithin mit verbalem Tabu belegt war. Außenminister Skubiszewski, der Vorsitzende der Solidarność-Fraktion im Sejm, Bronislaw Gerek, der Publizist Adam Michnik, und, weniger deutlich zwar, Lech Wałęsa während seines Bundesrepublik-Besuchs äußerten sich dahingehend.²⁷

Die Solidarność-Regierung konnte diese Wende in der Deutschlandpolitik mit größerer Glaubwürdigkeit einleiten als die Vorgängerregierung Rakowskis, der in seiner Regierungserklärung knapp ein Jahr zuvor einen ersten Schritt zu einer Wende in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik unternehmen hatte. Später schrieb Rakowski über seine Haltung zur deutschen

25 Siehe auch Rafael Biermann, *Zwischen Kreml und Kanzleramt. Wie Moskau mit der deutschen Einheit rang*, Paderborn 1997, S. 92-100 (Kap. „Die Reichweite des Konzepts der Wahlfreiheit 1989“); Zelikow/Rice, S. 70 f.

26 *Rzeczpospolita*, 13.9.1989.

27 Siehe *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 19.9.1989 und 3.10.1989.

Frage lakonisch: „Der Gedanke an eine Vereinigung Deutschlands ließ eine Generation nicht ruhig schlafen, die den Zweiten Weltkrieg erlebt hatte. Auch ich gehöre zu ihnen; einst hatte ich gesagt, die Existenz der DDR sei das zweite – nach dem Sieg bei Grunwald (Tannenberg) im Juli 1410 – Geschenk des Himmels. Viele Jahre meinte ich, es sei gut, daß Deutschland geteilt sei, aber schon in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wettete ich mit meinen deutschen Freunden um ein paar Flaschen Moselwein, daß es zur Vereinigung noch in diesem Jahrhundert kommen werde. Sie meinten, dies sei eine Ausgeburt meiner Phantasie.“²⁸ Noch kurz vor der Installierung des Kabinetts Mazowiecki wurde in der beeindruckenden gemeinsamen Erklärung polnischer und deutscher Katholiken anlässlich des 50. Jahrestages des deutschen Angriffs auf Polen am 1. September 1939 das ausgesprochen, was den Geist des knapp zwei Jahre später abgeschlossenen polnisch-deutschen Nachbarschaftsvertrags ausmachte. In der Erklärung hieß es, „daß die Völker Europas, auch das deutsche Volk, das von der Spaltung Europas besonders betroffen ist, das Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen können“.²⁹ Zu den Unterzeichnern gehörten katholische Persönlichkeiten, die nach dem Machtwechsel führende Positionen im Dienste Polens einnehmen sollten, wie Władysław Bartoszewski (1990-1995 Botschafter in Österreich, 1995-1996 Außenminister), Andrzej Drawicz (nach 1989 zeitweise Fernsehchef), Kazimierz Dziewanowski (1990-1993 Botschafter in den USA), Krzysztof Kozłowski (1990-1991 Innenminister), Krzysztof Król (Herausgeber der christlich-liberalen Zeitschrift „Res Publica“), Tadeusz Mazowiecki, Mieczysław Pszon (Beauftragter in den polnisch-deutschen Vertragsverhandlungen 1990/91), Janusz Reiter (1990-1995 Botschafter in Deutschland), Andrzej Szczypiorski, Jerzy Turowicz (Herausgeber des „Tygodnik Powszechny“), Wojciech Wiczorek (1990 letzter Botschafter in der DDR), Kazimierz Wóycicki (seit 1995 Leiter des Polnischen Instituts in Düsseldorf).

Die ungeteilte Freiheit der Deutschen sollte auch den Polen den Weg in die Demokratie erleichtern und die „Rückkehr nach Europa“ überhaupt erst bewerkstelligen. So hatte Premier Rakowski, der bekanntlich nicht die bürgerliche Demokratie in Polen einzuführen beabsichtigte, in seiner Regierungserklärung ein Jahr zuvor noch nicht argumentieren können.

Die plötzliche Öffnung der Mauer und der fast lautlose Zusammenbruch der DDR überraschte die neuen politischen Entscheidungsträger in Warschau aber doch. So hatte Hans Dietrich Genscher bemerkt, daß Lech Wałęsa sich während des Kanzlerbesuchs in Warschau „über den Fall der Mauer mehr er-

28 Mieczysław F. Rakowski, Der letzte polnische KP-Chef berichtet: Als Augenzeuge beim Anfang vom Ende der DDR, in: Ost-West-Informationsdienst des katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen, 174, 1992, S. 35-41 (Auszüge aus „Polityka“, 18.4.1992), hier S. 40.

29 Dokumentation: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa. Eine Erklärung polnischer und deutscher Katholiken zum 1. September 1989, abgedruckt in: Rheinischer Merkur – Christ und Welt, 32, 11.8.1989.

schrocken als erfreut gezeigt hatte“.³⁰ Natürlich wurde nicht Polen allein von der atemberaubenden Geschwindigkeit des Zusammenbruchs der sowjetischen Ordnung in Europa und des deutschen Vereinigungsprozesses geschockt. Den anderen Nachbarn Deutschlands und den Deutschen selbst erging es ähnlich.³¹ Polens neue außenpolitische Orientierung wurde jedoch weitaus stärker erschüttert, als dies bei den Außenministerien in Paris, Washington oder London der Fall war. Die westlichen Mächte agierten ungeachtet des Zusammenbruchs der Jalta-Ordnung in relativ stabilen Strukturen mit etablierten Bürokratien. Die neue polnische Außenpolitik stand mitten in der Wahl neuer Prioritäten und Partner.

Der Ballast künstlich geschaffener und aufrechterhaltener Freundschaften und Antagonismen wog schwer. Die Bevölkerung war verunsichert. Neue Ängste vor einem großen Deutschland speisten sich aus der Vergangenheit, Stereotypen und Vorurteilen. Regelmäßig durchgeführte Meinungsumfragen dokumentierten das labile, emotional geprägte Meinungsbild und im Spätwinter 1990 ein ungewöhnliches Tief in der Beurteilung der Deutschen.³² Die neuen Politiker waren nicht frei von Zweifeln. Sie bewegten sich in einem Umfeld von Stereotypen und „historischen Erfahrungen“, die es ihnen bisweilen erschwerten, die eigenen Vorstellungen in konsequente Initiativen zu operationalisieren. Mißtrauisch bäugten sie von der SdRP, der Nachfolgepartei der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, deren Presse und der katholisch-patriotischen und nationalistischen Publizistik, die Verrat an der polnischen Staatsräson witterten. Die *raison d' être* hatte doch über vierzig Jahre lang im engen Bündnis mit der Sowjetunion und in einer Deutschland-Orientierung bestanden, die auch die offiziell brüderlich verbündete DDR zur innenpolitischen Systemstabilisierung benutzte.

So wie Bonns Haltung in der Grenzfrage im Vereinigungsprozess stark innenpolitisch motiviert war, galt dies spiegelbildlich auch für die polnische Seite. Präsident Jaruzelski und der postkommunistische Präsidialapparat mit Józef Czyrek an der Spitze, der sich schon in den fünfziger Jahren an der Berliner Militärmission mit Deutschland befaßt hatte, wachten über das konservative, heißt: kommunistische, Verständnis polnischer „Staatsräson“. Die Regierung Mazowiecki manövrierte sich in die Klemme zwischen kommunistischer und

30 Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 720; siehe auch Horst Teltchik, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 13; Richard Kiessler/Frank Elbe, *Ein runder Tisch mit scharfen Ecken. Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*, Baden-Baden 1993, S. 46.

31 Genüßlich über die Anpassungsprobleme der französischen Politik Ende 1989/Anfang 1990 und dem Artikel „Mitterrand – Metternich“ von Paul Fabre in *Le Monde* (3.7.1991) zustimmend Roman Kuźniar, *Wszystkie drogi prowadzą ... na Zachód* (Alle Wege führen ... nach Westen), in: *Krajobraz po transformacji. Środowisko międzynarodowe Polski lat dziewięćdziesiątych* (Landschaft nach der Transformation. Die internationale Umgebung Polens in den neunziger Jahren), Warszawa 1992, S. 36-60, hier S. 51.

32 Siehe Literaturangaben in Bingen/Węc, S. 177; auch die Presseauswertung von Karl Hartmann, *Polen und die deutsche Vereinigung*, in: *Osteuropa*, 8, 1990, S. 761-765 mit dem dazugehörigen Pressespiegel, ebenda, S. A453-A472; Umfrageergebnisse: CBOS. *Polacy wobec kwestii niemieckiej. Komunikat z badań* (Polen über die deutsche Frage. Forschungskommuniké), Warszawa, marzec 1990 r.

nationalistischer Reaktion im Lande, Internalisierung sowjetischer Grenzgarantien (i. S. eines „Pawlowschen Reflexes“) und dem, was sie als deutsche Unsensibilität empfand.

Unbestritten war in der polnischen Deutschlandpolitik zwischen September und November 1989 der Neubeginn deutlich sichtbar geworden. Die von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki am 14. November 1989 in Warschau unterschriebene 78-Punkte-Erklärung³³ war ein historisch präzedenzloses gegenseitiges Angebot einer qualitativ neuartigen Nachbarschaft und Partnerschaft, die von Polen ein Abrücken von bisherigen deutschlandpolitischen Tabus verlangte, ohne daß Mazowiecki dieses Kapitel seinerzeit im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer deutschen Wiedervereinigung sehen wollte.

Zwischen Dezember 1989 und Juli 1990 schien es jedoch so, als ob die polnische Diplomatie ihrer eigenen Philosophie nicht genügend Glauben schenkte und Interessensicherung über Deutschland hinweg und nicht mit Deutschland suchte. Traditionelles Balance-of-Power-Denken des Nationalstaats überlagerte plötzlich wieder das eben erst apperzipierte kooperative und integrative Politikverständnis. Die kurzzeitige Lancierung des Brzezinski-Gedankens einer polnisch-tschechoslowakischen Konföderation war da nur ein klassisches Beispiel. Mit dieser Art Defensivdiplomatie holte sich die Warschauer Diplomatie eine klare Absage des tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel und der Prager Regierung ein, die an einer neuen Blockbildung zum Schutz vor Deutschland nicht interessiert war. Über die verschiedenen taktischen Spiele konnte zeitweise die von Außenminister Skubiszewski während eines Bonn-Besuchs im Februar 1990 ausgegebene Losung von einer „polnisch-deutschen Interessengemeinschaft“ in Europa ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Besonders bei Ministerpräsident Mazowiecki kamen die alten deutschlandpolitischen Ängste und Entente-Reminiszenzen (Paris – London – Warschau) zum Vorschein.³⁴ In Bonn wurde kaum darauf geachtet, daß Polen offenbar befürchtete, innerhalb des geopolitischen Dreiecks mit Deutschland und der UdSSR erneut in größere Abhängigkeit von Moskau zu geraten und so die angestrebte „Doktrin der zwei Freunde“ aufgeben zu müssen.³⁵

Am Tag nach dem Mauerfall hatte die polnische Regierung die vier Prämissen für die Deutschlandpolitik formuliert: 1. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ist zu achten und die Vereinigung Deutschlands vor allem

33 Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Nr. 128, 16.11.1989, S. 1094-1098.

34 Dazu Helmut Kohl, Ich wollte Deutschlands Einheit (dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth), Berlin 1996, S. 324: „Es schien mir in diesem Augenblick, als lebe die kleine Entente wieder auf. Als der spätere polnische Ministerpräsident Jan Bielecki Bonn besuchte und ich ihn fragte, ob Warschau und Paris wieder so ein Spiel machen wollten, da hat er mir erzählt, daß Mazowiecki ihm gesagt habe, man müsse zwischen Warschau und Paris Ping-Pong spielen – über das deutsche Netz hinweg. Das alte Spiel! Ich lachte ihn damals an und sagte zu ihm: 'Das könnt ihr natürlich tun. Überhaupt können wir alle wieder dieselben Dummheiten wie damals machen.'“

35 Siehe Dieter Bingen, Auswirkungen auf Polen, in: Heinrich Vogel (Hrsg.), Umbruch in Osteuropa. Interdependenzen und Konsequenzen. Köln 1990 (Sonderveröffentlichung des BIOst), S. 19-26, hier S. 24.

von einem gleichberechtigten politischen Willen der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten abhängig zu machen. 2. Die Vier Mächte müssen ihre Zustimmung zur deutschen Vereinigung geben. 3. Die deutsche Vereinigung soll in eine gesamteuropäische Integration eingebettet und mit einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur verbunden sein. 4. Die beiden deutschen Staaten dürfen sich lediglich und ausschließlich in ihren gegenwärtigen Grenzen vereinen.“³⁶

Grenzregelung und Internationalisierung als polnische Zentralforderungen

Einen Wendepunkt in der neuen „positiven Deutschlandpolitik“ der Regierung Mazowiecki stellte die Reaktion auf den Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers vom 28. November 1989 dar. Bundeskanzler Kohl hatte auf die neue innerdeutsche Situation nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze mit einem Plan reagiert, in dem ein möglicher Weg zu konföderativen Strukturen zwischen beiden deutschen Staaten skizziert wurde, an dessen Ende eine bundesstaatliche Ordnung Deutschlands stehen konnte.³⁷ Weil in dem Programm keinerlei Aussage über die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze enthalten war, reagierte die polnische Regierung mit Kritik.³⁸

Teltschik erklärte zu dem Vorgang gegenüber Hajnicz im Juni 1992: „Wir haben darüber überhaupt nicht gesprochen. Wir hielten die Grenzfrage in der Tat für politisch entschieden und sahen keinen Grund dafür, diese Angelegenheit in die 3-4 Punkte über internationale Aspekte hineinzustecken. Außerdem sollte die Vereinigung die beiden deutschen Staaten und Berlin umfassen. Und nichts mehr.“³⁹ Aber ein *politisch* klärendes Wort hätte der neuen polnischen Regierung bei der Durchsetzung einer grundsätzlich deutschlandfreundlichen Politik angesichts der zahlreichen Kritiker im Lande das Leben sehr erleichtern können. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl-Heinz Hornhues, suchte in dieser Angelegenheit Teltschik auf, der seinerseits eine „weiterführende Erklärung“ befürwortete, „weil es uns in der deutschen und internationalen Öffentlichkeit entlasten würde“.⁴⁰

Dreh- und Angelpunkt der polnischen Politik im Vereinigungsprozess wurde nunmehr das Verlangen nach einer Garantierklärung für die Oder-Neiße-Grenze. Hinzu kam die Forderung, die Interessen der europäischen Staaten zu berücksichtigen, insbesondere der Nachbarländer Deutschlands (Skubiszewski-Brief an die Außenminister der 7 Nachbarstaaten Deutschlands vom

36 Gazeta Wyborcza, 13.11.1989.

37 „Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“, gekürzt in: Europa-Archiv (EA), F24/1989, S. D728-734.

38 Siehe Michael Ludwig, Polen und die deutsche Frage. Mit einer Dokumentation, Bonn 1991, S. 39 ff.

39 Artur Hajnicz, Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität 1989-1992, Paderborn 1995, S. 72.

40 Teltschik, S. 79.

2.3.1990)⁴¹ und die Vereinigung vom Einverständnis ganz Europas (einschl. Grenzgarantie durch die KSZE) abhängig zu machen.⁴² Bei Außenminister Skubiszewski kam es zu einer Verhärtung des Rechtsstandpunkts und der Ablehnung pragmatischer Lösungen in der Grenzfrage bis zur Vereinigung.

Seit der Konferenz von Ottawa (13.2.1990) bemühte sich die polnische Regierung auf diplomatischer Ebene um zwei Hauptziele: 1. die Präsenz bei den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen und 2. eine völkerrechtlich verbindliche Grenzregelung noch vor der Vereinigung. In dieser Sache wurde sie bei den Vier Mächten und bei den beiden deutschen Regierungen vorstellig. Während seiner Staatsbesuche in London (12.-14.2.1990), in Paris gemeinsam mit Präsident Jaruzelski (9.3.1990) und in Washington (21.-26.3.1990) sowie im Gespräch mit Gorbatschow am 16. Februar 1990 suchte Premier Mazowiecki die Unterstützung für den polnischen Standpunkt. Warschau trug den sog. Mazowiecki-Plan vor, in dem Bonn und Ost-Berlin ein dreistufiges Vorgehen vorgeschlagen wurde:⁴³ Zwischen Polen und den beiden deutschen Staaten sollte unter der Ägide von Vier Mächten ein Grenzvertrag ausgearbeitet und anschließend paraphiert werden. Die Ratifizierung sollte dann durch den gesamtdeutschen Souverän erfolgen. Bezüglich der Terminologie des abzuschließenden dreiseitigen Vertrags blieben Mazowieckis Vorstellungen durchaus zweideutig („Friedensvertrag“, „friedensvertragliche Regelung“).⁴⁴

Die Haltung Polens gegenüber dem sich vereinigenden Deutschland hatte auch bemerkenswerte Auswirkungen auf die Einschätzung der Sowjetunion für die Sicherheit Polens. Plötzlich galt sie wieder als Garant für Polens territoriale Integrität. Die Folgen für die polnische Sowjetunionpolitik können hier nicht weiter ergründet werden.⁴⁵ Nur soviel sei hier erwähnt, daß die kurzzeitige Revision einer Staatsräson in *statu nascendi* dazu führte, daß das Moskauer Angebot vom 11. Februar 1990, Verhandlungen über einen sowjetischen Truppenabzug einzuleiten, von Mazowiecki nicht auf seine Ernsthaftigkeit überprüft wurde. Er bekundete im Gegenteil das polnische Interesse an einem vorläufigen Verbleib sowjetischer Kontingente in Polen, bis die sicherheitspolitische Einbindung Deutschlands in eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung geregelt wäre.⁴⁶ Im Gegensatz dazu hatte sich der Solidarność-Vorsitzende Wałęsa bereits am 18. Januar 1990 in einem Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Browikow für einen vollständigen Abzug der sowjetischen Verbände bis zum Jahresende ausgesprochen.⁴⁷

41 Wortlaut in: Jan Barcz, *Udział Polski w konferencji „2+4“*. Aspekty prawne i proceduralne (Die Beteiligung Polens an der „Zwei-plus-Vier“-Konferenz. Rechtliche und prozedurale Aspekte), Warszawa 1994, S. 120-123.

42 Krzysztof Skubiszewski, Die völkerrechtliche und staatliche Einheit des deutschen Volkes und die Entwicklung in Europa, in: EA, F6/1990, S. 195-202, hier S. 197.

43 Siehe Ludwig, S. 51 ff.

44 Ebenda, S. 59.

45 Siehe ebenda, S. 92 ff.

46 Ebenda, S. 114 f.; Biermann, S. 269.

47 Wałęsa pojedzie do Moskwy (Wałęsa fährt nach Moskau), in: Rzeczpospolita, 19.1.1990.

Darüber hinaus bemühte sich die polnische Regierung um eine weitergehende Internationalisierung des Vereinigungsprozesses (Nachbarstaaten, KSZE). Am Ende erreichte Polen die Einladung zu der „Zwei-plus-Vier“-Konferenz in Paris, die sich mit den äußeren Aspekten der deutschen Einheit befaßte.⁴⁸

In einer weiteren zentralen Forderung Warschaws signalisierte die Regierung Kohl/Genscher deutliches Entgegenkommen, als sie Mitte März ihr Einverständnis erklärte, Polen in die Pariser „Zwei-plus-Vier“-Gesprächsrunde über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit einzubeziehen, soweit die Grenzfrage zur Debatte stand,⁴⁹ ohne dem Land den Status eines offiziellen Verhandlungspartners der Sechs einräumen zu wollen. Unmittelbar vor seiner Reise zu Präsident Bush hatte Kohl am 23. Februar mit Mazowiecki telefoniert und versucht, dessen Sorgen hinsichtlich der Grenzfrage zu zerstreuen.⁵⁰ Am 24. Februar kamen der Bundeskanzler und Präsident Bush in Camp David überein, daß Polen nicht förmlich an den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen beteiligt werden sollte.⁵¹ In dieser formalen Frage konnte sich die Bundesregierung auch der Unterstützung des französischen Verbündeten sicher sein, der damit seine polnischen Gesprächspartner enttäuschte. Anlässlich des Besuchs von Präsident Jaruzelski, Ministerpräsident Mazowiecki und Außenminister Skubiszewski am 9. März in Paris bestand François Mitterrand auf der Wahrung der exklusiven Rechte der Vier Mächte. Er ließ sich nicht dazu bewegen, Polen den Status eines Teilnehmers an den „Zwei-plus-Vier“-Gesprächen einzuräumen, nicht einmal in der Grenzfrage, ganz zu schweigen von der Forderung, allgemein bei der Behandlung von Sicherheitsfragen mitzureden. Zugleich kündigte Mitterrand an, Frankreich werde auf der ersten Sitzung der „Zwei-plus-Vier“-Konferenz am 14. März in Bonn die Frage einer möglichen Teilnahme Polens auf die Tagesordnung setzen, damit die Modalitäten geklärt würden. Der französische Präsident befürwortete freilich entgegen der Bonner Position parallel zu den „Zwei-plus-Vier“-Konferenzen Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen über einen Grenzvertrag, die jedenfalls vor der möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten abgeschlossen sein sollten.⁵² Frankreich nahm angesichts der unterschiedlichen Positionen Bonns und Warschaws am Vorabend des ersten „Zwei-plus-Vier“-Treffens die Position eines *go between* ein. Mit dieser kurzfristigen Konstellation konnte die Bundesregierung jedoch angesichts des prioritären französischen Interesses an einer langfristigen Aufrechterhaltung des deutsch-französischen Sonderverhältnisses und der vorbehaltlosen Unterstützung seitens der US-Administration recht gut leben.⁵³ Entsprechenden französischen und britischen Aufforderungen

48 Siehe auch Zelikow/Rice, S. 217 ff.

49 Siehe Dieter Korger, Die Polenpolitik der deutschen Bundesregierung von 1982-1991, Bonn 1993, S. 66.

50 Die Botschaft an Mazowiecki zitiert Kohl (S. 312) mit folgendem Wortlaut: „Sie haben eine schwierige innenpolitische Situation und ich auch. Und eigentlich gehört ja zu freundschaftlichen Beziehungen, daß man versucht, den anderen zu verstehen und sich gegenseitig zu helfen.“

51 Zelikow/Rice, S. 213.

52 Kohl, S. 324.

53 Ludwig, S. 67 ff. Dazu Ulrich Albrecht, Die internationale Regelung der Wiedervereinigung. Von einer „No-win“-Situation zum raschen Erfolg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B40/96,

gen kam die Bundesregierung insoweit entgegen, als sich der Bundeskanzler Ende März und im April 1990 mehrfach unzweideutig in dem Sinne äußerte, daß das vereinigte Deutschland die Unverletzlichkeit der gegenwärtigen deutsch-polnischen Grenze vertraglich bestätigen werde.⁵⁴

Ebensowenig wie die Regelung der Beteiligung Polens an den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen entsprach der Entschließungsantrag des Bundestags vom 8. März 1990 (Empfehlung einer Absichtserklärung der beiden demokratisch gewählten Parlamente zur Oder-Neiße-Grenze möglichst bald nach den Volkskammerwahlen) den ursprünglichen Warschauer Vorstellungen, ganz zu schweigen von der geforderten Einbettung der deutschen Einheit in eine neue europäische Sicherheitsordnung.

Der Bundeskanzler sprach von einer „internationalen Druckkulissee“, zeigte sich intern verärgert über das polnische Mißtrauen und bemerkte nicht den psychologischen Druck, dem sich Mazowiecki ausgesetzt fühlte.⁵⁵ Obgleich die Bundesregierung den Mazowiecki-Plan gegen die Bedenken Genschers schließlich ablehnte, zeigte sich Kohl Ende Februar 1990 bereit, Polen in der Grenzfrage entgegenzukommen. Er schloß sich dem zuvor von Bundestagspräsidentin Süßmuth und Außenminister Genscher angeregten Plan an, nach den Volkskammerwahlen (18.3.1990) eine gemeinsame Erklärung von Volkskammer und Bundestag herbeizuführen, in der die polnische Westgrenze garantiert und ein Grenzvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung in Aussicht gestellt würde.⁵⁶ Es gab mehrere Erklärungen für dieses Vorgehen des Kanzlers. US-Präsident Bush hatte Kohl bei dessen Besuch Ende Februar 1990 in Camp David dargelegt, daß die Vereinigten Staaten der deutschen Einheit nur auf der Grundlage einer formellen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zustimmen würden.⁵⁷ Neben dem außenpolitischen Druck seitens des Hauptverbündeten im „Zwei-plus-Vier“-Prozeß gab es auch Kritik aus der FDP und aus den Reihen der CDU an der vermeintlichen polenpolitischen Gefühllosigkeit des Kanzlers. Kohls Kritiker in den Regierungsparteien beanstandeten zudem die vom Kanzler am 2. März geäußerte Auffassung, daß die gemeinsame Re-

27.9.1996, S. 3-11, hier S. 8 f.: „Für Politologie nicht überraschend entpuppt sich die Auseinandersetzung um die verbindliche Anerkennung der Grenze zwischen Deutschland und Polen im Prozess der deutschen Vereinigung vor allem als Austrag von Machtpositionen. Zwar gab es substantiell auf deutscher Seite keinen Widerspruch gegen den polnischen Wunsch, die bestehende Grenze zwischen beiden Ländern möglichst international hochrangig abzusichern, aber die polnische Politik war mit keinem ihrer Versuche zum Ziel gelangt, diese Übereinstimmung vorab international vertraglich festzuschrauben. Auch die französische Politik, welche sich dem polnischen Begehren gegenüber am aufgeschlossenensten zeigte, mußte wiederholt unter Druck zurückstecken, gar unter Preisgabe von öffentlichen Festlegungen des Staatspräsidenten.“

54 Das geschah u. a. auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU und der CSU (24./25.3.1990); in einer Rede in Cambridge (29.3.1990); auf einer Pressekonferenz während des deutsch-französischen Gipfels am 26. April 1990. (Zit. n. Ludwig, S. 72 f.)

55 Siehe Teltschik, S. 174; vgl. auch Kohl, S. 313.

56 „Kohl für eine Erklärung des Bundestages und der Volkskammer zur polnischen Westgrenze“, in: FAZ, 1.3.1990.

57 Leo Wieland, Bush zieht in den Sturm und Drang der deutschen Einigung Zwischenböden und Querbalken ein. Ein Garantiewort des Präsidenten für die deutsch-polnische Grenze, in: FAZ, 27.2.1990.

solution die Aufforderung an Polen enthalten sollte, die Rechte der deutschen Minderheit festzuschreiben und auf Reparationszahlungen endgültig zu verzichten. Gerade die offensichtlich zur innenpolitischen Entlastung aufgestellte letzte Forderung⁵⁸ war dazu angetan, in Warschau schlafende Hunde zu wecken, da die polnische Regierung sich zu der Reparationsfrage überhaupt nicht geäußert hatte und deren innenpolitische Gegner nunmehr ermuntert werden konnten, ebendiese wieder auf den Verhandlungstisch zu bringen.⁵⁹

In einem vom Bundestag mehrheitlich angenommenen Entschließungsantrag der Koalitionsparteien vom 8. März 1990, in dem die gemeinsame Resolution zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt nach der DDR-Volkskammerwahl vorgeschlagen wurde, tauchten denn auch diese Aufforderungen nicht auf. In dem Text wurde lediglich darauf hingewiesen, daß die Gemeinsame Erklärung (auch bezüglich der Rechte „Deutschstämmiger“) und der polnische Verzicht auf Reparationen aus dem Jahr 1953 weiterhin für gültig erachtet werden.⁶⁰ Die SPD und die Grünen lehnten den Koalitionsantrag ab, da ihnen die Entschließung der Koalitionsparteien in der Grenzfrage nicht weit genug ging. Auch die FDP wäre gern weitergegangen, beugte sich aber der Koalitionsräsion. So hatten die Liberalen im Unterschied zu Kohl den Vorschlag von Premier Mazowiecki begrüßt, ein Grenzabkommen mit Polen schon jetzt zu paraphieren und es später durch ein gesamtdeutsches Parlament zu ratifizieren.⁶¹

Mit der März-Entschließung wurde immerhin eine Korrektur in der Polenpolitik des Bundeskanzlers sichtbar, der nunmehr die leidige Grenzfrage zu einer prioritären Angelegenheit der gewählten Repräsentanten des deutschen Volkes, nämlich des Bundestags und der Volkskammer, machte und sich zudem verpflichtete, sich dafür einzusetzen, daß die demokratisch legitimierte Regierung der DDR und die Bundesregierung eine entsprechende Willenserklärung abgeben würden. Damit gab der Kanzler seinen bisherigen Grundsatz auf, daß die Bundesregierung oder der Kanzler eine solche, die Haltung der Regierung eines vereinigten Deutschland präjudizierende Absichtserklärung nicht abgeben könne.⁶² Eine entsprechende Erklärung gab die Volkskammer am 12. April 1990 ab.⁶³ Der Weg zu einer gemeinsamen Entschließung von Bundestag und Volkskammer war offen. Schon in einem Telefongespräch am 20. März hatte der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten versichert, er sei bereit, den Text der Formulierungen bezüglich der deutsch-polnischen Grenze, also praktisch die Formel für den Kern eines Grenzvertrags, mit dem polnischen Ministerpräsidenten vertraulich abzustimmen.⁶⁴ Damit gewannen die deutschen Aussagen zur Oder-Neiße-Grenze politisch sogar eine höhere

58 Siehe Teltschik, S. 165.

59 Siehe auch Ludwig, S. 79.

60 Bulletin, Nr. 34, 9.3.1990, S. 268.

61 „Genscher rückt deutlich von Kohl ab. Dregger nennt Kritik am Kanzler bestürzend“, in: FAZ, 5.3.1990.

62 Ludwig, S. 67.

63 EA, F10/1990, S. D242 f.

64 Siehe Kohl, S. 338; und Albrecht, S. 8, der die Idee der amerikanischen Vermittlung zuschreibt.

Legitimation und breitere Wirkung als durch eine Person, und sei es der Regierungschef.

Heute gilt als gesichert, daß das Hin und Her in der christlich-liberalen Koalition über die richtige Formulierung der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze vor der Etablierung eines gesamtdeutschen Souveräns ein Sprengsatz für das Regierungsbündnis war: „Aus dem engsten Beraterkreis des Kanzlers ist überliefert, daß Helmut Kohl im Frühjahr 1990 Züge tiefer Resignation wegen der Widerstände in der eigenen Partei zeigte. Damals habe er im kleinen Kreis laut darüber nachgedacht, sein Amt aufzugeben.“⁶⁵

Ab April 1990 begann eine vorsichtige Umorientierung der polnischen Deutschlandpolitik nach einer gewissen Klärung des Prozedere der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen, dem Mazowiecki-Besuch bei Bush und einigen wichtigen Signalen auf bundesdeutscher Seite (Kohl vor dem Ev. Arbeitskreis, 25.3.1990; Staatsbesuch von Weizsäckers in Polen, 2.-5.5.1990).

Die Terminierung des Staatsbesuchs des Bundespräsidenten in Polen war im Kontext der innenpolitischen Debatte in Polen über Deutschland zugleich problematisch und glücklich gewählt worden. Problematisch stellten sich die atmosphärischen Störungen zwischen Bonn und Warschau seit Ende November 1989 dar. Ein glücklicher Umstand war die Herausforderung, gerade in diesem Augenblick einige Wahrheiten auszusprechen und polnische Einwände gegen den Verlauf des deutschen Einigungsprozesses zu entkräften. Schon in Pressegesprächen vor seinem Reiseantritt hatte der Bundespräsident klargestellt, daß die Grenzfrage zwischen Deutschen und Polen substantiell bereits gelöst sei und keine Veränderung am Verlauf der deutsch-polnischen Grenze vorgenommen werde. Während des Polenbesuchs sah von Weizsäcker eine Hauptaufgabe darin, den Gastgebern, vor allem dem Präsidenten Jaruzelski, Verständnis für den deutschen Einigungsprozess abzugewinnen und ihnen die Ängste vor einem vereinigten Deutschland zu nehmen, da dieses Deutschland ebenso wie Polen Teil eines größeren gemeinsam zu schaffenden Europa sein werde. Er mahnte die Polen zu einer wirklich europäischen Einstellung, die den Deutschen den Verlust von jahrhundertlang zu Deutschland gehörenden Gebieten und die Vertreibung von Millionen Deutschen erträglicher machen würde.⁶⁶

Auf bundesdeutscher Seite war Bundespräsident von Weizsäcker darum bemüht, anläßlich seines Staatsbesuchs in Polen vom 2. bis 5. Mai 1990 nicht nur prinzipiell eine neue Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen sichtbar zu machen, sondern angesichts polnischer Aufgeregtheit wegen einer endgültigen deutschen Grenzenerkennung beruhigend nach Polen hineinzuwirken.⁶⁷ Die

65 Kiessler/Elbe, S. 117; vgl. auch Wolfgang Schäuble, *Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte*, Stuttgart 1991, S. 58 ff.

66 Bulletin, Nr. 56, 9.5.1990, S. 440.

67 Siehe Helga Hirsch, *Durchbruch zu neuem Verständnis? Richard von Weizsäcker versuchte durch Zurückhaltung zu überzeugen*, in: *Die Zeit*, 20, 11.5.1990; Uwe Bergdoll, *Ein später Besuch zur*

Berechenbarkeit einer Bundesrepublik Deutschland sollte unter Beweis gestellt werden, die den territorialen Status quo auch unter nicht vorhersehbaren Bedingungen unangetastet ließ. Der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes in Polen nach 990 Jahren (nach Otto III. im Jahre 1000 in Gnesen),⁶⁸ der auf polnische Einladung erfolgte – nimmt man die Besuche von DDR-Staatsratsvorsitzenden aus der Zählung aus –, konnte wegen des noch nicht abgeschlossenen „Zwei-plus-Vier“-Prozesses und der Schwebephase der deutsch-polnischen Beziehungen vor Abschluß eines Grenzvertrags und eines neuen Grundlagenvertrags freilich nur begrenzte Ausstrahlung haben. Jedenfalls wurde er ungeachtet der Bemühungen des Bundespräsidenten von dem deutsch-polnischen Dissens über das Prozedere bei der Harmonisierung von Vereinigungspolitik und der endgültigen Grenzregelung mit Polen überschattet.⁶⁹

Der Chefredakteur der Solidarność-Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“, Adam Michnik, schrieb am letzten Tag des Staatsbesuchs von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Polen (2.-5.5.1990) mit Blick auf die Vergangenheitsfixierung der innenpolitischen Diskussion in Polen über Deutschland und die teilweise selbstinduzierte Besorgnis über die Oder-Neiße-Grenzfrage seit der Jahreswende: „Nötig ist aber auch eine neue Perspektive im Denken über die Deutschen und über den deutschen Staat. Es reicht nicht aus, das Bewußtsein im Andenken an das Martyrium zu füttern, und schon überhaupt nicht, das Interesse auf die Grenze an Oder und Neiße zu reduzieren. Wir müssen die fremde Biographie und fremde historische Erfahrung begreifen. Wir müssen begreifen, daß das bisherige Bild von Deutschland ein sehr ärmliches ist, daß es nicht reicht, sich vor den Deutschen zu fürchten.“⁷⁰

Seit dem Regierungswechsel in der DDR fühlte sich die polnische Regierung für einen kurzen Moment durch die Signale aus Ost-Berlin in ihrer Position zum Prozedere in der Oder-Neiße-Grenze und der sicherheitspolitischen Dimension des deutschen Einigungsprozesses bestärkt (Volkskammer-Erklärung, 12.4.1990; Regierungserklärung de Maizière 19.4.1990).

Die Koalitionsvereinbarung der neuen demokratischen DDR-Regierung und das Selbstverständnis der außenpolitischen Berater des neuen DDR-Außenministers Markus Meckel, vor allem des neuen Planungsstabschefs, des West-Berliner Friedensforschers Ulrich Albrecht, verursachten Irritationen bezüglich einer einheitlichen deutsch-deutschen Position in der Grenzfrage, da das Ost-Berliner Regierungsbündnis den Mazowiecki-Plan akzeptierte. Ministerpräsident Lothar de Maizière bekräftigte in seiner Regierungserklärung vom

rechten Zeit, in: SZ, 4.5.1990; Dieter Bingen, Nach dem Präsidentenbesuch in Polen: Deutsch-polnische Beziehungen auf dem Prüfstand, Köln 1990 (Aktuelle Analysen des BIOst, 34/1990).

68 Stefan Dietrich, Eine Nachbarschaftsvisite nach 1000 Jahren, in: FAZ, 27.4.1990.

69 Vgl. auch Adam Krzemiński, Wzorzec sąsiedztwa. Prezydent von Weizsäcker w Polsce: szansa nie wykorzystana do końca (Muster der Nachbarschaft. Präsident von Weizsäcker in Polen: eine nicht vollständig genutzte Chance), in: Polityka, 19, 12.5.1990.

70 Adam Michnik, Dialog z Weizsäckerem (Dialog mit Weizsäcker), in: Gazeta Wyborcza, 5.-6.5.1990.

19. April 1990 die Unverzichtbarkeit einer völkerrechtlich verbindlichen Anerkennung der polnischen Westgrenze.⁷¹

Bei dem Besuch von Außenminister Meckel am 24. April im Auswärtigen Amt kam es zu einer kurzen denkwürdigen Konkurrenzsituation der nunmehr zwei demokratisch legitimierten deutschen Außenminister. Als Meckel die besondere Gestaltungsaufgabe der DDR-Außenpolitik angesichts einer baldigen Vereinigung am Beispiel Polen darstellte („Wir können engste Beziehungen mit Polen einbringen“), da erklärte ihm Genscher, daß gerade Polen bereits in kommunistischen Zeiten besonderen Wert auf seine Kontakte mit der Bundesrepublik gelegt habe.⁷² Freilich räumt Genscher in seinen Erinnerungen ein, daß die Grenzankennung von 1950 im Bewußtsein der Polen der DDR immer die Rolle eines Garanten zugewiesen hatte. Dem wäre allerdings wiederum hinzuzufügen, daß die DDR-Grenzgarantie für die Polen nicht mehr Wert besaß als die sowjetische Bestandsgarantie für die DDR. Während sich Genscher in seinem Buch über die deutsch-deutschen Positionsdifferenzen auf den „Zwei-plus-Vier“-Konferenzen und insbesondere den erfolglosen Versuch Ost Berlins, sich als Fürsprecher polnischer Interessen in der Grenzfrage zu profilieren, dezent zurückhält, berichten Kiessler und Elbe darüber ohne diplomatische Rücksichtnahme. Während die polnische Diplomatie für den Einsatz Meckels zugunsten der Warschauer Haltung in der Grenzfrage dankbar war, mußte die neue DDR-Diplomatie ihre Außenseiterposition in den Sicherheitsfragen (zur NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland, Stationierung westallierter Truppen und Denuklearisierung) nicht nur bei den Westalliierten, sondern gerade auch bei dem polnischen Außenminister Skubiszewski feststellen.⁷³

Im Anschluß an das erste „Zwei-plus-Vier“-Treffen am 5. Mai 1990 in Bonn sandten die beiden deutschen Außenminister auf einer Pressekonferenz ein weiteres politisches Signal nach Warschau: „Die beiden deutschen Regierungen haben heute ihre Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, daß die polnische Westgrenze, so wie sie in den Verträgen von Görlitz und Warschau und in den dazugehörigen Dokumenten beschrieben ist, die endgültige Grenze zwischen Polen und Deutschland sein soll und daß diese Feststellung Gegenstand eines völkerrechtlichen Vertrages sein wird, den das vereinigte Deutschland mit der Republik Polen schließen wird.“⁷⁴

In dreiseitigen Gesprächen zwischen den politischen Direktoren aus Bonn, Ost-Berlin und Warschau (3. Mai in Warschau, 18. Mai in Bonn, 29. Mai in Ost-Berlin) parallel zu den „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen diskutierte man über die Auswirkungen auf die deutsch-polnische Vertragsagenda. Am 27. April hatte die polnische Regierung den beiden deutschen Regierungen ei-

71 Ludwig, S. 77.

72 Genscher, S. 761.

73 Siehe Kiessler/Elbe, S. 189-201; und aus der Position des Akteurs und Betroffenen: Ulrich Albrecht, Die Abwicklung der DDR. Die „2+4“-Verhandlungen. Ein Insider-Bericht, Opladen 1992.

74 Zit. n. Genscher, S. 782.

nen Grenzvertragsentwurf unterbreitet – mit dem Ziel der Paraphierung vor der Vereinigung –, der auf wenig Gegenliebe stieß.⁷⁵ Bonn und Ost-Berlin boten statt dessen die durch die beiden deutschen Regierungen bereits im März im Bundestag angekündigte gleichlautende Erklärung von Bundestag und Volkskammer an.⁷⁶ Die polnische Seite wollte in dem Vertrag aber nicht nur die Grenzfrage behandelt wissen, sondern sprach weitere bilaterale Probleme an, wie die Regelung der Folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion für Polen, eine reziproke Regelung der Minderheitenfrage, eine individuelle Wiedergutmachungsregelung für NS-Verfolgte.⁷⁷ Die deutsche Seite stellte sich dagegen auf den Standpunkt, daß ein reiner Grenzbestätigungsvertrag abgeschlossen werden sollte und die weiteren Fragen der bilateralen Beziehungen einem sorgfältig vorbereiteten „großen“ Nachbarschaftsvertrag vorbehalten werden sollten. Es wurde keine allseits befriedigende Formel für das weitere Vorgehen gefunden. Schließlich wurden die Verhandlungen im Vorfeld der für den 21. Juni 1990 erwarteten gemeinsamen Erklärung der beiden deutschen Parlamente ausgesetzt.⁷⁸

Nach der Entschließung von Bundestag und Volkskammer vom 21. Juni 1990 nahm Polen von dem Mazowiecki-Plan Abstand.

Die gemeinsame Entschließung von Bundestag und Volkskammer am 21. Juni 1990⁷⁹ war als die entscheidende und verbindliche Verpflichtung zur Grenzfrage gegenüber der polnischen Regierung *vor* der Herstellung der deutschen Einheit zu werten: In den Resolutionen beider Parlamente, die inhaltlich deckungsgleich waren, wurde darauf hingewiesen, daß eine Grenzbekräftigung erst von einem gesamtdeutschen Souverän vorgenommen werden konnte. Die Teilstaaten dieses noch nicht existierenden Souveräns gaben jedoch durch ihre gleichlautenden Willenserklärungen eindeutig zu verstehen, daß sich eine gesamtdeutsche Volksvertretung nicht anders entscheiden würde. Den Beginn einer gesamtdeutschen Argumentation in der Grenzfrage konnte man bereits in der Resolution selbst finden: Sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch die DDR beschrieben den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze und bekräftigten die Verbindlichkeit der Grenzregelung durch Aufzählung aller Verträge, die Polen je mit den Regierungen der beiden deutschen Staaten diesbezüglich geschlossen hatte. Die Resolution bezog sich auf den Görlitzer Vertrag vom 6. Juli 1950 und ergänzende Vereinbarungen, den Vertrag über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oder-Bucht vom 22. Mai 1989, den Akt über die Markierung der Staatsgrenze vom 27. Januar 1951 zwischen der DDR und Polen und den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bun-

75 Barcz, S. 36.

76 Siehe auch Barcz, S. 43 ff.

77 Węc in: Bingen/Węc, S. 96 f.

78 Siehe auch Hans Misselwitz, Problem granic jako główny przedmiot rokowań „Dwa plus Cztery“ (Das Grenzproblem als Hauptgegenstand der „Zwei-plus-Vier“-Verhandlungen), in: Polska. Niemcy. Przyszłość, pod red. Barbary Mikulskiej-Góralskiej i Witolda M. Góralskiego, Warszawa 1996, S. 61-72, hier S. 69.

79 Bulletin, Nr. 79, 22.6.1990, S. 684. Im Bundestag war das Abstimmungsergebnis 487:15:3, in der Volkskammer 379:6:0.

desrepublik und Polen.⁸⁰ Der Text der EntschlieÙung wurde zusammen mit einem Begleitschreiben, das die definitive Zusage zum AbschluÙ eines Grenzvertrags mit Polen enthielt, von beiden deutschen Regierungen an Warschau übermittelt. Bundeskanzler Kohl fügte im Hinblick auf die ausstehende Entscheidung des vereinten Deutschlands in seiner am gleichen Tag gehaltenen Regierungserklärung hinzu: „Am Willen des deutschen Volkes – bekundet durch den Deutschen Bundestag und die Volkskammer der DDR – kann nicht gezweifelt werden.“⁸¹

Die Warschauer Regierung begnügte sich nach dem 21. Juni 1990 mit der Forderung, die Gespräche über den abzuschließenden Grenzvertrag noch vor der Vereinigung zu beginnen und die Verhandlungen bald nach der Vereinigung abzuschließen. Dann wuchsen plötzlich wieder die Warschauer Befürchtungen, Bonn werde nach der Vereinigung und Entlassung in die vollständige Souveränität seine Verpflichtung zu einer endgültigen Grenzbestätigung nicht ernst nehmen.

So machte die polnische Regierung Anfang Juli noch einen Winkelzug, der in Bonn auf Unverständnis stieß. Am Vorabend seiner Moskau-Reise richtete Kohl einen Brief an Mazowiecki, in dem er seine tiefe Enttäuschung über die kurzfristige – und kurzsichtige – Taktik der polnischen Regierung zum Ausdruck brachte, unmittelbar vor den bevorstehenden „Zwei-plus-Vier-plus-Eins“-Verhandlungen in Paris (17.7.1990) ein Junktim zwischen dem AbschluÙ eines deutsch-polnischen Grenzvertrags und der Entlassung Deutschlands in die volle Souveränität vorzuschlagen.⁸²

Die Übereinkunft zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus (16.7.1990) enthielt ein Signal an Polen. Im ersten Punkt der Vereinbarung hieß es nämlich, daß die Einigung Deutschlands die Territorien der Bundesrepublik, der DDR und Berlins umfassen werde.⁸³ Damit war eine weitere Garantie für die Westgrenze Polens gegeben. Und die Zustimmung Moskaus zur Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland kam auch Polens Sicherheitsbedürfnis entgegen. Schließlich hatte sich Polen gemeinsam mit seinen Nachbarn innerhalb der Warschauer-Pakt-Organisation gegen Gorbatschows ursprüngliche Neutralitätsvorstellungen bezüglich des vereinigten Deutschland ausgesprochen. Kohl ließ Gorbatschow auch wissen, „daß er 'aus Gründen der tragischen Geschichte Polens' zuerst lieber einen umfassenden deutsch-polnischen Ver-

80 Ebenda.

81 Ebenda, S. 677-684; vgl. auch Teltschik, S. 282, der die verhaltene Reaktion in Warschau registriert: „Man handelt dort nach dem Grundsatz des Alles oder Nichts. Das gilt vor allem für Mazowiecki: Er besteht auf einem förmlichen AbschluÙ von Vertragsverhandlungen vor der Vereinigung.“

82 Siehe Hajnicz, Polens Wende, S. 86; Ludwig, S. 85 ff.; Kiessler/Elbe, S. 199; vgl. dazu die abweichende Darstellung zur polnischen Position: Barcz, *Udział Polski w konferencji „2+4“*, S. 57 ff.

83 Siehe „Zum Zeitpunkt der Vereinigung wird Deutschland souverän. Die acht Punkte der Übereinkunft Kohls mit Gorbatschow“, in: FAZ, 17.7.1990.

trag vorgezogen hätte. Auf diesen Vorschlag aber war die Regierung in Warschau nicht eingegangen.“⁸⁴

Erst am Vorabend der Pariser Verhandlungen konnten in einem Gespräch zwischen Genscher und Skubiszewski die „Mißverständnisse“ ausgeräumt werden, mit denen die polnische Regierung in die diplomatische Isolation zu geraten drohte.⁸⁵ Außerdem waren in Deutschland Unverständnis und Enttäuschung über den tiefen polnischen Argwohn gerade bei den Polen besonders freundlich gesinnten Politikern und in der Presse groß. Das polnische Mißtrauen war unbegründet und hatte wohl damit zu tun, daß sich die Politik von Skubiszewski „zu einseitig auf ein wichtiges, aber beschränktes Ziel – die Grenze“ (A. Hajnicz) – konzentrierte und die implizite wie explizite Verknüpfung aller mit dem deutschen Einigungsprozess verbundenen Fragen verkannte. Jedem verantwortlichen Politiker im „Zwei-plus-Vier“-Prozeß – ob Deutscher, Brite, Franzose, Amerikaner oder Russe – war im Sommer 1990 bewußt, daß mit der kurz bevorstehenden „abschließenden Regelung“ der „deutschen Frage“ die Grenzfrage ebenfalls abschließend zu behandeln war. Selbst wenn deutsche Politiker gewollt hätten, sie hätten aus der internationalen Einbindung nicht ausbrechen können.

Schließlich konnten in Paris die polnischen Befürchtungen mit der Einigung der „Zwei-plus-Vier“-Außenminister über die fünf Prinzipien zur Regelung der endgültigen Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze zerstreut werden, die Bestandteil der abschließenden Regelung über Deutschland vom 12. September 1990 wurden: 1. Die Außenminister der Vier Mächte und der beiden deutschen Staaten stimmten darin überein, daß das vereinte Deutschland nur die gegenwärtigen Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und Berlins umfassen sollte.⁸⁶ 2. Die beiden deutschen Staaten verpflichteten sich, das Grundgesetz so zu ändern, daß eine territoriale Ausdehnung Deutschlands ausgeschlossen bleibt. 3. Die beiden deutschen Staaten erklärten, gegenüber keinem anderen Land Gebietsansprüche zu erheben. 4. Die beiden deutschen Regierungen verpflichteten das vereinigte Deutschland, mit Polen in einem bilateralen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag die zwischen Deutschland und Polen bestehende Grenze zu bestätigen. 5. Die Vier Mächte nahmen die Verpflichtung der beiden deutschen Regierun-

84 Kiessler/Elbe, S. 172. Kohl gegenüber Gorbatschow am 15. Juli gemäß Gorbatschows Wortprotokoll: „Die Polen verstehe ich nicht ganz; ich habe Mazowiecki vorgeschlagen, nach der Vereinigung innerhalb von drei Monaten einen Vertrag über die deutsch-polnischen Grenzen auszuarbeiten und zu unterzeichnen. Darüber hinaus habe ich vorgeschlagen, Verhandlungen über den Abschluß eines umfassenden politischen Vertrages aufzunehmen. Zwei Schritte – zuerst die Grenzen und dann der große Vertrag. Die Polen zögern, weichen einer endgültigen Antwort aus. Aber wenn dann Deutschland seinen Vertrag mit der Sowjetunion abschließt, werden sie sofort die Nase rümpfen, ein großes Geschrei anheben und an die Geschichte erinnern. Es gilt zu überlegen, wie das zu vermeiden ist, wie man die Polen zur Vernunft bringt.“ (Kiessler/Elbe, S. 114)

85 Siehe auch Biermann, S. 705 ff.

86 Für die polnische Seite wegen des bisherigen Wortlauts des Art. 23 GG von größter Bedeutung.

gen zur Kenntnis und bestätigten, daß mit deren Realisierung die deutschen Grenzen endgültig seien.⁸⁷

Am 14. November 1990 wurde der deutsch-polnische Grenzbestätigungsvertrag in Warschau unterzeichnet.

Polen und die Frage der Bündniszugehörigkeit des vereinigten Deutschland

Die polnische Regierung sprach sich vom Anfang des Vereinigungsprozesses im Spätherbst 1989 an vehement gegen ein neutrales vereinigtes Deutschland aus und konnte sich dieses weiterhin als Mitglied der NATO vorstellen, wobei die Vorstellung von Außenminister Skubiszewski anfangs so weit ging, daß die Allianz der Stationierung sowjetischer Truppen im Osten Deutschlands für eine gewisse Zeit zustimmen sollte.⁸⁸ Auf der von Polen initiierten⁸⁹ Außenministertagung des Warschauer Pakts am 17. März 1990⁹⁰ in Prag und auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses am 7. Juni 1990⁹¹ sprach sich Polen – wie Ungarn und die Tschechoslowakei – gegen eine Neutralisierung Deutschlands aus. Außenminister Skubiszewski gab schon früh einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland den Vorzug vor einer Neutralisierung,⁹² formulierte aber wie Mazowiecki die Zustimmung zurückhaltender als ungarische und tschechoslowakische Regierungspolitiker.⁹³ Polen fürchtete seinerzeit eine Veränderung des Blockgleichgewichts zugunsten der NATO und eine Situation, in der Polen zu einem Frontstaat würde. Deshalb gab man in Warschau länger als in Prag und Budapest der Idee einer konkret nicht absehbaren gesamteuropäischen Sicherheitsordnung den Vorzug. Teltshik äußerte in einem Gespräch mit Hajnicz im Jahre 1992 versöhnlich, daß gerade der Standpunkt Polens als Nachbar Deutschlands und Schlüsselmitglied des Warschauer Pakts in der Frage der Neutralität Deutschlands auf der Prager Konferenz der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten ausschlaggebend gewesen sei.⁹⁴

Schlußbemerkung

Die beharrliche Weigerung der Bundesregierung, auf die zentrale polnische Forderung nach einer rechtlich verbindlichen Zusage der Bundesrepublik zur

87 Abgedruckt in: Stichworte zur Sicherheitspolitik, 8, August 1990, S. 32.

88 Mazowiecki schlug noch während seines Paris-Besuchs am 29.5.1990 mit Verweis auf M. Thatchers Idee im „Spiegel“-Interview sogar eine siebenjährige Übergangsfrist für die sowjetischen Truppen in Deutschland (Ost) vor; siehe BPA-Ostinformationen, 30.5.1990.

89 So Außenminister Dienstbier in einem Interview in: Die Presse, 8.3.1990.

90 Archiv der Gegenwart (AdG), 17.3.1990, S. 34331 f.

91 AdG, 7.6.1990, S. 34586 ff.

92 Die Welt, 23.3.1990.

93 Siehe auch Skubiszewski, S. 198; und die Nichterwähnung der polnischen Haltung auf der Prager Warschauer-Pakt-Tagung bei Horn, S. 332 f. Horn spricht nur davon, daß ihm Dienstbier, von ihm dazu aufgefordert, bei der Abwehr des sowjetischen Standpunkts sekundiert habe.

94 Hajnicz, Polens Wende, S. 67.

Endgültigkeit der deutsch-polnischen Grenze *vor* der deutschen Vereinigung einzugehen oder sich auf eine vorläufige Lösung wie die rechtlich nicht bindende Paraphierung eines Grenzvertrags durch zwei deutsche Staaten einzulassen, fand mit zeitlichem Abstand sogar das Verständnis eines Vordenkers der polnischen Außenpolitik in der Wendezeit 1989/90. Artur Hajnicz führte in seinem Werk über „Polens Wende und Deutschlands Vereinigung“ dazu aus:

„Vor allem konnte ein vor der Vereinigung paraphierter Vertrag später in manchen Punkten in Frage gestellt werden. Wenn es nach der Vereinigung statt zur Unterzeichnung des fertigen Textes zu erneuten Verhandlungen gekommen wäre, wäre die Ausgangssituation der beiden Seiten eher schlechter als besser gewesen. Das Vakuum konnte sich dann noch mehr in die Länge ziehen. Das zweite Argument lautete: Ein vor der Vereinigung verhandelter und paraphierter Vertrag konnte leichter vor dem Bundesverfassungsgericht angegangen werden. Die Gegner des Vertrages hätten dann einen rechtlichen Anhaltspunkt gewonnen. Einen solchen Anhaltspunkt hatten die Vertreter des Bundes der Vertriebenen nicht, als sie später gegen den Vertrag vom 14. November 1990 klagten, was dann abgewiesen wurde. Und schließlich die Frage der Ratifizierung. Die Vorbereitung und Paraphierung eines Vertrages vor der Vereinigung konnte in rechtlicher Hinsicht als fraglich und unzulässig bewertet werden. Dies konnte später bei der Ratifizierung ernsthafte Schwierigkeiten hervorrufen.“⁹⁵

An anderer Stelle erklärte er die polnische Interessenlage im deutschen Vereinigungsprozess und argumentierte auch hier vorzugsweise mit innenpolitischen Motiven: Mazowieckis Konzeption fand allgemeine Unterstützung im Lande. Die Polen reagierten nicht nur den tiefsitzenden Jalta-Komplex ab, sondern auch eine große Woge neuer Befürchtungen und Phobien angesichts der raschen Einigung Deutschlands. „Mit ihrem energischen Einsatz für eine Beteiligung Polens am „Zwei-plus-Vier“-Prozeß verschaffte die Regierung sich Rückhalt in der Bevölkerung, und zugleich zerstreute sie Befürchtungen, daß unsere Angelegenheiten wieder einmal ohne uns und gegen unsere Interessen entschieden werden“. Allerdings: „Was Polen dann im Juli auf der Pariser „Zwei-plus-Vier“-Sitzung erreichte, hätte man wohl auch ohne den ganzen mühsamen Einsatz erreichen können: die Teilnahme des polnischen Außenministers Skubiszewski an einer Sitzung, auf der die Einbeziehung der Grenzfrage in die Gesamtregelung der internationalen Bedingungen der Einigung Deutschlands geklärt wurde.“⁹⁶

95 Hajnicz, Polens Wende, S. 80.

96 Artur Hajnicz, Deutschland 1989-1990: Die andere Seite verstehen, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. Hrsg. v. Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty, Rüdiger Stephan, München 1992, S. 450-456, hier S. 453.

Markus Meckel, MdB

Die DDR im Vereinigungsprozeß

Schriftliche Vorlage

Gerade in diesen Tagen um den 3. Oktober gab es manche Rückblicke auf die deutsche Vereinigung. Bezeichnend war die Perspektive: Da war die Rede von den Demonstrationen durch eine plötzlich mutige DDR-Bevölkerung im Herbst 1989 sei das SED-Regime zusammengebrochen und die Bundesrepublik habe den Laden übernommen.

Wobei diese Variante noch besser ist als die auch manchmal geäußerte Rede, daß 16 Millionen Ostdeutsche durch die Einheit die Freiheit erhalten haben, enthält diese erste wenigstens noch die Tatsache, daß der Sturz der Diktatur und damit der Sieg der Freiheit der deutschen Einheit vorausging und sie ermöglichte.

Diese Beispiele, die es in unzähligen Varianten gibt, machen deutlich, wie sehr in der Erinnerung der meisten Menschen heute die Demonstrationen, der Mauerfall, das Ende der DDR und die deutsche Vereinigung zu einem Ereignis zusammengeschmolzen sind, das dann auch noch vielfach verharmlosend „Wende“ genannt wird.

Das ist oft gar nicht böser Wille – man macht sich einfach keine Gedanken darüber. Und natürlich sind dann auch Interessen im Spiel.

Die DDR als eigenständiger Akteur – oder besser: mit eigenständigen Akteuren – im Vereinigungsprozess kommt normalerweise nicht vor. Vieles ist hier bis heute auch nicht erforscht. Die Darstellungen und Dokumentationen der Bundesregierung lassen diese Dimension zu großen Teilen weg.

Bis heute ist diese Geschichte auch schlecht dokumentiert. Die Akten sind zwar zugänglich aber es gibt keine Ausgabe, welche etwa die Sitzungen der Plenarsitzungen der frei gewählten Volkskammer dokumentiert oder die Protokolle des Ministerrats, vielleicht sind auch die des Koalitionsausschusses interessant. Mir selbst sind bis heute die Akten des eigenen Ministeriums aus dieser Zeit nicht einmal zugänglich.

Auch acht Jahre nach dem Sturz der SED-Diktatur und sieben Jahre nach der Vereinigung lebt die Öffentlichkeit in Bezug auf diese Vorgänge mehr mit groben Schemata und Mythen als mit klaren Bildern. Ein Rückblick braucht aber die sehr verschiedenen Facetten dieser Geschichte, die Darstellung der unterschiedlichen Positionen der Akteure aus Ost und West und ihrer Hintergründe. Ist diese Zeit doch eine Glücksstunde deutscher Geschichte und gleichzeitig ein wichtiges Erbe für die deutsche Demokratie!

Ich kann in der zur Verfügung stehenden Zeit hierfür nur einige wenige Linien zeichnen.

1. Der Weg zur deutschen Einheit als Weg institutioneller Selbstbestimmung der DDR-Bürger

Wer die historischen Abläufe der 14 Monate zwischen dem Sommer 1989 und dem 3. Oktober 1990 genau betrachtet, wird in der DDR verschiedene Phasen unterscheiden müssen. Zuerst die Zeit der Zuspitzung der Krise im Sommer '89, verstärkt durch die Fluchtwelle und die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze, dann die Herbstrevolution unter der Führung neuer oppositioneller Organisationen, die durch den machtvollen Druck der Straße mit dem Sturz der SED-Diktatur und dem Mauerfall endete. Es folgte die Regierungszeit Modrow, in der dieser die Macht von der Partei zur Regierung verlagerte und für die SED-Genossen zu retten suchte, was zu retten ist und gleichzeitig die Zeit des Runden Tisches, der dies zu verhindern suchte, die Regierung kontrollieren wollte und in zentralen Fragen Modrow zum Einlenken zwang. Seine Hauptaufgabe war jedoch die Vorbereitung der freien demokratischen Wahlen. Anders als in Polen war bei uns das Ergebnis des Runden Tisches nicht die Teilung der Macht, sondern die wirklich freie Wahl.

Die letzte Phase beginnt dann mit der frei gewählten Volkskammer und der von ihr gewählten Regierung. Diese bereitete dem Wählerauftrag gemäß in Verhandlungen und Verträgen die Vereinigung vor – im Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, im Einigungsvertrag und im Zwei-plus-Vier-Vertrag. Die gewählte Volkskammer beschloß den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 GG.

Dieser institutionelle Ablauf bis zum Tag der deutschen Einheit ist ein Weg der Selbstbestimmung der Ostdeutschen. Wir Ostdeutschen sind nicht wie ein maroder Apfel an die Bundesrepublik gefallen, sondern zielten die Einheit an und vollzogen den Beitritt erhobenen Hauptes. Hier handelten von den DDR-Bürgern frei gewählte Institutionen und Personen.

Wie hätte es eigentlich besser laufen sollen?

Der Weg der Freiheit führte geradlinig in die Einheit. Was die institutionellen Abläufe angeht, kann ich nur sagen: Es war schwierig genug, aber hier wurden alle Träume wahr!

Und es waren nicht nur Träume, sondern politische Strategie, der politische Wille zur Selbstbestimmung. Ich verweise z. B. auf eine Erklärung zur deutschen Frage, die der SDP-Vorstand am 3. Dezember 1989 beschloß. Sie enthielt folgende Momente:

- Wir wollten die Einigung als wohlorganisierten Prozeß zwischen zwei demokratisch legitimierten, gleichberechtigten deutschen Staaten, in dem die Interessen des schwächeren Teils, der Bevölkerung der DDR, angemessen

vertreten und berücksichtigt sind. Deshalb war die wichtigste Forderung die Konstituierung eines frei gewählten Parlaments, einer legitimierten Regierung in der DDR.

- Die deutsche Einigung sollte nicht auf Kosten der sozial Schwachen in der DDR gehen.
- Sie sollte den europäischen Einigungsprozess fördern, die Sicherheit in Europa nicht gefährden und den Deutschen volle Souveränität geben.
- Die Nachbarn Deutschlands sollten sich der endgültigen Anerkennung ihrer Grenzen und der Solidarität Deutschlands auf ihrem Weg der Demokratisierung sicher sein.

Ich bin mir bewußt, daß viele in Ost und West die deutsche Vereinigung nicht als selbstbestimmten Weg der Ostdeutschen sehen können oder wollen.

Für die Geisteslage im Westen ist es z. B. bezeichnend, daß ich als ehemaliger Minister nach dem Rentenüberleitungsgesetz von 1992 als „systemnah“ galt und entsprechenden Kürzungen unterworfen wurde, denn der Stichtag war der 2. Oktober 1990 – der Fehler wurde später durch Novellierung behoben! Es war nicht nur den Beamten nicht aufgefallen, daß die DDR seit dem März 1990 ein demokratischer Rechtsstaat war...

Im Osten wiederum halten viele sich heute für überrannt von westlicher Dominanz, der Strukturen wie der Personen. Damals dagegen, 1990, hätten viele in der DDR in den Wochen nach dem 9. November 1989 am liebsten die sofortige Vereinigung mit der Bundesrepublik vollzogen, und das Gebaren macher westlicher Koalitionspolitiker bestärkte sie darin.

Warum eigentlich noch die ganze Mühe mit freien Wahlen und dem eigenen Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats, warum nicht der sofortige Beitritt? Das war damals die Frage vieler. Als Ende Januar 1990 als rechtliche Möglichkeit für die Vereinigung der Art. 23 GG in die Diskussion kam, hatten wir selbst im Vorstand der SDP eine harte Auseinandersetzung über den Weg zur deutschen Einheit. Einige wollten – wie ein Großteil der Bevölkerung – die sofortige und unmittelbare Vereinigung per Beitrittsbeschluß. Ihnen waren sowohl der internationale Zusammenhang wie die konkreten Bedingungen, die nach unserer Meinung vorher geregelt sein mußten, eher zweitrangig. Ich erinnere mich an eine Sitzung des SDP-Vorstandes am 14. Februar 1990, in der wir anhand erster Entwürfe darzustellen versuchten, was alles zu regeln wäre, wenn zwei so unterschiedliche Gesellschaften zusammengeführt werden. Unser Ziel war deshalb ein Stufenplan zur deutschen Einheit. Fazit: Wenn es eine Vereinigung ohne einen Vertrag gibt, wird das alles allein im Westen entschieden und wir sind als politisch Mitbestimmende draußen. Ein einfacher Anschluß würde zur Benachteiligung der DDR-Bürger führen. So setzten wir uns schließlich durch: Unser erstes Ziel mußten gerade um einer gut organisierten Vereinigung willen handlungsfähige demokratische Strukturen sein, wir brauchten Parlament und Regierung, die dann die Einigung zu organisieren

hatten. Nur so würde sich die Einheit Deutschlands im aufrechten Gang vollziehen lassen!

2. Die Konstituierung demokratischer Institutionen und die deutsch-deutschen Verhandlungen zur deutschen Einheit

Die Wahl am 18. März hatte den Willen der Bevölkerung zur schnellen Vereinigung nach Art. 23 GG offensichtlich gemacht. Wir Sozialdemokraten hatten vorher eine Vereinigung nach Art. 146 vorgezogen, hätte dies doch noch deutlicher gemacht, daß das vereinte Deutschland nicht nur einfach eine durch Anschluß vergrößerte Bundesrepublik ist. Doch waren wir uns dann in den anschließenden Koalitionsverhandlungen mit Lothar de Maizière schnell einig, daß der Beitrittsbeschluß nach Art. 23 GG erst nach entsprechenden Verhandlungen vollzogen werden könnte. Das war in der damaligen Geisteslage keineswegs selbstverständlich, und auch im Verlauf der folgenden Monate tauchte aus den verschiedensten politischen Richtungen und Motivationen immer wieder der Gedanke auf, ein unmittelbarer Beitritt mit einem dann notwendig werdenden Überleitungsgesetz wäre besser. Nur mit Mühe (und dem Hinweis auf die Notwendigkeit eines Abschlusses der Zwei-plus-Vier-Gespräche) konnte etwa am 17. Juni 1990 ein Beitrittsbeschluß der Volkskammer verhindert werden, betrieben insbesondere von der DSU und Teilen von Bündnis 90.

Bis heute machen sich nur wenige einen Begriff davon, was es heißt und was alles getan werden muß, um eine parlamentarische Demokratie mit Gewaltenteilung zu installieren. Selbst da, wo es die entsprechenden Institutionen gab – wie etwa die Volkskammer –, waren die Handlungsabläufe völlig neu zu gestalten und ihnen ein entsprechender Rechtsrahmen zu geben. Wir Sozialdemokraten waren – wie sich dann herausstellte – die einzigen, die sich dessen bewußt waren und sich darauf vorbereitet hatten; Gesetzgebungspläne und Geschäftsordnungen waren entworfen worden – unser Kollege Martin Gutzeit hatte daran wesentlichen Anteil.

Oder die Arbeitsweise in den Ministerien: Daß sie nicht mehr nur zur administrativen Umsetzung von Politbürobeschlüssen der SED da waren, sondern die Minister einer Koalitionsregierung angehörten, der Bezug zur eigenen Fraktion und zum Parlament wichtig war und zentrale Fragen im Koalitionsausschuß entschieden werden mußten – all das war neu und mußte erst entsprechend geregelt werden.

Es lohnt sich, heute noch einmal die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung von Lothar de Maizière nachzulesen. Diese Texte machen die Vielfalt der Aufgabenstellungen deutlich, denen wir uns gegenübersehen und wie wir sie bewältigen wollten.

Zum einen ging es wie gesagt um die Konstituierung der demokratischen Institutionen, und zwar so, daß die Perspektive der Vereinigung immer im Blick

war. Übrigens geschah die Wiedereinführung der Länder nicht erst in dieser Perspektive. Schon im Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei beschrieben wir dieses Ziel, damals als erste, und wenige Wochen später, noch vor dem 9. November 1989, war es Konsens bei allen politischen Richtungen. Die kommunale Selbstverwaltung mußte gesetzlich verankert, und die Kommunalwahlen mußten vorbereitet und durchgeführt werden.

Hier kann nur erwähnt werden, daß die Volkskammer sich auch ungewöhnlich konsequent dem Problem der Aufarbeitung der Vergangenheit gestellt hat. Wir waren uns durchaus der Bedeutung dieser Aufgabe für die Bildung einer demokratischen politischen Kultur bewußt. Viele Regelungen, die später, nach der Vereinigung, vom Bundestag beschlossen wurden, haben in dieser Tätigkeit der Volkskammer ihre Wurzel.

Natürlich war insbesondere das Wirtschaftssystem völlig umzukrempeln, und zwar so, daß eben nicht einfach nur alles kaputtgeht. Auch hier war von vornherein der angestrebte Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik die Perspektive.

Die Fülle von Problemen, die durch Regierung und Parlament in kürzester Zeit angegangen und zu denen Entscheidungen getroffen werden mußten, ist heute schwer nachvollziehbar. Dabei ist es nicht verwunderlich, daß viele wichtige Einzelentscheidungen ohne die eigentlich notwendigen Diskussionsprozesse und Abstimmungen gefällt wurden. Der Raum für eigenmächtige Entscheidungen der Verhandlungsführer, deren Folgen vielfach nicht voll überblickt wurden, die sich andererseits aber auch in der Fülle der Problemfelder gut verstecken ließen, war jedenfalls auf DDR-Seite auf ungute Weise groß.

Ein großes Problem für die deutsch-deutschen Verhandlungen war der Zeitdruck. Anders als oft dargestellt wird, entstand dieser Zeitdruck nicht durch die internationale Konstellation. Natürlich mußte man den Zwei-plus-Vier-Vertrag so schnell wie möglich abschließen und keine Zeit verstreichen lassen. Doch wer sagt denn, daß kurz nach Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages der Beitritt erfolgen mußte? Einige Wochen längere Verhandlungen und durchsichtiger Ergebnisse hätten sowohl dem Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wie insbesondere dem Einigungsvertrag sehr gut getan.

Das war nicht möglich durch den innenpolitischen Druck aus der Bonner Koalition, der sich den heißen Wunsch der DDR-Bürger zunutze machte. Helmut Kohl wollte nicht nur wie Willy Brandt die deutsche Einheit. Mit dem Blick auf die anstehende Bundestagswahl wurde der ganze Prozeß der Vereinigung zu einer wahlstrategischen Veranstaltung. Wäre das Jahr 1990 nicht auch das Jahr der Bundestagswahl gewesen, hätte Helmut Kohl vermutlich das Angebot Hans-Jochen Vogels angenommen, den Einigungsprozess jenseits parteipolitischer Erwägungen als gemeinsame nationale Aufgabe anzugehen. Vieles wäre dann anders – und, wie ich denke, besser – gelaufen.

Der Wahlkampf im Einigungsprozess wirkte auch auf die Koalitionsregierung in der DDR und bestimmte den Verhandlungsprozess nicht unwesentlich. Als

Beispiel erwähne ich nur, daß ich als Koalitionspartner erste Entwürfe für den Einigungsvertrag aus dem Büro Krause im Haus de Maizière nicht von diesem selbst erhielt, sondern durch Indiskretion aus dem Bundeskanzleramt in Bonn. So sah dann die Verhandlungspraxis aus... Auf diese Weise wurde wichtiges Vertrauen zerstört, das für die Handlungsfähigkeit entsprechend den gemeinsam vereinbarten Zielstellungen der DDR-Koalition Grundlage war und so immer mehr zerbröselte.

Diese Konstellationen des Wahljahres führten zuletzt dazu, daß dann sogar wichtige Entscheidungen im Einigungsvertrag mehr zwischen der Koalition und dem Bundesrat in Bonn ausgehandelt wurden als zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesregierung. Die Bewertung dieser Vorgänge wird unterschiedlich ausfallen. Wenn es um Finanzierungsfragen ging oder um die Stimmverhältnisse im Bundesrat, wird man aus dem Osten sehr viel skeptischer urteilen als bei der Frage der gesetzlichen Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch (§ 218). Letzteres ist übrigens eines der ganz wenigen Beispiele, wo im Gefolge der Vereinigung für ganz Deutschland eine auch von vielen Menschen im Westen gewünschte Reform möglich wurde, die vorher nicht durchsetzbar war.

Daß die Volkskammer dann am 23. August 1990 einen Beitrittstermin festlegte, bevor der Einigungsvertrag fertig ausgehandelt war – was für jeden Verhandlungsführer, der noch etwas durchsetzen will, eine völlig unmögliche Situation ist! –, machte nur noch die Unfähigkeit der DDR-Regierung offenkundig, eigenständige Positionen auch umzusetzen. Die Musik spielte in Bonn. In Berlin hatte man das Zepter aus der Hand gelegt – oder hatte es nie richtig in die Hand bekommen.

Wichtig ist es, sich zu vergegenwärtigen, mit welchem Ansatz wir in die Verhandlungen gegangen sind. Wir wollten ein geeintes Deutschland, das in der Kontinuität der Bundesrepublik Deutschland doch nicht einfach eine vergrößerte Bundesrepublik ist, sondern ein neues Gemeinwesen, für das in Ostdeutschland nicht einfach alles übernommen werden muß, was in Westdeutschland gewachsen ist. Wir glaubten, daß die Vereinigung Deutschlands und gesamtdeutsche Reformen verbunden werden könnten. Das erwies sich als Trugschluß, was zu großen Enttäuschungen führte.

Manche Reformer im Westen hatten diese Hoffnung geteilt. Sie überschütteten uns mit Reformvorschlägen, die wir in die Verhandlungen einbringen sollten, obwohl sie im Westen immer wieder gescheitert waren. Wir waren gar nicht in der Lage, alles zu lesen, was uns da auf den Tisch kam!

Auf der anderen Seite erlebten wir bei den Partnern in der Bundesrepublik den beherzten Willen – und Wolfgang Schäuble hat sich in seinem Buch zu dem Grundsatz bekannt, „es gehe jetzt um die Einheit und nicht darum, bei dieser Gelegenheit etwas für die Bundesrepublik zu ändern“ (Der Vertrag, S. 156), er bezog das auf entsprechende Diskussionen innerhalb der westdeutschen Delegation. Es galt aber auch für die Positionen gegenüber der DDR-Regierung.

Anschluß war angesagt!

Schon selbständige Kontakte der DDR zur EG zur Diskussion über Übergangsregelungen etwa für die Landwirtschaft wurden von der Bundesregierung mißtrauisch beäugt und unterlaufen.

Der Einigungsvertrag wurde zu einer Meisterleistung der Administration der Bundesrepublik. Er war der großangelegte Versuch, die völlig anderen gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR in das bundesdeutsche Rechtsgefüge so einzupassen, daß es möglichst wenig Schmerzen im Osten verursacht – aber auch eigene Veränderung möglichst nicht notwendig macht.

Im Nachhinein wird man zwar immer noch über jeweils konkrete Regelungen streiten. Daß Fehler gemacht wurden, wird heute von niemandem bestritten. Wieweit damals diskutierte Alternativen die Probleme besser gelöst hätten, wird auch heute noch vermutlich unterschiedlich bewertet.

Auch heute stellt sich die Frage, welche gesamtdeutschen Reformen nötig sind, um die Probleme Ostdeutschlands zu bewältigen – denn so wichtig auch längerfristig ein weiterer Transfer ist, mit ihm allein werden die Probleme nicht bewältigt werden können. Doch damit sind wir schon bei den gegenwärtigen politischen Herausforderungen – und die können jetzt nicht Thema sein.

3. Positionen der DDR – ausgewählte Beispiele

Es ist nicht möglich, hier auch nur annähernd die jeweiligen Positionen auszuführen und zu begründen oder gar die Verhandlungsabläufe und den begleitenden Streit zu schildern. Vieles muß hier auch mühsam rekonstruiert werden. So bleibt mir nur, einige wichtige Beispiele einfach zu nennen:

Verfassung

Schon in der Verfassungskommission des Runden Tisches wie in der Volkskammer gab es viel Streit um die Verfassung. Umstritten war schon der Status der Verfassung des Runden Tisches (die von ihm nie beschlossen, sondern nur in der letzten Sitzung diskutiert wurde!). Entgegen unseren Vorstellungen im Spätherbst 1989 war die Gestaltungsaufgabe der deutschen Einheit nach der Wahl im März 1990 so weit fortgeschritten, daß es der Mehrheit in der Volkskammer nicht mehr sinnvoll erschien, eine eigene DDR-Verfassung zu erarbeiten und zu verabschieden. Herr de Maizière hat dann zwar doch noch den Versuch gemacht, die DDR-Verfassung von 1949 mit Änderungen einzubringen, das aber dann wieder fallengelassen. So waren wir uns einig, daß es nur ein Verfassungsgrundsatzgesetz geben soll, um die Rechtslage der sich dynamisch entwickelnden politischen Entwicklung anzupassen. Gemeinsames Ziel war jedoch, daß das geeinte Deutschland sich auf der Grundlage des Grundgesetzes eine neue Verfassung gibt. Hierzu sollte ein Verfassungsrat gebildet werden. Auch das war dann nicht durchsetzbar. Übrig blieb dann das

gemeinsame Projekt von Bundestag und Bundesrat, die Verfassungskommission von 1991 – 1994, mit dürrem Ergebnis.

Ehrlicherweise muß aber gesagt werden, daß das o.g. Ziel nicht von allen Ostdeutschen in der Kommission geteilt wurde. Der sächsische Justizminister Heitmann erklärte schon in der ersten Kommissionssitzung das Projekt als nicht sinnvoll, da die DDR ja freiwillig beigetreten sei, warum dann eine Änderung...

Berlin als Regierungssitz

Als die deutsche Einheit in sichtbare Nähe rückte und in der Bundesrepublik plötzlich die Diskussion um die Frage des Regierungssitzes aufkam, war dies für uns ein Schock. Wir hatten es nicht für möglich gehalten, daß plötzlich nicht mehr gelten sollte, woran man Jahrzehnte festgehalten hatte – solange es praktisch nicht möglich war. Wir waren uns einig, daß es nun notwendig sei, diese Frage im Einigungsvertrag zu klären. Es gelang nicht – um nicht die Ratifizierung im Bundestag zu gefährden, wie es hieß. Doch ich gestehe, ich hätte den Bundestag sehen wollen, der den Einigungsvertrag aus solchem Grund ablehnt! Glücklicherweise ist die Entscheidung dann im Deutschen Bundestag noch knapp gelungen. Ich hatte nicht mehr damit gerechnet...

Die Eigentumsfrage

Die Auffassungen zur Eigentumsfrage waren auch in der DDR differenziert, wurde doch einhellig anerkannt, daß die Enteignungen der DDR schreiendes Unrecht waren. Wir Sozialdemokraten traten für grundsätzliche Entschädigungen ein, nur im Ausnahmefall sollte eine Rückgabe erfolgen. Richard Schröder wies auf das historische Beispiel in Frankreich hin: Als die Bourbonen 1815 nach 26 Jahren wieder den Thron bestiegen, entschieden sie, um neuem Unrecht zu wehren, daß nach so langer Zeit (!) die Enteignungen der Revolutionszeit nur durch Entschädigung, nicht durch Rückgabe kompensiert werden sollte.

Durchgesetzt hat sich dagegen das Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“, das dann später durch komplizierte Sonderregelungen wie den Investitionsvorrang ergänzt und durchlöchert wurde. Ich bin nach wie vor überzeugt, daß dieses Prinzip den wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland schwer behindert und durch einen breiten Vermögenstransfer von Ost nach West dazu beigetragen hat, daß viele Menschen im Osten sich strukturell benachteiligt fühlen. Der blühende Handel mit Rückgabeansprüchen Anfang der 90er Jahre hat nicht unwesentlich dazu beigetragen.

Gemeinsames Anliegen der DDR-Koalition war der Schutz des redlichen Erwerbs von Eigentum zu DDR-Zeiten. Dieses Anliegen konnte im Wesentlichen umgesetzt werden.

Nicht umgesetzt werden konnte das in der Koalitionsvereinbarung angestrebte Ziel, daß „die Bürger der DDR über eine breite Vermögensbildung am Produktivvermögen beteiligt werden“.

Bodenreform

Die Sicherung der Bodenreform war ein zentrales Anliegen der DDR-Koalitionsregierung. Auch hier haben wir nie bestritten, daß im Zusammenhang der Bodenreform viel Unrecht geschehen ist. Doch waren wir aus Gründen der strukturellen Entwicklung des ländlichen Raumes strikt gegen die Wiederherstellung der alten Besitzverhältnisse. Die Sowjetunion unterstützte dieses Anliegen und machte es sich zueigen, wie aus den verschiedenen Dokumenten von April bis August 1990 hervorgeht. Staatssekretär Dieter Kastrup hat dem Bundesverfassungsgericht gegenüber dazu sachgemäß berichtet. Für unsachgemäß halte ich die Zuspitzung der Frage, ob die SU die deutsche Einheit an der Bodenreform hätte scheitern lassen, denn so stand die Frage in den Verhandlungen nie – weil so auch in anderen Fragen nicht verhandelt wurde. Daß nicht nur die DDR diese Position vertreten hat, wird allein schon durch das Ergebnis deutlich: Allein hätte die DDR in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen eine solche Position nicht zum Erfolg führen können!

Wer heute dieses Ergebnis rückgängig zu machen versucht bzw. unterläuft, begeht Einigungsbetrug. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen in der Volkskammer haben 1990 dem Einigungsvertrag, den sie sonst in vielen Details heftig kritisierten, nur zugestimmt, weil ihnen klar war, daß die Alternative ein Überleitungsgesetz gewesen wäre, in dem die Sicherung der Bodenreform bestimmt nicht mehr enthalten gewesen wäre.

Altschulden

Das Problem der Altschulden hat uns bis in die jüngste Vergangenheit beschäftigt. Schon 1990 wurde in der DDR bestritten, daß es sich bei Altschulden um Schulden im echten Sinne handelt. Dies wurde im Westen vielfach nicht akzeptiert und als Versuch gewertet, sich von Schulden zu entlasten. Ich kann die späteren Lösungen für die Landwirtschaft, den Wohnungsbau, die Kommunen und die Privatisierungspraxis hier nicht im einzelnen nachzeichnen. Es lohnte sich, einmal zu untersuchen, wie die Entschuldungspraxis der Treuhänder beim Verkauf gehandhabt wurde. Oft wurde behauptet, daß eine Entschuldung bei einem westlichen Investor viel häufiger möglich war als bei einem aus dem Osten. Ich kann das nicht überprüfen.

Mein Eindruck ist, daß eine klare Entlastung von Altschulden den wirtschaftlichen Aufbau im Osten deutlich gefördert und dem vereinigten Deutschland viel politischen Streit erspart hätte.

Über vieles wäre noch zu reden, etwa über die Situation der Kommunen und ihre Finanzierung, aber auch über das Problem der Eigentumsübertragungen an die Kommunen. Gerade hier ist trotz mancher Bemühungen viel versäumt worden. Oder denken wir an den Streit um die Finanzierung der ostdeutschen Länder. Er ist hinlänglich bekannt. 1990 wurde diffamiert, wer etwa dafür kämpfte, den Fonds für die Deutsche Einheit jährlich mit 30 Mrd. DM auszustatten. Daß selbst diese damals heftig bestrittene Summe nicht reichte, zeigte sich bald.

Die Diskussionen um die Regelungen des Einigungsvertrages waren der Anfang eines langen politischen Streites um die Gestaltung der inneren Einheit, der auch heute noch anhält. Zum Glück wurde manches, das 1990 nicht möglich war, später geändert oder gemildert. Insgesamt hat sich erwiesen, daß – um wieder mit Richard Schröder zu sprechen – die Ostdeutschen mit der deutschen Einheit nicht unter die Räuber gefallen sind und es heute die zentrale Aufgabe des geeinten Deutschland ist, die ostdeutschen Probleme einer Lösung zuzuführen.

4. Der Verhandlungsansatz und die Positionen der DDR im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen

Über die Umbrüche des Jahres 1989 ist heute schon viel gesprochen worden. Die Revolutionen und Veränderungen in Osteuropa brachten viele alte und neue Fragen auf die Tagesordnung. Es mußte Ziel der westlichen Staaten sein, nach den schwer lenkbaren Umbruchsprozessen des Herbstes 1989 die Initiative neu in die Hand zu bekommen. Für die USA stand viel auf dem Spiel, nämlich nicht weniger als ihre künftige Rolle in Europa. Daß die deutsche Vereinigung kommen würde, war Anfang 1990 klar, offen waren Zeitraum und Rahmenbedingungen. Von zentraler Bedeutung war für die USA die NATO-Zugehörigkeit des vereinten Deutschland. Sie war das wichtigste Instrument der Führungsrolle der USA in Europa. Ein Austritt Deutschlands hätte die Bedeutung der NATO stark herabgesetzt und den Einfluß der USA in Europa wesentlich eingeschränkt. So unterstützte Präsident Bush Helmut Kohls Konzeption einer möglichst schnellen Vereinigung – unter den eigenen Bedingungen. Möglich geworden war dies durch eine lange gewachsene Partnerschaft mit der Bundesrepublik, dem „partner of leadership“, wie Präsident Bush dies nannte. Die Zwei-plus-Vier-Gespräche waren DAS Beispiel dafür, daß damit auch wirklich gemeinsames Handeln intendiert war, das sich hier bestens bewährte.

Anders Frankreich und Großbritannien. Die mit der deutschen Einheit verbundenen Ängste in diesen Ländern vor einem „Großdeutschland“ sind bekannt. Frankreich konnte insbesondere durch das glaubwürdige Engagement der Bundesrepublik für eine weitergehende Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft hin zu einer Europäischen Union gewonnen werden. Helmut Kohl versprach Präsident Mitterrand das deutsche Engagement für die europäische

Wirtschafts- und Währungsunion und gewann so seine Zustimmung. Somit wurde die deutsche Vereinigung auch zum Motor für den (west-!) europäischen Integrationsprozess. Für Großbritannien war es wichtig, daß Douglas Hurd anders als seine Chefin persönlich die Vereinigung unterstützte.

Als ich nach der ersten freien Wahl in der DDR am 12. April 1990 zum Außenminister gewählt wurde, waren wichtige Konstellationen bereits festgelegt. Der Zwei-plus-Vier-Mechanismus war erfunden und beschlossen. Die genaueren Hintergründe erklärte mir Hans-Dietrich Genscher bei einem Besuch in seinem Privathaus. Noch im Herbst 1989 war ich in meinem programmatischen Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) für einen Friedensvertrag zur Lösung der deutschen Frage eingetreten. Hans-Dietrich Genscher machte nun deutlich, weshalb eine solche Terminologie und jedes daran erinnernde Prozedere in jedem Falle zu vermeiden sei: Knapp fünfzig Jahre nach Kriegsende dürfe die zwischen Zweitem Weltkrieg und Gegenwart liegende Geschichte nicht ausgeblendet werden. Deutschland dürfe nicht wieder zum bloßen Objekt von Viermächtegesprächen werden. Vielmehr sei zu berücksichtigen, daß die Bundesrepublik nunmehr ein angesehener Partner unter den Demokratien des Westens sei. Und nicht zuletzt müsse ausgeschlossen werden, daß mehr als fünfzig ehemalige Kriegsgegner auf den Gedanken kommen könnten, bei der deutschen Vereinigung mitreden zu wollen und die Hände aufhalten zu können. Er betonte die Notwendigkeit, daß die beiden deutschen Staaten gleichberechtigte Verhandlungspartner wären, deren Zustimmung Voraussetzung für Entscheidungen war. Diese Intention wurde von mir vollständig geteilt, zumal wir mit Stolz darauf verweisen konnten, die Demokratie in der DDR selbst erkämpft zu haben. In der ersten Sitzung der frei gewählten Volkskammer hatten wir ein deutliches Bekenntnis zu der Verantwortung ausgesprochen, die uns als Deutschen aus unserer Geschichte erwächst. Wir als Ost-Deutsche, die aus ihrer Geschichte gelernt haben, wollten nicht nur mit Selbstbewußtsein an der Gestaltung der deutschen Einheit, sondern auch der europäischen Zukunft mitwirken.

Diesem mit moralischer Legitimation versehenen Gestaltungswillen standen jedoch die realen Möglichkeiten entgegen. Ziel der frei gewählten DDR-Regierung war die Herstellung der deutschen Einheit. Unsere Aufgabe war es, die Selbstaflösung der DDR vorzubereiten und durchzuführen, bei rechtlichem Fortbestehen der Bundesrepublik Deutschland als vereintem Deutschland. Das allein verdeutlicht schon – unabhängig von dem Unterschied an politischer Erfahrung bei den Akteuren – die Verteilung der Gewichte zwischen beiden deutschen Staaten in diesem Prozeß.

Die Aufnahme in den Kreis der Außenminister war überaus freundlich. Trotz mancher gegenteiligen Äußerung rechnete – und wollte – man im Grunde jedoch nicht, daß mit der demokratischen DDR ein zusätzlicher Akteur auf's Spielfeld trat. Das wurde schon daran deutlich, daß nach den Festlegungen von Ottawa im Februar 1990 nicht gewartet wurde, bis es durch demokratische Wahlen legitimierte Vertreter der DDR gab. Das erste Beamtentreffen der

Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, das die Aufgabe hatte, das erste Treffen auf Außenministerebene vorzubereiten, fand vier Tage vor der Volkskammerwahl in der DDR statt!

Trotz dieser denkbar schlechten Voraussetzungen für eine eigenständige Rolle bei den Verhandlungen entwickelten wir unsere Konzeptionen. Die wichtigsten Positionen waren schon in den Koalitionsvereinbarungen niedergelegt worden.

1. Wir wollten den Prozeß der deutschen Einheit als Katalysator für die europäische Einigung gestalten. Dies war ebenfalls Ziel der Bundesregierung. Doch hatten die westlichen Staaten einschließlich der Bundesrepublik dafür einen anderen Ansatz als wir. Sie wollten vor allem die Zustimmung der Sowjetunion zur deutschen Vereinigung, zur Ablösung der Rechte der Vier Mächte sowie die Akzeptanz der NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland erreichen, ansonsten aber möglichst wenig regeln. Für die Zukunft sollten alle Optionen offen gehalten werden, denn es war klar, wo künftig in Europa das Machtzentrum liegen würde. Wir dagegen hielten es für wichtig, zentrale Fragen nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Einigung und Entwicklung zumindest ansatzweise festzulegen. Daraus folgte, daß wir in verschiedenen Fragen für Übergangsregelungen plädierten, um so für die Zukunft den Prozeß im Fluß zu halten und wenigstens die Richtung vorzugeben. Gerade solche Übergangsregelungen wurden von westlicher Seite – aus o.g. verständlichen Gründen – mit aller Entschiedenheit abgelehnt.

Wir hofften, daß es nach dem Ende der Konfrontation der zwei Blöcke im Kalten Krieg möglich wäre, diese Blöcke schrittweise zu überwinden. Daher strebten wir drastische Abrüstungsschritte und Übergangsregelungen bei den gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen an. Die Stärkung der KSZE hatte für uns hohe Priorität. Gemeinsam mit Polen und der Tschechoslowakei entwickelten wir beispielsweise eine Initiative zur Institutionalisierung der KSZE (die sogenannte trilaterale Initiative). Bevor wir – für eine Übergangszeit – einer (abzusehenden) NATO-Mitgliedschaft zustimmen würden, wollten wir alles zur Veränderung ihrer Funktion und Strategien tun (Aufgabe von Vorverteidigung, flexible response und nuklearem Ersteinsatz).

2. Wir fühlten uns unseren östlichen Nachbarn, die mit uns unter der Diktatur gelitten und sich ebenfalls davon befreit hatten, tief verbunden. Das schloß auch die Völker der Sowjetunion mit ein.

Wir anerkannten die Verdienste Gorbatschows um die Demokratisierung des Sowjetsystems. Es schien uns nicht nur aus moralischen, sondern grundsätzlichen politischen Gründen unerlässlich, mit der Sowjetunion zu einer für sie wirklich tragbaren Lösung zu kommen. Eine nur aus augenblicklicher Schwäche abgerungene Zustimmung der Sowjetunion, die dort das Gefühl hinterlassen würde, den Zweiten Weltkrieg nun nachträglich doch noch verloren zu haben, würde für das Europa der Zukunft ein bleibender Unsicherheitsfaktor sein. Wir wollten auf jeden Fall ein „Versailles“ für die Sowjetunion vermei-

den. Die Berücksichtigung der sowjetischen Interessen lag aus unserer Sicht in unserem eigenen Interesse – nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Daher war uns auch wichtig, daß die Sowjetunion auch nach dem zu vereinbarenden Truppenabzug aus Deutschland fest mit Europa verbunden bleibt und zwar auf bessere Weise.

Für die Sowjetunion war es u. a. ein Problem, daß mit der Anerkennung der deutschen Souveränität der vollständige Abzug ihrer Truppen bevorstand, für die westlichen Alliierten sich jedoch nicht viel ändern würde. Schließlich – insbesondere durch die NATO-Mitgliedschaft – war die Bundesrepublik mit diesen inzwischen auf vielfältige Weise verbunden. Um wenigstens an einer Stelle alle vier Alliierten gleich zu behandeln – was für die Sowjetunion von großer psychologischer Bedeutung war –, machte ich beim zweiten Zwei-plus-Vier Außenministertreffen in Berlin den Vorschlag, daß alle vier Siegermächte möglichst bald Berlin räumen sollten. Das hätte sicherheitspolitisch nichts gekostet, wäre für die Sowjetunion aber ein wichtiges Symbol gewesen.

3. Nach unserem Verständnis sollte die Wiedererlangung der deutschen Souveränität damit einhergehen, daß wir Deutschen uns gerade darin als frei und souverän erweisen, daß wir ohne Zwang und in freier Selbstbestimmung bestimmte Selbstbeschränkungen eingehen, die ein wichtiger Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung sein sollten. Dazu gehörte z. B. der Verzicht auf Herstellung, Besitz und die Stationierung sowie die Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Am liebsten hätten wir diese Beschränkungen im Einigungsvertrag bzw. im Grundgesetz festgeschrieben. Auch für die konventionelle Abrüstung und die Herabsetzung der Truppenstärken in Europa wollten wir Anstöße geben. Die Truppenstärke des vereinten Deutschlands sollte radikal herabgesetzt werden. Als ich im Juni beim Zwei-plus-Vier Außenministertreffen in Berlin diesen Vorschlag unterbreitete, wurde er noch als Singularisierung Deutschlands vehement abgelehnt. Wenig später ist er dann doch umgesetzt worden: Ende August 1990 erklärten die beiden deutschen Staaten vor der Wiener Abrüstungskonferenz zum KSE-Vertrag, daß das vereinte Deutschland seine Truppen auf 370.000 Mann begrenzen werde. Diese Erklärung wurde auch in den Zwei-plus-Vier-Vertrag aufgenommen.

4. Die Anerkennung der polnischen Westgrenze an der Oder und Neiße hatte für uns eine hohe Priorität. Die Grenze sollte so schnell und so unkompliziert wie möglich völkerrechtlich verbindlich und dauerhaft anerkannt werden. Nur so konnten wir erwarten, daß unsere Nachbarn die deutsche Vereinigung begrüßen und die mehr oder weniger latenten Befürchtungen in der polnischen Bevölkerung ausgeräumt werden können. Diese Anerkennung sollte aus unserer Sicht völlig freiwillig geschehen. Jeden Eindruck, daß wir Deutsche dazu gedrängt werden müßten, hielten wir für schädlich. Niemand sollte uns sagen müssen, wo Deutschland liegt. Die Reife der Deutschen sollte sich gerade in der freien Anerkennung der territorialen Integrität ihrer Nachbarn erweisen.

Auch die später häufig gebrauchte Rede davon, daß die Anerkennung der Grenze bzw. – wie es hieß – die Abtretung der früheren deutschen Ostgebiete der Preis für die Wiedervereinigung gewesen sei, führt in die falsche Richtung. Die Gebiete waren in der Folge des verbrecherischen Krieges durch Nazi-deutschland längst verloren und es galt, dies endlich wahrzunehmen und dauerhaft anzuerkennen.

Daher strebten wir einen Grenzvertrag an, der völkerrechtlich verbindlich die bestehende deutsch-polnische Grenze bestätigen sollte, wie sie 1950 im Görlitzer Vertrag zwischen der DDR und Polen und 1972 im Warschauer Vertrag zwischen der Bundesrepublik und Polen beschrieben war. Im Verfahren schlossen wir uns einem Vorschlag des polnischen Ministerpräsidenten Mazowiecki an, denn wir wollten alles tun, um auf polnischer Seite alle Zweifel und Unsicherheiten über das deutsche Verhalten zu vermeiden. Entsprechend sollte unserer Meinung nach der Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und Polen ausgehandelt und paraphiert, sofort nach der Vereinigung von der gesamtdeutschen und der polnischen Regierung unterschrieben und von den beiden Parlament ratifiziert werden.

Helmut Kohls lang währende Weigerung, die deutsch-polnische Grenze völkerrechtlich verbindlich anzuerkennen, erweckte nicht nur bei uns Vorbehalte, sondern sorgte auch innerhalb der Bundesregierung für Streit und schuf international Irritationen und Unverständnis. Im Hintergrund stand bei ihm offensichtlich das Kalkül, bestimmte Wählerstimmen nicht verprellen zu wollen. Franzosen wie Amerikaner versuchten die Polen zu beruhigen und vorsichtig auf Helmut Kohl einzuwirken. Später stimmte der Bundeskanzler einer identischen Erklärung des Deutschen Bundestages und der Volkskammer (17. Juni) zu, in der der Bestand der deutsch-polnischen Grenze garantiert wurde. Bald danach konnte beim Zwei-plus-Vier Außenministertreffen in Paris (Juli 1990) eine für alle Seiten akzeptable Lösung gefunden werden. Die Schwierigkeiten und Verwicklungen auf dem Weg zur endgültigen Bestätigung der polnischen Westgrenze erfüllten uns mit Sorge, die sich glücklicherweise in den Jahren darauf nicht bestätigt haben.

Die Veränderung der DDR-Positionen im Laufe der Verhandlungen nachzuzeichnen, kann hier nicht der Ort sein. Der unmittelbare Einfluß der DDR auf die Ergebnisse war gering, nicht nur wegen mancher Fehler und Unerfahrenheit, sondern auch durch die oben angesprochenen Rahmenbedingungen. Das „schmale“, auf wenige Verhandlungspunkte angelegte Konzept des Westens war strategisch auf einen schnellen Verlauf angelegt und hatte Erfolg. Dieser schnelle und erfolgreiche Abschluß des Zwei-plus-Vier-Vertrages öffnete das Tor zur deutschen Einheit. Er war für Deutschland und seine europäischen Nachbarn ein großer Gewinn.

Der „Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ vom 12. September 1990 machte jedoch nicht nur den Weg frei für die deutsche Einheit, sondern mündete auch in die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom November 1990. Wer diese Texte heute liest, spürt noch etwas von

der Vision eines neuen Europa, die uns und viele Menschen in ganz Europa damals erfüllte. Heute haben wir – nicht nur in Bosnien – schlimme Erfahrungen gemacht. Der Optimismus ist gewichen, die Aufgaben – auch manche, die wir damals in den Verhandlungen ansprachen – sind geblieben. Gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern werden wir dazu beitragen, den heutigen Herausforderungen bei der Gestaltung Europas gerecht zu werden.